G
W

Der Kampf um den Erdball

Politisch-geographische Betrachtungen zu den weltpolitischen Machtfragen der Gegenwart und nahen Zukunft

Von

Dr. Johannes Wütschke

Mit 28 Kartenskizzen im Text

Die Mutter der Geschichte und Politik ist die Geographie.
(Napoleon I.)

563199
19.5.53

München und Berlin 1922
Druck und Verlag von R. Oldenbourg

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung, vorbehalten

Vorwort.

Die Welt hat ein neues Antlitz bekommen. Europa, aus tausend Wunden blutend, ist matt und siech geworden; Afrika, Europas Tochtererdteil, der vor einem Jahrzehnt begann, sich zu vollster Blüte zu entfalten und seine Reichtümer auszustreuen, ist hineingerissen in den zersetzenden und zerstörenden Welttaumel, in dem die Völker Europas sich Wunden schlugen; Asien und Amerika scheint zu triumphieren.

Das Weltbild hat sich gewandelt. Europa, seit einem Jahrtausend der Mittelpunkt, das schlagende Herz des geistigen und wirtschaftlichen Lebens der Welt, liegt ermattet am Boden. Wird es wieder genesen, wird es noch einmal die Rolle spielen können, die ihm die Geschichte der Menschheit zugewiesen hat, als in unendlich befruchtenden Strömen, durch die Jahrhunderte sich mehrend, von ihm aus die kostbarsten geistigen und materiellen Güter über alle Meere und Lande der Erde fluteten? Fast möchte man nach diesem wahnsinnigen, größten aller Völkerkämpfe glauben, als ob dieses alte Weltenherz langsamer zu schlagen beginne und als ob weit abseits von ihm neue lebendige Mittelpunkte irdischer Lebenskraft in Entwicklung begriffen seien, als ob seine Kräfte nach einem Jahrtausend aufgezehrt seien, wenn sie auch noch einmal in wildestem Zusammenstoß sich aufbäumten. Europa war „die Welt", wie vor dem „europäischen Jahrtausend" der Menschheitsgeschichte Vorderasien und die Gestade des Ostmittelmeeres „die Welt" der Kulturmenschheit bedeuteten. Bringt das neue Jahrtausend eine „Neue Welt", die über Land und Meer herrscht und allem irdischen Wesen wie jene ihren Stempel aufdrückt? Fast scheint es so, als ob an der Schwelle des neuen Zeitabschnittes sich der Welt Mittelpunkt vom europäischen Boden löse und hinüberrücke in die Westhalbkugel der Erde, wo zu beiden Seiten des größten Wasserbeckens neue unverbrauchte Völker emporwachsen, die die aufgehende Sonne und die glänzenden Sterne als leuchtende Zukunfts-

symbole in ihrem Banner tragen und das alte Europa in Schutt und Staub stampfen halfen. Auf dem ostasiatischen Festland und seiner Inselflur regen sich Kräfte, die plötzlich aus tiefem, jahrtausendlangem Schlummer erwachten, auf Nordamerikas Boden reckt sich ein aus vielgestaltigen Elementen zusammengeschweißtes neues Volk, wie wenn alte, verhaltene Kräfte in neuer Form sich entfalten wollten.

Angesichts dieser sich neugestaltenden Welt darf es berechtigt erscheinen, den Kräften nachzuspüren, die zu jener Umwertung führten. Sie entstammen in erster Linie dem Willen und den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fähigkeiten der Völker. Diese aber *beruhen* entweder auf den geographischen Gegebenheiten des betreffenden Erdraumes oder werden doch von ihnen mehr oder minder stark *beeinflußt*. Die Gebundenheit an den Erdboden ist die augenfälligste Erscheinung jedes Staatskörpers. Aus ihr zieht letzten Endes Land und Volk seine besten Kräfte; sie ist die erste Grundlage jeder Staats- und Volksentwicklung. Ihre Wirkung auf das Werden und Sein der Staaten der Erde und auf die Gestaltung der von ihnen zu lösenden weltpolitischen Machtfragen in großen Zügen darzulegen, ist der Zweck dieses Buches.

Es wendet sich vorzugsweise an den gebildeten Laien, dem es bei seinen politischen Gedankengängen Unterstützung geben will, ferner an den Lehrer, der ihm für den Unterricht Anregungen entnehmen möchte, und schließlich an den reiferen Schüler, dem es die erworbenen Kenntnisse und die gegebenen Anregungen vertiefen helfen will. Daß dabei der Atlas ein ständiger Begleiter sein muß, ist eine selbstverständliche Voraussetzung. Die beigefügten Kärtchen sollen und können ihn nicht ersetzen; sie wollen nur für wichtigere Fragen größere Klarheit schaffen. Die den einzelnen Abschnitten angefügten Schriftennachweisungen verzeichnen nur, um weiter anzuregen, die wichtigsten Schriften; sehr zahlreiche, zum Teil sehr wertvolle Aufsätze, die dem Buch gedient haben, enthalten vor allem die letzten Jahrgänge von Hettners geographischer Zeitschrift (etwa seit 1914); aber auch zahlreiche andere aus Petermanns geographischen Mitteilungen, aus der Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, aus dem Archiv für Weltwirtschaft, aus „Weltwirtschaft und Weltverkehr", aus „Das größere Deutschland", der „Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung" u. a. sind herangezogen. Es ist unmöglich bei der Fülle, sie einzeln anzuführen. Zum Teil sind die im Buch enthaltenen Gedankengänge

von mir in zusammenfassenden Aufsätzen in den „Grenzboten" veröffentlicht worden. Im übrigen ist es aus Volkshochschulvorlesungen hervorgegangen.

Möge das Buch mit dazu beitragen, die unserm Volke so bitter notwendige weltpolitische Schulung zu geben, damit es aus den Nöten der Zeit dereinst wieder den Weg zum Aufstieg und zur alten Achtung im Kreise der Völker gelange!

Inhalt.

Seite

Einleitung: Die geographische Betrachtungsweise weltpolitischer Machtfragen . . . . . 1—3

Teil I. Die geographischen Grundlagen weltpolitischer Machtfragen . . . . . 4—28

A. Die Natur des Staates . . . . . 5—14
B. Die wirtschaftliche Erfüllung des Staatsraumes . 14—19
C. Die völkische Natur des Staates . . . . . 19—26
D. Die kulturelle Erfüllung des Staatsraumes . . 26—28

Teil II. Geographische Triebkräfte weltpolitischen Machtbegehrens . . . . . 29—60

A. Nationalstaat und Imperialismus . . . . . 29—33
B. Die Formen des Machtbegehrens . . . . . 33—60

1. Wirtschaftlicher Imperialismus . . . . . 35—54
a) Verkehrspolitisches Machtstreben . . 35—45
b) Wirtschaftspolitisches Machtbegehren . 45—54

2. Politischer Imperialismus . . . . . 54—58
a) Das Streben nach nationaler Abrundung 54—57
b) Das Streben nach reiner Gewaltherrschaft . . . . . 57—58

3. Kultureller Imperialismus
Das Streben nach Ausbreitung geistiger Macht . . . . . 58—60

Teil III. Die Träger weltpolitischen Machtbegehrens . 60—78

A. Die politischen Groß-, Mittel- und Kleinstaaten der Erde . . . . . 61—67
B. Die Großmächte vor 1914 . . . . . 67—71
C. Die gegenwärtigen Großmächte . . . . . 71—78

Teil IV. Die wichtigsten weltpolitischen Kraftfelder oder Zielgebiete weltpolitischen Machtbegehrens . . . . . 78—177

A. Das neue Europa . . . . . 79—108
1. Allgemeines . . . . . 80—88
2. Die Neugestaltung Europas . . . . . 88—108
a) Das Deutsche Reich . . . . . 89—100
b) Das außerdeutsche Europa . . . . . 101—108

Seite

B. Im Bereich der Alten Welt außerhalb Europas . 108—158
1. Das Mittelmeergebiet . . . . . 108—123
2. Das „Indiameerreich“ und seine Umrandungen . . . . . 123—158
a) Die vorderasiatisch-ostmittelmeerische Reibungszone . . . . . 139—145
b) Die afrikanische Reibungszone . . . . 145—150
c) Die hinterindisch-ostasiatische Reibungszone . . . . . 150—157

C. Der Kampf um den Großen Ozean und um Ostasien . . . . . 158—168

D. Machtfragen im Bereich der Neuen Welt . . . 168—177

Schluß: Die Aufteilung der Welt in weltpolitische Machtkreise . . . . . 177—188

Einleitung.

Die geographische Betrachtungsweise weltpolitischer Machtfragen.

Man kann keine andere Weltpolitik machen
als eine solche, die mit der Geographie stimmt.
(Paul Rohrbach.)

Jedem lebenskräftigen Staat muß, will er sein Dasein wahren, das Bestreben innewohnen, inmitten der verschiedenartigen Strömungen der Mächte den für seine Lebenszwecke nützlichsten und förderlichsten Weg zu gehen, er muß, wie Ranke sagt, inmitten des Konflikts der Weltmächte, der idealen wie der realen, die man nicht beherrschen kann, das eigene Interesse zu wahren und zu fördern versuchen. Dieser Versuch ist die Politik des Staates. Aufgabe seiner berufenen Politiker und Diplomaten, aber auch aller seiner Staatsbürger ist es daher, den Staat auf diesen nützlichsten und förderlichsten Weg zu leiten und ihm zu helfen, zielbewußt ihn zu verfolgen. Dazu gehört aber eine eingehende *Kenntnis der eigentlichen Lebenswünsche des eigenen Staates* ebenso notwendig wie die *Kenntnis der Kraftverhältnisse derjenigen Staaten*, denen gegenüber die Wünsche des eigenen vertreten werden sollen. Diese Fragen zu erforschen, ist Aufgabe einer Wissenschaft, deren Ergebnisse zumeist als gegeben hingenommen werden, ohne gründlich erforscht und unterstützt zu werden: der politischen Geographie. Das soll nicht heißen, daß nur die Geographie wahre Staatsmänner bilden kann, daß weltpolitische Machtfragen von geographischen Ursachen allein abhängig seien und nur unter steter Berücksichtigung geographischer Tatsachen gelöst werden könnten, daß die Mittel, Wege und Ziele der weltpolitischen Bewegungen in allen ihren Einzelheiten geographisch aufgefaßt werden müßten. Spannungen zwischen den Völkern der Erde entstehen auch aus Ursachen und werden von Triebkräften geleitet, die fernab von geographischen Tatsachen liegen. Vielfach spielen geschichtliche, psychologische, kulturelle Voraussetzungen hin-

ein, die mit den geographischen Tatsachen des Völkerwohnraumes in Widerspruch stehen oder doch zu stehen scheinen. Auch Ursachen und Triebkräfte, die dem Genie einer einzelnen Persönlichkeit entspringen, dürfen gelegentlich von ausschlaggebender Bedeutung sein. Und doch werden wir auch bei all diesen Kräften bald mehr, bald minder deutlich, wenn wir die letzte Ursache zu ergründen suchen, auf Erscheinungen stoßen, die sich aus geographischen Eigenheiten des Lebensraumes heraus erst ganz verstehen lassen. Der Mensch ist, um mit F. v. Richthofen zu reden, ein Produkt aus den geographischen Verhältnissen und seiner eigenen Arbeitskraft, wie auch jede politische Bewegung und Lebensäußerung eines Staates nach Ratzels Worten einen mehr oder minder deutlich wahrnehmbaren geographischen Kern hat. Möge es sich um die Erweiterung des Landbesitzes handeln oder um wirtschaftlichen oder kulturellen Einfluß, immer wird das Geographische, das Erdgebundene eingreifen.

Einer zielsicheren inneren und noch mehr äußeren Politik hilft sehr wesentlich geographische Denk- und Auffassungsweise. Der Mangel politisch-geographischer Erkenntnis erscheint mit als eine der Hauptursachen des geringen politischen Verständnisses, das sich in weitesten Kreisen gerade unseres Volkes seit langem zeigt.

Alle weltpolitischen Machtfragen haben geographische Grundlagen. Diese für das gegenseitige politische Verhältnis der Staaten wichtigen Voraussetzungen vernachlässigen, hieße der Politik von vornherein den festen Boden unter den Füßen wegziehen. Gerade für uns sollten der Krieg und der ihm folgende Zusammenbruch politische Erzieher sein zu der Erkenntnis der Notwendigkeit, nicht nur festländisch-politisch, sondern auch weltpolitisch zu denken. Wir müssen uns mehr als bisher bemühen, Verständnis zu gewinnen erstens für die Lebenswünsche des eigenen Volkes und Staates und zweitens für die Kraftverhältnisse derjenigen Staaten, denen gegenüber die Wünsche unseres eigenen Staates vertreten werden sollen oder mit denen uns sonst irgendwelche materiellen oder geistigen Beziehungen verknüpfen. Aber sie werden uns erst dann recht verständlich, wenn wir versuchen, uns über die Träger des weltpolitischen Geschehens (die Subjekte weltpolitischer Machtfragen) und über die geographischen Ursachen, denen ihre Kräfte entspringen, ein Bild zu machen, wenn wir dann uns klar werden über die weltpolitischen Kraftfelder, über diejenigen Gebiete (Objekte weltpolitischer Machtfragen), in denen der Gang

des politischen Weltgeschehens sich abspielt, und wenn wir endlich dabei die verkehrs- und wirtschaftspolitischen Stoß- und Kraftlinien berücksichtigen, die in jenen Kraftfeldern zusammenfließen und den Erdball umspannen.

Es muß freilich auch hier wieder einmal betont werden, daß der Mangel politischen Denkens in unserem Volk zum Teil ein Mangel unseres Schulsystems ist, in dem gerade das Fach der modernen Erdkunde noch immer so stiefmütterlich behandelt wird, das wie kein zweites geeignet ist, den Ursachen nachzuspüren, die für diese oder jene weltpolitische Haltung der gegenwärtigen Staaten maßgebend sind. Herders Wort: „Geschichte ist in Bewegung gesetzte Geographie", wird von dem Großmeister der politischen Geographie, Friedrich Ratzel, unterstrichen: „Von alters her hat sich die geographische Wissenschaft als eine politische Macht erwiesen."

Aber diese geographischen Voraussetzungen sind nicht nebeneinanderzustellen als tote, nüchterne Namen und Zahlen, worin die politische Geographie sich früher zu erschöpfen vermeinte. Nicht die Natur an sich ist das Entscheidende, sondern die Natur und der Mensch, der sich bald mit ihr verbündet, bald sie bezwingt. Beides, die Erde, der Boden, die Naturausstattung, das im ganzen Gleichbleibende, die „feste invariable Größe" auf der einen Seite, und der Mensch, das auf Veränderung dieser Größen hinzielende Element, „die bewegliche, veränderliche, besonders entwicklungsfähige Größe" auf der anderen Seite (F. v. Richthofen), sind eng miteinander verschlungen. Sie stehen in engster Wechselbeziehung zueinander. Und so ist auch der Staat nach Supans echt geographischer Erklärung aufzufassen als ein aus zwei untrennbar miteinander verbundenen Elementen, Land und Volk, bestehendes Naturwesen. Die politische Stellung eines Staates, d. h. seine Machtfülle, ergibt sich aus der innigen Verknüpfung zwischen den Fähigkeiten der Volksgenossen (dem Volk) und den Entwicklungsmöglichkeiten, die der Boden einschließt, den sie bewohnen, sie ergibt sich aus den Eigenarten seines Raumes und seiner Lage, seiner Witterung und seiner Gaben der belebten und unbelebten Natur.

Teil I.

Die geographischen Grundlagen weltpolitischer Machtfragen.

> Grade darin unterscheidet sich die politische Geographie von der politischen Geschichte, daß sie durch die Betonung des Unveränderlichen und Unverwüstlichen, das dem Boden eigen ist, auch eine Richtung auf das Werdende empfängt. Die Politik, die dem wachsenden Volke den unentbehrlichen Boden für die Zukunft sichert, weil sie die ferneren Ziele erkennt, denen der Staat zutreibt, ist eine echtere „Realpolitik" als die, die sich diesen Namen beilegt, weil sie nur das Greifbare vom Tag und für den Tag leistet. (Friedrich Ratzel.)

Die geographischen Voraussetzungen der Weltpolitik sind gemäß der Erklärung des Staates als eines Naturwesens, das aus zwei eng miteinander verbundenen Elementen, Land und Volk, besteht, zweifacher Art: sie liegen in den unmittelbaren geographischen Verhältnissen des vom Staat eingenommenen Erdraumes (Lage, Größe, Klima, Bodengestalt, Erzeugnisse) und in den bedingt geographischen, d. h. in den mehr oder minder von der Landesnatur abhängigen Eigenschaften und Fähigkeiten des Volkes (Rasse, Sprache, Religion, Wirtschafts- und Geistesleben).

Daher sind die Lebensäußerungen des Bodens teils unabhängig von den ihn bewohnenden Menschen, also rein physischer Natur, teils sind sie erst durch die Tätigkeit des Menschen erschlossen und dienstbar gemacht worden, wie die erst durch Menschengeist und Menschenhand wirtschaftliche Werte erzeugenden Gaben des Bodeninneren, der Tier- und Pflanzenwelt. Man kann daher sprechen

1. von der natürlichen Erfüllung des Staatsraumes, kurz: von der Natur des Staates,
2. von der wirtschaftlichen Erfüllung und Natur des Staates.

Zu diesen zwei Lebensäußerungen des Bodens treten die Lebensäußerungen des Volkes. Sie liegen in den dem Volke angeborenen Eigenschaften, in seiner Wachstumskraft, Rasse und Sprache, nämlich

3. in dem völkischen Inhalt oder der völkischen Natur des Staates, und endlich
4. in der geistigen und kulturellen Erfüllung, im Kulturinhalt des Staates, in Eigenschaften, die erst mit einer gefestigteren Entwicklung sich ausbildeten, vor allem die schaffende Arbeitskraft, dann Religion, Volksbildung, politischer und künstlerischer Sinn.

A. Die Natur des Staates.

Ein Hauptkennzeichen der äußeren Natur eines Landes, das politisch wirksam werden kann, ist zunächst die Lage. Sie ist ein grundlegender Begriff. Da die Wirkung der mathematischen oder Breitenlage in erster Linie klimatisch sich äußert, ist die klimatische Lage von ausschlaggebender Bedeutung.

Das Klima bestimmt auf dem Erdball die Grenzen der Menschheit, den bewohnbaren Raum der Erde. Alle polaren und nahe den Polarzonen gelegenen (subpolaren) Wohngebiete scheiden von vornherein für dauernde menschliche Wirksamkeit gänzlich aus, weil sie der wichtigsten Grundlagen jeder menschlichen Entwicklung, der mannigfaltigen und hochstehenden Pflanzen- und Tierwelt, entbehren. Aber auch die Hochgebirgsgebiete aller Zonen, ferner die Trockengebiete der heißen und subtropischen Zone, z. B. die Steppen- und Wüstenländer Afrikas, Vorderasiens, Nord- und Südamerikas und Australiens, endlich die dauernd regenfeuchten Tropen in Brasilien und Mittelamerika einschließlich Westindiens, in Innerafrika und auf den Sundainseln setzen dem menschlichen Streben eine Schranke. Treffen für die Trockengebiete in der Hauptsache die gleichen lebensgeographischen Tatsachen der Pflanzen- und Tierverbreitung zu wie für die Polargebiete, so ist es in den feuchtheißen Tropen in erster Linie die physiologische Tatsache der erschlaffenden Wirkung des Klimas, die dem menschlichen Tätigkeitsdrang ein Ziel setzt und ihm Einhalt gebietet. Nur die Entwicklung höherer geistiger Regsamkeit kann aber letzten Endes zu der höchsten Form menschlichen Gemeinschaftssinnes führen, zum Kulturstaat. Lebendige Staatswesen hat

jedes menschliche Gemeinschaftsleben hervorgebracht, unabhängig von geographischen Einflüssen. Wir finden sie bei Polarvölkern ebenso wie bei Tropenvölkern und bei denen der gemäßigten Zonen; die Bildungsstufe spielt dabei keine Rolle. Erkennen wir aber unter den Staatswesen der Erde denjenigen den höchsten Rang zu, von denen die reichste materielle Förderung und geistige Befruchtung der Menschheit ausgegangen ist, so sehen wir, daß kein Staat polarer oder tropischer Lage diesen Bedingungen entspricht. Daher kann der Lebenskern eines Staatskörpers, den wir zu den Kulturstaaten zählen, nur in gemäßigten Breiten liegen, und zwar seltener im Subtropengürtel als meistens im klimatischen Mittelgürtel der Erde. Im allgemeinen wird man sagen dürfen, daß alle Wohngebiete der Erde zwischen den polwärts gelegenen 10°- und 20°-Wärmelinien des wärmsten Monats als diejenigen Wohnräume der Menschheit anzusehen sind, in welchen eine höhere Kulturentwicklung möglich ist. Das ist aber nur etwa ⅓ der festen Erdoberfläche. Von diesen Gebieten scheiden dann noch diejenigen aus, die ausgesprochene Binnenländer sind, wie z. B. große Teile Asiens und des westlichen Nordamerika.

Sitze höherer Kultur im Sinne der modernen europäischen Kultur und also auch Sitze weltpolitischer Wirksamkeit sind daher erstens die Ränder und zweitens die unter der mildernden Wirkung der Ozeane stehenden Teile derjenigen Festländer, welche innerhalb der wirklichen gemäßigten Zone, d. h. zwischen den Wärmelinien von + 10 und + 20° der wärmsten Monate, liegen.

Zwar erstrebten weltpolitisch tätige Staaten die zur weltpolitischen Untätigkeit verurteilten Gebiete polaren und tropischen Klimas oder wuchsen vielfach in sie hinein (Kolonien oder Nebenländer). Aber diese Räume werden politisch immer untätig, immer nur passiv bleiben; sie werden stets in dauernder Abhängigkeit von einem tätigen (aktiven) Staatskern in gemäßigten Breiten stehen. Es wird z. B. ein selbständiges Indien, weil es meist in den Tropen gelegen ist, niemals aktive Weltpolitik treiben können. Es ist also durch die Natur politisch gebunden. Umgekehrt wird es unmöglich sein, ein Volk der gemäßigten Zone unter sonst günstigen geographischen Bedingungen durch bloßen Machtspruch eines anderen Volkes dauernd zu politischer Passivität, d. h. zu politischer Abhängigkeit zu verurteilen, es also etwa einer Kolonie gleichzustellen.

Diese geographische Tatsache ist für uns zweifellos ein Trost, da wir seit der Beendigung des Krieges zu einem politisch abhän-

Entwicklungsgürtel der gegenwärtigen Kulturmenschheit.

Mittelklima und Subtropengürtel, etwa mit den Gürteln der wahren gemäßigten Zonen A—A und B—B zusammenfallend.

Entwicklungsgebiete der gegenwärtigen Kulturmenschheit
(Klimagebiete und Wärmelinien nach Passarge, Supan, Köppen)

Gestrichelte Linie: 20° Jahreswärmelinie und 10° Wärmelinie des wärmsten Monats.

Kulturfeindliche Gebiete

- Tropengürtel
- Trockengebiete
- Schneeklimate

gigen Staat geworden sind. Die geographisch für uns günstige Tatsache gemäßigter Lage in Verbindung mit anderen glücklichen geographischen Voraussetzungen bietet eine Gewähr für unsere Kinder und Kindeskinder, daß politischer Machtspruch nicht dauernd die Wirkung dieser zu unseren Gunsten entscheidenden geographischen Voraussetzungen beiseite schieben kann.

Eine zweite dieser geographischen Mächte von stärkster Wirkung für die Entwicklung eines Staatswesens ist neben der klimatischen Lage die geographische Lage. Sie bezeichnet das Lageverhältnis des Landes zu den Oberflächenformen der Erdrinde, zu Meer und Hochgebirge, zur Wüste, zu großen Flußnetzen, zu Halbinseln. Ihre Wirkung äußert sich in erster Linie auf verkehrspolitischem Gebiete; die Herstellung der Verkehrswege, seien es Eisenbahnen oder Kanäle, kann nur mit Rücksicht auf sie vorgenommen werden. Wenn man bedenkt, welche gewaltige politische Wirkung der durch die natürlichen Verhältnisse außerordentlich erschwerte Bau von Eisenbahnen in räumlich ausgedehnten, dünnbevölkerten und klimatisch wenig glücklich bedachten Gebieten wie in Sibirien, in Kanada, oder in Trockengebieten, wie in Kleinasien und Arabien, ausübte, wenn man erwägt, welch hoher politischer Wert Seekanälen beizumessen ist, deren Bau wie der des Panamakanales nur nach Überwindung größter natürlicher Hindernisse möglich wurde, wenn man berücksichtigt, wie bevorzugt ein strömereiches Land einem stromarmen gegenüber ist, so erkennt man aus diesen wenigen Andeutungen, daß in der Tat Klima und Oberflächenformen der Länder von nachhaltiger Wirkung sein können und daß von ihnen höchst wichtige politische Angelegenheiten in nicht geringem Maße abhängig sind.

Hindert die Natur den vollen Ausbau und die volle Ausnutzung eines Verkehrsweges, so kann dadurch ein politischer Zweck gefährdet, wenn nicht gar in Frage gestellt werden. Die tropischen Regengebiete bieten z. B. dem Bau von Verkehrswegen ungeheure Schwierigkeiten; sie müssen aber überwunden werden, soll eine feste politische Verkettung des Innern mit der Küste und damit mit den Mutterländern erreicht werden. Denn die Verkehrswege sind die notwendigen Voraussetzungen jeden weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Anschlusses. Oder man denke auch an unmittelbare Einwirkungen des Erdbodens, etwa an die schon jetzt zuweilen eintretende Gefährdung des Panamakanals durch tektonische Erdbeben, die die Benutzung des Kanals und damit die Vereinigung der

amerikanischen Seestreitkräfte gerade im entscheidendsten Augenblick unterbrechen könnten. Naturkräfte könnten also eine dermaßen starke politische Wirkung ausüben, daß durch eine so enge Abhängigkeit eines Verkehrsweges von der Natur des Landes plötzlich eine völlig neue politische Weltlage geschaffen werden könnte.

Am augenfälligsten ist die Lage eines *Landes zum Meere* auf seine politische Entwicklung. Länder wie Großbritannien und Japan, also ausgesprochene Inselstaaten, sind von Natur auf die Seeschiffahrt angewiesen; der Drang nach Beherrschung der umliegenden Meere und womöglich auch der nachbarlichen Küsten entspringt nicht irgendwelchen Machtwünschen; er ist die natürliche Folge ihrer Lage als *randständige Inselstaaten*. Die Seeschiffahrt ist unerläßlich; das Hinausstreben in weitere Erdräume und damit die Anbahnung geregelten Seeverkehrs ist die natürliche Folge. Rein rechnerisch müßte der Anteil der Staaten an der Weltschiffahrt entsprechend sinken mit dem geringeren Anteil am Meer, d. h. mit dem Verhältnis der Meeresgrenze zur Landgrenze. Wenn dennoch äußerst stark seebegrenzte Staaten, wie Norwegen oder Dänemark oder Italien, keine nachhaltige Seegeltung zu erringen wußten, so zeigt das, daß noch wesentlich andere Gründe als die Seelage für die wirtschaftliche und politische Zurückstellung vorhanden sein müssen. Das gleiche gilt naturgemäß für den umgekehrten Fall, daß kurze, nicht sonderlich vorteilhafte Seegrenzen unter sonst günstigen Bedingungen sehr wohl zur wirtschaftlichen und politischen Seegeltung zu führen vermögen: Deutschland von 1871—1914.

Wie Inselstaaten einer natürlichen Schutzlage sich erfreuen, so kann auch sonst das Meer dem Staat starke Sicherungen gewähren. Rußland besitzt durch die Sperre des nördlichen Eismeeres einen äußerst wirksamen natürlichen Schutz.

Auch andere Naturverhältnisse schaffen Bedingungen, die für die politische Entwicklung von grundlegender Bedeutung werden können. Eine starke Sicherungslage ist denjenigen Ländern eigen, die sich an Steppen- oder Wüstenräume oder an Gebirgswälle anlehnen. Die Wüste ist eine noch wirksamere Sicherung als das Meer. Ägypten ist von Westen her unangreifbar; hier bietet auch der moderne Eisenbahnbau keine Möglichkeit, die natürliche Grenzsperre zu durchbrechen, wie es Rußland in Turan gelang mit Hilfe der transkaspischen und aralischen Bahn. Und welchen Schutz bieten dem ausgedehnten russischen Besitz in Nordasien die ge-

waltigen Gebirgswälle Innerasiens in Verbindung mit den weiten Steppen- und Wüstenräumen, die gleichzeitig Indiens bestes Grenzbollwerk gegen einen etwa von Norden kommenden Stoß bilden! Die wirtschaftliche und kulturelle Abhängigkeit der amerikanischen Staaten von Europa und ihre viel stärkeren wirtschaftlichen und politischen Rückwirkungen nach dem Osten statt nach dem Westen sind doppelt bedingt durch die Riesenweite des Großen Ozeans und durch den sich am pazifischen Gestade auftürmenden Kordillerenwall. Beide zwingen die amerikanischen Länder, in erster Linie ihr Antlitz ostwärts zu wenden.

So ergibt sich von selbst eine Scheidung der Staaten in *Seestaaten* und *Binnenstaaten*, zwischen denen in mannigfach wechselnder Form die *Randstaaten* stehen mit außerordentlich schwankendem Anteil an der See. Bald neigen sie mehr den Seestaaten zu, wie z. B. das durch das Gebirge seewärts gedrängte Norwegen, bald nähern sie sich dem Binnenstaat, wie Rumänien, dessen kurze Seegrenze noch dazu in ein Binnenmeer hinaussieht, wenn auch der große Strom den Blick nach dieser Seite zieht.

Wir sehen, wie die natürlichen Verhältnisse der Bodengestaltung die Lebensäußerungen der Staaten stark beeinflussen können. Das ist in noch stärkerem Maße der Fall, wenn wir namentlich in politisch gefestigten Staaten das Verhältnis der politischen *Staatsgrenze* mit diesen Formen des Bodenaufbaues in Verbindung bringen. Keine politische Grenzlinie ist fest. Sie wechselt in bald kürzeren, bald längeren Zeiträumen mit der politischen Kraft der Staaten; sie ist durch den Geschichtsablauf der Staaten „elastisch". Jeder Staat hat aber zweifellos das Bestreben, seine politischen Grenzen so zu verlegen, daß sie möglichst mit natürlichen Sperrlinien zusammenfallen. Eine solche *Sperrlinie* ist aber nur die Meerküste; Wüsten, Urwaldgebiete, Gebirge, selbst Flüsse sind niemals linienhaft, sondern immer flächenhaft. Die politische Grenzlinie kann sich daher nur einem Grenzsaum anpassen. Je besser sie das vermag, um so mehr ist der natürliche Schutz des Staates gewährleistet, sofern der Grenzsaum überhaupt fähig ist, als eine wirksame Natursperre zu dienen. Was wir also, namentlich im Unterricht, im allgemeinen als „natürliche Grenzen" bezeichnen, sind in Wahrheit strategische Grenzen, nach denen sich weder Völkergrenzen noch die Grenzen von Wirtschafts- und Verkehrsgebieten richten.

Wir müssen uns also von dem bisherigen schulmäßigen Begriff der „natürlichen Grenze" frei machen. Ein natürliches Lebensgebiet

eines Volkes wird nicht durch Bodengebilde bestimmt, sondern durch die Lebensbedürfnisse des Volksorganismus. Ist die wirtschaftliche und kulturelle Kraft eines Volkes groß, so greift es eben unbekümmert um Fluß-, Gebirgs-, Meeres- usw. Grenzen und unbekümmert um ethnographische Grenzen über sein bisheriges natürliches, d. h. Wirtschaftsgebiet in benachbarte hinaus. Die Größe des politischen Staatsraumes wird also in erster Linie vom Willen des Volkes bestimmt, der naturgemäß seine Entwicklung nur nach den geographischen Bedingtheiten des Lebensraumes nehmen kann. —

Je mehr ein Volk imstande ist, seine politischen Grenzen hinauszuschieben, seinen politischen Raum zu erweitern, um so mehr wächst seine äußere Stärke. Nur großräumige Staaten sind im allgemeinen befähigt, eine gewisse Vorzugsstellung unter den Staaten einzunehmen. Die raumgeographische Tatsache der Staatsgröße spielt also für die politische Wirksamkeit des Staates eine Rolle.

Aber der Raum ist nicht allein ausschlaggebend. Es hat kleinräumige Staaten mit ungeheurer Machtentfaltung gegeben, die bestimmend auf die kulturelle und politische Entwicklung eines Zeitabschnittes der Menschheit einwirkten (z. B. die „Stadtstaaten" Rom und Karthago, Holland im 17. Jahrhundert). Es gab umgekehrt aber auch großräumige Staaten, und es gibt sie noch, die trotz ihres Riesenausmaßes keine dauernde politische Wirkung auszuüben vermochten und die dem Machtbegehren kleinerer verfallen sind, z. B. China und Brasilien, beide von Europagröße. Die Raummaße eines Staates sind also zweifellos geographische Voraussetzungen machtvoller Staatenentwicklung, sie sind aber niemals allein ausschlaggebend.

Das beweist eine kleine Übersicht:

1. Die heutigen Großmächte (Mutterländer).

Ver. Staaten von Amerika . . .	7840000 qkm
Frankreich	550000 „
Japan	380000 „
Großbritannien	315000 „
Italien	310000 „

2. Selbständige großräumige Staaten ohne Großmachtstellung.

China	11140000 qkm
Brasilien	8500000 „

Argentinien	2800000 qkm
Mexiko	1990000 „
Spanien	500000 „
Deutsches Reich	475000 „

3. Großräumige unselbständige Staaten (Besitzungen).

Kanada (Brit.-Nordamerika) . .	9960000 qkm
Australischer Bund	7700000 „
Brit.-Indien	4670000 „
Niederl.-Indien	1520000 „

Schließlich darf die politische Lage, d. h. die Lage eines Staates zu seinen Nachbarn zu Land oder über die nahe See nicht unberücksichtigt bleiben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß schon die Zahl der Nachbarn der politischen Entwicklung förderlich oder von hemmender Wirkung sein kann. Der nachbarlose Inselstaat kennt unmittelbare politische Reibungsgrenzen nicht. Ein Staat wie Deutschland dagegen ist von Natur aus verurteilt, politisch und wirtschaftlich eingekeilt zu werden, wenn die Gesamtsumme der politischen Stärken der Nachbarn die Stärke des eingeklemmten Staates übertrifft. Der Notwendigkeit, einer solchen politischen Zwischenlage Rechnung zu tragen durch die Möglichkeit mindestens nach einer Seite politisch und wirtschaftlich ein Loch, offen zu lassen, wurde Bismarcks Rückversicherungspolitik gerecht. Die Einkreisung Mitteleuropas war kein geographischer Zufall, sie war eine unmittelbare Folge der politischen Lage. Es kam zwischen die Zangenbacken der stärksten Seemacht und der stärksten, weil an Menschenmassen reichsten Landmacht. Eine klare deutsche Politik hätte schon aus rein geographischen Erwägungen heraus das Bündnis zwischen beiden (1904) verhindern müssen. Ähnlich bedingte nicht blinder Zufall die politische Bedeutungslosigkeit der asiatischen Randstaaten von der Türkei über Persien, Afghanistan bis nach Tibet und China, sondern wiederum die Einkeilung zwischen Rußland, Japan und England. Solche Staaten sind im politischen Sinn vielfach „Pufferstaaten", die ihre Erhaltung der Eifersucht der sie umschließenden mächtigen Staaten verdanken. Man hat den auf den politischen Grenzen lastenden Druck als „Außendruck" durch das Verhältnis der eigenen Volkszahl zu der aller unmittelbaren Nachbarstaaten ausgedrückt („Druckquotient" Supans). Das ist insofern nicht richtig, als daneben noch die gegenseitige wirtschaftliche und kulturelle Stellung mit zu berücksichtigen ist. Der politische

Außendruck ist daher nicht immer gleichbleibend, sondern ändert sich stetig in dem Maße, wie sich das gegenseitige Kräfteverhältnis des umschlossenen und der umschließenden Staaten ändert oder auch das der umschließenden Staaten untereinander. Dazu kommt, daß der Druck sich vermindert, wenn dem umschlossenen Staat ein Ausgang zum Meer freibleibt, und das um so mehr, je unbehinderter dieser Meeresausgang ist. Das trifft auch für Staaten zu, die an Wüsten oder Gebirgen „randständig" sind.

Inselstaat auf der einen Seite, Binnenstaat auf der andern Seite stehen sich somit als schroffste Gegensätze gegenüber, der eine

Die Zerstückelung Deutschlands 1918/20 in zwei völlig getrennte Staatsgebiete.

der nachbarloseste mit freiem Spielraum meerwärts, der andere der vollnachbarlich begrenzte und eingezwängte. Zwischen ihnen stehen die verschiedensten Stufen der randständigen Staaten mit mehr oder minder einseitigem Außendruck. Deutschlands Außendruck ist weit stärker als der Frankreichs, weil es keinen offenen Meeresauslaß hat wie dieses, dem die Weite des Atlantischen Ozeans offensteht. Der Außendruck der Vereinigten Staaten ist fast Null, weil sie neben ihren freien Meeresgrenzen wirtschaftlich und kulturell noch unentwickelte Nachbarn besitzen.

Auch die äußere Form des Staates wirkt auf dieses Kräfteverhältnis ein, wenn sie gar zu sehr von einer Grundform abweicht, so daß eine enge innere Verknüpfung der einzelnen Staatsteile nicht mehr gewährleistet ist. Daher ist eine weitere grundlegende Forderung für die politische Kraft eines Staates die möglichste Geschlossenheit seines Staatsraumes.

Deutschlands Zerstückelung im Osten durch die Loslösung Ostpreußens kennzeichnet schon rein äußerlich die politische Ohnmacht, zu der der Staat verurteilt worden ist, die nicht minder hervortritt durch die beiden von Osten in den deutschen Volkskörper sich ein-

Österreich, Ungarn umklammernd. — Die zerrissene Staatsgestalt des ehem. Österreich.

schiebenden Keile polnischen und tschecho-slowakischen Gebietes. Aus einem so unglücklich geformten Staatskörper, wie ihn das alte Österreich von Bosnien über die Ostalpenländer und Böhmen bis Galizien und bis zur Bukowina besaß, konnten keine einheitlichen politischen Kräfte entsprießen.

B. Die wirtschaftliche Erfüllung des Staatsraumes.

Lebensäußerungen des Bodens, die Einfluß auf die Entwicklung politischer Machtfragen gewinnen können, sind ferner die Wirtschaftswerte tierischer, pflanzlicher und mineralischer Form, die allerdings nur durch das Eingreifen des Menschen zur vollsten Auswirkung gelangen. Sie sind teils Kraftstoffe (Kohle, Petroleum), teils gewerbliche Rohstoffe. Ihr Mangel oder ihr Überfluß in einem Lande, ihre Mannigfaltigkeit oder ihre Einförmigkeit, die Verknüpfung ihres Vorkommens oder ihre einseitige Entwicklung bestimmen die wirtschaftliche Natur und die weltwirtschaftliche Stärke des Staates.

Die Erfüllung des Staates mit den wichtigsten Wirtschaftsstoffen kann von höchster politischer Wirkung sein. Da heute die höchste und einen Staat am festesten in die Weltwirtschaft hinein-

ziehende Wirtschaftsform das Großgewerbe ist, so ergibt sich daraus als erste Vorbedingung das Vorhandensein einer genügenden Menge der Kraft- und Rohstoffe und als zweite eine Verteilung im Staatsraum, die eine möglichst ergiebige Ausnutzung und so eine Steigerung der Erzeugungsmöglichkeit gewährleistet.

Daß die auf dem Kraft- und Rohstoffreichtum eines Landes beruhende Industrialisierung naturgemäß auch in weiterem Umfang von höchster innen- und außenpolitischer Wirksamkeit ist, zeigt die auf sie in erster Linie zurückzuführende soziale Umwälzung, die in der Verschärfung der Standesunterschiede, in der Vergrößerung der Kluft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sich ausdrückt. Ihr ist in erster Linie die Zurückdrängung des Binnenhandels und der früher herrschenden reinen Nationalwirtschaft zugunsten des Außenhandels und der Verflechtung mit der Weltwirtschaft zu danken.

Kohle und Erdöl sind die wichtigsten, die Industrialisierung besonders fördernden Kraftstoffe. Der Hunger nach Kohle und Erdöl ist ein wirtschaftspolitisches Kennzeichen aller Großgewerbe treibenden Staaten. Besonders die Kohle ist heute mehr denn je und mehr als jeder andere vom Erdboden gespendete Rohstoff eine Weltmacht und daher „ein wichtiges Mittel der Beeinflussung von Staatskunst und Kriegsführung". (Hettner.) Kohlenreiche Länder übernehmen, wenn sonst die Bedingungen für die hohe Ausgestaltung des Wirtschaftslebens gegeben sind, auch in der Weltwirtschaft die Führung. Sie sind damit im allgemeinen auch die politisch am stärksten hervortretenden. Es ist kein Zufall, daß die wichtigsten kohlefördernden Länder der Erde gleichzeitig die Großmächte des beginnenden 20. Jahrhunderts sind; Kohle ist der Kraftstoff ihres wirtschaftlichen und politischen Lebens. Dabei muß allerdings die merkwürdige Tatsache berücksichtigt werden, daß ein glückliches Spiel der Natur die Kohle (auch das Eisen) gerade in den Ländern der gemäßigten Klimazone in ihren größten Mengen aufspeicherte, also gerade dort, wo eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entwicklung der Kulturstaaten besteht. Ein Staat ohne genügende Kohlenmengen, z. B. Italien, ist wirtschaftlich zu einer starken Zurückhaltung gezwungen, es sei denn, daß er durch Einfuhr den Mangel im eigenen Lande wieder wettmachen kann. Das führt aber meist zu einer wirtschaftlichen und damit politischen Abhängigkeit. Kohle mit Eisen am gleichen Fundort verkoppelt, führen zu höchster Steigerung großgewerblicher Tätigkeit, die stark behindert, wenn

nicht gar unterbunden wird, wenn beide getrennt im Staatsraum vorkommen, wie in Frankreich. Die großgewerbliche Bindung des Staates in das Weltwirtschaftsleben wird dadurch wesentlich erschwert und übt weiterwirkend Einfluß auf die weltpolitische Stellung des Staates aus.

Anderseits führt das „Erstreben von Kraftstoffen" in wirtschaftlich und politisch unselbständigen Gebieten leicht zu weltpolitischen Mißhelligkeiten und Verwicklungen. Die während des Krieges hochpolitisch gewordene Spitzbergenfrage beruhte auf den reichen Kohlenlagern der Inseln. Japans Begehrlichkeit nach China hat ihren Grund nicht allein in dem Wunsch nach Gewinnung dieses reichen Absatzgebietes für seine hochentwickelte Industrie, sondern ist in erster Linie bedingt durch die ungeheuren Kohlenvorräte, die mit rd. 1 Milliarde Tonnen nächst denen in den Vereinigten Staaten die größten der Erde sind (Deutschland birgt nur etwa $^2/_5$, Großbritannien gar nur $^1/_5$ dieser Menge in seinem Schoße). Japan aber braucht mit seinen nur 8 Millionen t Jahresförderung dringend die Kohle. Die asiatischen Ölgebiete in Mesopotamien, Südpersien und Niederländisch-Indien sind bereits wie die mexikanischen Ölfelder Ursachen politischer Gegensätze zwischen den diese Lager zur Ausbeutung erstrebenden Großmächten gewesen und werden es in Zukunft weiter sein. Nächst der Kohle haben auch die Metalle, allen voran das Eisen, politische Kräfte wachgerufen. Der Besetzung der französischen Erzbecken von Longwy und Briey während des Krieges wohnten starke politische Gründe inne. Und was anderes bedeutet die Wegnahme Oberschlesiens mit etwa 20% der deutschen Kohlenausbeute, mit etwa 45% der deutschen Bleierz- und Zinkblendegewinnung, die Abtretung des Saargebietes mit 9% der Kohlengewinnung und die Wegnahme Lothringens mit 74% der gesamten deutschen Eisenerzgewinnung, als der wirtschaftliche Totschlag Deutschlands und damit die schwerste politische Schädigung?

Da Stärke und Maß der wirtschaftlichen Erfüllung eines Staates ziemlich einwandfrei durch den auswärtigen Handel nachgewiesen werden kann, so können wir aus ihm im allgemeinen diejenigen Staaten erkennen, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen Erfüllung auch politisch hervorzutreten vermögen. Der Satz, daß die wirtschaftliche Kraft eines Staates mit der Vielseitigkeit des wirtschaftlichen Inhalts wächst, kann dahin erweitert werden, daß die wirtschaftliche Vielseitigkeit allein die Grundlage politischer Handlungsfreiheit verleiht.

Reine Rohstoffstaaten oder überwiegende Rohstoffstaaten, die beide den Weltmarkt in erster Linie versorgen, wie einerseits die Kolonien, anderseits etwa Staaten wie Schweden, Spanien, Mexiko, die meisten südamerikanischen Staaten u. a. werden politisch nicht besonders tätig hervortreten, solange sie in dieser wirtschaftlichen Einförmigkeit verharren müssen — sei es aus Mangel an Arbeitskräften, sei es aus Mangel an den für gewerbtätiges Leben notwendigen Kraftstoffen, der Kohle, des Petroleums, des Wassers.

Um die Gebundenheit höchsten politischen Lebens an eine möglichst große Vielseitigkeit wirtschaftlicher Betätigung nachzuweisen, könnte man eine lange Reihe von Namen und Zahlen aus der Handelsübersicht der wichtigsten Staaten der Erde geben.

Wenigstens einige Staaten als Beispiel und Gegenbeispiel seien herangezogen:

1. Großbritannien (Mutterland), ein wirtschaftlich vielseitiger, hochentwickelter Staat, Fertigwaren sehr stark überwiegend. Ausfuhrwaren und Werte (1913): 12,95 Milliarden M., Einfuhr: 15,68 Milliarden M.

Halbfertig- und Fertigwaren (78,3% der Ausfuhr):

Baumwollwaren	2,6	Milliarden	M.
Eisen, Stahlwaren	1,1	„	„
Wollwaren	0,8	„	„
Maschinen	0,8	„	„
Nahrungsmittel (verarb.) . . .	0,6	„	„
Chemikalien	0,45	„	„

usw.

Rohstoffe (13,3%):

Kohle	1,1	Milliarden	M.
Wolle, Lumpen	0,1	„	„
Ölsamen	0,1	„	„
Pferde	0,4	„	„
Zinn	0,3	„	„

usw.

Nahrungs- und Genußmittel (6,2%).

Sonstiges (2,2%)

2. Deutschland, ein wirtschaftlich vielseitiger, hochentwickelter Staat, Fertigwaren stark überwiegend, Ausfuhr (1913): 10,89 Milliarden M., Einfuhr: 11,65 Milliarden M.

Halbfertig- und Fertigwaren (71,6% der Ausfuhr):

Maschinen	0,7	Milliarden	M.
Woll- und Baumwollwaren . . .	0,5	„	„
Leder und Lederwaren	0,2	„	„

Elektrische Artikel . . . . . 0,2 Milliarden M.
Farbstoffe . . . . . 0,15 „ „
Spielwaren . . . . . 0,1 „ „
usw.

Rohstoffe (15,8 % der Ausfuhr):
Steinkohle und Koks . . . . . 0,65 Milliarden M.
Zucker . . . . . 0,3 „ „
Roggen . . . . . 0,1 „ „
Hafer . . . . . 0,1 „ „
Rohsalze . . . . . 0,1 „ „
usw.
Nahrungs- und Genußmittel (12,5 %).
Sonstiges (0,1 %).

3. Schweden, ein wirtschaftlich vielseitiger Staat, Rohstofferzeugung noch überwiegend. Ausfuhr (1913): 920 Mill. M., Einfuhr: 952 Mill. M.

Rohstoffe (61 % der Ausfuhr):
Holz und Holzmasse . . . . . 368 Mill. M.
Landwirtschaftliche Erzeugnisse . . . . 99 „ „
Erze . . . . . 78 „ „
usw.

Fertigwaren (39 % der Ausfuhr):
Eisen und Stahl . . . . . 80 Mill. M.
Maschinen . . . . . 66 „ „
Papier, Pappe . . . . . 44 „ „
Metallwaren . . . . . 24 „ „
usw.

4. Argentinien, wirtschaftlich ziemlich einseitig als Nahrungsmittelspender; pflanzliche und tierische Rohstoffe sehr stark überwiegend. Ausfuhr (1913): 1,96 Milliarden M., Einfuhr: 1,7 Milliarden M.

Rohstoffe (83,8 % der Ausfuhr):
Mais . . . . . 455 Mill. M.
Weizen . . . . . 416 „ „
Leinsamen . . . . . 202 „ „
Wolle . . . . . 184 „ „
Häute . . . . . 158 „ „
Fleisch . . . . . 152 „ „
usw.
Fertigwaren (16,2 % der Ausfuhr)

Der Anteil der Staaten an der Weltwirtschaft wird veranschaulicht durch den Umfang der großgewerblichen Erzeugung in ihrer tausendfachen Gliederung und Verfeinerung, wie jede Erzeugungs-

statistik nachweist, und in der Bewegung dieser Güter auf dem Erdball. Haupthandelsstaaten mit etwa einem Zehntel und mehr Anteil am Welthandel waren vor dem Kriege, im politischen Sinn zumeist „Weltmächte", folgende: Großbritannien (1912) 16,2%, Deutsches Reich (1912) 12,6%, Ver. St. von Amerika (1912) 9,6% des Welthandels.

Ihnen folgten als Großhandelsstaaten, zumeist „Großmächte": Frankreich 8,8%, Niederlande 6,8%, Belgien 6,5%, Brit. Indien 3,5%, Rußland 3,4%, Österreich-Ungarn 3,3%, Italien 3,0%.

Daran schlossen sich meist in weitem Abstand die übrigen Staaten, beginnend mit: Kanada 2,6%, Argentinien 2,1%, Australischer Bund 1,7%, Schweiz 1,6%, Brasilien 1,6%, China 1,6%, Japan 1,4% usw.

C. Die völkische Natur des Staates.

Weltwirtschaft und Weltpolitik sind nicht voneinander zu trennen, die eine stützt die andere. Der Weltkrieg hat den klarsten Beweis gegeben, daß alle politischen Ziele und Lebensäußerungen der Staaten auf wirtschaftlichen Voraussetzungen beruhen, daß also umgekehrt auch ein dauernder Anteil an der Weltwirtschaft nicht möglich ist ohne eine gesicherte politische Machtstellung. Solange es Deutschland nicht gelingt, sich der politischen Fesseln zu entledigen, solange wird es aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet bleiben; die Entfesselung vom politischen Zwang aber ist nur mit der höchsten Anspannung aller im Boden und im Volke ruhenden wirtschaftlichen, geistigen und ethischen Kräfte möglich.

Darum ruht letzten Endes die politische Selbständigkeit des Staates auf dem Einsatz der höchsten Kräfte des Volkes selbst. Aus dem Volk selbst entspringt der lebendige Quell, dem der Staat seine besten Kräfte zu politischer Größe entnehmen kann.

Eine solche politische Kraftquelle ist zunächst die Volkszahl. Man ist leicht geneigt, in der Bevölkerungsverdichtung an gewissen Teilen der Erde das Hauptkennzeichen politischer Kraftgestaltung zu messen, zumal die Bevölkerungsdichte meist als der klarste Ausdruck für den starken Einfluß der wirtschaftlichen Natur des Staates auf die Bevölkerung angesehen wird. Das ist aber nicht zutreffend; denn so überaus dicht bevölkerte Gebiete wie das küstennahe Holland mit 182 oder gar Belgien mit 257, das eigentliche China mit 140 und Hindustan mit über 200 Einwohnern auf 1 qkm

scheiden als politisch tätige Staaten aus. Umgekehrt stehen die Großmächte mit einer Volksdichte von 152 in Großbritannien, 147 in Japan, 128 im Deutschen Reich und in Italien, 71 in Frankreich und nur 13 in den Vereinigten Staaten hinter den genannten dichtest bewohnten Gebieten der Erde weit zurück.

Für die Beurteilung der politischen Stärke ist vielmehr die wahre Gesamtvolkszahl ein schärferer Ausdruck, wie folgende Übersicht zeigt:

1. Die heutigen Großmächte.

	Dichte	Volkszahl (1920 u. 21)
Ver. Staaten von Amerika . .	13	107 Mill.
Frankreich	71	39 „
Japan	147	56 „
Großbritannien und Irland .	152	48 „
Italien	125	39 „

2. Selbständige, großräumige Staaten ohne Großmachtstellung.

	Dichte	Volkszahl (1920 u. 21)
China	39	437 Mill.
Brasilien	4	31 „
Argentinien	3	8,5 „
Mexiko	8	15,5 „
Deutschland	128	61 „
Spanien (mit Kanaren) . . .	43	21,7 „

3. Großräumige, politisch unselbständige Staaten (Besitzungen).

	Dichte	Volkszahl (1920 u. 21)
Kanada (Brit.-Nordamerika) .	0,7	9,2 Mill.
Australischer Bund	0,7	5,4 „
Brit.-Indien	68	319 „
Niederl.-Indien	31	49 „

Die bereits zweifelhafte Großmachtstellung Italiens tritt im Vergleich zu den übrigen Großmächten ebenso deutlich hervor wie die Sonderstellung Deutschlands und vor allem Chinas und Brit.-Indiens. Rußland schied hier wegen der gegenwärtigen Unklarheit seiner wirtschaftlichen und politischen Stellung aus.

Die Bevölkerungszahlen der Staaten sind aber selbst unter der Voraussetzung, daß der gegenwärtige Staatsraum derselbe bliebe, recht wandlungsfähig, weil die natürliche Wachstumskraft der Völker sehr verschieden ist. Diese ist wieder abhängig von gewissen Rasseneigentümlichkeiten, von den klimatischen Zuständen des Wohnraumes, von der wirtschaftlichen Entwicklung, von den gesundheitsfördernden Maßnahmen des Staates. Im allgemeinen ist unter den europäischen Völkern die natürliche Wachstumskraft, die ausgedrückt wird durch den Zuwachs vom Hundert in einem meist durch die Volkszählungen bestimmten Zeitraum, bei den Slawen höher als bei den Germanen, bei diesen größer als bei den Romanen. In dieser Zahl ist demnach eine Quelle gesteigerter Volkskraft, die politisch wirksam werden kann, zu sehen.

Die Veränderlichkeit der Bevölkerungsmenge eines Staates wird aber auch durch Zu- oder Abwanderung hervorgerufen. Europas Bevölkerungsüberschuß und seine Abwanderung, namentlich nach Amerika, weniger nach Australien und Afrika, am wenigsten nach Asien, hat zu außerordentlichen politischen Wirkungen geführt. Sie hat fast überall weltpolitische Machtfragen von der größten Bedeutung aufgerollt und wird in Zukunft sich vielleicht noch bedeutsamer als heute herausstellen. Man hat diese über die ganze Erde sich ausbreitende Wanderung des europäischen Zweiges der weißen Rasse zutreffend als die „Europäisierung der Erde" bezeichnet.

Die geographische Tatsache, daß Europa vermöge seiner hervorragenden natürlichen Bedingungen im Laufe der Jahrhunderte einen gewaltigen Menschenzuwachs erfuhr, so daß es in einzelnen Teilen nicht mehr imstande war, die Bevölkerung zu ernähren, führte, wenn man das Wort hier gebrauchen darf, zu der größten Völkerwanderung, die bisher auf der Erde nachgewiesen ist. Sie ist nicht an einen bestimmten Geschichtsabschnitt gebunden. Sie beginnt bereits in der Frühdämmerung der Geschichte, als Normannen westwärts zogen, und dauert noch heute fort in jenen gewaltigen Auswandererströmen, die sich alljährlich aus dem übervölkerten Europa über die Erdteile ergießen. Der Strom wird auch in Zukunft nicht stocken. Übertrifft doch unser kleiner Erdteil die übrigen bei weitem mit seiner Volksdichte, nämlich Asien 2⅓mal, Amerika 9mal, Afrika 10mal und Australien gar 50mal.

Einige Zahlen, die sich auf das letzte oder vorletzte Friedensjahr (1912 oder 1913) beziehen, mögen das zeigen:

Es wanderten nach Übersee jährlich aus Europa rund 2 Mill. aus. Davon gingen etwa nach:

Australien	81000	
Asien (ohne Sibirien)	800	(besonders Kleinasien)
Afrika	60000	(½ Atlasländer, ½ Südafrika)
Amerika	1900000	und zwar nach:
	Ver. Staaten .	**1050000**
	Kanada . . .	250000
	Kuba	37000
	Argentinien .	**319000**
	Brasilien . .	167000
	Uruguay	13000.

Sehen wir so anscheinend keine zeitliche Grenze der europäischen Auswanderung, so ist doch die räumliche aus bereits angedeuteten natürlichen Gründen klar zu erkennen. Die Europäisierung muß dort halt machen, wo die Natur dem dauernden Aufenthalt wehrt, in den Polargebieten und in den tropischen Niederungen; sie ist dort am stärksten, wo ähnliche natürliche Lebensbedingungen wie in Europa selbst sich bieten. Demnach lassen sich deutlich die Staaten der Erde gemäß der von Europa empfangenen Einflüsse und Anregungen in eine Reihe ordnen, in der man — um hier mit Ratzel zu sprechen — „sofort als die kulturkräftigsten diejenigen erkennt, welche vermöge der ähnlichen natürlichen Bedingungen, wie Europa sie bietet, den europäischen Einwirkungen am stärksten ausgesetzt gewesen sind".

Daß gerade diese Tatsache um so stärker auch politisch hervortreten muß, je stärker der Einwandererstrom fließt und je mehr das innere Kraftbewußtsein der Europakinder wächst, erscheint nur natürlich.

Grundlegend für die höchste Entfaltung politischer Kräfte ist weiter außer der Volkszahl eine gewisse *völkische Gleichartigkeit im Staatsgebiet*. Aber sie mangelt vielen Staaten. Von völkisch nahezu einheitlichen Staaten (wenn man von der vielfach nur vorübergehend im Staatsgebiet anwesenden Fremdbevölkerung absieht) setzt sich die Reihe bis zu sehr verwickelt zusammengesetzten Mischstaaten fort. Im allgemeinen wird man als völkische Einheitsstaaten (Nationalstaaten) solche ansehen können, in denen das staatstragende Volk die überwältigende Mehrheit hat. Alle übrigen, vor allem die, bei denen kein Volk die absolute Mehrheit erreicht, sind dann völkische Mischstaaten (Nationalitätenstaaten). Dem Maß

der Mischung, das gemäß der wirtschaftlichen und kulturellen Stärke schwankend ist, entspricht das gegenseitige politische Verhältnis der Einzelvölker, unter denen eines zumeist berufen ist, das Herrenvolk zu sein. Selten, wie bei der Schweiz, ergibt sich eine durch jahrhundertlange gefestigte Überlieferung herbeigeführte innenpolitische Geschlossenheit der verschiedenen Völker.

Einzelne Beispiele aus Europa mögen es erläutern:

1. Reine oder fast reine Nationalstaaten.

Portugal	100 %	Stammvolk
Deutsches Reich 1920 .	99,5%	„
Norwegen	99 %	„
Niederlande	99 %	„
[Italien 1913.	99 %	„]
Spanien	97 %	„ (2,5% Basken).

2. Nationalstaaten mit gegenstrebigen Minderheiten.

Dänemark 1920. . . .	96%	Stammvolk,	4% Deutsche
Großbritannien	95%	„	3% Gälen, 2% Iren
Deutsch-Österreich 1920	95%	„	5% verschiedene
[Frankreich 1913 . . .	94%	„	3% Bretonen, 3% andere]
„ 1920 . . .	90%	„	4% Deutsche, 3% Bret. 3% andere
[Deutsches Reich 1913 .	92,5%	„	5,5% Polen, 2% and.]
Italien 1920	92%	„	7% Deutsche, 1% and.

3. Nationalitätenstaaten.

Belgien	54% Flamen, 45% Wallonen, 1% Deutsch
Schweiz	69% Deutsche, 21% Franzosen, 8% Italiener, 2% andere
Rußland 1913	67% Russen (davon 44% Großrussen, 18% Kleinrussen 4% Weißrussen); 11% turktatarische Völker; 6% Polen; 4% Juden; 3% Finnen; 2,5% Litauer; 6,5% verschiedene
Österreich-Ungarn 1913	23% Deutsche, 21% Ungarn, 17% Tschechen und Slowaken, 11% Serben und Kroaten, 10% Polen, 8% Ruthenen, 6% Rumänen, je 2% Slowenen und Italiener.

Vielfach ist die wirtschaftliche und politische Kraft eines Staates nicht allein von den natürlichen und völkischen Verhältnissen des Mutterlandes abhängig, sondern sie wird auch stark von der völkischen Erfüllung der Außenländer (Kolonien) beeinflußt. In solchen Fällen ist wesentlich für die Beurteilung der politischen Leistungsfähigkeit und Kraft des Staates das Verhältnis der weißen staatstragenden Bevölkerung zu der andersrassigen staatsdienenden Bevölkerung, weil die weiße Rasse, abgesehen von den mongolischen Staaten Asiens, der Kulturträger und Träger des Staatsgedankens im Gesamtreich ist. Eine allzu starke Belastung mit dem Ballast fremdstämmiger Völker kann den Staat vor die schwierigsten Aufgaben stellen. Es sei nur an die Fülle der Völker im britischen Weltreich erinnert und an die Schwierigkeiten der Union in der Frage der Stellung der Neger.

Erwägungen über die geographische Verteilung der Völker innerhalb der Staatsgrenzen haben jüngst zu der modernen, auf der völkischen Erfüllung eines Staates beruhenden Politik geführt, wonach bei Abgrenzung der neugegliederten europäischen Staaten der völkische Wohnraum zugrunde zu legen sei. Man wünscht also den Idealzustand verwirklicht zu sehen, daß jeder Staat möglichst völkisch einheitlichen Inhalt besitzt, d. h. der Staat muß völkisch einheitlich nach außen hin sein, „so daß die Nation sich nicht über Grenzen hinaus in andere Staaten ergießt, und nach innen hin, so daß keine anderen Nationen über ihre Grenzen sich in ihn ergießen" (Kjellén).

Aber es ist klar, daß aus solchem Streben die höchsten politischen Verwicklungen entspringen müssen; denn bei der innigen Durchdringung zweier Völker im Grenzwohnraum läßt sich dieser Grundsatz in Wirklichkeit niemals restlos durchführen. Es wird immer nur möglich sein, eine mittlere Linie zu finden, so, daß innerhalb des Staatsgebietes möglichst wenig Fremde, außerhalb möglichst wenig Stammesgenossen wohnen. Es wird aber immer jenseits der Grenze „unerlöste Brüder" geben müssen.

Diese Fragen haben an sich zunächst nur innerpolitische Bedeutung. Wir sehen aber gerade jetzt nach dem Kriege, daß sie außenpolitisch wirksam werden können.

Bereits Kjellén hat versucht, eine Einteilung der Völker nach diesen Gesichtspunkten zu geben. In Anlehnung daran kommt man zu folgender erweiterter Gliederung:

I. Völker **ohne** staatliches Eigenleben:

a) Geschlossen in einem Staatskörper, z. B. Tschechen im alten Österreich, Iren, Ägypter, Kolonialvölker. (Kjellén: „Die Nation besitzt Einheit, aber keine staatliche Freiheit.") — Die Form führt im wesentlichen zu innerpolitischen Fragen.

b) Geschlossen, aber getrennt über mehrere Staatskörper, z. B. Polen vor 1914. (Kjellén: „Die Nation entbehrt sowohl der staatlichen Einheit als auch der Freiheit, indem sie ganz unter der Gewalt verschiedener Staaten steht.") — Die Form kann zu außerpolitischen Verwicklungen führen, wenn sich einer der Besitzerstaaten „den anderen gegenüber zum Vertreter aufwirft", z. B. Österreich und Deutschland für Polen 1916.

c) Verstreut und getrennt über mehrere Staatskörper, z. B. Juden, Neger, Indianer. — Die Form gibt, weil die Völker zumeist ohne politische Kraft, im allgemeinen keinen Anlaß zu großpolitischen Verwicklungen, wohl aber zuweilen zu innerpolitischen (z. B. Negerfrage in den Ver. Staaten, Judenfrage in Rußland).

II. Völker **mit** staatlichem Eigenleben:

a) Geschlossen in einem Staatskörper = Nationalstaat. — Ein Zusammenstoß mit anderen Mächten auf Grund der völkischen Erfüllung des Staates ist nicht zu erwarten.

b) Getrennt über mehrere Staatskörper, z. B. Deutsche im Reich und in Österreich, in Polen, Frankreich, Belgien, Italien; Ungarn in Rumänien; Ruthenen in Polen. (Kjellén: „Die Nation hat teilweise Freiheit, aber keine Einheit, d. h. der Staat erblickt Teile der Nation in der Gewalt anderer Staaten = Irredenta.") — Diese Form führt am meisten zu großpolitischen Verwicklungen.

Als eine Steigerung des Nationalitätengrundsatzes kann man die Verfechtung der Rassenvereinigung ansehen, die ihren Ausdruck in einer Reihe von Schlagwörtern, wie Panslawismus, Panamerikanismus, gefunden hat, denen aber eine Übertreibung des Vereinheitlichungsgrundsatzes ebenso zugrunde liegt wie den schlagwortartigen Forderungen: Amerika den Amerikanern, Afrika den Afrikanern. Immerhin liegen auch in der Verfechtung dieser Forderungen Voraussetzungen weltpolitischer Machtfragen. Es sei an Rußlands Bestrebungen der Begründung eines allslawischen Bundes erinnert, der Osteuropa und die slawischen Staaten der

Balkanhalbinsel umfassen sollte, um so eine Abriegelung Deutschlands und Österreich-Ungarns vom europäischen Südosten und von Vorderasien herbeizuführen.

D. Die kulturelle Erfüllung des Staatsraumes.

Endlich dürfen wir an der letzten der Voraussetzungen der weltpolitischen Machtfragen nicht vorübergehen und müssen Stellung nehmen zu der kulturellen Erfüllung des Staatsraumes.

Sie findet ihren Ausdruck einmal in der Wirtschaftskultur, d. h. in der äußeren Werte schaffenden Arbeitskraft der Bevölkerung, die, wenn auch nur unvollkommen, zu messen ist an den Zahlenwerten der Gütergewinnung, des Handels und Verkehrs, des Kreditwesens, des Standes des Nationalvermögens, dann in der geistigen Kultur, d. h. in dem geistigen Zustand und der geistigen Arbeitsleistung des Volkes, die sich in den Religionsverhältnissen, dem Volksbildungsstand, der literarischen und künstlerischen Erzeugung offenbart, ferner in der Sozialkultur, die hervortritt in der Verteilung der Bevölkerung auf die Berufszweige, in dem Verhältnis der einzelnen Stände zueinander, in dem allgemeinen Gesundheitszustand, der abhängig ist von den hygienischen Verhältnissen, und endlich in der politischen Kultur, d. h. dem politischen Sinn, dem Willen zum Staat, der in der Parteigliederung, in der Verfassungsform, rein äußerlich in der Höhe der Wehrausgaben und in der Stärke der ständigen Land- und Seemacht kenntlich ist.

Es ist einleuchtend, daß es unmöglich ist, dieses Produkt mannigfaltigster Werte, das die Kulturkraft des Staates darstellt, mit nackten Zahlen auszudrücken und die Wirkung ihrer Stärke auf die politische Stellung des Staates im einzelnen darzulegen.

In einer Zusammenstellung sei zum erstenmal versucht, wenigstens einen Bruchteil der politisch wirksamen Machtwerte der wichtigsten Staaten zahlenmäßig zu belegen, wobei die höchsten Werte jeder Spalte besonders hervorgehoben sind. Der einzelne Wert an sich ist wenig belangreich; erst ihre Summe und ihr verschiedenartiges Zusammentreffen, indem bald dieser, bald jener überwiegt, sichern dem Staat eine weltwirtschaftlich und weltpolitisch hervortretende Stellung. Es wäre daher falsch, diese Stellung an einem oder wenigen der Werte zu messen.

Die Zahlenwerte entstammen der Vorkriegszeit. Heute sind naturgemäß bedeutsame Änderungen eingetreten durch das Ausscheiden Deutschlands, Rußlands und Österreich-Ungarns aus der Reihe der Großmächte. Sie sind aber zahlenmäßig aus Mangel an neuen Nachweisen vorläufig nicht zu belegen. Der Zweck, die Wirksamkeit der verschiedensten Machtwerte

	Gesamtbesitz (Mutterland und Kolonien)		Mutterland		Lage zum Meer (Seegrenze v. H. d. Gesamtgrenze)	Völkische Zusammensetzung (Stammvolk) v. H.	Wirtschaftliche Erfüllung des Mutterlandes						Heeres-Friedensstärke	Kriegsflotte	Anteil der Wehrausgaben v. den Gesamtausgaben v. H.	Analphabeten in der Bevölk. auf	Jährliche Buchausgaben 1910 u. 1911 oder 1912
	qkm	Bev. Mill.	qkm	Bev. Mill.			Handelswert auf Kopf der Bevölkerung in M.	Anteil am Welthandel v. H.	Handelsflotte in Mill. t	Kohlenförderung in Mill. t	Bahnlänge auf 100 qkm	Staatsbank Metallbestand, meist Gold in Mill. M.	Mann	Mill. t		je 1000	
Deutsch. Reich	3493800	77,3	540900	64,9	36	92,5	321,5	12,6	3,3	277,3	11,8	1446,8	800000	0,99	48,8	0,5	33000
Großbritann.	30372200	425,7	313600	46,6	100	95	505	16,2	13,8	292,0	12,0	714,7	428000	2,3	39,1	unter 10	8500
Frankreich . .	11114200	95,9	536500	39,6	56	94	299	8,8	1,5	40,8	9,5	3358,5	892000	0,73	35,0	30	12600
Rußland . .	22360600	176,4	5276550	140,8	50	67	44	3,4	0,8	35,9	1,2	3409,0	1384000	0,52	24,0	Ostseeprov. 200—800 Sonst: 700—800	29100
Italien	1876800	37,0	286700	35,6	70	99	140	3,0	1,1	0,7	6,1	977,2	305000	0,33	26,2	Ober: 80—60 Mittel: 800—400 Süd: 500—600	6800
Österr. Ungarn .	676600	51,4	625400	49,5	18	23+21[1])	108	3,3	0,6	54,9	6,8	1277,1	424000	0,25	15,0	Dtsch.u. tschech. Geb. 80—60 Sonst: 500—700 bosn. 880	?
Belgien	2394500	22,6	29500	7,6	6	54+45[2])	895	6,5	0,2	22,8	29,9	248,2	55000	—	12,4	90	2200
Niederlande . .	2079800	44,3	34200	6,2	45	99	1901	6,8	0,6	1,9	9,8	272,5	28100	0,075	22,0	unter 10	3650
Ver. Staaten Amerika . .	9693600	109,3	9386100	99,1	60	88,7[3])	175	9,6	4,8	517,1	4,4	?	91000	0,98	29,3	7,7 (1910)	13500
Japan	673700	72,7	382400	53,0	100	99	38,5	1,4	1,8	17,3	1,7	?	250000	0,56	20,8	?	43200

Die Zahlen beziehen sich im wesentlichen auf die Ergebnisse der Jahre 1912 und 1913 und gelten mit Ausnahme von Spalte 1 und 2 für das Mutterland.

[1]) Deutsche und Ungarn. [2]) Flamen und Wallonen. [3]) Davon 74,3 geborene Amerikaner.

zu zeigen, wird aber auch durch diese Zusammenstellung völlig erreicht, wenn auch die Gegenüberstellung mit den neuen Verhältnissen noch treffender die beabsichtigte Klarstellung zeigen würde. (s. vorhergehende Tabelle.)

Es ergibt sich daraus ohne weiteres unter Berücksichtigung der Höchstwerte, daß die politisch regsten und wirksamsten Staaten die ersten vier und die Vereinigten Staaten sind, von denen jeder in mehr als einer Beziehung die übrigen überflügelt. Räumlich stehen England, Rußland und Frankreich obenan, die Vereinigten Staaten folgen hart auf dem Fuße, rücken aber mit Rußland in den Vordergrund, wenn man nur das Mutterland und die Bewohnerzahl berücksichtigt. Im Geldwesen schreiten Rußland und Frankreich den übrigen voraus, während sie im Welthandel von England, Deutschland und den Vereinigten Staaten, denen die stärksten Handelsflotten eigen sind, übertroffen werden. Deutschlands gefährliche politische Mittellage kommt sowohl in der Heeresstärke als auch in der Wehrausgabe zum Ausdruck, ebenso Frankreichs politische und militärische Furcht vor Deutschland. Rußland als größte europäische Landmacht entspricht mit seinem Landheer der Seerüstung Englands, das mit seiner Kriegsflotte am ersten Platz steht und die beiden nächsten übertrifft (two-powers-standard). Japans gewaltiger kultureller und geistiger Eilaufstieg zeigt sich in der Masse seiner Büchererzeugung.

Wir fassen zusammen:

Land und Volk sind die Kraftquellen eines Staates. In der höchsten Nutzung und Zusammenfassung dieser Kraftquellen ruht die Stärke des Staates. Je glücklicher die raumgeographischen Tatsachen des Bodens gestaltet sind, je reicher und mannigfaltiger er seine Gaben spendet, je ausgiebiger das Volk sie zu werten versteht, je einheitlicher es selbst geformt ist und je stärker seine Kulturkraft ist, um so gesteigerter ist die geordnete Gesamtkraft des Staates. Von ihr hängt seine Machtstellung, seine politische Weltgeltung ab.

Literatur[1]).

Fr. Ratzel, Politische Geographie oder die Geographie der Staaten, des Verkehrs und des Krieges. München 1897. 2. Aufl. 1903.

F. v. Richthofen, Vorlesungen über Allgem. Siedlungs- und Verkehrsgeographie, hrsg. von O. Schlüter. Berlin 1908.

E. Schöne, Politische Geographie. Aus Natur u. Geisteswelt 353. Leipzig 1911.

A. Hettner, Die geographischen Grundlagen der Politik. Deutsche Politik 1917. Heft 18.

A. Supan, Leitlinien der allgemeinen politischen Geographie. Leipzig 1918.

J. Partsch, Der Bildungswert der politischen Geographie. Geogr. Abende. Heft 7. Berlin 1919.

A. Reinhard, Weltwirtschaftliche und politische Erdkunde. Leipzig 1919.

A. Dix, Politische Geographie. Weltpolitisches Handbuch. München 1921.

[1]) Alle nach den einzelnen Teilen angeführten Werke sind dort in erster Linie benutzt, aber auch sonst herangezogen.

Teil II.

Geographische Triebkräfte weltpolitischen Machtbegehrens.

Ebenso verderblich wie die Einbuße nationaler Selbständigkeit ist für ein Volk auch das Streben nach grenzenloser Weltherrschaft.

(Heinr. v. Sybel.)

A. Nationalstaat und Imperialismus.

Jedes Staatswesen ist die Verkörperung eines politischen Grundgedankens, der einzig und allein aus einem einheitlichen Staatswillen zu entspringen vermag. Ein solcher einheitlicher Staatswille ist in der heutigen Zeit der Volksmündigkeit einzig und allein bedingt in der gleichgerichteten Denkweise eines Volkes in allen staatlichen Grundfragen. Mögen in Einzeldingen die Meinungen der Staatsbürger noch so weit auseinanderliegen, weltpolitisch wirksam kann ein Volk nur sein, wenn jedes einzelne Volksglied seine persönliche politische Meinung dem großen Einheitsgedanken unterordnet, der dem allgemeinen Staatswillen entspricht. Die Einheit des politischen Willens ist die notwendige Voraussetzung weltpolitischer Betätigung, d. h. die höchste Voraussetzung eines Gemeinwillens ist der Nationalstaat.

In der Herrschaft der Autokratie und des Klassenstaates, die in allen Kulturstaaten im Laufe des 19. Jahrhunderts überwunden wurden, bestanden keine Zusammenhänge von Heimat und Volk, von Staat, Vaterland und Volk. Immer schob sich zwischen die große geschlossene Volksmasse, die zur Äußerung ihres Gesamtwillens niemals kam, und den Staat der Herrscher oder eine bestimmte Klasse von Staatsbürgern. Die Zusammenhänge von Heimat und Volk, von Vaterland, Staat und Volk blieben für den allergrößten Teil der Staatsbürger gleichsam unter der Schwelle des Bewußtseins, „in der Sphäre des Unbewußten" (Ruedorffer).

Erst die Befreiung von diesem Zwang brach dem Gemeinwillen des ganzen Volkes freie Bahn; heute ist diese aus der tiefsten Volks-

seele quillende Bewegung eine der grundlegendsten Voraussetzungen politischen Lebens. *Nur auf dem Boden des nationalen Gedankens wächst das weltpolitische Wirken eines Staates im Kreise der Völker der Erde.*

Jeder Gemeinwille des Volkes drängt aber nach Betätigung. Aber nur dann ist der Gemeinwille des Volkes national, wenn er lediglich das eigene Staatswohl im Auge hat. Tut das ein Volk, so muß es sich bewußt gegen die von außen andringenden und angreifenden Gewalten, die diesen Staatswillen zurückzudrängen versuchen, wenden, d. h. aber: *Der Staatswillen wird zum Machtwillen.* Das Wesen des nationalen Staates ist also Machtbehauptung und Machtgewinn. Die Macht ist die Voraussetzung für jede Betätigung des Staates, auch für die Wirtschaft. Jedes Fortschreiten in der Wirtschaft, sei sie nun national gerichtet oder weltwirtschaftlich, ist stets gebunden an eine entsprechende Machtentfaltung.

Man hat sich gewöhnt, dieses Machtstreben aus dem engen Bereich des geographischen und völkischen Staatsraumes heraus in die Weltweite, also seine weltwirtschaftliche und weltpolitische Zielrichtung, als *Imperialismus* zu bezeichnen[1]).

Das Wort gehört zu der Fülle der Schlagwörter, die der Krieg wieder besonders lebendig gemacht hat, das aber schon lange vor dem Kriege bekannt war. Man spricht das Wort meist hin, ohne damit einen klaren Begriff zu verbinden. Klarheit und Bestimmtheit werden aber gerade für solche Begriffe gefordert werden müssen, die leicht zu politischen Schlagwörtern ausgenutzt werden können.

Als das Wort in den 80er Jahren aus England, wo es zuerst geprägt wurde, seinen Weg über die Weite des Weltmeeres und auch zu uns fand, wurde es ganz einseitig angewendet. Man verstand darunter seitens der Sozialdemokratie, die das Wort zuerst aufgriff, den Begriff einseitigster, auf strengster nationaler Grundlage errichteter Herrschaft und Herrschsucht auch über fremde Völker. In diesem Sinne ist es bei der der Sozialdemokratie fähigen Lebendigkeit eifrig gebraucht und verbreitet worden, weil es mit aller Schärfe der jener international gerichteten politischen Anschauung entgegengesetzten Richtung den treffenden Ausdruck zu verleihen schien.

---

[1]) Vgl. zum Folgenden vor allem: Hashagen, Der Imperialismus als Begriff. Weltwirtsch. Archiv, 15. Bd., Heft 2. 1919.

Alle neueren Erklärungen gehen von einer „Veranlagung, von einer Neigung, einer Willensrichtung“ nach Macht aus, wie sie von politischen Schriftstellern etwa folgendermaßen gegeben wurden: Imperialismus sei „der Drang nach vorwärts ... nach Entfaltung aller im Volke schlummernden Kräfte“ (v. Mörl), „das Streben nach Weltgeltung“ (Stegerwald), er sei „die Politik, die auf ein Weltreich, eine Weltherrschaft gerichtet ist“ (Schumacher), „das Streben nach Weltherrschaft ..., die keine anderen Schranken anerkennt, als die, welche ihr von außen gezogen werden“ (Hintze und ähnlich Kautsky), oder er sei: „Ausdehnungsstreben der Großstaaten der Erde über sich selbst“ (Eulenburg) oder ganz kurz, er sei: „Weltmacht — Wachstumswille“ (Dix).

Damit ist in allen diesen Erklärungen der Imperialismus von vornherein gekennzeichnet als ein „maß- und uferloses Streben“, d. h. diesem Machtstreben ist irgendein bestimmtes, fest umrissenes Ziel zunächst nicht eigen. Imperialismus bedeutet also zunächst nicht nur das Streben einer Weltherrschaft im Sinne „Herrschaft über die Welt“, sondern auch im Sinne einer „Herrschaft in der Welt“, einer „Beeinflussung der Welt auf möglichst vielen Gebieten des persönlichen und des sozialen Lebens“.

Daher ist es keineswegs richtig, wenn man allein in dem Streben nach Landbesitz das Kennzeichen des Imperialismus sah, wofür England immer als das treffendste Beispiel angeführt wird, aber auch Deutschland in diesem Sinn als von imperialistischem Streben erfüllt betrachtet wurde.

Man ist in einseitigster Verkennung der wahren Verhältnisse dann soweit gegangen, jede räumliche Erweiterung eines Staates durch Kolonien, wie es etwa Deutschland seit 1884 tat, als „Imperialismus“ zu brandmarken, womit man von vornherein den Begriff einer Gewaltherrschaft verband.

Aber gerade das Beispiel Englands zeigt das Falsche einer solchen Auffassung. Denn das wesentlichste Merkmal des immer als Urbild jedes Imperialismus hergestellten englischen Imperialismus ist nicht nur die Ausdehnung des Landbesitzes mit einer gleichzeitigen Durchdringung mit englischer Kultur, sondern auch „der große Gedanke der Imperial Federation, des Zusammenschlusses im Innern, der Festigung und straffsten Zusammenfassung der Kräfte aller über den Erdball zerstreuten Reichsteile“.

Neuerdings tritt dazu noch ein ausgesprochenes wirtschaftliches Kennzeichen. Imperialismus ist nicht nur Drang nach mehr, son-

dern auch Drang nach Selbstgenügsamkeit, nach wirtschaftlicher Selbstbefriedigung, sogen. Autarkie. Das bedeutet aber, wie es der Ostasienpolitiker v. Brandt ausdrückt, daß „überall mit dem Wunsche nach wirtschaftlicher Ausdehnung nach außen — der der Abschließung des eigenen Gebietes gegen außen verbunden ist".

Überblickt man die Geschichte der Menschheit, den Blick auf die imperialistischen Bewegungen der Staaten gerichtet, so wird man sagen müssen, daß es für den Imperialismus, für das Machtbegehren der Staaten, weder eine örtliche, räumliche, noch eine zeitliche Grenze gibt. Jedes Volk trägt wie jeder einzelne Mensch den Drang zur Entfaltung der ihm von der Natur verliehenen Kräfte in sich. Die imperialistische Idee ist also so alt wie die Staaten selbst. „In verwirrender Vielgestaltigkeit ziehen, wie die sich ablösenden Weltreiche, die teils sich ablösenden, teils sich ergänzenden oder sich bekämpfenden Imperialismen vor dem Auge vorüber" (Hashagen).

Der Kampfplatz ist nicht mehr die Raumenge an den Grenzen des Staates, das Mittel des Kampfes nicht mehr allein die Schärfe des Schwertes; sondern der Kampfplatz ist die Weite der Welt bis zu den entlegensten Ozeanen und Landgebieten, das Kampfmittel die Stärke der Wirtschaftskraft und die Stärke des menschlichen Geistes. „Die Völker bekämpfen sich nicht mehr an ihren Grenzen und militärisch, sondern rings um die Erde, fern und nah, wirtschaftlich und geistig, und beides mit politischen Rückwirkungen. Überall bekämpfen sich die Waren, die Kapitalien, die Ideen. Wenn die Völker der Erde früher einem Walde nebeneinander stehender Bäume glichen, die sich mit den Spitzen der Äste und Blätter berühren und behindern und so um das Licht kämpfen, so hat die Verkehrsentwicklung diesen Wald phantastisch umgebildet. Die Bäume sind ineinander hinein- und durcheinander hindurchgewachsen. Die Äste greifen durch bis auf die andere Seite des Waldes, und überall sind Blätter jedes Baumes. Der Wald ist gleichsam wie eine künstliche Hecke, ein Ganzes geworden, aber doch nicht in dem Sinne, als wären nun die Bäume um des Waldes willen da, wie die Sträucher der Hecke um der Hecke willen." (Ruedorffer.)

Um im Bilde zu bleiben, könnte man etwa sagen: Die Zweige, mit denen die Bäume — die Völker der Erde — in inniger Durchdringung und Durchwachsung sich durch den ganzen Wald verschlingen, sind die lebenskräftigsten Regungen der Völker, ihr über den ganzen Erdball ziehendes Machtbegehren. Die unendlichen Ent-

faltungsrichtungen und Zielrichtungen dieser von fast allen Staaten ausgehenden Machtbegehren äußern sich in verschiedenen Formen. An sich scharf zu trennen, verschlingen sie sich doch aufs innigste.

B. Die Formen des Machtbegehrens.

Auf die Entwicklung solcher Ausdehnungsbestrebungen vermag zunächst die Wirkung des vom Staat jeweils eingenommenen politischen Raumes sehr bedeutsam hervorzutreten. Es wird wesentlich sein, ob dem politischen Staatsraum die Möglichkeit gegeben ist, sich in natürliche, durch Aufbau, Gliederung von Land und Wasser, durch die Bewässerung und die Pflanzenbedeckung bedingte Räume auszuweiten, oder ob er durch die Natur mehr oder weniger auf einen engeren Raum beschränkt wird. Die Möglichkeit der Einpassung des politischen Staatsraumes in einen geographisch fest umrissenen Lebensraum oder die des allmählichen Hineinwachsens des politischen Staatsraumes in einen natürlichen Raum gibt dem Staat einen wesentlichen Vorzug seiner Machtstellung. Eine weitere Frage ist freilich die, welches der abgeschlossene geographische Raum sei, den der Staat auszufüllen bestrebt ist. Bei Inselstaaten liegt die äußere Grenze fest, z. B. bei England und Japan; räumliche Ausdehnungsbegehren solcher Staaten können also nur durch Hinausgehen auf die See gestillt werden; sie können nur Seemachtsstaaten werden. Bei Staaten, deren natürliche Grenzen außer der Küste Gebirgswälle sind, z. B. Italien, Spanien, auch Frankreich, werden gleichfalls die über See gehenden Machtziele überwiegen. Anders gestalten sich die Verhältnisse bei solchen Staaten, die natürlicher Grenzen fast ganz entbehren, z. B. Polen, oder solcher, die doch vorwiegend offene, leicht überschreitbare Landgrenzen besitzen, wie Deutschland im Osten und Westen, die Vereinigten Staaten im Norden und Süden. Hier wird das Machtbegehren hauptsächlich über Land gehen, wenn auch Grenzmarken, die den Charakter von Sperrlandlandschaften haben, hemmend wirken können, z. B. die Pripetsümpfe bei Polen, die Ardennenwälder für Deutschland, die wüstenhaften Hochflächen Kolorados und Arizonas für Nordamerika. Ist der Machtwille stark genug, so geht das Machtbegehren daneben auch über See.

Schon aus diesen Andeutungen ergibt sich, daß die Ausdehnungsbestrebungen der Staaten in erster Linie praktische Ziele ver-

folgen. Es ergibt sich weiter, daß der praktische Imperialismus in den weitaus meisten seiner Formen ein Raumbegehren ist; es ist der Wille, einen möglichst durch strategische Grenzen gesicherten, geschlossenen Staatskörper herzustellen. Dieses imperialistische Raumziel wächst bis zu seiner letzten denkbaren Grenze, wenn es die äußersten Grenzen der Erde, eben den Erdball selbst erstrebt, wenn es, wie Seeley in seinem „Textbuch des britischen Imperialismus": The expansion of England (1883) sagt, den „grenzenlosen Raum" erstrebt, wie England es ja tut.

Aber damit ist nur etwas Äußerliches gegeben; es gehört in der Gegenwart, in der Zeit des Weltverkehrs und der stärksten Ausnutzung aller Rohstoffe und Menschenkräfte, auch noch ein inneres Band dazu, das die Räume aneinanderknüpft, damit sie zu einem lebensfähigen Körper sich gestalten: das ist die Wirtschaft. Der praktische Imperialismus ist nicht nur getragen von der in der Raummasse ruhenden Kraft, sondern er bedarf auch der wirtschaftlichen Kräfte, die vor allem in dem Großgewerbe, d. h. eben in der stärksten Ausnutzung der Rohstoffe und Menschenkräfte, und in dem Außenhandel liegen. Erst damit entwickelt sich der politische Staatskörper zu einem „wirtschaftspolitischen Körper", der mit seiner nunmehr auf dem Wirtschaftsleben ruhenden politischen Macht Träger des praktischen Imperialismus sein kann.

Verzichtet der Staat auf eine wirtschaftliche Ausnutzung der seinem Staatsraum sich angegliederten Nachbarräume, so verzichtet er auch von vornherein darauf, praktischen Imperialismus zu treiben, der allein darin bestehen kann, das wirtschaftliche oder das siedlerisch-kolonisatorische Bedürfnis des Staates zu befriedigen.

Ein solcher Imperialismus ruht lediglich auf äußerer Macht.

Imperialistisch, d. h. machtbegehrend, sind auch die Regungen geistiger Art, die nicht an den Staatsgrenzen haltmachen, die über den eigenen Staat hinausstreben. Es sind machtbegehrende Bewegungen nicht mehr um des eigenen Volkes willen, sondern allein um der Idee willen, so daß das eigene Volk nur insofern Geltung hat, als es Mitträger der Idee ist. Zu diesen Arten des Imperialismus gehört z. B. der religiöse der katholischen Kirche, des Islam, des Judentums, wobei die Gebundenheit an ein Volk immerhin noch deutlicher erkennbar ist; dann etwa der soziale Imperialismus, wie er neuerdings am schroffsten ausgeprägt ist bei den bolschewistischen Russen, deren Weltbeglückungsgedanken nichts anderes als rein

gedanklicher, auf kein festes Besitzziel hinstrebender Imperialismus ist. Man kann diese, an wenigen Beispielen erläuterten Spielarten des Imperialismus etwa als internationalen, d. h. an keinen bestimmten Staatskörper gebundenen Imperialismus oder seiner inneren Richtung nach als kulturellen Imperialismus bezeichnen.

Man kann daher etwa zu folgenden imperialistischen Grundformen der Lebensregungen der Staaten kommen:

1. Wirtschaftlicher Imperialismus:
   a) Das verkehrspolitische Machtbegehren mit dem Ziele, wichtige Verkehrsgebiete des Meeres und Festlandes zu beherrschen.
   b) Das wirtschaftspolitische Machtbegehren mit dem Ziele, wirtschaftliche Vorteile, namentlich Rohstoff- und Absatzgebiete zu beherrschen.
2. Politischer Imperialismus:
   a) Das Streben nach nationaler Abrundung, d. h. das Streben nach Vereinigung aller noch unter fremder Herrschaft befindlichen Volksteile in den erweiterten Staatsgrenzen.
   b) Das Streben nach reiner Gewaltherrschaft zur Befriedigung nationaler Eitelkeit und zur Gewinnung äußeren Ruhmes.
3. Kultureller Imperialismus:
   Das Streben, geistige oder soziale Ideen auszubreiten.

Je stärker der Machtwille eines Staates ist und je größer die Fähigkeit ist, diesem Machtwillen mit den natürlichen Mitteln des Staates, die in Land und Volk ruhen, Geltung zu verschaffen, desto stärker wird in den Staaten eine Verknüpfung dieser Formen des Imperialismus unter besonderer Betonung dieser oder jener Form sich zeigen.

1. Wirtschaftlicher Imperialismus.

a) Verkehrspolitisches Machtbegehren.

Es ist der Drang nach Beherrschung wichtiger Verkehrsgebiete und Verkehrspunkte der Erde.

Die Weltverkehrslinien, die in den Welthäfen ihren Ausgang haben und ihre Ziele finden, sind die Lebensadern der Großmächte;

ihre Unterbindung und Unterbrechung ist gleichbedeutend mit der vorübergehenden oder dauernden Ausschaltung der Großmacht aus dem Kreise der übrigen, wie wir gegenwärtig an dem traurigen Beispiel unseres eigenen Vaterlandes sehen, dem jedwedes Mittel zur regen Beteiligung am Weltverkehr durch Wegnahme aller größeren Seeschiffe (von über 1600 t) auf Jahre, vielleicht Jahrzehnte genommen worden ist.

Man kann es also verstehen, daß der Wunsch nach Beherrschung des Hauptbetätigungsfeldes des Weltverkehrs, des Meeres und der wichtigsten Meeresstraßen eine Haupttriebskraft des Machtbegehrens aller Staaten ist. Daher ist es einleuchtend, daß der erste Schritt eines jeden Staates der ist, an das offene Meer zu gelangen. Der Drang zum Meer ist eine der Haupttriebkräfte weltpolitischer Tätigkeit und weltpolitischen Geschehens. Die Geschichte, vor allem die neuzeitliche Geschichte lehrt, daß für binnenländische Staaten ein Höhepunkt ihrer geschichtlichen Entwicklung erklommen worden ist, wenn sie die Meeresküste erreichten und nun auf dem völkerverknüpfenden Weltmeer in regen Austausch mit den entlegensten Völkern treten konnten, daß umgekehrt Staaten die Zeit ihrer tiefsten Erniedrigung und Ohnmacht erlebten, wenn sie von den lebenspendenden Küsten des Weltmeeres abgedrängt wurden.

Das verkehrspolitische Grundgesetz des Dranges zum Meer hat — wenn wir hier von außereuropäischen Staaten, wie von Abessinien und von den ehemaligen Burenrepubliken, absehen, welche den politischen Gegenwirkungen gegen ihren Drang zum Meer zum Opfer fielen — in der Gegenwart bei zwei europäischen Staaten zur Aufrollung weltpolitischer Machtfragen geführt: bei Rußland und Serbien.

Rußland ist das treffendste Beispiel! Seit im 17. Jahrhundert Peter d. Gr. aus dem rein binnenländischen Moskowien an die Küste der Ostsee vordrang und hier im Zusammenstoß mit der bisherigen Ostseemacht Schweden die Oberhand behielt, hat dieser russische Drang zum Meer zu einer beispiellosen Machtausdehnung über die gewaltigsten Landflächen der Erde, über Osteuropa und Nordasien, geführt, bis er an den fernen Gestaden des Stillen Ozeans seine Befriedigung fand. Daß diese ihm gen Süden über Persien hinweg zum Indischen Ozean und über das Schwarze Meer und die Dardanellen zum Mittelmeer versagt blieb, löste die höchsten weltpolitischen Spannungen aus.

Serbien, neben der Schweiz vor 1914 der einzige binnenländische Staat Europas, hat seit Jahrzehnten durch seinen Drang zum Meer zu der politischen Unruhe auf dem Balkan beigetragen, sei es, daß es sich entweder einen Weg südwärts zum Ägäischen Meer oder westwärts zur Adria zu gewinnen bestrebte. Erst die jüngste Zeit zeigte, wie durch die Erlangung der Adriaküste eine

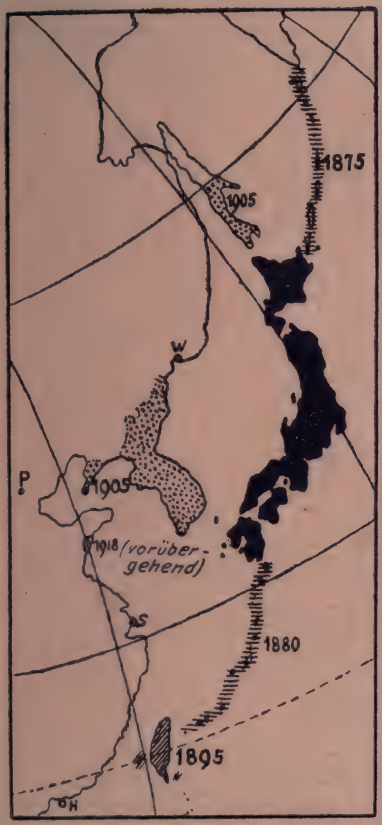
Österreich-Ungarns Drang zum offenen Meer.
Hauptstoßrichtung durch Morawa- und Wardartal auf Saloniki, Nebenrichtungen auf Konstantinopel u. den Ausgang des Adriatischen Meeres.

neue weltpolitische Reibungsfläche mit Italien geschaffen worden ist. Und die jahrzehntelange unglückselige Spannung, die 1914 zu dem furchtbarsten aller Kriege führte, ging letzten Endes auf Österreich-Ungarns Drang zum Ägäischen Meer über Serbien zurück, weil ihm Italien freiere Regungen im Adriatischen Meer verschloß und Serbiens Sperriegel gegen Süden leichter zu sprengen schien als der italienische Adriaverschluß. Jüngstens gibt uns Polen den Beweis, daß der Drang zum Meer ein weltpolitisches Gestaltungsgesetz ist, dem wir leider durch Abgabe des „Weichselkorridors" uns fügen mußten.

Mit starker politischer Entwicklung und damit erhöhter Bindung des Staates in die Weltwirtschaft ist das Streben nach mehrfachem Seezugang verbunden. Wir sahen bereits bei Rußland den allseitig gerichteten Drang zum Meer. Frankreich und die Vereinigten Staaten können sich des Vorteils rühmen, Anlieger zweier Weltmeere zu sein, von deren Gestade das weltpolitische und weltwirtschaftliche Machtbegehren über die Meeresweite auszustrahlen vermag; beides Landbrückenstaaten, von denen der eine einen ganzen Erdteil überspannt. Neuerdings ist auch Finnland in diese Reihe eingerückt. Bismarcks Dreibundpolitik beruhte nicht zuletzt auf der genialen Erkenntnis, daß dem Dreistaatenblock von vornherein eine weltpolitisch und weltwirtschaftlich gesicherte Stellung beschieden sein mußte, weil ihm nach zwei Seiten Zugänge zu dem offenen Meere, zu Nord- und Ostsee und zum Mittelmeer, zur Verfügung standen wie einst in der hohenstaufischen Glanzzeit des mittelalterlichen Reiches. Nachträgliche Prophezeiungen sind immer mißlich; aber es darf doch einmal die Frage aufgeworfen werden: Wie ganz anders hätte sich das Geschick unseres Vaterlandes und ganz Europas vielleicht gestaltet, wenn der Dreistaatenblock mit seinem Doppelzugang zum Meere, zur Nordsee und zum Mittelmeer, zusammengehalten hätte? —

Ist der Machtwille mehr oder minder festländisch gestalteter Staaten durch den Drang zum Meer gekennzeichnet, so zwingt die geographische Lage den Küstenstaaten den Machtwillen auf, sich zunächst der Nachbarinseln zu bemächtigen, zumal wenn ihnen eine hohe verkehrspolitische oder militärische Stellung zukommt. Am deutlichsten tritt dieses Streben bei denjenigen Staaten hervor, deren Kerngebiet ohnehin sich einer verkehrspolitisch überaus vortrefflichen Lage erfreut, bei den Meerengenstaaten. Ihnen wohnt naturgemäß der Wille inne, die Engeninseln und benachbarten Gestade sich zu eigen zu machen. Das Dänemark des 16. und 17. Jahrhunderts ist hier das trefflichste Beispiel. Die Erwerbung Helgolands durch das Deutsche Reich 1890 entsprang strategischen Erwägungen, die Angliederung Ceylons an Indien als vorgeschobener Anlaufshafen auf dem Wege nach Ostasien verkehrspolitischen (die Insel war bis 1796 der letzte holländische Besitz in Vorderindien, als dieses selbst längst unumstritten englischer Besitz war). Japan rückte von seinen Stamminseln allmählich über die nördlich und südlich sich anschließenden Inselketten der Kurilen (1855—1875) und Liukiuinseln bis Formosa (1895) vorwärts.

Aber an den Küsteninseln macht der Ausdehnungsdrang nicht halt. Es bedürfte kaum eines näheren Beweises, daß der Drang übers Meer als zweites verkehrspolitisches Grundgesetz die Möglichkeiten weltpolitischer Reibungsflächen eröffnet.



Japans Wachstum.

Kernland schwarz; 1880 vor dem Festland vollendete Inselsperre wagerecht schraffiert; Erwerbungen nach dem Kriege mit China schräg schraffiert, nach dem mit Rußland punktiert.

Je enger und geschlossener der Meeresraum ist, um so leichter ist das Machtstreben ausbreitungslustiger Staaten zu befriedigen. Binnenmeere und Mittelmeere mit nicht zu fernen Gegengestaden lockten immer zu einheitlicher Beherrschung.

Im Mittelmeer trat nicht nur zur Zeit des alten Rom dieses Streben allseitiger Küstenbeherrschung hervor, nicht nur gedachte Napoleon mit seinem kühnen Zug nach Malta und Ägypten ähnliche Ziele im Gesamtmittelmeer zu verwirklichen, sondern auch die einzelnen Becken mit ihren Randküsten lockten das Machtbegehren ihrer Anliegerstaaten, wie wir später des näheren sehen werden.

Die Vereinigten Staaten sehen bereits im Golf von Mexiko und dem Antillenmeer ein amerikanisches Mittelmeer, dessen Küstenländer allein dem Machtspruch der Yankees unterworfen sein sollen; Japan möchte das ganze Japanische Meer mit den festländischen Küsten umklammern; und im größten Ausmaße sind so gewaltige weltpolitische Machtfragen, wie die britische Umrandung des ganzen Indischen Ozeans, die imperialistischen Bestrebungen der Vereinigten Staaten im Kampf um den Großen Ozean — Fragen, die uns noch eingehend beschäftigen sollen — nur Wirkungen dieses zweiten verkehrspolitischen Grundgesetzes des Dranges der Völker über das Meer. —

Wessen Handelsflotte die Fluten des Weltmeeres auf längst gewohnt gewordenen Straßen am zahlreichsten durchfurcht, jederzeit des Schutzes durch eine starke Kriegsflotte gewiß, die an zahlreichen Haltepunkten und Kreuzungen dieser Seestraßen Stützpunkte und Wachtposten findet, der darf sich rühmen, ozeanische Kraftlinien zu besitzen, die ihre nachbarlichen Meeresgebiete oft bis zu den nächsten Gestaden in ihren Bannkreis ziehen. Kabellinien, auf denen das Wort beflügelt in alle Weltteile eilt, vermögen sie wesentlich zu unterstützen und zu stärken. Die ozeanischen Kraftlinien Englands, des typischen randständigen Inselstaates, überspannen mit Hilfe zahlreicher Flottenbollwerke, Kohlenstationen und Kabelstützpunkte vom Mutterland aus alle Meere und finden Sammel- und Haltepunkte in den Hauptbesitzungen auf allen Erdteilen, die die Kräfte gleichsam ansaugen und aufspeichern, um sie von neuem ausstrahlen zu lassen. Kein anderer Staat kann ihm gleich mächtig und seebeherrschend zur Seite treten. Das ostasiatische randständige Inselreich Japan sucht es im nordpazifischen Ozean seinem großen Vorbild nachzutun.

Solche ozeanischen Kraftlinien zu unterbrechen, müßte ein leichtes sein an den Stellen, wo die Gestaltung der Landmassen der Erde sie zwingt — ich möchte sagen: „an Land zu gehen", durch Seepässe zwischen Landmassen hindurchzuschlüpfen, um erst jenseits

der Straße eine freiere Bahn im offeneren Meeresbecken wieder einzuschlagen. Alle Meeresstraßen sind als solche Durchschlupfe daher weltpolitische Gefahrenpunkte. Je wichtiger die Meere zu beiden Seiten des Tores, um so stärker das Begehren des Staates, dessen Kraftlinie durch jenes Tor führt, auch selbst Hüter des Tores zu sein. Alle Meeresstraßenstaaten sind, wenn sie selbst nicht Großstaaten sind, der Gefahr ausgesetzt, in den weltpolitischen Kampf wider Willen und gezwungen hineingezogen zu werden: Dänemark zwischen Nord- und Ostsee, „an den nordischen Dardanellen", hatte dies Schicksal 1801 und 1807, die Türkei am Bosporus und den Dardanellen mehrmals bis in die jüngsten Tage, Ägypten bezahlte seine Torhüterlage am Suezkanal mit dem Verlust seiner Selbständigkeit, Kolumbien mußte seinen Besitz an der mittelamerikanischen Landenge den Vereinigten Staaten opfern, damit der Panamakanal dem Verkehr zwischen den beiden Ozeanen seine Schleusentore öffne und die beiden amerikanischen Küsten des Ostens und Westens enger verbinde. —

Wie das Streben der Insel- und überwiegenden Küstenstaaten mehr oder minder stark darauf gerichtet ist, geschlossene Meeresbecken ihrem Machtbereich einzugliedern, so auch das der Landstaaten, natürlich geschlossene Landräume zu umfassen. Daß das Streben der letzteren weit schwieriger ist, ergibt sich allein schon aus der natürlichen Beschaffenheit der begehrten Räume. Das Meer ist an sich herrenlos oder, wenn man will, Allbesitz der umwohnenden Völker. Politische Widerstände ergeben sich erst jenseits der eigenen Landesgrenzen bei der Annäherung an das Gegengestade und wenn auf ihm fester Fuß gefaßt wird. Auf dem Festlande beginnt der Widerstand gegen Machterweiterung bereits mit dem Überschreiten der eigenen Grenzen unmittelbar jenseits dieser Grenzen selbst. Dabei kann der Widerstand wesentlich erhöht werden durch die Natur des Landes, in Sonderheit durch den Bodenbau. Verkehrspolitisch sind die Gebirge stets der politischen Machtausdehnung ein schweres Hindernis gewesen. Geschlossene Halbinselstaaten wie Italien und Spanien sind daher im ganzen politisch in ihrem Staatsraum gefestigt. Wenn die geschlossene politische Einheit des mittelalterlichen römischen Reiches deutscher Nation im Laufe des 13. Jahrhunderts in die Brüche ging, so erklärt es sich mit aus dem natürlichen Widerstand, den die Alpen mit ihren wenigen Pässen einer engen Vereinigung Deutschlands und Italiens entgegensetzten. Höhere, vor allem durch Paßstraßen wenig auf-

geschlossene Gebirge sind politische Sperrmauern. Wenn sie auch zeitweilig durch besondere günstige Umstände (etwa durch besondere politische Weltlagen) durchbrochen werden, so ist doch dieser jeweilige Zustand als vorübergehend, nicht als die Regel anzusehen. Die Westalpen sind seit alters politische Sperre zwischen Italien und Frankreich, die Pyrenäen zwischen Frankreich und Spanien. Die Karpathen haben ihren Sperrcharakter, den sie zeitweilig durch die gewaltsame Angliederung des ehemals polnischen Galizien an Österreich (1772—1919) verloren hatten, nunmehr im Norden wieder

Österreich (vor 1918) und Rumänien (nach 1920) über den Karpathenwall hinübergreifend.

erhalten, dafür ist er im Süden zwischen Rumänien und Ungarn neuerdings verloren gegangen, nachdem er hier jahrhundertelang wirksam war. Diese Fälle ließen sich unendlich vermehren.

Aber trotz aller natürlichen Grenzschranken geht das Machtstreben der Staaten, wenn sie sich politisch kräftig genug fühlen, doch auch zuweilen über diese Hindernisse hinaus in die nachbarliche Landschaft. So ist es denkbar, daß Staaten, wenn ihnen ein derartiger Zuwachs glückt, in ihrem natürlichen Aufbau aus ungleichartigen, verschieden gebauten Landschaftseinheiten sich zusammensetzen.

Die zerstückelten deutschen Mittelgebirge haben eine solche Fülle „politischer Zellen" erstehen lassen, daß das geeinte Deutsch-

land noch heute das Kennzeichen eines „Zellenstaates“ nicht nur in seiner Landschaftsgliederung, sondern auch in seiner politischen Gestaltung zur Schau trägt. Daß aber Preußen das deutsche Kernland wurde, lag allein in dem natürlichen Aufbau des deutschen Bodens begründet. Preußens politisches Streben ging nach Ausweitung seines brandenburger Stammlandes über die wenig natürliche Hemmnisse entgegensetzende norddeutsche Tiefebene; es gewann an Stärke, als durch Erbschaften ihm Ostpreußen und Teile des Rheingebietes zufielen, so daß nun zum Drang nach Ausweitung in der natürlichen Einheit des Tieflandes noch der Drang nach Vereinigung der getrennten Staatsglieder kam.

Die einzelnen „Zellen“ eines „Zellenstaates“, die sich zu einem Ganzen zusammenschlossen, sind aber doch nicht so zusammenhanglos, wie man auf den ersten Blick meinen möchte. Es gibt außerordentlich feste, die Einzelzellen zu einem Gesamtkörper verbindende Glieder: das sind die Ströme, das belebende Adernetz der Staaten. So verknüpfen die gleichsinnig dem Meere zuströmenden Flüsse die preußischen Lande; der Rhein bindet aber auch Südwestdeutschland politisch an Norddeutschland. Wenn Bayern vielfach in seinen Sonderbestrebungen gerade der innerdeutschen Politik, die aus den eben entwickelten natürlichen Gründen ihren Schwerpunkt in Norddeutschland hat, vielfach Schwierigkeiten bereitet und abseits zu streben scheint, so liegt diese Tatsache nicht zuletzt darin begründet, daß das bayerische Kernland (München) eine mit dem übrigen Deutschland nicht verknüpfte Landschaft ist, sondern durch die Donau ostwärts gewiesen wird. Die Geschichte Bayerns beweist es ja auch, daß es sich nicht immer schlüssig gewesen ist, wohin es sein Antlitz wenden sollte: nach Norden zu Deutschland oder nach Osten zu Österreich.

Ströme werden im allgemeinen in einem ihrer Anliegerstaaten immer den Drang wecken, das geschlossene Gesamtstromgebiet möglichst politisch sich anzugliedern und zu umfassen, wenn es unter verschiedene, politisch schwächere Staatswesen aufgeteilt ist. Die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn verdankte neben dem dynastischen Gefühl für das angestammte Herrscherhaus in erster Linie der Tatsache ihren Zusammenhalt, daß sie allmählich den durch Gebirgsumwallung geschlossenen Raum des mittleren Donaugebietes umschloß.

Polens politisches Streben ist nicht nur ein Drang zum Meer, sondern auch das Streben nach Umfassung des geschlossenen Weichselstromgebietes.

Ein ähnliches Doppelstreben nach geschlossener Land- und Binnenmeerumfassung zeigt die Türkei bis zur Zeit ihrer größten Ausdehnung, indem sie alle das Schwarze und Ägäische Meer umrandenden Lande in ihren Besitz zu bringen versuchte und ihre Macht gleichzeitig über die Brückenländer ausdehnte, über die gesamte Balkanhalbinsel, die vorderasiatischen und nordafrikanischen Gebiete bis zu deren natürlichen Grenzsäumen am Mittelmeer, in der Wüste Sahara, am Indischen Ozean und im Hochland von Iran.

Entsprechend den ozeanischen Kraftlinien darf man auch in jenen erstrebten, in sich geschlossenen Landräumen Kraftlinien erwarten, mit deren Hilfe die möglichst vollkommene Beherrschung

Entwicklung des Türkischen Reiches.

gewährleistet wird. Als solche festländischen Kraftlinien erweisen sich alle wichtigen Landverkehrswege je nach dem kulturellen Zustand des Landes; in den Wüsten- und Steppenländern Nordafrikas und Innerasiens sind es die begangensten Karawanenstraßen, in wasserreichen Gebieten die großen schiffbaren Stromadern, in den hochentwickelten Kulturländern und den von Europäern erschlossenen Erdräumen heute vor allem die Eisenbahnlinien. Nicht die wirtschaftsgeographische Bedeutung ist allein bei ihrem Bau ausschlaggebend gewesen, sondern auch die verkehrspolitische und militärische. Bei einigen dieser festländischen Kraftlinien tritt diese letzte Absicht, mit ihrer Hilfe, wenn die Notwendigkeit es gebietet, schnell genügende Heereskräfte in die bedrohten Teile werfen zu können, besonders sinnfällig in Erscheinung. Die große sibirische Bahn erwies sich als eine militärische Kraftlinie

ersten Ranges, der Bau der Bagdadbahn und ihres syrischen Zweiges der Hedschasbahn entsprang gleichfalls nicht zuletzt militärischen Erwägungen, die große Nordsüdbahn Englands von Kairo zum Kap ist als strategisches Rückgrat des britisch-afrikanischen Landbesitzes ausersehen. So vollendet oft erst die Eisenbahn, wie in Sibirien, die Bindung der Landräume zu einem Ganzen.

b) Wirtschaftspolitisches Machtbegehren.

Es erstreckt sich sowohl auf die Gewinnung von Rohstoffgebieten als auch auf die von Absatzgebieten für die Fertigwaren der Großgewerbetätigkeit.

Ein Rohstoffgebiet braucht dabei nicht notwendigerweise ein ebenso wichtiges Absatzgebiet zu sein; denn eine Reihe von Rohstoffgebieten, z. B. Alaska, die tropischen Urwaldgebiete des Kongobeckens und Südamerikas usw., sind so dünn bevölkert und ihre Bewohner sind infolge ihres kulturellen Tiefstandes so bedürfnislos, daß sie als Absatzgebiete für hochentwickelte Fertigwaren nicht in Frage kommen oder doch keine ausschlaggebende Rolle spielen. Andere, namentlich dicht bevölkerte Gebiete wie China und Indien, und die infolge ihrer Natur und klimatischen Lage europäischer Besiedelung zugänglichen Gebiete sind für die großen Kulturmächte mindestens ebenso wichtige Rohstoffländer wie Kundenländer für die Aufnahme der Erzeugnisse des modernen Großgewerbes. Zwischen den beiden Grenzen, dem reinen Rohstoffgebiet und dem reinen Absatzgebiete, die es aber heute bei dem ungeheuer verzweigten und verfeinerten Wirtschaftsleben der Erde in dieser Form kaum noch gibt, liegen eine Fülle von Zwischenstufen. Den höchsten wirtschaftlichen Wert werden wir einem Erdraum beimessen müssen, der die reichsten Mengen hochwertiger Rohstoffe oder Kraftstoffe (Kohle und Petroleum) zu liefern vermag, der gleichzeitig aber auch durch die Zahl und die mehr oder minder entwickelte Kulturstellung seiner Bevölkerung befähigt und bereit ist, große Mengen von Fertigwaren aufzunehmen, die er selbst, sei es aus Mangel an Rohstoffen, sei es aus Mangel an menschlichem Erfindergeist und an Arbeitsamkeit, nicht herzustellen vermag. Nach dem früher Gesagten würde die wirtschaftliche und völkische Erfüllung eines solchen Landes zweifellos ausreichen, einem höher entwickelten Staatskörper als Grundlage zu dienen. Wenn aber eine der wichtigsten Voraussetzung fehlt, der geistige Inhalt, die zum Bewußtsein ihrer selbst kommende Volkskraft? Wir erwähnten früher China

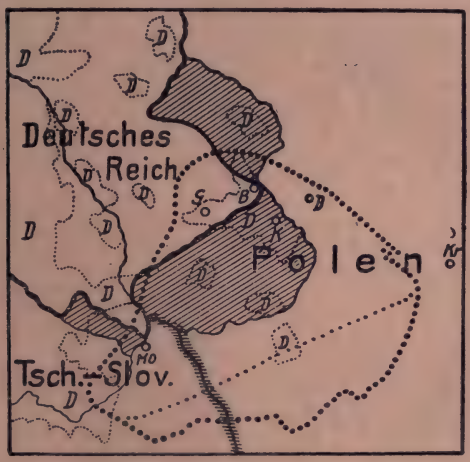
und Indien. Da ihnen die Natur zwar eine Fülle günstiger Voraussetzungen geschenkt, ihren Bewohnern aber eine in sich gekehrte, „im Zustand des Unbewußten" verharrende Seele verliehen hat, so ist ihnen die selbständige willensfreie, jedem Zwang sich entledigende Machtstellung versagt geblieben. Aber vermöge der hohen Wirtschaftswerte, die ihr Schoß birgt oder ihr Boden spendet, und vermöge der Fülle ihrer Bewohner, die vielfach begehrlich Fertigwaren aufnehmen, welche sie sich einst nur mit Mühe herzustellen vermochten, sind gerade diese beiden Erdräume das begehrte Ziel wirtschaftspolitischen Machtbegehrens gewesen und werden es auch in Zukunft sein. Weil sie die Begehrlichkeit mehrerer Großmächte weckten, sind sie zu weltpolitischen Hauptreibungsflächen geworden.

Gehen wir von dem engeren Staatsraum zunächst in seine unmittelbaren Nachbarlande, nur wenige Schritte über seine Grenzen!

Es ist natürlich, daß einem Staat, der wirtschaftlich gefestigt ist oder eine wirtschaftliche Machtstellung erstrebt, vor allem grenznahe Rohstoffgebiete begehrenswert erscheinen. Dabei werden in erster Linie Bergbauerzeugnisse in Frage kommen, weniger Werte der Tier- und Pflanzenwelt, weil zwei Nachbarstaaten im allgemeinen — wenigstens bei europäischen Raumverhältnissen — unter gleichen klimatischen Bedingungen leben, während der geologische Bau und die Bodenzusammensetzung sehr verschieden sein können. Handelt es sich um Roh- oder Kraftstoffe, die dem eigenen Lande ermangeln oder die doch nur in mäßiger Menge vorhanden sind, so werden solche Gebiete stets Begehrlichkeit wecken und dauernde Reibungsflächen im Grenzsaume schaffen. Entscheidend für den Besitz wird die jeweilige politische und militärische Stärke der beiden Bewerber des strittigen Gebietes sein.

Es ist ein Mißgeschick der geographischen Lage Deutschlands, welches keinem andern Großstaat eigen ist, daß gerade zwei der wichtigsten Bergbaugebiete, die für die Entwicklung der europäischen Industrie von der größten Bedeutung sind und noch lange sein werden, in solchen angedeuteten breiten Grenzsäumen der Sperrlandschaften liegen und zur Zeit ihrer Erschließung weder einem einheitlichen politischen noch einem einheitlichen völkischen Raum angehörten. Die oberschlesischen Kohlen-, Bleierz- und Zinkerzlager lagen, als bereits Ende des 18. Jahrhunderts schwache Versuche der Steinkohlenausnutzung gemacht wurden, im deutsch-habsburgischen und polnischen, später im preußischen und

russischen Staatsgebiet, und die Grenze zwischen der überwiegend deutschen und überwiegend polnischen Bevölkerung lief quer über sie hinweg. Die lothringischen Eisenlager gehörten, als ihre planmäßige Ausbeutung im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts begann, zu vier Staatsgebieten, zu Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg, und die deutsch-französische Volksscheide durchschnitt ihr Gebiet. Das Saarkohlenbecken endlich liegt, zwar von rein deutscher Bevölkerung bewohnt, seit seiner Erschlie-



Oberschlesisch-galizisches Bergbaugebiet.
D = Deutsch sprechende Gebiete. — Schraffiert: Von Deutschland an Polen oder die Tschechoslowakei abgetretenes Gebiet. — Großpunktierte Linie: Grenze des Steinkohlenbeckens nach der Auffassung österr. und polnischer Geologen; kleinpunktierte Linie: Desgl. nach den bisher fündigen Bohrungen. — Quergestrichelt: Polnisch-tschechoslowakische Grenze.

ßung doch so hart an der deutsch-französischen Staatsgrenze, daß die gleichen wirtschaftspolitischen Verhältnisse wie für die andern zutreffen. Da rechtlich die Ausbeute der Schätze nur dem Besitzerstaat zukommt, so bestand seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, als die Industrie bestimmenden Einfluß auf die wirtschaftliche Gestaltung der Kulturstaaten zu gewinnen begann, die erhöhte Gefahr starker politischer Reibungsflächen in jenen wirtschaftlich überaus wertvollen und das Leben der Staaten miterhaltenden Bergbaugebieten. Deutsche Schwäche und Bedrängnis ließ die Begehrlichkeit der Nachbarn nach ihnen wachsen, während umgekehrt diejenigen Teile der Roh- und Kraftstoffe, die im fremden

Nachbarstaat ruhten, dem deutschen Begehren ausgesetzt waren. Es machte sich also beiderseits der Drang nach der wirtschaftlichen Beherrschung des ganzen geschlossenen Bergbaugebietes geltend.

Also auch hier ein Machtstreben nach Abrundung des eigenen hervorragenden Grenzwirtschaftsgebietes durch Einbeziehung des grenznahen im Nachbarstaat! Es ist die schroffste und für einen

Lothringisches Erz- und Saarkohlengebiet.
D = Deutsches Wohngebiet östlich der kleinpunktierten Linie. — Großpunktierte Linie: Eisenerzfelder (Minettenerz). — Gestrichelte Linie: Steinkohlenfelder. — Von links nach rechts schraffiert: Saargebiet; von rechts nach links: Ehem. Deutsch-Lothringen.

hochentwickelten Staat schmerzvollste Form des wirtschaftlichen Machtbegehrens, weil sie einen unmittelbaren Eingriff in den politischen und wirtschaftlichen Staatskörper zur Folge hat, wie wir es jetzt am eigenen Staate spüren.

Erstreckt sich hier das wirtschaftspolitische Machtbegehren auf Gebiete, die dem Staatskörper selbst unmittelbar eingegliedert werden sollen, so zielt es in einer zweiten Form auf weiter gelegene Landgebiete, in welchen es Hoheits- und Besitzrechte beansprucht. Es sind die Außenbesitzungen, schlechthin Kolonien ge-

nannt. Diese Form des wirtschaftspolitischen Machtbegehrens wäre als kolonialpolitischer Imperialismus zu bezeichnen. Er ist stets ein Zeichen wirtschaftlichen Erstarkens und damit verbundener politischer Macht. Das heimische Wirtschaftsgebiet vermag nicht die den Lebensbedürfnissen der Bevölkerung notwendigen Erzeugnisse zu liefern; daher strebt es nach seiner Erweiterung jenseits der heimischen politischen Grenzen. Die Erhaltung dieser notwendigen Wirtschaftsergänzung drängt dann zur Verstärkung der politischen Machtmittel, so daß mit den Außenbesitzungen unmittelbar auch die politische Kraft des Staates wächst, die durch den weiteren wirtschaftlichen Ausbau der auswärtigen Gebiete eine Verstärkung erfährt.

Für die Erhaltung und Entwicklung der Außenbesitzungen ist die dauernde und unbehinderte Zugänglichkeit und Verbindung mit dem Mutterland erste Voraussetzung. Darum können Binnenstaaten keine Außenbesitzungen erwerben (die Schweiz, Serbien); aber auch die Besitzungen selbst werden im allgemeinen seezugänglich sein müssen, es sei denn, daß ein Land mit freier festländischer Rückenseite, wie Rußland und China, von seinem Heimatbesitz aus die fremden, noch nicht vergebenen Räume erstrebt[1]). Damit spielt das im vorigen Abschnitt behandelte verkehrspolitische Machtbegehren stark in die kolonialpolitische Frage hinein. Denn die Kolonien werden nur solange stetig und fest als Außenglieder des Staates erhalten werden können, wie die ungehemmte Verbindung mit dem Mutterland gewährleistet ist. Wird das Mutterland so stark in politische Verwicklungen hineingezogen, daß zwar auf längere Zeit eine dauernde Unterbrechung erfolgt, ohne daß aber die politische Stellung des Mutterlandes eine wesentliche Schwächung erfährt, so braucht damit nicht unbedingt der Verlust der Kolonie verbunden zu sein. Frankreich verlor 1870 nicht seine überseeischen Besitzungen, weil es keine deutsche Flotte gab, die die ozeanischen Kraftlinien hätte unterbrechen können; es mußte aber 1763 Kanada an England preisgeben, weil die überragende britische Seemacht die überseeische Verbindung mit dem Mutterland dauernd zu unterbinden wußte. Deutschland verlor seine Kolonien nicht nur, weil es politisch seine festländische Vormachtstellung in Europa einbüßte, sondern weil es gleichzeitig den Verlust seiner gesamten

[1]) Man hat solche landzugänglichen, „dem Staatskörper räumlich angegliederten" Außenbesitzungen vielfach von den eigentlichen Kolonien, d. h. den seezugänglichen, unter dem Namen Nebenländer getrennt (Wagner).

Seemacht zu beklagen hatte, der ihm jede Möglichkeit der Aufrechterhaltung der ozeanischen Kraftlinien (Schiffahrtslinien, Kabel) oder wenigstens die Möglichkeit der Wiederanknüpfung der Verbindung nahm.

Wir sehen aus diesen Beispielen — und die Geschichte zeigt sie vervielfältigt —, daß es nicht allen Staaten geglückt ist, die einmal erworbenen Besitzungen festzuhalten. Das wechselnde Geschick der Weltgeschichte hat manchen von ihnen von seinem Platz verstoßen und hat andere an die Stelle rücken lassen. Damit haben auch vielfach die Besitzungen ihren Herrn gewechselt und wurden nun auch, je nach den veränderten Bedürfnissen des neuen Besitzers, anders gewertet.

Als wichtiges kolonialpolitisches Kennzeichen auswärtigen Besitzes ist demnach die wirtschaftliche Werteinschätzung und die davon abhängige Form der Ausnutzung nicht unbeachtet zu lassen.

Die einfachste Form, die Faktoreigründung, mit der fast alle älteren Kolonialgründungen von den Phöniziern im Altertum bis weit ins 18., ja auch noch ins 19. Jahrhundert hinein begannen, wurde aufgegeben. Sie konnte auf die Dauer höher entwickelten Wirtschaftsbedürfnissen nicht genügen.

Aus der punktförmigen Kolonialgründung der Küstenfaktoreien entwickelte sich die küstennahe streifenförmige, bis allmählich auch das Hinterland in den Wirtschaftsbereich der Handelskompanien einbezogen wurde. So entstanden die echten Wirtschaftskolonien.

Aber sie verfolgten neben der Gewinnung von Rohstoffen und kostbaren Handelserzeugnissen (Gewürze, Gewebe) noch andere Zwecke. Sofern die klimatischen Verhältnisse etwa denen des Mutterlandes entsprachen, vermochten sie einen erheblichen Teil der heimischen Bevölkerung dauernd aufzunehmen (Siedlungskolonien). Die Kolonien, staatsrechtlich abhängig von dem Mutterland, waren vermöge ihrer geistig hochstehenden Neusiedler befähigt, sich allmählich zu vollwertigen Gliedern des gesamten Staatsbereiches — zu Tochterländern — zu entwickeln. Allerdings barg dieser Fortschritt und Aufstieg die Gefahr einer gänzlichen Loslösung von dem politischen Zwange in sich. Die südamerikanischen Staaten sind sämtlich aus ehemaligen spanisch-portugiesischen Tochterländern hervorgegangen, als der wirtschaftliche und politische Tiefstand des Mutterlandes ihnen keine Stütze geben konnte.

Diese Erkenntnis der Loslösungsmöglichkeit wertvoller Tochterländer förderte eine neue Entwicklung des Kolonialgedankens.

Holland, noch mehr England und Frankreich erstrebten die Begründung von staatsrechtlich und wirtschaftlich fest gefügten Kolonialreichen, denen möglichst auch räumliche Geschlossenheit eigen war. Holland hat einen großen Teil seines Kolonialreiches wieder eingebüßt zugunsten des englischen; Frankreich hatte ein ähnliches Schicksal, vermochte aber den Verlust im 19. Jahrhundert auf westafrikanischem Boden wieder wettzumachen.

Bei England tritt noch heute das Streben nach dem Idealziel wirtschaftspolitischer Ausdehnung am deutlichsten hervor. Es hat als letztes Ziel im Auge einen wirtschaftlich geschlossenen, sich selbstgenügenden Staatskörper, der alle seine Rohstoffe, Nahrungsmittel und Fertigwaren im eigenen Gebiet hervorbringt und absetzt, dem aber auch eine straffe Zusammenfassung aller militärischen, aller materiellen und geistigen Kräfte eigen sein soll. Hier geht der Imperialismus aus auf seine mächtigste Form, auf das Machtstreben nach wirtschaftlicher Selbstbefriedigung und innerer Festigung, auf den autarkischen Imperialismus.

Heute wird kolonialpolitisches Machtstreben mehr denn je als eine unbedingte Notwendigkeit derjenigen Staaten, die wirtschaftlich und politisch sich einen Platz unter den ersten der Erde erringen und bewahren wollen, angesehen werden können. Die Ursache ist das Begehren der großgewerblichen Kulturstaaten nach dem billigen und unbehinderten Bezug von Rohstoffen, die im heimatlichen Besitz aus klimatischen oder geologischen Gründen nicht zu erlangen sind. Da alle großgewerblichen Kulturstaaten in der gemäßigten Zone liegen und sie nur deren Erzeugnisse, höchstens noch solche der subtropischen Zone greifbar in Besitz haben können, so ist ein Hauptziel kolonialpolitischen Machtbegehrens die Erlangung reicherer subtropischer, vor allem aber tropischer Gebiete. Als die wichtigsten tropischen Rohstoffgebiete sind auf Grund der klimatischen Lage und der von ihr abhängigen Pflanzendecke anzusprechen: in der alten Welt Indien im weitesten Sinne (Vorder-, Hinterindien und die indo-australische Inselwelt), Südchina, Mittelafrika mit dem Kongobecken als Kerngebiet und Westafrika, in der neuen Welt vor allem Brasilien, dann die mittelamerikanische Festlandsbrücke und die westindische Inselwelt.

Diese Gebiete werden, solange die Notwendigkeit der Beschaffung von großgewerblichen Rohstoffen und von Nahrungs-

mitteln, die den gesteigerten Lebensbedürfnissen der Kulturvölker entsprechen, besteht, immer erstrebenswerte Ergänzungen des Mutterlandes bilden; sie werden Zielgebiete des kolonialpolitischen Machtbegehrens werden, aber auch Ausgangsgebiete weiteren politischen Machteinflusses (Interessensphären). So entstehen weltpolitisch starke Reibungsflächen zwischen den Großstaaten. Je günstiger sie zu ihnen gelegen sind, je leichter erreichbar sie sind, um so stärker werden sie die Begehrlichkeit wecken. Wir müssen in ihnen also weltpolitische Reibungsflächen und Gefahrenzonen sehen, in denen aus wirtschaftspolitischen Gründen Zusammenstöße der Großstaaten zu befürchten sind.

Gerät ein bisher unabhängiges Staatsgebiet in die volle Abhängigkeit eines anderen Staates und wird so zur Kolonie herabgedrückt, so verliert es sein staatliches Eigenleben. Seine wirtschaftliche und politische Betätigung wird ihm vielmehr von dem Besitzer oder der Schutzmacht vorgeschrieben, der Staat ist dem wirtschaftspolitischen Ausdehnungsdrang des anderen Staates zum Opfer gefallen.

Eine erheblich mildere Form wirtschaftspolitischen Machtbegehrens ergibt sich, wenn ein Staat danach strebt, Führer eines wirtschaftlichen Gemeinschaftsbundes, Führer einer Wirtschaftsgemeinschaft zu werden. Hier ist von der Unterdrückung eines staatlichen Eigenlebens keine Rede; den in der Gemeinschaft verbundenen Genossen sollen weder wirtschaftliche noch politische Sonderrechte geschmälert werden. Die Wirtschaftsgemeinschaft will nur die einzelstaatlichen Wirtschaftsregungen und Wirtschaftsbewegungen zu einer Einheit auf einer gemeinsamen, alle Beteiligten gleich befriedigenden Wirtschaftsgrundlage vereinigt wissen. Sie will, daß die zusammentretenden Staaten größeren, wirtschaftskräftigeren Einzelstaaten oder Staatengemeinschaften gegenüber einen festen und gewichtigen Wirtschaftsblock bilden, daß sie von jenen anderen sowohl als Liefergemeinschaft von Rohstoffen und Fertigwaren, als auch als Aufnahmegebiet fremder Waren genügend gewertet wird. Ergänzen sich die zusammentretenden Staaten mit ihren Wirtschaftswerten möglichst, nähert sich ihr Wirtschaftsbund der in Rohstoffen und im Absatz sich selbstgenügenden Wirtschaftsform, so erhält die Wirtschaftsgemeinschaft als Gesamtheit, aber auch für den einzelnen Teilhaber erhöhte Bedeutung, weil eine gegenseitige wirtschaftliche Bevorzugung innerhalb der Bundesgrenzen gewährleistet ist.

Man hat diese Form des Machtbegehrens eines Staates, der die Führung in einem Wirtschaftsbunde zu übernehmen sich bestrebt, als genossenschaftlichen Imperialismus bezeichnet (K. Hoffmann). Er steht insofern in einem Gegensatz zum kolonialpolitischen Imperialismus und ist von diesem scharf zu scheiden, als er „auf den Forderungen von Lebenstatsachen und dem ethischen Momente einer Verpflichtung" beruht, die die Gemeinschaftsstaaten freiwillig eingegangen sind, „auf Rechtsbegriffen, die aus dem Einklang natürlicher Interessen entstehen und nicht mehr auf der bloßen Gewalt". Beide Formen schließen sich gegenseitig aus.

Mitteleuropäisch-türkische Wirtschaftsgemeinschaft (1914)

Eine solche Wirtschaftsgemeinschaft, der sowohl räumlich als auch in den Mitteln jede feindlich nach außen gerichtete Betätigung fernlag, war unter Preußens Führung der deutsche Zollverein. Daß er sich zum Deutschen Reich auswuchs, kennzeichnet die innere politische Kraft solcher zunächst rein wirtschaftlichen Abrundungsbestrebungen.

Die größte erstrebte Wirtschaftsgemeinschaft war über ein Halbjahrhundert lang bis zum Ende des Weltkrieges die des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns und der Türkei. Ihr Hauptziel war bekanntlich, jenen breiten Länderstreifen, der von den Gestaden der Nord- und Ostsee bis an die untere Donau von den auf der deutschen Kultur gegründeten Staaten Deutschland und Österreich-Ungarn erfüllt wurde, zu einer Wirtschaftseinheit zu-

sammenzuschweißen mit den Ländern der südosteuropäischen und vorderasiatischen Völkerbrücke zwischen drei Erdteilen, welche zumeist der Herrschaften der Türkei unterstanden (vgl. die politische Karte vor 1918, Seite 53).

Von einem genossenschaftlichen Imperialismus kann man auch sprechen, wenn man das Streben der Vereinigten Staaten im Auge hat, alle Staaten der Westfeste der Erde zu einem unter der Leitung der Union stehenden Wirtschaftsbunde zusammenzuschließen, der in seiner Geschlossenheit sich als gesonderter Wirtschaftskreis dem europäischen entgegenstellt (Panamerikanismus). Wenn die ABC-Staaten (Argentinien, Brasilien, Chile) sich anfangs nur widerwillig diesem panamerikanischen Gedanken hingaben, später sich ablehnend verhielten, so war es weniger die Abneigung, in engere wirtschaftliche Beziehung zur Union zu treten und damit die enge wirtschaftliche Verbindung mit Europa zu lösen, als vielmehr die Befürchtung, allzu fest an die einseitig gerichtete allamerikanische Politik der Vereinigten Staaten gefesselt zu werden.

2. Politischer Imperialismus.

a) Das Streben nach nationaler Abrundung.

Der Gedanke des Panamerikanismus, als dessen Gründer und Träger die Vereinigten Staaten zu gelten haben, verläßt bereits den Boden wirtschaftlichen Machtbegehrens und lenkt den imperialistischen Gedanken auf das völkische Gebiet hinüber. Das „Amerika den Amerikanern" bedeutet nicht nur eine wirtschaftliche Ablehnung nichtamerikanischer, besonders europäischer Einmischung, sondern auch eine politische. Es will kundtun, daß die politische Freiheitsstunde der Westfeste der Erde erst dann hereingebrochen sein wird, wenn auch das völkische Band, das zwischen dem Alistammland Europa und dem Neuland Amerika bestand, durchschnitten ist, wenn von einem allamerikanischen Volk gesprochen werden kann. Aber dieser Gedanke der Verschmelzung der Allamerikaner dürfte der Verwirklichung noch sehr ferne liegen, wenn nicht überhaupt unmöglich sein angesichts der Tatsache, daß hier zwei entgegengesetzte Weltanschauungen, die germanisch-evangelische des Nordens mit der romanisch-katholischen des Südens, verknüpft werden müßten.

Diesem panamerikanischen Streben liegt ein ähnlicher Gedanke zugrunde, wie er bei europäischen Staaten schon seit Jahrhunderten

politische Verwicklungen hervorrief, nämlich das Streben eines Staates nach politischer Vereinigung aller noch unter fremder Herrschaft befindlichen Volksteile in den erweiterten Staatsgrenzen, also das Streben nach Raumerweiterung zur Erlangung nationaler Geschlossenheit.

Da der imperialistische Gedanke der nationalen Abrundung immer nur an den Staatsgrenzen zur Geltung gelangen wird, so ist seine Wirkung auf die Gestaltung weltpolitischer Machtfragen gering; denn der Grenzausgleich auf Grund des „Nationalitätengrundsatzes" spielt sich nur zwischen zwei Nachbarstaaten ab. Wir können uns daher mit wenigen Hinweisen Genüge sein lassen.

Es war bereits früher angedeutet worden, daß eine Staatsgrenze nach dem Nationalitätengrundsatz zu führen, praktisch undurchführbar ist, weil bei der innigen Durchdringung der beiden Grenzvölker im Grenzwohnraum sich eine scharfe Linie nicht ziehen läßt: es wird immer jenseits der Grenze auf beiden Seiten „unerlöste Brüder" geben. Politische Reibungen würden nicht entspringen, wenn es gelänge, eine völkische Mittellinie zu finden. Da das meist nicht geschieht, sondern die politische Staatslinie willkürlich gezogen wird und keine Rücksicht auf die Abstammung nimmt, so bleibt im abgetrennten Volksteil die Hoffnung wacherhalten, vom fremden Zwang „erlöst" und mit dem großen Stamm früher oder später wieder vereint zu werden.

Es ist bezeichnend, daß dieses nationale Abrundungsbestreben zu politischen Spannungen zwischen den Nachbarvölkern und zu politischer Auswirkung fast immer nur bei romanischen Völkern geführt hat, daß es bei den Germanen wohl erkennbar ist, aber niemals zu schweren politischen Verwicklungen Anlaß gegeben hat.

Seit der Begründung des geeinten Königreiches Italien hat dieses sein nationales Herz auch für diejenigen Volksgenossen entdeckt, die in den Westalpen (in Savoyen und Nizza seit 1860), in Südtirol, in Istrien und Dalmatien auf ihre „Erlösung" harren. Die rumänische „Irredenta" in Siebenbürgen und in Bessarabien hat die nationalpolitischen Wirrnisse in diesen beiden Teilen nie recht zur Ruhe kommen lassen, bis der Weltkrieg die Befriedigung der nationalen Abrundung Rumäniens gebracht hat. Frankreich hat Elsaß-Lothringen zum Kernpunkt seines nationalpolitischen Machtbegehrens gemacht, seit es 1871 an das Deutsche Reich fiel, obwohl nur um Metz und in einigen Hochvogesentälern eine überwiegende französische Bevölkerung lebt, das ganze Elsaß und der

größte Teil Lothringens aber zum deutschen Volksgebiet zählen. Die neue Loslösung Elsaß-Lothringens vom Reich ist erfolgt trotz dem von der Entente allzuoft gepriesenen Nationalitätengrundsatz ohne jede Rücksicht auf die Abstammung der Bewohner. Mit dem Vorschieben der französischen Grenze in das rein deutsche Sprachgebiet bis an den Rhein ist nunmehr eine starke deutsche „Irredenta" geschaffen. Das kann politisch, wie die Ereignisse schon jetzt lehren, durchaus nicht einen Dauerzustand verbürgen.

Im Osten Deutschlands ist die Vereinheitlichung und Zusammenschweißung des durch drei Teilungen (1772, 1793, 1795) zerrissenen polnischen Volkes zum nationalpolitischen Grundgedanken geworden. Seit der Zeit der Aufteilung hat die hundertjährige Sehnsucht nach der Wiedererstehung des alten mächtigen Piasten- und Jagellonenreiches diesen Grundton der polnischen Bewegung immer lauter und reiner erklingen lassen. Die Tatsache, daß die Verkörperung dieses nationalpolitischen Grundgedankens, die Begründung des Königreiches Polen durch die Mittelmächte während des Krieges (4. 11. 1916), die volle Auswirkung nicht brachte, sondern bedeutende Volksteile außerhalb des neuen Staates ließ — in Preußen-Deutschland etwa 3,3 Mill., in Galizien und den ungarischen Grenzgebieten etwa 5 Mill. — wurde in Polen bei dem beginnenden militärischen Zusammenbruch der Mittelmächte im Herbst 1918 zum A und O des nationalpolnischen Gedankens. Weil er den Wünschen des Feindbundes entgegenkam, fand er dort die lebhafteste Unterstützung, begnügte sich nun aber nicht mit dem Zusammenschluß des ganzen Volkskörpers, sondern erhielt mit dem Drang zum Meer durch die Weichsel einen verkehrsimperialistischen, durch das Begehren ganz Oberschlesiens einen wirtschaftsimperialistischen Einschlag.

War im Westen Deutschlands sehr wohl die Möglichkeit gegeben, die politische Grenze mit der völkischen in Einklang zu bringen, so hätte doch im Osten die Festlegung einer mittleren ethnographischen Grenzlinie bei der innigen Verzahnung des deutschen und polnischen Volkstums einige Schwierigkeiten ergeben. Immerhin wäre sie bei einigem guten Willen denkbar gewesen. Der Gewaltfrieden hat jetzt aber auch hier, indem er dem imperialistischen Drange Polens nachgab, ganz unbekümmert um völkische Eigenart, eine Grenzlinie festgelegt, die eine starke deutsche „Irredenta" in Westpreußen, Posen und Schlesien erstehen ließ. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß aus dieser Losreißung

starker deutscher Volksteile im Westen und Osten dereinst neue politische Verwicklungen entspringen. Das gilt in vielleicht noch stärkerem Maße von der gewaltsamen Abschnürung Deutsch-Österreichs vom deutschen Stammland.

Weltpolitisch wirksam und weltpolitische Verwicklungen zeitigen werden diese nationalpolitischen Machtbestrebungen nach Vereinigung aller gewaltsam durch politischen Machtspruch getrennten Volksteile immer dann, wenn die erstrebte Volkseinheit eine tatsächliche Machtstärkung zur Folge hat, so daß das bestehende politische Übergewicht der einen Machtgruppe dadurch wesentlich gestört wird.

b) Das Streben nach reiner Gewaltherrschaft.

Weil der Feindbund in einer festen Verknüpfung des gesamten Deutschtums eine Störung des „europäischen Gleichgewichts" befürchtete, setzte er sich rücksichtslos im Vertrag zu Versailles über den von ihm anfänglich gepriesenen Nationalitätengrundsatz hinweg. Die treibende Kraft bei dieser Vergewaltigung eines der Zahl nach größten und dem Kulturstand nach entwickeltsten Völker ist Frankreich. Es stellt die Urform des reinen Gewaltimperialismus dar, der einerseits aus nationaler Eitelkeit und Selbstüberhebung, aus Großmachtssucht um jeden Preis entspringt, anderseits geboren ist aus Rachsucht und aus Angst vor dem Wiedererstarken des zu Boden geworfenen Gegners. Es ist im Grunde nichts anderes als die Fortsetzung der imperialistischen Bestrebungen Napoleons mit anderen Mitteln. Das neue Polen scheint den Spuren seines Lehrmeisters auch auf dieser imperialistischen Bahn folgen zu wollen. In der französischen Politik läßt sich seit der Niederlage von 1870/71 weder eine klare verkehrsimperialistische noch eine wirtschaftsimperialistische noch eine nationalimperialistische Richtung erkennen. Der reine Gewaltimperialismus zur Befriedigung nationaler Eitelkeit, zur Gewinnung äußerer Macht und äußeren Ruhmes stand durchaus im Vordergrund und beherrschte die Wege und Ziele der französischen Politik. Bei der natürlichen Abgeschlossenheit des französischen Staatskörpers in ziemlich scharfen natürlichen Grenzen und bei der geringen politischen Macht und Kraft des Volkes konnte ein verkehrspolitisches Machtbegehren mit dem Ziele, wichtige Verkehrsgebiete des Meeres und Festlandes zu beherrschen, nicht in Frage kommen. Sein wirtschaftspolitisches Machtbegehren suchte die Republik durch eine besonders in den 80er Jahren mit

Eifer betriebenen Kolonialpolitik zu befriedigen, das schließlich zur Begründung des gewaltigen westafrikanischen Kolonialreiches führte. Aber der Menschenmangel, an dem Frankreich in den letzten Jahrzehnten krankt, machte eine Lösung der großen Aufgaben, die ein solches Riesenkolonialreich erheischte, unmöglich. Noch weniger Anlaß zur imperialistischen Richtung bot die geschlossene einheitliche Bevölkerung des Staates. Das französische Volkstum hat zwar in Belgien und der Schweiz große, vom Hauptkörper abgesprengte Stücke, aber sie haben kein Begehren nach nationaler Abrundung hervorgerufen, und die winzig geringen Sprengstücke im Elsaß und in Lothringen konnten einen ernsten Vorwand nationalpolitischen Machtbegehrens nicht bilden.

So hat in der Tat die französische imperialistische Politik der letzten Jahrzehnte nicht weitumspannende Weltprobleme im Auge, sondern ist letzten Endes völlig auf die Befriedigung nationaler Eitelkeit eingestellt, d. h. auf einen reinen Gewaltimperialismus.

Hat England im Rahmen seiner Weltpolitik die Umklammerung Europas als ein weltpolitisches Ziel im Auge, nicht aber die unmittelbare Einwirkung auf den Gang der europäischen Festlandspolitik um ihrer selbst willen, so verengert die französische Politik den politisch umspannten und umklammerten Raum auf Mitteleuropa. Die Umschnürung des Deutschen Reiches, seine Zerstückelung, seine wirtschaftliche, militärische und politische Ausschaltung ist das Mittel der französischen „Weltpolitik", ihr höchstes Ziel zu erreichen: nämlich vor aller Welt als die einzige, über alle europäischen Staaten triumphierende festländische Großmacht Europas sich zu brüsten.

3. Kultureller Imperialismus.

Das Streben nach Ausbreitung geistiger Macht.

Die Politik bedient sich nicht zuletzt geistig-kultureller Mittel. Religionsimperialistische Ziele mit politischen Absichten, wie sie einst der Islam verfolgte, werden zwar heute von Religionsgemeinschaften kaum noch in dieser Form erstrebt; aber die islamitische Bewegung z. B. in Arabien und Indien mit ihrer bewußt politischen Richtung gegen Englands Macht zeigt deutlich die Möglichkeit weltpolitischer Auswirkung religiöser Gegensätze zwischen den Völkern eines Staates, wie sie ja auch in Europa gelegentlich zu innerpolitischen Verwicklungen Anlaß gegeben haben (Kulturkampf, Ostjudenfrage).

Eine andere Form weltpolitischer Machtausdehnung durch geistige Ideen geht von Frankreich aus und dient der Befriedigung seiner Ruhm- und Herrschsucht: das Streben, anderen Ländern französisches Wesen als Inbegriff höchster Kultur einzuprägen. Kulturimperialismus unterstützt den reinen Machtimperialismus. Führende Gelehrte werden ebenso wie Künstler (besonders in der Malerei) in den Dienst dieser Aufgabe gestellt, die Wissenschaft, der Zeitungsdienst, die Mode müssen planmäßig dem gleichen Zweck dienstbar gemacht werden, besonders in außereuropäischen Ländern, aber auch neuerdings im besetzten Deutschland.

In Rußland hat der hauptsächlich verkehrsgeographische, praktisch tätige Imperialismus nach dem Sturz des Zarismus eine Richtung in das Geistige eingeschlagen, der zunächst jedem territorial oder wirtschaftlich gerichteten Imperialismus abgeschworen zu haben scheint und die Welt mit seinen freiheitlich-bolschewistischen Gedanken erobern und beglücken will.

Rußlands Teilvölker werden, solange sie ihren inneren Aufbau vollziehen, im allgemeinen nicht ähnlichen machtpolitischen Tendenzen huldigen wie das geeinte, autokratisch regierte alte Reich; niemand wird auf den Gedanken kommen, das heutige, von innerpolitischen Stürmen durchtobte und wirtschaftlich daniederliegende Land in naher Zukunft „irgendwie als Machtfaktor bestimmten Wertes und Gewichtes in eine politische Gleichung einzusetzen" (v. Mackay). Aber in der Masse seines Volkes liegt eine ungebändigte Naturkraft verborgen, die nicht mit zerbrochen oder erstickt ist. Diese sprudelnde, bedrohlich überflutende Quelle eines aus scheinbar unerschöpflichem Born fließenden Machtmittels wird sobald nicht versiegen. Und mit ihm wird sich der augenblicklich erstickte Willen wieder emporraffen. Wir können uns Rohrbachs Worte ganz zu eigen machen: „Ob sich der russische Volkswille in zaristischem, demokratischem, sozialistischem oder bolschewistischem Gewande offenbart, ist gleichgültig: sein *Wesen* bleibt durch und durch imperialistisch. ... Der innerste Kern wird vielleicht mit dem stolzen Worte Kerenskis am besten gekennzeichnet: ‚Rußland wird den ersten Platz in Europa einnehmen!' ... Diese Überzeugung ist eine Macht, auch wenn ihre materiellen Grundlagen sehr gering sind."

Literatur.

A. Supan, Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien. Gotha 1906.
E. Marcks, Die imperialistische Idee der Gegenwart (Männer und Zeiten). Leipzig 1911.
Ruedorffer, Grundzüge der Weltpolitik der Gegenwart. Berlin 1914.
E. Marcks, Der Imperialismus und der Weltkrieg. (Gehe-Stiftung 8, 1.) Leipzig 1916.
P. Herre, Weltpolitik und Weltkatastrophe 1890—1915. Berlin 1916.
R. Kjellén, Der Staat als Lebensform. Leipzig 1917.
K. Hoffmann, Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters. Leipzig 1917.

Geschichtliche Grundlagen: J. Hashagen, Umrisse der Weltpolitik. 2 Bde. (Aus Natur und Geisteswelt.) Leipzig 1916.
Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus (1884—1914), 2 Bde. Berlin 1919 und 1922.

Teil III.

Die Träger weltpolitischen Machtbegehrens.

> Nicht genug, daß unser Jahrhundert die großen Mächte allererst ins Leben gerufen; es hat auch das Prinzip aller Staaten, Religion und Recht, es hat das Prinzip eines jeden insbesondere lebendig gemacht. (L. v. Ranke.)

Solchen Zielen und Bestrebungen, wie sie in den letzten Abschnitten dargelegt wurden, huldigten und huldigen fast alle Staaten und Völker der Erde; denn der Mächtigere ist immer bestrebt, auf Kosten des Schwächeren zu leben. Immer wird eine jener Formen des Machtbegehrens hervortreten, ohne daß deshalb diese oder jene andere völlig zurücktreten müßte. Aber nicht Zufälligkeiten bestimmen, welche Form weltpolitischen Machtbegehrens den Staaten eigen ist und dem außenpolitischen Wirken des Staates Richtung und Ziel geben. Wir sahen, wie geographische Gegebenheiten das Leben der Menschen, also auch das Wesen der Staaten bestimmen. Aus der Lage und Natur des Staatsgebietes ergibt sich die Art seiner Besiedlung nach der Rasse, die Dichte und Menge seiner Bevölkerung, die Art des Verkehrsnetzes, die Wirtschaftsform und der Charakter der Volkswirtschaft sowie der geistige Zustand der Bevölkerung, die Kultur. Die Staaten sind erdgebundene

Wesen, mit dem Boden, auf dem sie einmal erstanden, eng verwachsen. Diese geographische Gebundenheit gibt jedem Staat ein besonderes Gesicht, prägt seinem Wesen die unterscheidenden Züge ein und bestimmt auch die Art und Stärke der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Verknüpfung.

In den zahlreichen Möglichkeiten einer Verbindung und eines Zusammentretens dieser oder jener imperialistischen, aus der Erdgebundenheit des Staates erspießenden Formen liegen die weltpolitischen Verwicklungs- und Zündstoffe. Die Erde hat nicht Raum für das Ausweitungsstreben aller Staaten; auch hier gilt das Gesetz von der Auswahl der Stärksten und Kräftigsten.

Daher wird es nötig sein, die hauptsächlichsten Träger des imperialistischen Gedankens der Gegenwart vor unseren Augen vorüberziehen zu lassen. Aber es kann dabei nicht unsere Aufgabe sein, durch den Lauf der Menschheitsgeschichte die Erscheinungsformen des Imperialismus bei den wichtigsten Staaten auch nur annähernd vollständig zu streifen. Es ist Aufgabe der Weltgeschichtschreibung, die Entwicklung des Imperialismus von der Geschichte des Orients an aufwärts über das frühe Mittelalter hin bis in die Tage darzustellen, in denen die Grundlage geschaffen wurde für die die ganze Erde umspannende Kulturtätigkeit der europäischen Menschheit: ich meine die Tage des Beginnes der atlantischen Periode des Weltverkehrs, da die ost- und westindischen Besitzungen der Weltmächte Spanien und Portugal im 16. Jahrhundert über den Großen Ozean hinweg zusammenschmolzen. Von dieser Zeit an rückte der ganze Erdball allmählich in den Gesichtskreis der europäischen Mächte und gab dem imperialistischen Drang neue Nahrung. Holland löste Portugal und Spanien ab, England und Frankreich traten ihm mit gleichberechtigten Verlangen zur Seite, England überflügelte bald alle und steht seit Beginn des 19. Jahrhunderts unumstritten an der Spitze der Mächte der Erde.

A. Die politischen Groß-, Mittel- und Kleinstaaten der Erde.

Die politischen Lebensäußerungen eines Staates werden immer ein gewisses Stärkemaß besitzen, je nach den natürlichen, wirtschaftlichen, völkischen Voraussetzungen, von denen im ersten Abschnitt gesprochen worden ist. Je nach dem Maß ihrer Verknüpfung wird

auch die politische Stärke der Staaten, ihre Machtstellung und Weltgeltung grundverschieden sein.

Man wird also zunächst einmal ganz roh alle Staaten der Erde nach ihrer politischen Machtstellung in eine Gliederung von vier Stufen stellen können:

1. Politische Großstaaten — Großmächte. Kennzeichen: Politisches Machtstreben, zielbewußte Mitwirkung in der Weltwirtschaft und Erweiterung der bisherigen Stellung, Streben nach Erwerbung weiteren Landbesitzes einschließlich Kolonien, damit koloniale Betätigung.
2. Politische Mittelstaaten. Kennzeichen: Wirtschaftliche und politische Selbständigkeit ohne stärkeres Hervortreten einer Machterweiterung, vielfach schon unter gewissem Einfluß von Großmächten.
3. Politische Kleinstaaten. Kennzeichen: Oft nur bedingte wirtschaftliche und politische Selbständigkeit (nur dem Namen nach), kein Streben nach weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Betätigung.
4. Politisch unselbständige Staaten: Schutzstaaten, Kolonien.

Die weltwirtschaftlich und weltpolitisch wirksamsten Staaten, die unbehindert durch äußere Einflüsse ihre politische Willensfreiheit voll besitzen, denen es nach ureigenstem Ermessen völlig freisteht, irgendeinen Schritt ihrer weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Betätigung zu unterlassen oder zu tun, sind die Großmächte.

Man kann den Begriff „Großmacht" von zwei Gesichtspunkten aus betrachten, einmal geographisch, dann psychologisch. Der Geograph wird nach dem früher Gesagten einen Staat als Großmacht zu bezeichnen geneigt sein, in dem die Lebensäußerungen des Bodens und Volkes eine so hohe Entwicklung erfahren, daß ihre Summe den Träger dieser Kräfte über alle anderen emporhebt. Nicht in der einzelnen geographischen Voraussetzung ruht diese Kraft, sondern sie erfährt ihre höchste Steigerung durch die lebendige Verbindung und innige gegenseitige Durchdringung aller. Dabei treten die beiden Grundelemente, Raumgröße und Volksgröße, sozusagen als die Grundnoten, als die Grundtöne in den Vordergrund, die übrigen geographischen Lebensäußerungen treten als Nebentöne hinzu, sind aber für den Aufbau des ganzen Gebildes lebensnotwendig und kennzeichnend.

Der Psychologe rückt nicht die äußeren Tatsachen des Bodens und Volkes in den Vordergrund, sondern den Willen zur Macht, wie Kjellén in seinem bekannten Buch: „Die Großmächte der Gegenwart" es ausdrückt: „Die Großmacht ist grundsätzlich ein mit reichlichen Mitteln ausgestatteter Wille."

Aber schon diese Erklärung zeigt, daß der Wille zur Macht, zur größeren Macht, wie Kjellén nachdrücklichst hinzufügt, nur wirklich wirksam werden kann, wenn er eben „mit reichlichen Mitteln ausgestattet" ist. Denn der Wille zur „Macht" tut es allein nicht; die natürlichen Machtmittel des Staates müssen so stark sein, daß sie den Willen auch in die Tat umzusetzen vermögen. Man wird also den Begriff Großmacht weder einseitig als Raum- und Volksbegriff fassen dürfen noch aber einseitig als reinen Machtwillen. Man wird etwa sagen können: Ein Staat ist eine Großmacht, wenn geographische Voraussetzungen den Willen zur Macht stützen und so stark sich erweisen, daß sie anderen, außenstehenden „Machtwillen" gegenüber einen erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen vermögen.

Wenn wir aber von Machtstellung und Weltgeltung eines Staates sprechen, so müssen wir uns wieder voll bewußt sein, daß sie sich ergibt aus der engsten Verkoppelung zweier Grundfesten, aus der Stellung, die Boden und Volk in gegenseitiger Durchdringung und Beeinflussung einnehmen. Es erscheint notwendig, immer wieder auf diese enge Verknüpfung hinzuweisen, weil man gar zu leicht geneigt ist, den Nachdruck bald auf das eine, bald auf das andere zu legen.

Zunächst greifen wir hier nochmals darauf zurück, daß die politische Machtstellung eines Staates nicht unbedingt mit dem Raum des Staates übereinzustimmen braucht. Nun überzeugt uns aber ein Blick in die moderne Geschichtsentwicklung, namentlich seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, daß der Begriff der politischen Macht heute nur mit dem Begriff des Staatenraumes zu verknüpfen ist. Gegenüber der früheren Zeit, „wo das Söldnerwesen oder das System verbündeter Hilfsvölker die Kriege vielfach ausfechten halfen", tritt die Neuzeit, „wo die Wehrpflicht dem eigenen Volke obliegt" (H. Wagner). Es ist also einfach Staatsnotwendigkeit, über „genügenden" Menschenvorrat und demgemäß auch über ein größeres Land zu verfügen.

Versuchen wir, den Begriff des Staatsraumes und seiner Menschenerfüllung mit den vorhin aufgestellten vier Stufen

der politischen Machtstellung eines Staates zu verknüpfen, so kämen wir etwa zu folgender Anordnung der wichtigsten Staaten auf der Erde:

1. Politische Großstaaten (1913).

a) Großräumige (über 1 Mill. qkm), mäßig bevölkerte Staaten:

	qkm	Mill. Einw.	auf 1 qkm
Ver. Staaten von Amerika	8	99	11
[Europäisches Rußland	5,4	141	26]

b) Mittelräumige (unter 1 Mill. qkm), meist stark bevölkerte (über 100 auf 1 qkm) Staaten:

	qkm	Mill. Einw.	auf 1 qkm
[Österreich-Ungarn	625000	51	76]
Frankreich 1913	536000	39	74
1920	551000	39	71
Deutsches Reich 1913	541000	68	123
1920	475000	61	128
Großbritannien und Irland	315000	40	144
Italien 1913	287000	35	133
1920	311000	39	125
Japan	288000	49	139

Die Großstaaten vereinigen auf mehr als 25 Mill. qkm der Erdoberfläche über die Hälfte aller Menschen der Erde.

2. Politische Mittelstaaten (1913).

a) Großräumige, schwach bevölkerte Staaten:

	Mill. qkm	Mill. Einw.	auf 1 qkm
China	11	330	30
Brasilien	8,5	25	3
Mexiko	2	15,5	8
Peru	1,8	5,6	3
Argentinien (ohne Südprov.)	1,6	7,2	5

ferner Persien, Bolivia, Kolumbien, Abessinien, Venezuela.

b) Mittelräumige (50000—1000000 qkm), schwach bevölkerte Staaten:

	qkm	Mill. Einw.	auf 1 qkm
Chile	760000	3,3	4
Schweden	450000	5,6	13
Finnland 1920	377000	3,3	8,5

ferner Norwegen, Ecuador, Uruguay.

c) Mittelräumige, mäßig u. stark bevölkerte Staaten:

	qkm	Mill. Einw.	auf 1 qkm
Ukraine 1920	744000	36,2	49
Spanien	505000	19,6	39
Deutsches Reich 1920 . . .	475000	61	128
Polen 1920	367000	30	83

ferner Weißrußland, Rumänien, Portugal, Griechenland, Südslawien.

d) Kleinräumige, stark bevölkerte Staaten:

	qkm	Mill. Einw.	auf 1 qkm
Schweiz	41000	3,8	91
Dänemark	39000	2,8	71
Niederlande	34000	5,9	171
Belgien	29500	7,4	252

3. Politische Kleinstaaten (1913).

a) Großräumige, schwach u. mäßig bevölkerte Staaten:

	qkm	Mill. Einw.	auf 1 qkm
Türkisches Reich 1913 . . .	1,8	21,6	12

b) Mittelräumige, schwach u. mäßig bevölkerte Staaten:

	qkm	Mill. Einw.	auf 1 qkm
Afghanistan	620000	4,5	7
Tschechoslowakei 1920 . . .	141000	13,6	97
Ungarn 1920	91000	7,5	80

ferner Litauen, Lettland.

c) Kleinräumige Staaten:

	qkm	Mill. Einw.	auf 1 qkm
Estland 1920	44000	1,1	25
Deutsch-Österreich 1920 . .	34000	6,4	188
		ohne Wien	120

4. Politisch unselbständige Staaten (1913).

	qkm	Mill. Einw.	auf 1 qkm
Kanada und Neufundland .	10000000	8,3	0,8
Australien und Neuseeland .	8000000	6	0,8
Südafrikanische Union . . .	1200000	6,2	5
Ägypten ohne Sudan . . .	1000000	12,2	12
Algerien und Tunis	700000	7,5	10
Marokko	440000	3,5	8
Korea	218000	15,5	71

usw.

In dieser Gliederung der Staaten treten die rein zahlenmäßigen, äußeren Kennzeichen der Raumgröße, der Volksmenge und ihre Beziehung, die Volksdichte, in den Vordergrund.

Man kann die Staaten aber auch nach einem anderen Gesichtspunkt beurteilen.

Wir erkennen aus der geschichtlichen Entwicklung eines jeden Staates eine geistige Fähigkeit des Volkes, die wesentlich sein kann für die Machtstellung und Weltgeltung des Staates. Jedes Volk zeigt eine mehr oder minder große politische Begabung.

Ist sie stark genug, sich vor Beeinflussung von außen zu bewahren, so bleibt dem Volke die volle Willenstätigkeit wirtschaftlichen und politischen Handelns. Sie ist aber ausschlaggebend dafür, ob ein Staat in weltpolitischen Machtfragen selbständig handelnd einzugreifen vermag oder nicht.

Wenn z. B. China und Britisch-Indien mit ihren 300-Millionenbevölkerungen nicht zu den durch politische Begabung emporgestiegenen Staaten trotz ihrer Volkszahl und Größe gehören, so sehen wir einen Grund bei beiden eben in dem geistigen Zustand der Staaten. Die Gebundenheit beider Völker an einseitige religiöse und soziale Anschauungen — zu erinnern ist an den Ahnen- und Seelenkultus der Chinesen, an die religiösen und sozialen Kasteneinteilungen der Inder —, dann die Erstarrung ihrer einst hoch entwickelten Kulturen, die durch diese Scheidung und Spaltung des Volkes begünstigt wurde, endlich die äußerst geringe Volksbildung — von den Chinesen können 98%, von den Indern 93% nicht lesen und schreiben —, das alles schafft eine gewisse Müdigkeit und Schlaffheit des Volkes, einen gewissen Dämmerzustand der Volksseele, der die Gesamtheit des Volkes trotz der gewaltigen Masse der Bevölkerung nicht zum Bewußtsein der tatsächlichen Stärke kommen läßt, die allein schon in dieser Masse der Menschenanhäufung liegt. Aber auch dieser Dämmerzustand, dieser außerordentliche Grad der Erschlaffung liegt letzten Endes in der Natur der Länder begünstigt, die den Menschen in reichster Fülle alles gewährt, was sie angesichts ihrer großen Bedürfnislosigkeit brauchen. Dazu kommt die natürliche Abgeschlossenheit ihrer Wohnräume, also wieder eine raumgeographische Tatsache. China ist abgesperrt von dem übrigen Landblock der alten Welt durch die gewaltigen Hochgebirgsmauern, die sich in Innerasien auftürmen, das Meer aber setzte mit seinen gerade hier furchtbar wütenden Taifunen seiner

Bezwingung einen natürlichen Widerstand entgegen, ganz abgesehen davon, daß der chinesischen Küste lockende Gegengestade bei der Weite des Großen Ozeans fehlen.

Ähnlich liegen die Dinge für Indien: auch hier Üppigkeit natürlicher Lebensbedingungen, Absperrung durch Gebirgswälle gegen Norden, Osten und Westen und eine gegen Süden ohne Gegengestade und ohne reichere Inselwelt sich dehnende Meereswüste!

Beiden Ländern war also nicht nur die gegenseitige Befruchtung von der Natur von vornherein versagt, beiden war es auch nicht vergönnt, von anderer Seite neue kulturfördernde Lebenskeime in sich aufzunehmen. Gerade die gegenseitige Befruchtung, der gegenseitige Austausch der bereits vorhandenen Kulturwerte und Kulturkeime ist die Voraussetzung höherer Kultur und damit politischer Entwicklung.

B. Die Großmächte von 1914.

Vor dem Weltkrieg gab es acht Großmächte; sechs europäische, zwei nichteuropäische, die erst um 1900 hinzugetreten sind, aber auf europäischer Kultur sich aufbauen:

England	Österreich-Ungarn
Rußland	Italien
Das Deutsche Reich	Die Vereinigten Staaten
Frankreich	Japan.

Vergleicht man sie unter Berücksichtigung ihres Besitzstandes im Stammland und in den Außenländern nach ihrer geographischen Lage, so lassen sich drei geographische Grundformen feststellen:

1. Die nur festlandgebundene, räumlich geschlossene Großmacht: Rußland, Österreich-Ungarn.
2. Die see- und festlandgebundene Großmacht:
   a) Mit fast völligem festländischen Besitzstand (daher mit geringem Überseebesitz): Die Vereinigten Staaten.
   b) Mit festländischem Mutterland, aber überwiegend überseeischen Räumen: Das Deutsche Reich, Frankreich, Italien.
3. Die nur seegebundene Großmacht mit insularem Mutterland und nur überseeischem Besitz: England, Japan.

Die räumliche Verteilung des Besitzstandes (1913) läßt die drei Grundformen erkennen:

Großmächte 1914	Gesamt-Besitzstand		Mutterland				Festländischer Besitz		Überseegebiet		Verhältnis Mutterland zu Besitz
	qkm	Bevölkerung	qkm	v. H. der Gesamtfläche	Bevölkerung	Dichte	qkm	v. H. der Gesamtfläche	qkm	v. H. der Gesamtfläche	
1. Rußland . .	22 360 100	176 399 600	5 452 400	24,4	140 841 000	25,9	16 907 700	75,6	—	—	1:3
Österreich-Ungarn . .	676 600	51 390 200	625 400	92,4	49 458 400	79	51 200 [1])	7,6	—	—	12:1
2. a) Vereinigte Staaten . .	9 693 600	109 315 200	7 839 100	81,0	98 937 000	12,6	1 530 300 [2])	15,8	324 200	3,2	4:1
b) Das Deutsche Reich . .	3 493 800	77 286 300	540 900	16,6	64 925 000	120	—	—	2 952 900	83,4	1:5
Frankreich .	11 114 200	95 910 400	536 500	4,8	39 602 300	73,8	—	—	10 577 700	95,2	1:20
Italien . .	1 876 900	36 982 600	286 700	13,4	35 597 800	124,2	—	—	1 590 200	84,6	1:6
3. Großbritannien	30 372 200	425 701 400	317 900	1,4	46 563 000	146	—	—	30 054 300	98,6	1:70
Japan . . .	673 700	72 673 100	382 400	56,8	52 985 400	139	—	—	291 300	43,2	1,3:1

[1]) Bosnien und Herzogowina. [2]) Alaska.

Rückt man die Machtwirkung der acht Vorkriegsgroßmächte in den Vordergrund, so können wir uns zunächst Kjellens Doppelgliederung zu eigen machen:

1. „Planetarische" Großmächte oder schlechthin Weltmächte sind solche, die in weitestem Ausmaße weltumspannend in weltpolitische Fragen eingriffen: England, Rußland, Frankreich, das Deutsche Reich. Ihnen gegenüber standen.

2. Die lokalen Großmächte, die bei weltpolitischen Verwicklungen nicht über ihren engeren Machtbereich hinausgingen. Als solche Großmächte mit beschränktem Machtbereich erwiesen sich vor 1914: Österreich-Ungarn und Italien, die bestimmend nur in die Balkan- und Adriafrage eingriffen, die Vereinigten Staaten, deren großpolitische Regungen über die Westfeste und den nördlichen Stillen Ozean nicht hinausgriffen, und Japan, dessen politisches Tätigkeitsfeld allein Ostasien war.

Versucht man die weltpolitischen Kräfte, die von den acht Vorkriegsgroßmächten ausstrahlten, in möglichst kurze Formeln zu bringen, so wird man etwa sagen können:

Von allen weltumspannenden Großmächten, den Weltmächten, hatte der Gedanke der Machtausdehnung im britischen Weltreich seinen stärksten Ausdruck gefunden, weil er hier zur absoluten Weltherrschaft drängte. Er wies jedes an sich gleichberechtigte Streben anderer Mächte aufs schroffste als unberechtigt zurück, das er „als eine Versündigung an der Zivilisation und der Idee der Menschheit" ansah (Ruedorffer). Da Stärke und Festigung des Weltreiches nur durch das räumliche, militärische und wirtschaftliche Übergewicht auf die Dauer aufrechtzuerhalten sind, so war die Richtung der weltpolitischen Betätigung gegeben. Sie hatte die möglichst größte Landausdehnung zu erstreben — „die Grenzen des Reiches sollen dem Erdumfang gleichen" (Oberst Repington 1915) —, die militärische Übermacht zu erhalten — den two-powers standard — und wirtschaftlich die höchste Geschlossenheit zu fordern — das sich selbst genügende (autarkische) Wirtschaftsreich mit Reichsschutzzöllen. Äußerlich trat der imperialistische Zug des britischen Weltreiches am deutlichsten in dem Bestreben hervor, die beiden, den Bau Weltbritanniens tragenden Machtblöcke, nämlich das Gebiet um den nordatlantischen Ozean (Mutterland, Kanada, Westindien) und das um den Indischen Ozean, territorial so stark wie möglich zu nähern und dadurch zusammenzuschweißen. Das war nur denkbar durch völlige Beherrschung der Mittelmeerstraße und durch den Erwerb

der Gebiete des türkischen Reiches in den Brückenländern Vorderasiens und Nordostafrikas. Hand in Hand ging mit diesem Bestreben das Verlangen allmählicher Auffaugung aller um den Indischen Ozean gelegenen nichtbritischen Gebiete.

Rußlands weltpolitische Wirkungen waren bedingt durch das mit Peters d. Gr. (wahrscheinlich gefälschtem) Testament begründete „Streben zum offenen und warmen Meer", das es aus seiner Landgebundenheit befreien sollte, nachdem es die riesigen Räume Osteuropas und Nordasiens erfüllt hatte. Die Stoßrichtungen schufen weltpolitische Reibungsflächen; dem Stoß nach Westen zur Ostsee entsprang seit dem 18. Jahrhundert die baltische Frage; der Südstoß gegen das Mittelmeer führte seit Mitte des 19. Jahrhunderts zur Aufrollung der Dardanellenfrage; der Südstoß über Armenien, Persien und Afghanistan bedrohte seit etwa 1860 Englands Weltstellung in Indien, der Oststoß endlich führte zu Beginn des 20. Jahrhunderts zum Zusammenstoß mit Japan.

Frankreich hatte nach vielfachen Schwankungen seiner politischen Kraftentfaltung, die bald ozeanisch gerichtet war (Eroberungen in Ostindien, Kanada und am Mississippi im 18. Jahrhundert), bald rein festländisch (im wesentlichen die Politik seit Ludwig XIV.), seit 1830 seinen weltpolitischen Ehrgeiz in Nordwestafrika befriedigt. Die weltpolitischen Machtfragen vor dem Kriege wurden seitens Frankreichs in erster Linie stark beeinflußt durch das Bestreben, die anfänglich getrennten Afrikakolonien zu einem einheitlich geschlossenen Riesenkolonialreich zusammenzuschließen.

Deutschland endlich griff durch seine koloniale Tätigkeit politisch vorarbeitend in die große Politik seit etwa 1898 ein, als seine erstarkte Wirtschaftskraft nach weltwirtschaftlichen Zielen in Ostasien, vor allem aber in Vorderasien (Anatolische-, Bagdad- und Hedschasbahn) strebte.

Die politischen Ziele der „lokalen" Großmächte waren wesentlich enger gesteckt.

In Österreich-Ungarn hatte die äußere Politik bis 1914 noch nicht den Weg zur Weltpolitik beschritten; die Doppelmonarchie war einesteils noch zu sehr mit innerpolitischen Fragen und den ihr nahen Balkanfragen beschäftigt, als daß sie den Weg zur Weltpolitik hätte finden können; es fehlte ihr aber auch der freie Ausgang zum Meer, ein Mangel, der ihre Gebundenheit an den durch die Großmächte Rußland, Italien und Deutschland eingeengten Raum besonders stark zum Ausdruck kommen ließ.

Italien besaß wohl diesen freien Meeresraum nach fast allen Seiten, aber seine Kräfte reichten nicht einmal aus, seiner inneren Politik Stetigkeit und Festigkeit zu verleihen. Darunter litt naturgemäß seine auswärtige Politik, in der ihm jede Sicherheit fehlte. Es beschränkte sich nach Erledigung seiner kolonialpolitischen Aufgaben in Ostafrika auf seine nächste Umwelt und suchte vergeblich mit dem Stoß nach Tripolis und den nicht immer geglückten Vorstößen nach der Balkanhalbinsel über die Adria sich eine Mittelmeermachtstellung zu sichern.

Um die Jahrhundertwende traten dann schließlich die beiden nichteuropäischen Großmächte, die Vereinigten Staaten von Amerika (Usamerika)[1]) und Japan, dieses als erste nichtarische und nichtchristliche Großmacht, in den Kreis der Weltpolitik ein. Ihr Eintritt machte sich zwar bemerkbar und führte zu Spannungen mit den Großmächten, aber ihre Wirkung beschränkte sich doch zunächst auf ihre nächste Umgebung. Usamerika rückte wohl mit seinen pazifischen Inselerwerbungen aus dem Bereich des amerikanischen Festlandes heraus und griff zeitweise in die ostasiatischen Fragen ein, aber eine „planetarische" Auswirkung hatte seine Politik so wenig wie die Japans, das sein politisches Tätigkeitsfeld lediglich in Ostasien sah.

C. Die gegenwärtigen Großmächte.

Nun hat der über vier Jahre tobende Weltkrieg mit seinen Nachwirkungen eine völlige Neuordnung der Großmächte herbeigeführt. Das furchtbare Ringen hat zwar seine Entscheidung auf europäischem Boden gefunden; aber es war doch kein Krieg, der über politische Fragen Europas allein entschieden hat. Er wäre auch kein „europäischer Krieg" gewesen, wenn Japan und die Vereinigten Staaten von Amerika mit ihrem Anhang sich ihm ferngehalten hätten; denn er wurde nicht, wie alle vor ihm auf europäischem Boden ausgetragenen Kämpfe, um der europäischen Machtstellung der Staaten willen ausgefochten. Nicht die Störung des „europäischen Gleichgewichtes" stand vor seinem Beginn in

[1]) United States of Amerika (nicht Nordamerika!). In diesem anmaßenden Namen liegt eine Mißachtung anderer amerikanischer Bundesstaaten, die sich mit gleichem Recht ebenso nennen könnten, z. B. Brasilien oder Mexiko. Der kurze Name „Usamerika" erscheint, anknüpfend an die amtliche Abkürzung U. S. A., deshalb besonders geeignet, weil er sprachlich die adjektivische Behandlung ermöglicht.

Frage, sondern die angeblich durch Deutschland verursachte Störung des Machtgleichgewichtes der Welt. Wie seine Kämpfe sich teilweise außerhalb Europas abspielten, so wurzelten seine Ursachen zum großen Teil weit jenseits des Kreises rein europäischer Festlandspolitik. Er war der erste Krieg in der Menschheitsgeschichte, der über den engen Raum eines Erdteils hinausschritt und gleichzeitig alle Erdteile und alle Meere des Erdballs in seinen Bereich gezogen hatte. Keine Großmacht war abseits stehen geblieben, viele Mittel- und Kleinstaaten griffen ein, nicht weil sie alle um kleinlicher Eroberungssucht willen einen Teil der Beute begehrten, sondern weil alle ihre weltpolitische Stellung bedroht glaubten.

Die Neuordnung der Großmächte strich aus der Reihe der „Weltmächte" Rußland und das Deutsche Reich, so daß von den alten nur noch zwei, England und Frankreich, übrigblieben.

Aber weder Rußland noch das Deutsche Reich wird man schon als absterbende oder gar als tote Großmächte bezeichnen können. Wenn sie auch nicht mehr ihre feste Stellung im Staatenverbande Europas einnehmen und nicht mehr mit eigenem Willen in die weltpolitischen Verwicklungen eingreifen können, wenn auch ihr innerer Aufbau stark zermürbt ist, wenn sie sich auch auf dem Wege zum Verfall und zur Zersetzung oder zur allmählichen Auffangung und Knebelung ihrer politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit zu befinden scheinen, so ruhen in ihrem Boden und in ihrem Volk doch noch starke Kräfte, die wieder aufbauend wirken müssen, sobald sich die Völker ihrer selbst und der Werte, die im Lande ruhen, wieder bewußt werden. Beide darf man als gehemmte Großmächte bezeichnen, die zeitweilig ihre tätige Mitwirkung auf der politischen Weltbühne haben einstellen müssen, sie aber wieder aufnehmen, sobald nach innerer Selbstbesinnung der äußerlich auf ihnen lastende Machtdruck durch neue, weltpolitische Spannungen und Verwicklungen nachläßt.

England hat seine weltumspannende Großmachtstellung im ganzen bewahren können. Aber der von der Natur bedingte wenig feste räumliche Zusammenhang der Kolonien mit dem Mutterland, der auch nicht durch noch so zahlreiche Stützpunkte und durch die größte Handels- und Kriegsflotte erreicht wird, drängte notwendigerweise dazu, daß in einigen von ihnen sich Selbständigkeitsbestrebungen bemerkbar machten, sobald die innerstaatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse eine Kräftigung erfahren hatten. Nament-

lich seit dem letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts treten diese Vorgänge in dem „europäisierten" Kanada, Südafrika und Australien, aber auch in den „Eingeborenenkolonien" Indien und Ägypten[1]) deutlicher hervor. Das mußte die britische Politik zu einer noch festeren und strafferen Zusammenfassung der Reichsteile veranlassen, weil in jenen Bewegungen eine der stärksten Gefahren für den Reichsbestand liegt; denn es ist immerhin beachtenswert, daß in der Geschichte noch jede große Massenauswanderung aus Europa zu voller Loslösung vom Mutterland geführt hat (England — Usamerika, Spanien und Portugal — Südamerika, Holland — Südafrika). Den Zusammenhang des Gesamtreiches zu wahren, ihn wirtschaftlich, strategisch und politisch zu festigen: das gibt dem britischen Imperialismus von heute seine Schärfe, seine gegen alle Mächte der Erde gekehrte Spitze. Die wirtschaftliche Seite tritt dabei besonders hervor; wird der wirtschaftliche Zusammenschluß erreicht, so scheint auch der politische gesichert. Der Ausgang des Weltkrieges hat den Gedanken des „sich selbst genügenden Weltreichs" in neue Bahnen gelenkt. Aber es machen sich doch auch schon Kennzeichen bemerkbar, die auf eine Art Kolonialüberfütterung hindeuten. England besitzt heute kaum noch die Kraft, alle seine Besitzungen wirtschaftlich gleichmäßig zu heben und zu nutzen, so daß es den Anschein hat, als ob gelegentlich doch der äußere Machtzuwachs über den wirtschaftlichen Zuwachs gestellt wird. Das zeigt sich besonders bei der Neuerwerbung der ehemals deutschen Kolonien.

Ein weiteres Kennzeichen der britischen Macht ist ihre Europafremdheit. England ist kein Staat mehr mit europäischem Empfinden; es ist lediglich das Herz seines Weltreiches. Europäische Politik treibt es nur soweit, als sie seiner Weltpolitik dient; seine weltumspannende Stellung hat es mit dem europäischen Empfinden in Gegensatz gebracht; „England hat kein europäisches Gewissen mehr" (Kjellén).

Je mehr es England aber gelingt, die einzelnen Teile seines Reiches zu einem politisch und wirtschaftlich geschlossenen Ganzen zusammenzuschweißen, um so stärker wird der Widerstand anderer Großmächte geweckt werden müssen. Jede, die heute zielbewußte

[1]) In Ägypten haben jüngst diese Bestrebungen zur Erklärung der Selbständigkeit durch England geführt, ohne daß dadurch freilich eine wesentliche Milderung des Machtdruckes Englands auf das Nilland erfolgt wäre.

Weltpolitik treiben will, wird an den Grenzen des entstehenden British Empire Widerstände finden. Es gibt heute keine Großmacht mehr, die nicht ihren Gegensatz zu dem in dieser britischen Reichsgründung zum stärksten Ausdruck gebrachten Machtgedanken offen bekundet hätte und auch in Zukunft bekunden muß. An dieser Tatsache wird auch das seit dem Weltkriege erfolgte Zusammengehen der meisten Großmächte mit England nichts ändern. Die Gegensätze sind nur zeitweilig durch angeblich gemeinschaftliche Interessen überdeckt; sie werden aber von neuem auftauchen, sobald die Erkenntnis sich wieder durchringt, daß die englische Politik im Beginn des 20. Jahrhunderts abermals unter erheblichem Kraftverlust der Verbündeten den Beweis ihrer „sich durch Jahrhunderte forterbenden zähen Konsequenz" (v. Bülow) erbracht hat.

Frankreich wird heute kaum noch zu den Großmächten mit weltumspannenden politischen Wirkungen gerechnet werden können. Es steht heute nur noch scheinbar auf hohem Ruhmesgipfel, obwohl es sich selbst zweifellos noch zu den großen Weltmächten rechnet. Mit England und die Vereinigten Staaten hofft es die Geschicke der Welt in Zukunft nach seinem Willen zu leiten; aber wir spüren schon heute, daß ihm bald die Kräfte versagen werden, in dem großen Spiel der Weltpolitik ein ebenbürtiger Mitspieler zu sein. England und den Vereinigten Staaten wird es auf die Dauer nicht gewachsen sein. Sein politischer Machtbereich ist schon heute nicht mehr der ganze Erdball, es hat seine politische Kraft einzig schon auf die engere Festlandspolitik eingestellt; es ist kaum noch weltumspannende Großmacht, sondern muß schon zu den Großmächten mit begrenztem Machtbereich gezählt werden.

Frankreichs Stern ist im Sinken begriffen. Seine Entwicklung hat längst ihren Höhepunkt überschritten und bewegt sich in absteigender Linie. Seine weltpolitische Sendung erfüllte es im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in denen es, aber auch seine weltpolitischen Kräfte erschöpfte. Es kann kaum zweifelhaft sein, daß es nach dem letzten Aderlaß an Menschen und Gut bei seiner abnehmenden Bevölkerung nicht imstande sein wird, die großen Aufgaben zu lösen, die seine Politiker offenbar sich vorgenommen haben.

Der Krieg hat Frankreichs Stellung nur scheinbar gebessert; es hat äußerlich sein Ansehen in der Welt vermehrt, sein Kolonial-

reich gefestigt und um Teile deutscher Kolonien vergrößert, es hat seine Absatzmöglichkeiten erhöht, es hat sich im Saargebiet reiche Kohlenschätze und in Lothringen Erzlager gesichert, es hat sich die Polen und Tschechoslowaken in seinem unersättlichen Machtdrange und seinem unstillbaren Haß gegen Deutschland zu Freunden und Helfershelfern gemacht — aber es hat eine so furchtbare Einbuße an Menschen erlitten, daß der Sieg Frankreichs nur als ein vorübergehender Erfolg seiner Politik betrachtet werden kann, als ein Pyrrhussieg, dessen Früchte nicht ausreifen können — dafür wird nicht zuletzt auch die englische Politik sorgen.

So bleibt in der Tat von den alten weltumspannenden Großmächten zunächst nur eine: England. —

Aus der zweiten Gruppe, der der Großmächte mit begrenztem Machtbereich, ist Österreich-Ungarn ausgeschieden ohne Hoffnung auf Wiederherstellung seiner Großmachtstellung. Italien verharrt mehr denn je in seiner engen politischen Weltstellung. Sein Eingreifen in weltpolitische Machtfragen läßt, wie z. B. seine Haltung zu den Ententemächten in der Kleinasien- und Adriafrage bewies, jede Klarheit und Zielsicherheit vermissen.

Italiens Großmachtstellung ist trotz der Erfolge seiner Politik nicht gefestigt. Sein militärisches Ansehen ist nicht sehr groß, die Wankelmütigkeit seiner Volksstimmung macht es nicht zum begehrenswerten Bundesgenossen; England aber kann als Beherrscher der Ausgänge des Mittelmeeres und Hauptlieferant von Kohle Italien jederzeit seinen Wünschen gefügig machen. Dazu ist Frankreich stets bedacht, Italien nicht zu groß werden zu lassen, weil es sonst von ihm eine Bedrohung der eigenen Mittelmeerstellung zu befürchten hätte, die es aber für eine dauernde Verbindung mit seinen nordafrikanischen Kolonien unbedingt aufrechterhalten muß. Vielleicht wird Italien den Fehler recht bald — aber zu spät — einsehen, daß es mitgeholfen hat, das wenig gefährliche Österreich zu zerschmettern und dafür das ihm weit gefährlichere Frankreich groß zu machen.

Nicht beharrt in ihrer beengten weltpolitischen Stellung sind aber die Vereinigten Staaten und Japan. Beide sind vielmehr auf dem besten Wege, neben England in die Reihe der weltumspannenden Großmächte einzurücken. Vor allem die Vereinigten Staaten haben in beispiellos schneller Entwicklung, besonders gestützt auf ihre günstige geographische Lage und ihre

ins Ungeahnte gesteigerte und zweifellos noch zu höchsten Gipfeln emporstrebende Wirtschaftskraft, sich eine derartig starke Stellung in der Weltwirtschaft und Weltpolitik erringen können, daß sie ihre wirtschaftliche und militärische Macht auch im alten Kulturerdteil bestimmend geltend machen konnten. Damit hat die Union in der Tat die Grenze der „lokalen" Großmacht überschritten und ist in die Reihe der „planetarischen", der Weltmächte, eingerückt.

Weniger stark noch tritt Japans Einfluß in die Weltpolitik hervor. Sein Machtzuwachs durch die ehemaligen deutschen Kolonien bis zum Äquator, seine Begehrlichkeit nach den Philippinen und nach Niederländisch-Indien als vorzüglich tropische Ergänzungsgebiete des Mutterlandes, seine völkische Ausbreitung über den Großen Ozean bis Amerika und Australien, seine wirtschaftliche Festsetzung in Mexiko (Fischereirechte) und Peru (Erwerb von Pflanzungen), seine überaus regen Verkehrsbeziehungen, die es bis nach Europa erstreckt, geben ihm eine so starke politische Stellung, daß sein Heraustreten aus seiner ostasiatischen Umwelt fast zur Tatsache geworden ist. Da die Wege seiner vorsichtigen und zurückhaltenden Weltpolitik aber den unmittelbar mit ihm in Berührung stehenden Großmächten noch ebenso rätselvoll und dunkel erscheinen wie allen übrigen Staaten, so möchte man die ostasiatische Großmacht vorerst noch nicht zu den „planetarischen", weltumspannenden rechnen.

Neben den Großmächten der Gegenwart lassen sich bereits Keime zu neuen großpolitischen Lebensgebieten erkennen, die zwar noch nicht tätig in die Weltpolitik eingreifen können, die aber doch bereits eine so starke innerpolitische und wirtschaftliche Festigung und so starke Ansätze selbständiger Kraft und hohen politischen Selbstbewußtseins zeigen, daß man von ihnen sehr wohl schon als von künftigen Großmachtskernen sprechen darf. Sowohl Südafrikas und Australiens als auch Chiles und Argentiniens Lage in der südlich gemäßigten Zone, die fast völlige Zurückdrängung der Eingeborenen, ihre geographische Sonderung und ihre von den bisherigen Großmächten durch die politische Sperrzone des Tropenklimas geschiedene Freilage in den Südozeanen, endlich die Möglichkeit mannigfaltiger wirtschaftlicher Entwicklung lassen sehr wohl die Aussicht zu, in ihnen Träger einer künftigen Vorherrschaft im südatlantischen, südindischen und südpazifischen Ozean zu sehen (s. Karte S. 7).

In nördlichen gemäßigten Breiten reiht sich ihnen Kanada an, das freilich von der usamerikanischen Aufsaugungspolitik stark gefährdet ist.

In Europa ist endlich jüngst das neuerstandene Polen von einem Großmachtswillen beseelt. Obschon Polen sich — mit europäischem Maßstab gemessen — mit seiner Größe (etwa 300000 qkm) an die letzte der europäischen Großmächte, Italien, anreiht, so ist doch angesichts der wenig vorteilhaften Lage, der nicht glücklichen wirtschaftlichen Erfüllung, vor allem aber angesichts des großen Tiefstandes seiner kulturellen Kräfte kaum anzunehmen, daß das Land jemals die Großmachtsrolle inmitten wirtschaftlich und im Volkstum stärkerer Nachbarn spielen kann, die es in seinem von Frankreich gestärkten Großmachtsdünkel erstrebt.

Danach fassen wir die Großmächte der Gegenwart und nahen Zukunft nach ihrer Machtwirkung zu folgenden Gruppen zusammen:

1. Weltumspannende („planetarische") Großmächte = Weltmächte: England, die Vereinigten Staaten von Amerika.
2. Großmächte mit beschränktem Machtbereich („lokale"): Frankreich, Italien, Japan.
3. Gehemmte Großmächte: Rußland, das Deutsche Reich.
4. Neubildungen großpolitischer Lebensgebiete (Großmachtkerne): Australischer Bund, Vereinigte Staaten von Südafrika, Argentinien, Chile, Kanada.

	Gesamter Besitzstand		Mutterland				Besitz (Territorien)	
	qkm	Bevölkerung	qkm	v. H. der Gesamtfläche	Bevölkerung	Dichte	qkm	v. H. der Gesamtfläche
Austral. Bund . .	7704200	4921800	6348000	82,4	4918100	1,3	1356200[1]	17,6
Ver. St. v. Südafrika[2]	2057400	6295200	ebenso	100	ebenso	3	—	—
Argentinien . . .	2950500	7467900	1613900	54,7	7160900	4,4	1336600	45,3
Chile	757700	3505500	585900	77,3	3481300	4,6	174700	22,7
Kanada u. Neufundland[3]	10009100	8316200	6552900	65,4	7402200	1,1	3456200[4]	34,6

[1]) Nordterritorium. [2]) einschl. ehem. Dtsch. Südwestafrika. [3]) ohne Labrador. [4]) Nordwestterritorien, Flüsse und Seen.

Literatur.

R. Kjellén, Die Großmächte der Gegenwart. Leipzig 1914.
—, Die politischen Probleme des Weltkrieges. Leipzig 1916.
—, Der Krieg und die Weltkrisis. Leipzig 1918.

F. Salomon, Der britische Imperialismus. Leipzig 1916.
Fr. Brie, Britischer Imperialismus. (Meereskunde 11, 7.) Berlin.
E. Deckert, Das britische Weltreich. Ein politisch- und wirtschaftsgeographisches Charakterbild. Frankfurt a. M. 1916.
A. Hettner, Englands Weltherrschaft und die Krisis. (3. Aufl. von: England, Welthandel und der Krieg.) Leipzig 1917.
—, Rußland. Eine geographische Betrachtung von Volk, Staat, Kultur. Leipzig 1916.

Vereinigte Staaten von Amerika, Deutsches Reich usw. siehe folgende Abschnitte.

Teil IV.

Die wichtigsten weltpolitischen Kraftfelder oder Zielgebiete weltpolitischen Machtbegehrens.

Im kolonialpolitischen Zeitalter wurden von den europäischen Staaten die Überseeländer in erster Linie ihrer Wirtschaftswerte wegen erstrebt; erst als der Wettbewerb um die reichsten Gebiete der Tropen, besonders um Vorderindien und die ostindischen Inseln einsetzte, trat die militärische und politische Wertung der Besitzungen hinzu, die heute mindestens für diejenigen Gebiete noch besteht, die als die hochwertigsten Wirtschaftsgebiete der Erde überhaupt anzusehen sind: Afrika, Indien im weitesten Sinn, China, Sibirien, Süd- und Mittelamerika, Australien. Diese politische Wertung, die im imperialistischen Streben der Großmächte um die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert ihren höchsten Ausdruck fand, mußte aber dazu führen, daß vielfach auch die Rand- und Zwischengebiete jener Hauptwirtschaftszonen in den Kreis der großpolitischen Verwicklungen hineingezogen wurden, so das Mittelmeer der Alten Welt und die Ozeane als die Träger der wichtigsten Verbindungsstraßen von den Mächten zu jenen Gebieten. Sie alle bilden im gegenwärtigen und künftigen weltpolitischen Leben der Großstaaten die Hauptkraftfelder und Zielgebiete.

A. Das neue Europa.

„Europa! Das Wort klingt heute wie ein Märchen aus längst vergangenen Zeiten, und doch ist es kein Märchen. Die kleine an den asiatischen Kontinent angelegte Halbinsel hatte früher die Herrschaft der Weltmacht politisch und handelspolitisch fest in Händen; daß Europa nicht zugrunde geht, ist ein gemeinsames Interesse aller Großstaaten."
(v. Kühlmann.)

Die ungeheuren Erschütterungen, die die Staaten Europas durch den Völkerkrieg erfuhren, haben erkennen lassen, daß die Triebkräfte, welche der Weltpolitik der Großmächte zugrunde liegen, noch immer jenen imperialistischen Strebungen ihren Ursprung verdanken, die seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts das Kennzeichen der Weltpolitik bildeten. Die Wirkungen des Krieges haben es noch mehr offenbart als seine allmählich sich klärenden Ursachen, daß die Welt noch mitten im imperialistischen Zeitalter steht: die Westmächte sehen das Heil in einem Imperialismus, der auf seiten Frankreichs das Gesicht eines reinen Machtimperialismus trägt, während er in England ausgesprochen wirtschaftlichen Erwägungen entspringt; im zertrümmerten Rußland aber geht von dem radikalsozialistischen Kern des Moskowiterreiches die starke Welle eines Imperialismus durch die Welt, der soziale Ziele verfolgt. Machtgelüste sind hier wie dort die eigentlichen Triebfedern.

Vom geographischen Gesichtspunkt aus betrachtet, sind die Ursachen neuer politischer Spannungen durch die Neuordnung der politischen Staatsgebilde Europas nicht beseitigt. Im Gegenteil: infolge eines übermäßigen Betonens der imperialistischen Tendenzen ohne jede Rücksicht auf geographische Bedingtheiten auf der einen Seite, und infolge völliger Erstickung lebensnotwendigen Auswirkens der lebendigen Volks- und Staatskräfte unter Nichtachtung der natürlichen geographischen Grundlagen auf der andern Seite ist der Keim künftiger Streitigkeiten von neuem gelegt. Nicht rechtliche oder politische Erwägungen führen zu diesem Ergebnis, sondern allein die Neuordnung der Staatsgrenzen Europas in ihrem Widerspruch zu den natürlichen Staatsnotwendigkeiten, wie sie sich aus physischen, völkischen und wirtschaftlichen Tatsachen ergeben. Rechtliche und politische Anschauungen können Änderungen erfahren, die Grundtatsachen geographischer Bedingtheiten sind durch keinen Rechts- oder politischen Machtspruch umzugestalten.

Unberührt geblieben von der Neugestaltung Europas ist im wesentlichen nur Westeuropa; die staatliche Umgestaltung im Osten ist als Wirkung des Krieges von innen heraus erfolgt, so daß nur Mitteleuropas erweiterte Zerrissenheit, die es bereits vor dem Kriege besessen hatte, das unmittelbarste Ergebnis des Krieges ist.

1. Allgemeines.

Die politische Karte Europas ließ bereits vor dem Kriege eine durchaus ungleichmäßige staatliche Aufgeschlossenheit des Erdteils erkennen. Sämtliche europäische Staaten bis auf fünf, wenn man von den Zwergstaaten absieht, drängten sich zusammen auf dem Raum zwischen zwei nordsüdlich verlaufenden Grenzgebieten: der pontisch-baltischen Landbrücke im Osten und dem Westalpenwall sowie dem Westrand der deutschen Mittelgebirge gegen das Pariser Becken im Westen. Dieser zwischen dem atlantischen und dem östlichen festländischen Europa gelegene Raum umfaßt ein volles Drittel der gesamten Erdteilfläche. Der allein Rußland vorbehaltene, einheitliche Osten zeigte die geringste staatliche Aufgeschlossenheit; den atlantischen Westen teilten sich nur Großbritannien, Frankreich und die beiden iberischen Staaten.

Dieses geographische Gesicht politischer Vielgestaltigkeit und Zersplitterung, die noch durch die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn und die bundesstaatliche Buntheit des Deutschen Reiches und der Schweizer Eidgenossenschaft, früher auch Italiens, erhöht wurde, war seit Jahrhunderten das politische Kennzeichen „Zwischeneuropas". Es war eingezwängt zwischen dem festländischen, daher nach dem Westen drängenden russisch-osteuropäischen Block und dem ozeanischen, an seiner Basis zwischen Mittelmeer und Nordsee festländische Ziele erstrebenden angelsächsisch-romanischen Westeuropablock.

Diese vom staatengeographischen Gesichtspunkt aus vorgenommene Drittelung Europas fällt nicht zusammen mit einer Drittelung des Erdteils, die nach der Oberflächengestalt sich ergibt. Diese wird vielmehr durch zwei natürliche Grenzsäume geschaffen. Den natürlichen strategischen Grenzsaum, der das mittlere Drittel Europas von dem atlantischen vordereuropäischen Westen trennt, möchte ich in Anlehnung an die ältesten Reiche, in deren politischen Raum er zumeist lag, als den arelatisch-lotharingischen Grenzsaum bezeichnen. Im Osten gegen das kontinentale „Hintereuropa" ist der entsprechende Grenzsaum von Penck der warägische genannt worden.

Dieser ist „als Grenzsaum verschiedener Landschaften des Flachlandes aus einer Flucht von Niederungen" zusammengesetzt, die von dem onegischen Seenstreifen, der Ilmen- und Peipusniederung gebildet wird und in der Dnjeprniederung an dem Wald- und Sumpfgebiet der Pripettsümpfe vorüber bis zum unteren Donez, zwischen der ukrainischen Schwelle und der kernrussischen

Der warägische Grenzsaum (nach Penck).
1 Nordbaltische Pforte, *2* Dünaeinlaß, *3* Podlachische Pforte, *4* Wolhynisch-podolische Pforte. — Grenzlandschaften: *I* Baltischer Moränenzug, *II* Bjelowesch-Urwald, *III* Pripetsümpfe, *IV* Dnjestr-Pruth-Enge. — Gestrichelte Linie: Südl. Waldgrenze.

Tafel, ihre Fortsetzung findet. Der erstere dagegen tritt in der vielgegliederten Hoch- und Mittelgebirgslandschaft Westeuropas hervor als eine vielfach von Lücken und Talengen unterbrochene Folge von Gebirgen und Hochflächen. Sie setzt an der Küste des Ligurischen Meeres mit den Westalpen, die sich nur geringer Durchgängigkeit erfreuen, ein. Nördlich der Sperre der Savoyischen Alpen und des Mont-Blanc-Massivs sich anschmiegend, öffnet sich die Rhone-Lücke, der sich nordöstlich ziehend die Grenzsperre des Jura anschließt bis zur Burgundischen Pforte. Keinen Zweifel an dem Charakter als

Sperrlandschaft läßt das Vogesenmassiv bis zum Zaberner Steig aufkommen. Weiter nördlich setzen sich die Sperrlandschaften im Gebiet der deutschen Westmarken zwischen Saar und Mosel fort. Die „Saarlücke" öffnet sich zwischen dem Nordwest-Vogesenplateau und der östlich der Mosel liegenden Lothringer Hochfläche. Das mittlere Moseltal zwischen Metz und Trier durchbricht, nur eine

Der arelatisch-lotharingische Grenzsaum.
1 Flandrische Pforte, *2* Moseldurchlaß, *3* Lothringische Pforte, *4* Burgundische Pforte. — Grenzlandschaften: *I* Schwelle von Artois, *II* Ardennenmassiv, *III* Lothringische Hochfläche, *IV* Wasgenwaldsperre, *V* Jurasperre, *VI* Westalpensperre.

äußerst schmale Lücke freilassend, die Kette der Sperrlandschaften, die ihre breiteste Fortsetzung in dem Ardennenmassiv findet, dessen Ausläufer südostwärts bis an die Mosel herantreten und gegen die Woëvre mit deutlichem Rand abbrechen. Im Nordwesten erreicht die Sperre mit der Schwelle von Artois die atlantische Küste. Nicht nur orographische und geologische Tatsachen veranlassen zu dieser Führung der Sperrlandschaften im Luxemburger Winkel, sondern besonders die ethnischen Verhältnisse müssen hier in Rechnung gestellt werden.

Die Folge der Sperrlandschaften im arelatisch-lotharingischen Grenzsaum darf also in gleichem Maße als natürlicher Grenzsaum angesehen werden, wie im Osten die Niederungsflucht des warägischen. Die orographische Verschiedenheit — hier ein Erhebungszug, dort eine Niederungsflucht — erklärt sich aus dem Gesamtcharakter der durchzogenen Landschaften, hier Hoch- und Mittelgebirgsland, dort Tiefland.

Während nun das vielstaatliche, politisch zerstückelte Zwischeneuropa nach Westen zu seine politischen Räume dem natürlichen Grenzsaum angepaßt hat, ist im Osten diese Einpassung nicht erfolgt. Denn die westliche Staatsgrenzenlinie von dem liguriſchen Meere bis zur flandrischen Küste fiel ganz in den Bereich des natürlichen (arelatisch-lotharingischen) Grenzsaumes, während die östliche Staatsgrenzenlinie von dem Schwarzen Meere bis zur Ostsee erheblich von dem natürlichen (warägischen) Grenzsaum zurückblieb. Betrachten wir mit Sieger[1]) den politischen Grenzsaum als „jenes Gebiet gegenseitiger Durchkreuzung der von entwickelten Staaten ausgehenden Einflüsse, das sich an jeder Grenzlinie durch alle Arten von Verkehr entwickelt und in dem auch die gegenseitigen politischen Einflüsse sich begegnen und durchdringen", so fiel er im Westen mit dem natürlichen Zuge des arelatisch-lotharingischen Grenzsaumes schon seit Jahrhunderten annähernd zusammen. Im Osten war dagegen keine Rede von einem solchen Zusammenschluß. Dort ist der politische Grenzsaum erheblich breiter als der natürliche, weil hier zu den verkehrsgeographischen und politischen Einflüssen noch kulturelle Verschiedenheiten die Trennung der Völker herbeiführen. Während im arelatisch-lotharingischen Grenzsaum die Völker trotz ethnischer Ungleichartigkeit die westeuropäische Kulturgleichheit besitzen, durchdringen sich im Osten gerade zwischen dem deutschen Volkslande und Kernrußland west- und osteuropäische Kultur, ohne daß eine scharfe Grenzlinie zu ziehen wäre. Diese geistige Zusammensetzung des osteuropäischen politischen Grenzsaumes hat nicht nur seine ungewöhnliche Breite hervorgerufen und neuestens seine Erfüllung mit keineswegs von vornherein als politisch-lebenskräftig anzusehenden Staaten veranlaßt, sondern sie hat auch von jeher seine Angleichung an den natürlichen (warägischen) Grenzsaum verhindert. —

Die durch den Krieg hervorgerufenen politischen Grenzverschiebungen im Bereich des arelatisch-lotharingischen

[1]) „Große" und „kleine" Gliederung. Festband Albrecht Penck, Stuttgart 1918, S. 399.

Grenzsaums fallen lediglich in den lotharingischen Teil zwischen Jura und Ardennen. Die östliche Außengrenze des politischen Saumes, die im allgemeinen niemals wegen der Durchdringung und Verzahnung ethnischer, geistiger, verkehrsgeographischer und politischer Einflüsse genau zu bestimmen ist, ist durch politischen Machtspruch an den Rhein verlegt worden und durchschneidet dann willkürlich das Pfälzer Bergland bis zum Ardennenrand. Abermals schwankt die seit Jahrhunderten „schwebende" Grenze zwischen Deutschland und Frankreich ins deutsche Gebiet zurück, ohne Rücksicht auf die völkischen Verhältnisse. Militärische Rücksichten sind neben dem völkerpsychologischen Moment politischer Eitelkeit und Machtsucht allein ausschlaggebend gewesen. Wirtschaftliche Bedenken, die die völlig ungeographische Zerreißung der mittelrheinischen Tiefebene hätten vermeiden lassen müssen, sind ganz unterdrückt worden. Daß diese Trennung lebensnotwendig zusammengehörender Gebiete wie die links- und rechtsrheinischen Lande des Elsaß und Badens in der gegenwärtigen Zeit stärkster Industrie- und Verkehrswirtschaft erheblich schwerer ins Gewicht fällt, als vor 50 Jahren, bedarf keiner näheren Begründung. Die wirtschaftliche Verbindung des Elsaß mit Frankreich wird ohne dauernde Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens auch nicht erzwungen werden können durch zollpolitische Maßnahmen oder durch die Ausführung neuer Verkehrswege, wie sie von St. Dié nach Schlettstadt oder von St. Maurice (oberes Moseltal) nach Thann-Mülhausen vorgesehen sind; ganz abgesehen davon, daß Frankreich als europäische Wirtschaftsmacht niemals das wird leisten können, was Deutschland zu leisten vermocht hat, und auch in Zukunft, trotz der grausamen wirtschaftlichen Nöte, in die es der Krieg gestürzt hat, wieder leisten wird.

Wesentlich anders liegen die Dinge im Osten. Die Umgestaltungen des östlichen Grenzsaumes haben sich insofern in ganz anderen Bahnen vollzogen, als der ehemalige politische Grenzsaum zwischen Rußland einerseits und Deutschland, Österreich und Rumänien anderseits heute zerstückelt und zerfetzt ist. Lag ihm vor dem Kriege eine gewisse staatliche Einheitlichkeit zugrunde, so ist heute die einst in ihm verlaufende einheitliche Grenzlinie des russischen Kaiserreiches in zahlreiche Bruchstücke zerlegt, denn die einst anschließenden russischen Randländer haben den politischen Grenzsaum mit ihrem nunmehr selbständigen Staatskörper erfüllt. Man möchte sagen: die einstige Staatengrenzlinie hat sich gespalten und ist

flächenhaft verbreitert worden, ist aus der Linie zur Fläche aufgelöst, indem die Ukraine, Polen, Weißrußland, die baltischen Randstaaten und Finnland entstanden sind.

Zur Beurteilung des östlichen politischen Grenzsaumes, in dem die zaristisch-russische Staatengrenzlinie von der Donau- bis zur Memelmündung und von da im Bereich der Ostsee bis zur Murmanküste verlief, ist die völkische, wirtschaftliche, vor allem aber auch die geistige Struktur der in seinem Bereich liegenden Gebiete zu berücksichtigen.

Ohne des näheren auf die ethnographischen Verhältnisse einzugehen[1]), sei nur auf die Grundtatsachen der ethnischen Zersplitterung hingewiesen. Der politische Grenzsaum zerfällt in drei Teile: 1. der an das Faltengebirgsland sich anlehnende Teil von der Donaumündung bis zum Karpatenscheitel (das Stromgebiet des Schwarzen Meeres), 2. das Weichsel-Memelgebiet von da bis zur Ostsee quer über das mitteleuropäische Tiefland, 3. die Randgebiete der Ostsee einschließlich Finnland. In diesen Abschnitten des politischen Grenzsaumes ist die völkische Zusammensetzung verschieden gestaltet.

Da der slawische Rassengegensatz zu den Westvölkern stets auf die politischen Strömungen zurückgewirkt hat, so muß auf die entscheidende Tatsache hingewiesen werden, daß von Westen her in den Grenzgürtel hinein sich zwei nichtslawische Völkersporne vorschieben. Der südliche springt aus dem deutschen Wohngebiet am Ostalpenrand vor, überquert das Donautiefland mit den Madjaren und erreicht zwischen unterer Donau und Pruth mit dem rumänischen Volksgebiet den Grenzsaum. Der zweite, nördliche, zieht hart an der Ostsee entlang, aus dem deutschen über das litauische und lettische Volksgebiet den Anschluß an das finnische erreichend. Dadurch wird einmal ein breiter slawischer Keil nach Zwischeneuropa vorgetrieben (Weißrussen, Ukrainer, Polen, Tschechen), ferner ist die Ausschaltung der Slawen von der Ostsee die Quelle ihres politischen Druckes nach Westen. Nimmt man dazu noch den nach der Balkanhalbinsel gerichteten, mit dem Schlagwort des Panslawismus umkleideten Druck über den rumänisch-madjarischen Völker-

[1]) Vgl. dazu: F. W. P. Lehmann, Verbreitung und Entwicklung der rumänischen Nation (Pet. Mitt. 1915); H. Praesent, Besiedlung und Bevölkerung von Polen (Handbuch von Polen. Berlin 1917); H. v. Rosen, Die ethnographischen Verhältnisse in den baltischen Provinzen und in Litauen (Pet. Mitt. 1915).

sporn hinweg zu den Südslawen (Serben, Kroaten, Slowenen), so muß als das Hauptkennzeichen im Bereich des politischen Grenzsaumes neben der völkischen Vielspaltigkeit der slawische Zug nach dem Westen bezeichnet werden.

Er wird verstärkt durch einen wirtschaftlichen Zug, der namentlich in dem an natürlichen Hindernissen freien Mittelabschnitt des Tieflandes wirksam ist. Die wirtschaftliche Erfüllung eines so überwiegenden Agrarstaates wie Rußland führte ganz natürlich in dieser Richtung nach dem Westen, der das Absatzgebiet agrarischer Eigenerzeugung, zugleich aber auch das Einkaufsgebiet der industriellen Fabrikate ist.

Umgekehrt drängt seit alters in die Grenzzone von Westen her die westeuropäische Kultur nach dem Osten. Die Geltung des deutschen Rechts im Mittelalter bis zur Donaumündung, bis weit über den Dnjepr und bis zum Peipussee, das Vordringen der fränkischen Hausform bis fast nach Siebenbürgen, bis Pinsk und Wilna bezeugen die Stärke dieses Druckes der westeuropäischen Kultur. Einen gewissen Widerstand fand sie aber in dem kulturell erstarrten griechisch-orthodoxen Glauben, der dem von Westen vordringenden fortschrittlichen römisch-katholischen und evangelischen sich entgegenstemmte. Da der erstere gleichsam starr dem flüssigeren Element gegenüberstand, so war der Kräfteüberschuß bei der westlichen Kirche. Ähnlich liegen die Verhältnisse mit der Schrift[1]). So ergibt sich eine, durch vielspaltige völkische und geistige Elemente gekennzeichnete Durchdringungs- und Mischzone, die mit dem politischen Grenzsaum annähernd zusammenfällt, und deren Stärkeachse etwa von dem Donaudelta dem Karpathenkamm folgt, dann zwischen Dnjepr- und Weichselgebiet verläuft und auf die innerste Bucht der Ostsee (Petersburg) zielt. Sie durchschneidet diejenige Völkerzone Europas, die Kjéllen (unter Einschluß der Balkanvölker) als die „kritische" bezeichnet und als deren äußere Grenzen er das geschlossene Wohngebiet der Germanen (Deutsche) und der Russen betrachtet. „Im Namen der Rasse hat Rußland Anspruch auf die erstere Grenze erhoben, im Namen der Kultur erhebt Europa (Deutschland — Österreich-Ungarn) Anspruch auf die letztere." Aber der deutsch-ungarisch-rumänische Keil mit dem eigenen Nationalleben seiner Glieder war eine überaus starke Sperre aller aus Rußland vordringenden politischen Machtgelüste

[1]) Vgl. im einzelnen Raindl, Die Grenze zwischen west- und osteuropäischer Kultur. Pet. Mitt. 63, 1917, und 64, 1918.

Die Grenzen zwischen west- und osteuropäischer Kultur (nach R. F. Kaindl).

Mohammedaner
Evangelische und römisch-katholische Christen
Griechisch-orthoxe Christen
Ostgrenze des geschlossenen Gebietes deutscher Schriftart
Darüber hinaus der lateinischen Schrift
Ostgrenze beider nebeneinander (in Finnland)
„ des Deutschen Rechts im Mittelalter
„ deutscher Verkehrssprache im Handel
„ fränkischer Hausformen
Warägischer Grenzsaum.

und wird es immer sein trotz des Auseinanderbruches der alten Donaumonarchie. Das völkische Bewußtsein wird hier immer lebendig bleiben und einer russischen Politik kaum die Wege bereiten,

ihre Machtziele über den Karpathenwall allzu weit vorzuschieben. Auch die Tschechen kann man nicht in den Raum der machtpolitischen Wünsche Altrußlands einbeziehen.

Der politische Grenzsaum Zwischeneuropas gegen Hintereuropa ist also auf der Innenseite von der Weichselmündung ab an das geschlossene deutsche Volksgebiet bis etwa zu den Beskiden anzulehnen und verläuft dann auf dem Karpathenwall in Richtung auf die Dobrudscha; auf der Außenseite wird er an die große, vom Weißen Meer über die Peipusniederung bis zum Donez verlaufende Grenzlinie des kernrussischen Volksgebiets verlegt. Es sind also in erster Linie völkische und kulturelle Voraussetzungen, die den politischen Grenzsaum Zwischeneuropas zu Hintereuropa bestimmen.

Innerhalb dieser osteuropäischen völkischen und kulturellen Durchdringungszone erfolgte nunmehr die Neubildung der Staaten von der Ukraine bis zu den Baltenländern und damit die Ostwärtsverlegung der Staatengrenzenlinie Zwischeneuropas bis in den warägischen Grenzsaum, solange wenigstens die Randstaaten auf ehemals westrussischem Boden bestehen. Man wird deshalb auch zum mindesten Polen zu Mitteleuropa, nicht zu Osteuropa rechnen müssen. Unser deutsches Vaterland ist von der alten Staatengrenzenlinie abgerückt, es ist aus einem zwischeneuropäischen Randstaat zu einem zwischeneuropäischen Binnenstaat geworden; das Ungeographische dabei ist, daß seine östliche politische Grenze soweit in deutsches Kernland hineingerückt wurde, daß sie nicht einmal mehr den politischen Grenzsaum, „das Gebiet gegenseitiger Durchkreuzung der von den Staaten ausgehenden Einflüsse", erreicht. In ihrem Zuge kann von keiner solchen Durchkreuzung und von keiner wechselseitigen, staatlichen und kulturellen Befruchtung mehr die Rede sein, weil nun beiderseits der politischen Grenzlinie deutsches Wesen und deutsche Kultur herrschen.

2. Die Neugestaltung Europas.

Zwischeneuropa, insonderheit das Gebiet der „kritischen Zone" Kjéllens von der Ostsee über die Donauländer zur Balkanhalbinsel, hat es sich gefallen lassen müssen, daß die Siegerstaaten nach dem großen Kriege die Grenzen so willkürlich wie möglich gezogen und stets dabei nur auf ihre eigenen Interessen, nicht aber auf die der beteiligten Neustaaten Rücksicht genommen haben. Denn wenn man als natürliche oder organische Grenzen eines Staates diejenigen ansieht, die wirtschafts- und verkehrsgeographisch zusammenhängende

Gebiete umfassen, so erkennt man, daß in den wenigsten Fällen die Staatenbildung nach diesem geographischen Grundsatz erfolgt ist. Es ergibt sich vielmehr fast überall ein Widerstreit zwischen diesen organischen Grenzen mit den Völkergrenzen, woraus alle politischen Schwierigkeiten der neuen Nachbarstaaten sich ergeben. Es ist eine Unmöglichkeit, dreierlei, nämlich völkische Einheit im Staat nach dem sog. Nationalitätenprinzip, dann wirtschaftliche Einheit und endlich Geschlossenheit des Staatsraumes innerhalb eines durch Bodenformen abgegrenzten politischen Wirkungsraumes in Einklang zu bringen. Das eine wird immer am anderen scheitern. Der wahre Staatsraum kann immer nur der sein, der gemäß der wirtschaftlichen und kulturellen Kraft eines Volkes durch den Willen dieses Volkes bestimmt wird. Aber keine der zwischeneuropäischen Staaten, zum Teil nicht einmal die im Kriege neutral gebliebenen, noch weniger die von Siegersgnaden neugeschaffenen, am wenigsten die unterlegenen haben einen eigenen Willen, sondern in Europa regiert jetzt der Wille der beiden Großmächte England und Frankreich. Ihm ist Europa jetzt untertan.

a) Das Deutsche Reich.

Die heutigen durch Gewaltspruch neugeformten Grenzen des Reiches werden keinem der drei Grundsätze gerecht, weder dem ethnographischen noch dem wirtschaftsgeographischen oder gar dem strategischen.

Weit abgedrängt und zurückgestoßen von den beiden natürlichen Grenzsäumen Mitteleuropas, dem arelatisch-lothringischen im Westen und dem warägischen im Osten, aber auch beraubt seiner politischen Grenzsäume, liegt heute das Kernland Mitteleuropas, das Deutsche Reich.

Die Umwälzung vom November 1918 als Folge des über vierjährigen Ringens stellte das Reich verfassungsmäßig auf eine ganz neue Grundlage, indem sie das Ende der mehr als 1000jährigen, auf dem monarchischen Grundgesetz aufgebauten Staatengeschichte Deutschlands und seiner Einzelglieder herbeiführte und das neue, nunmehr in seiner Gesamtheit und in allen seinen Gliedern freistaatlich organisierte Staatswesen schuf. Die damit verbundenen Änderungen inner- und außerpolitischer Art haben als nicht zum Bereich der Erdkunde gehörig auszuscheiden; wohl aber bedürfen die durch den ungeheuerlichen Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 erfolgten territorialen Verschiebungen innerhalb des alten Reichs,

noch mehr die an seinen Außengrenzen erfolgten Veränderungen, namentlich in ihrer strategisch-politischen und in ihrer wirtschaftlichen Rückwirkung auf den gesamten Lebenskörper des Reiches, vom geographischen Gesichtspunkt einer Betrachtung.

Die bisherigen Einzelstaaten des Reiches sind auf den ersten Blick gewiß Gebilde, deren Werden mit den natürlichen Raumgliedern des deutschen Bodens nicht immer im Einklang zu stehen scheint, aber es treten doch bei den meisten geographische, raumfüllende Entwicklungszüge deutlich hervor. Ihre politische Grenzführung mit der oft äußerst verzwickten Verzahnung und Zerfetzung ist freilich nur selten von der Bodenplastik abhängig und fast immer mehr oder minder stark bedingt durch die aus der Geschichte ihrer Herrschergeschlechter sich ergebenden Territorialverschiebungen, wie sie am stärksten in der Zersplitterung der thüringischen Lande ihren Ausdruck fand. Wenn daher Bestrebungen auftraten und noch immer sich geltend machen, auf der einen Seite, die einzelstaatliche Gliederung durch Zusammenschweißung einzelner Gliedstaaten zu vereinfachen, auf der anderen Seite von den großen Staaten kleinere Gliedstaaten zu trennen, so ist der Wunsch durchaus verständlich und berechtigt, daß dann die Geographie dazu berufen sei, „bei der Überführung des einen Zustandes in den andern mitzusprechen", und „von ihrem Standpunkt aus an der Neugestaltung mitzuarbeiten" (Hettner).

Solche Bestrebungen werden vor allem solange fortbestehen und daher die einzelstaatliche Gliederung des Reiches solange ungewiß lassen, bis die feindliche Besetzung des Westgürtels des Reiches gemildert oder aufgehoben sein wird. Auch die neue Reichsverfassung, die jederzeit die Möglichkeit der Neubildung und der Neuordnung von Bundesstaaten offen läßt, hemmt zum Teil die für unser staatliches Leben so unbedingt notwendige Ruhe und Stetigkeit der innerpolitischen Entwicklung.

Allerdings scheint es, als ob gegenwärtig die Frage der innerstaatlichen Umgestaltung vor der Fülle der uns durch den Friedensvertrag auferlegten, fast erdrückenden Lasten zurückgetreten ist. Jedenfalls stehen wir noch mitten in der Entwicklung der innerstaatlichen Umbildung des Reiches.

Die wirtschaftliche Einheit des Reiches hat eine wesentliche Stärkung durch die Umwandlung der Landeseisenbahnen zum einheitlichen Reichseisenbahnnetz und durch die einheitliche Regelung

der Steuererhebung im Reich erfahren, und auch die einheitliche militärische Organisation wird sich hoffentlich in Zukunft als ein starker politischer Einigungsfaktor erweisen können.

Geographisch bedeutsamer, weil in ihrer politischen und wirtschaftlichen Wirkung tiefgreifender, sind die territorialen Veränderungen an den Grenzen des alten Reiches.

Deutschland ist nicht in der glücklichen Lage gewesen, im Laufe seiner Geschichte eine Einpassung oder ein allmähliches Hineinwachsen des politischen Staatsraumes in einen natürlichen Raum zu erreichen, weil ein solcher scharf begrenzter Raum in Mitteleuropa überhaupt nicht vorhanden ist. Wohl ist die Grenze durch die natürlichen Umsäumungen der deutschen Meere und des Alpenwalles im Norden und Süden im wesentlichen festgelegt und damit die meridionale Einpassung in einen natürlichen Raum im ganzen erreicht, nicht aber nach Osten und Westen. Hier fehlt jede scharfe Begrenzung des natürlichen Raumes nach Frankreich und nach Polen zu. Wenn auch hier Grenzmarken als Sperrlandschaften hemmend wirken konnten, wie das Gebiet der Hochflächen in Masuren, um Netze, Warthe und mittlerer Oder im Osten oder, wie wir sahen, die westlichen Hochflächen um Saar und Mosel und die der Eifel-Ardennen, so können sie doch dauernd niemals dem Auswirken räumlichen Machtbegehrens so hinderlich sein, wie etwa die Meere oder der Alpenwall. Diese Grenzlandschaften werden also stets umstrittener Machtbesitz der angrenzenden Staatsräume sein müssen. Polens Begehren wird stets vom Weichselgebiet auf das Odergebiet gerichtet sein, Frankreichs Machtbegehren stets über die Sperrlandschaften hinaus nach dem Rheingebiet, während umgekehrt die politische Sicherheit Deutschlands es als klug erscheinen läßt, die Sperrlandschaften innerhalb der Staatsgrenzen zu besitzen und diese über sie hinauszuschieben. Der schnelle Vormarsch 1914 durch Belgien nach Nordostfrankreich hinein entsprach durchaus diesen geographischen Gegebenheiten. Sie bedingen also in der Geschichte der drei Staaten den dauernden Kampf um die Grenze, und die gegenseitige „Erbfeindschaft" gründet sich letzten Endes auf diese durch keinen Machtwillen zu beseitigenden natürlichen Gegebenheiten des Raumes und wird daher solange bestehen, wie die Völker in festem Nationalgefühl staatliche Selbständigkeit sich bewahren oder, wenn sie sie wie Polen vorübergehend verloren haben, doch begehren.

Des Reiches politische Westgrenze fällt nicht mehr, wie es natürlich wäre, in die Mitte des politischen Grenzsaumes, sondern

an dessen äußeren Ostrand; denn im Gebiet des Elsaß muß der politische Grenzsaum bis an den Rhein vorgeschoben gedacht werden. Diese Tatsache bildet die geographische Grundlage für die geschichtlichen Bewegungen, die Deutschland stets über den Rhein nach der Maaslinie, der ungefähren Westgrenze des politischen Grenzsaumes, führten, und für den nationalen Weckruf: „Der Rhein, Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze." Sie ist aber auch gleichzeitig die geographische Grundlage des französischen Verlangens, die Ostgrenze des Staates auch möglichst über die Sperrlandschaften hinaus zu verlegen, eben an die Rheinlinie. Weiter nördlich liegt zwar die deutsche Westgrenze inmitten des politischen Grenzsaumes; aber für das äußere politische Wirken Deutschlands ist er nicht mehr maßgebend, solange die militärische Besetzung des linken Rheinufers bestehen und das Verbot militärischer Maßnahmen 50 km rechts vom Rhein erhalten bleibt. Denn damit rückt an die Stelle des politischen Grenzsaumes der strategische oder militärische, mit Gewalt erzwungene. Berücksichtigt man, daß damit das größte, Deutschland noch verbliebene Industriegebiet an die Militärgrenze herangeschoben und dem feindlichen Zugriff jederzeit preisgegeben ist, so erkennt man die hohe politische Bedeutung der Verschiebung der deutschen Westgrenze.

Die Abtretung Elsaß-Lothringens bedeutet für das Reich einen Verlust von 14500 qkm mit rd. 1¾ Mill. Bewohnern. Sie ist erfolgt trotz dem von der Entente allzu oft gepriesenen Nationalitätengrundsatz ohne jede Rücksicht auf die Abstammung der Bewohner. War vor 1919 die politische Grenze westwärts nur soweit über die ethnographische hinausgeschoben, daß in Lothringen (um Metz und im Kreise Chateau-Salins) nur eine kleine Vorherrschaft des französischen Elementes bestand, die mit den wenigen oberen Vogesentälern ein Gebiet von nur rd. 3000 qkm umspannte, so ist heute mit dem Vorschieben der französischen Grenze ins deutsche Sprachgebiet bis zum Rhein eine starke deutsche „Irredenta" geschaffen. Das kann politisch durchaus nicht einen Dauerzustand verbürgen. Für das deutsche Wirtschaftsleben ist der Verlust, ganz abgesehen von den Erträgnissen der Landwirtschaft und des Weinbaues, insofern ein sehr harter Schlag, als im Elsaß Kaligruben mit einer jährlichen Ausbeute von rd. 420000 t (1913) = $^1/_{20}$ der deutschen Gesamtförderung verloren gehen, außerdem aber auch die überaus reichen Eisenerzlager des Minettegebietes an der Orne, um Hayingen, Fentsch, Deutsch-Oth usw. mit einer Ausbeute von

über 21 Mill. t (1913) = ¾ der deutschen Roheisenerzausbeute. Von den 1912 im gesamten Reichsgebiet arbeitenden 93 Hochofenbetrieben verarbeiteten die 11 elsaß-lothringischen etwas über 10 Mill. t Eisen- und Eisenmanganerze, d. h. bei einer Gesamtverarbeitung im Reich von etwa 33½ Mill. t etwa ⅓. Da die lothringischen Erze die wesentlichste Stütze der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie waren, so ist ein derartiger Verlust so gut wie gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch unserer Eisenindustrie, die bisher an 2. Stelle in der Welt stand und bereits die englische zu überflügeln begann. Der Verlust der Kaliwerke aber vernichtet das Kalimonopol, das Deutschland bisher als einziges kaliförderndes Land der Erde besaß.

Wenn Frankreich aber mit dem Raub Elsaß-Lothringens, den es mit der gleichen Nichtachtung der geschichtlichen und geographischen Tatsachen ableugnen wird, wie es den Raub durch Ludwig XIV. niemals eingestanden hat, den dauernden Triumph seiner „Revanche" endlich erreicht zu haben glaubt, so verkennt es doch völlig die Tatsache, daß politische Gewalt auf die Dauer wirtschaftliche Notwendigkeiten, wie sie sich aus der geographischen Einheit der Lande zwischen Wasgenwald und Schwarzwald ergeben, niemals unterdrücken kann; die jetzt durch eine macht- und zollpolitische Schranke auseinandergerissenen Teile des oberrheinischen Wirtschaftskörpers, die gleichmäßig mit deutschem Geist erbaut und erfüllt sind, drängen naturnotwendig nach der Wiedervereinigung.

Dem elsaß-lothringischen Verlust ebenbürtig zur Seite stellt sich der des Saargebietes, der uns etwa 1/10 der Kohlengewinnung entzieht. Das bedeutet eine ungeheure Erschwerung der süddeutschen Industrie, die in erster Linie auf Saarkohle angewiesen war und nun ihren Bedarf aus dem ohnehin schon stark überlasteten Ruhrgebiet decken muß.

Im Osten bestand der annähernde Zusammenklang zwischen der alten deutschen politischen und ethnographischen Grenze wie in Elsaß-Lothringen nicht. Der breite westwärts vorgeschobene polnische Sprachenkeil zwischen der mittleren Oder und unteren Weichsel wurde mit seinem im deutschen Sprachgebiet eingeschlossenen Ausläufer in der Tuchler Heide und in Pommerellen (Kassuben) durch die Reichsgrenze etwa zwischen Oberschlesien und Thorn von seinem östlichen Kerngebiet abgeschnitten. Während aber im Westen das germanische und romanische Element mit geringen Ausnahmen ziemlich schroff voneinander geschieden ist,

wie jede Völkerkarte zeigt, sind das germanische und slawische dermaßen innig verzahnt und durcheinandergemischt, daß eine mittlere ethnographische Grenzlinie niemals einer der beiden Nationalitäten

Die territorialen und wirtschaftlichen Verluste Deutschlands und die neue deutsche „Irredenta" in Deutsch-Österreich und der Tschechoslowakei.

gerecht werden könnte. Unzählige größere und kleinere, oft nur eine oder wenige Gemeinden umfassende Splitter und Inseln mit deutscher Bevölkerung liegen im polnischen Sprachgebiet verstreut. Um so mehr besteht aber in diesem zersplitterten ostdeutschen Kolonisationsgebiet gegenüber dem weit geschlosseneren lothringischen deutschen Wohnraum nunmehr nach Loslösung des größten Teils vom Reich die Gefahr, daß die Germanisierung nicht nur stillstehen, sondern sogar einen Rückschlag zugunsten des slawisch-polnischen Elementes erfahren wird. Das durch den „polnischen Weichselkorridor" abgetrennte, sein Deutschtum stets stolz betonende und zäh bewahrende Ostpreußen wird in Zukunft weit stärker als früher von dieser Gefahr bedroht werden.

Mit dem Verlust Westpreußens, Posens und des größten Teiles Oberschlesiens ist Deutschlands politische Ostgrenze aus seinem einstigen Kolonisationsgebiet soweit wieder ins deutsche Kernland zurückgerückt worden, daß sie nicht einmal mehr den sog. „politischen Grenzsaum", „das Gebiet gegenseitiger Durchkreuzung der von den Staaten ausgehenden Einflüsse", erreicht. Polen hat auf Grund des „gerechten und den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragenden" Gewaltspruches an seiner Westgrenze, von Danzig bis Kattowitz, einen so starken deutschen Kulturstreifen im eigenen Staatskörper, daß in der Tat im Zuge der neuen deutschen Ostgrenzenlinie von keiner solchen wechselseitigen, staatlichen und kulturellen Befruchtung mehr die Rede sein kann, weil nun beiderseits der politischen Grenzlinie, wenn auch auf polnischem Boden nur kümmerlich, deutsches Wesen und deutsche Kultur herrschen. Dazu kommt, daß bei diesem abgetrennten Deutschtum, der deutschen „Ostirredenta", die Sehnsucht nach Erlösung und Wiedervereinigung mit dem Reichsstamm besonders stark werden wird, wenn die Erkenntnis wächst, daß das deutsche Volkselement in Westpolen, ganz besonders im großgewerblichen Oberschlesien, weit mehr der ideelle und materielle Güter spendende als Werte empfangende Teil der Bevölkerung sein wird. Diese unvermeidliche politische Wirkung wird einen Zustand schaffen, der weder für die gleichmäßige innerdeutsche Entwicklung, noch viel weniger aber für eine stetige und ruhige politische Entwicklung Mitteleuropas günstig sein wird. Es dürfte keinem Einsichtigen zweifelhaft sein, welcher Zustand für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung und für die politische Ruhe Europas der bessere ist: die Zerstückelung einer Kulturnation von fast 70 Millionen, der man wirtschaftlich lebensnotwen-

dige Teile entreißt, oder der künstlich erhaltene Lebensatem einer Nation wie der polnischen, die noch niemals im Laufe ihrer Geschichte den Beweis ihrer kulturellen Sendung und ihrer kulturellen Leistungsfähigkeit, auch nicht in Zeiten politischen Glanzes, gegeben hat.

Dazu tritt der für Deutschland auf die Dauer unerträgliche Zustand, daß das Reich durch die Loslösung Ostpreußens ein territorial zerstückelter Staat geworden ist, dem damit die Möglichkeit einer Kraftzusammenfassung erheblich eingeschränkt ist. Außerdem bedeutet die Abriegelung der Provinz durch den polnischen „Weichselkorridor" die Aufhebung engster wirtschaftlicher Verbindung mit dem Stammland, die weder über See noch kraft deutschpolnischer Verkehrsverträge in einer beide Teile voll befriedigenden Weise aufrechterhalten werden kann. Es wird zunächst sehr ungewiß bleiben, ob es möglich sein wird, die ostpreußischen landwirtschaftlichen Überschußerzeugnisse wie bisher restlos dem Reiche zuzuführen und umgekehrt eine reibungslose Versorgung der isolierten Ostprovinz mit Kohle und Industrieerzeugnissen zu gewährleisten, zumal die von der Entente abhängige polnisch-litauische Umklammerung die Überschwemmung der Provinz mit fremden Waren trotz aller Zollgrenzen stark erleichtert. Strategisch ist die östliche Verteidigungslinie des Reiches von der stark bewehrten Weichsel—Warthelinie an die nahezu unbewehrte Oderlinie zurückgerückt und damit bedenklich der Reichshauptstadt und dem politischen Reichsmittelpunkt — von früher 300 km auf etwa 150 km — genähert.

In der ohne weiteres nach dem Friedensvertrag fast ganz abgetretenen Provinz Posen überwog das polnische Volkstum mit etwa 61% (1910) gegenüber 39% des deutschen. Die eigentlichen Träger des gesamten Wirtschaftslebens, sowohl des städtischen wie des ländlichen, waren aber durchaus die Deutschen. In der Provinz Westpreußen, die ohne Abstimmung bis auf kleine Teile verloren gegangen ist, widersprach der Abtretung nicht nur die überragende Kulturstellung des Deutschtums sondern auch das zahlenmäßige Übergewicht. In dem abgetretenen Teil Ostpreußens nördlich der Memel behauptet das Deutschtum seinen überragenden Platz hoffentlich auch in Zukunft.

Wenn nach dem deutschen Zusammenbruch im Südosten der Streit um das oberschlesische Bergbaugebiet entbrannte und die polnische Begehrlichkeit den deutschen und auch österreichischen Teil erstrebte, so ist das aus dem oben angedeuteten, auf den natürlichen Gegebenheiten beruhenden Machtbegehren verständlich. Wenn

nun aber die Grenzlinie so gezogen ist, daß sie mitten durch das Gebiet, ohne jede Rücksicht auf seine siebenhundertjährige deutsche Geschichte und auf den in der Abstimmung bekundeten Volkswillen verläuft, und polnischer Begehrlichkeit nachgegeben wurde, so bedeutet das eine unbegreifliche Verständnislosigkeit für weltwirtschaftliche und weltpolitische Notwendigkeiten seitens der Entente; 2800 qkm mit rd. 90000 Einwohnern beträgt der Verlust an Gebiet, in dem sich eine, wenn auch schwache Mehrheit für Deutschland entschieden hatte. Das wirtschaftlich unfähige Polen wird niemals mit dem neuen Besitz weltwirtschaftliche Werte schaffen können; aber das ohne weltwirtschaftliche Verknüpfung nicht lebensfähige Deutschland wird niemals diese seiner Wirtschaft unbedingt notwendigen Lebensgebiete auf die Dauer entbehren können. So ergibt sich hier eine neue politische Reibungsfläche, die, lediglich auf Grund der deutschen Niederlage neu geschaffen, um so schneller den Kampf um den Grenzsaum heraufbeschwören wird, je schneller die wirtschaftliche Unfähigkeit Polen in den Abgrund stürzt und je stärker der nun einmal dem Deutschtum innewohnende Wille zu wirtschaftlichem Aufstieg sich freimachen kann. Politische Machtsprüche und militärische Gewaltherrschaft, mit denen Frankreich einen Dauerzustand schaffen will, werden niemals die Wirkung der natürlichen Kräfte der Staaten und Völker unterdrücken können.

Außerordentlich groß ist die wirtschaftliche und politische Wirkung der Verluste in Schlesien, Posen, West- und Ostpreußen auf den gesamten wirtschaftlichen und politischen Organismus des Reiches. Nach der Ernteststatistik von 1913 lieferten die bis auf geringe Teile verloren gegangenen Provinzen Westpreußen und Posen zusammen an Weizen 354000 t = 7,6%, an Roggen 2 Mill. t = 17%, an Gerste 505000 t = 14%, an Hafer 732000 t = 7,5% und an Kartoffeln fast 9 Mill. t = 16,6% der Reichserzeugung. Die Abgänge im Viehstand sind nicht weniger gefährlich für die künftige Entwicklung unseres Wirtschaftslebens. Westpreußen und Posen bargen 1913 etwa je $^1/_{10}$ des gesamten Rinder- und Schweinebestandes; der Waldverlust in allen abgetretenen ostdeutschen Gebieten beträgt rd. 1 Mill. ha = 7% des Waldbestandes im Reich. Der Verlust dieser bisherigen Überschußgebiete des Reiches wird aber erst ins rechte Licht gerückt, wenn man bedenkt, daß es sich um dünn bevölkerte Gebiete des Reiches handelt, und wenn man die Bevölkerungsverluste von nur rd. 7% gegen die mehrfach mehr als doppelt so hohen Verluste der Wirtschaftswerte hält. Erst

daraus ergibt sich die ungeheuere wirtschaftliche Einbuße, die Deutschland mit Abtretung der Ostgebiete erleidet, aufs deutlichste.

Neben die hohen landwirtschaftlichen Verluste in Westpreußen und Posen tritt der bergbauliche in Oberschlesien. Von dem bis 1000 m Tiefe vorkommenden Kohlenvorrat von insgesamt rund 60 Milliarden t blieben Deutschland 5 Milliarden, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die deutsch verbliebenen Teile die schwächsten, zum Teil sogar abbauunwürdige Flöze tragen. Alle Eisengruben fielen an Polen, von acht Hochofenwerken fünf. Die Hälfte der Stahl- und Walzwerke, fast $^2/_3$ der Eisen- und Stahlgießereien wurden polnisch. Noch schwerwiegender sind die Verluste an Blei und Zink. Nur $^1/_4$ der Blei- und Zinkerzgruben blieb deutsch. Da Oberschlesien aber unser wichtigstes Zinkerzgebiet war, so bedeutet die Abtretung dieser Gruben den Verlust von $^3/_4$ der gesamten deutschen Zinkerzförderung und von etwa $^1/_4$ der gesamten Bleierzförderung. Außerdem verlor das Reich sämtliche oberschlesischen Silber-, Blei- und Zinkhütten mit einer Jahreserzeugung von 3000 kg Silber, 20000 t Blei und 83000 t Zink.

So ist das Deutsche Reich wirtschaftlich geknebelt allein schon durch die Verluste seiner Grenzgebiete im Osten, Westen und Norden, ganz abgesehen von den vielen anderen wirtschaftlichen Bedingungen, die nach dem Haßvertrag von Versailles zu erfüllen sind und die neben dem Verlust der kolonialen Rohstoff-, Absatz- und Siedlungsgebiete besonders den Verlust der deutschen Handelsflotte und die Vernichtung aller im Ausland durch deutsche Arbeit geschaffenen Werte brachte.

Die Verengerung der Reichsgrenzen schuf zwar einen Nationalstaat, der nunmehr keine gegenstrebigen Volksteile in sich trägt, aber sie vergrößerte auch außerordentlich die deutsche „Irredenta", wodurch neue Keime außenpolitischer Verwicklungen für die Zukunft sich bildeten. Außer den 6 Mill. Deutsch-Österreichern warten 4 Mill. in der Tschechoslowakei, über 2 Mill. in Polen, 1,6 Mill. in Frankreich, insgesamt ½ Mill. in Danzig, im Memelgebiet, in Belgien und in Dänemark auf die Wiedervereinigung mit dem Reich. Dazu kommen die den Reichsgrenzen ferner wohnenden „unerlösten Brüder" in Südslawien mit 1 Mill., in Rumänien mit ½ Mill., in Ungarn mit 300000 und in Italien mit $^1/_4$ Mill., zusammen über 16 Mill.

Zu den unmittelbaren politischen Einwirkungen durch Abtretung der Grenzgebiete tritt nun aber noch eine politische Knebe-

lung des Gesamtreiches, die durch ein System der Einkreisung gekennzeichnet wird. Die Möglichkeit dieser Einkreisung aber bot insonderheit die geographische Bedingtheit der Lage Deutschland in Mitteleuropa.

Wie schon vor dem Kriege und während des Krieges dem starkbevölkerten, in Industrie und Handelstätigkeit stetig aufrückenden Deutschland seine geographische Lage zur Zwangsjacke wurde, so ist sie es für das verelendete, um sein Leben ringende Reich fast noch mehr.

Aus den früheren acht unmittelbaren Nachbarn — kein Staat der Erde ist gleich nachbarreich — sind zehn geworden oder, wenn man das von Polen abhängige Danzig und das vielleicht zu einem französischen „Gibraltar des Ostens" sich entwickelnde Memel noch hinzurechnet, ein volles Dutzend.

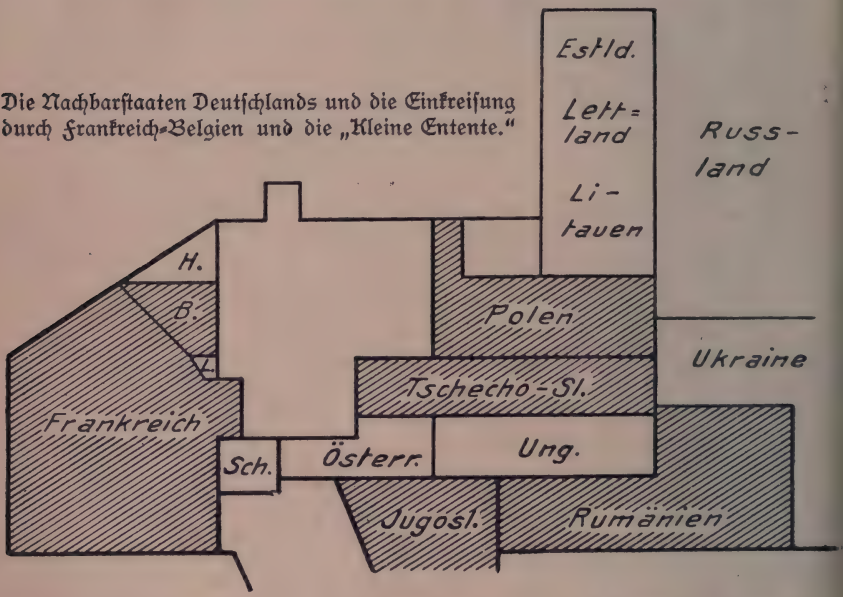
Dadurch ist der Außendruck gewachsen.

Von Westen lastet er verstärkt auf den deutschen Grenzen nach deren Verschiebung an den Rhein. Im Nordwesten bleibt die Sperre des „nassen Dreiecks", der Nordsee, durch die Großmachtstellung Englands bestehen, solange es eben eine Großmacht England gibt. Die Zwangsjacke der geographischen Lage ist auch für die binnenmeerische Ostsee durch die dänische Sperre ein für allemal festgelegt. Nur im Osten scheint rein äußerlich der Druck durch den Zusammenbruch der Großmacht Rußland genommen zu sein. Aber gerade hier hat nun das neue System der „Randstaatenpolitik" eine Einkreisung geschaffen, die enger und fester ist als jene vorkriegszeitliche eines Eduards VII. Indem man den Grundsatz der Bildung von Nationalstaaten aufstellte und dem Streben der Völker in der „kritischen Zone" zwischen Mittel- und Osteuropa nach einem sich mit dem Volksgebiet deckenden politischen Lebensraum nachgab, schuf man hier politische Gebilde, die zwar ausnahmslos keine Nationalstaaten sind, die aber nun die ehemalige Aufgabe Rußlands im Zwange der Weststaaten, namentlich Frankreichs, neu übernehmen konnten. Der von Frankreich begünstigte Zusammenschluß der „Kleinen Entente", die durch den Beitritt Polens zur „Quadruple-Allianz" wurde, (Südslawien, Rumänien, Tschechoslowakei, Polen) läßt deutlich die politische Abschnürung Deutschlands nach Osten und Südosten erkennen. Vor allem Schlesien ist durch das starke Westwärtsrücken Polens und die Neuerrichtung der Tschechoslowakei, die überdies den früher fehlenden Süddruck auf Deutschland schafft, zwischen zwei Zangenbacken geraten.

Und so muß man wohl auf absehbare Zeit mit der Tatsache sich abfinden, daß es für uns in unserer mitteleuropäischen Zwangslage vorerst keine Möglichkeit gibt, uns von dem allseitigen Druck zu befreien, den diese unter sich vielleicht oft uneinigen, sich gegenseitig kontrollierenden, gegen uns aber durchaus einigen westlichen und östlichen Grenznachbarn ausüben.

Eine Möglichkeit der Entlastung ist im Osten gegeben, wenn hier vor allem wirtschaftliche Erwägungen Polen und die Tschechoslowakei früher oder später doch zu einer Anlehnung an das Deutsche

Die Nachbarstaaten Deutschlands und die Einkreisung durch Frankreich-Belgien und die „Kleine Entente."



Reich drängen werden, die auf die Dauer eine feindliche politische Stellungnahme widerraten; denn der Wiederaufbau des europäischen Ostens ist ohne Deutschlands tätige Mitwirkung unmöglich. Deutschland selbst bleibt auch gar kein anderer Weg in Europa offen, da nach Westen selbst Länder mit hoher Kultur und Wirtschaft liegen, die außerdem aus der überseeischen Wirtschaft und ihren eigenen Kolonien großen Nutzen ziehen, der dem Deutschen Reich versagt ist. Deutschlands Tätigkeitsdrang wird am ersten wieder nach Osten sich einen Weg bahnen müssen. Im Westen erscheint die Entlastung nur durch eine völlige Umstellung des gegenwärtigen weltpolitischen Zusammenklanges der Großmächte denkbar.

b) Das außerdeutsche Europa.

Der wirtschaftlichen und politischen Knebelung des Deutschen Reiches mußten selbst europäische Staaten dienen, die nicht am Kriege teilnahmen. Nur die beiden skandinavischen Staaten und Spanien wurden zu diesem Henkerdienst nicht berufen, weil sie nicht unmittelbare Grenznachbarn sind. Holland und die Schweiz konnten sich nur mit Mühe der Mitwirkung an der Zerstückelung des Reiches entziehen, Dänemark hat nicht die Kraft dazu besessen und gern ein Stück Nordschleswigs als unverdiente Beute in Empfang genommen.

Von den Siegerstaaten hat England zwar keinen europäisch-deutschen Landbesitz als Zuwachs erhalten, hat aber die von ihm als oberstes Kriegsziel aufgestellte Ausschaltung Deutschlands aus der Weltwirtschaft erreicht, freilich unerwarteterweise mehr zum eigenen Schaden als zum Nutzen; Belgien erblickt seinen Hauptgewinn in der Angliederung der Kreise Eupen-Malmedy und in der wirtschaftlichen Anlehnung des bisher zum deutschen Zollgebiet gehörenden, von einer deutschen Bevölkerung bewohnten Luxemburg; Frankreich sieht seine Wünsche nur zum kleinen Teil erfüllt durch die „Wiedergewinnung" Elsaß-Lothringens, die Besetzung des Saargebietes und des linken Rheinufers; Italien hat seiner „unerlösten Brüder" in Korsika und Nizza nicht gedacht, dafür aber sich nicht gescheut, in Südtirol altes deutsches Volksgebiet bis zum Brenner in Besitz zu nehmen.

Überall sind so an den deutschen Grenzen neue Reibungsflächen entstanden, die der politischen Ruhe Europas nicht dienen. In Ost- und Südosteuropa sind sie durch die Begründung der Randstaaten des ehemaligen Rußland, durch die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und die gewaltsame Neuordnung der Balkanstaaten in verstärktem Maße geschaffen, wider alle geographischen und ethnographischen Gegebenheiten und wider alle politische Vernunft. Nirgends ist die neue Staatenabgrenzung mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und auf die Stammeszugehörigkeit erfolgt; keiner der neuen Staatsschöpfungen, mit Ausnahme Deutschlands und Deutsch-Österreichs, ist ein starker einheitlich-völkischer Charakter eigen; überall sind außerhalb der Staatsgrenzen neue „Irredenten" geschaffen und innerhalb von ihnen fremde Volksteile eingegliedert. Der Zwang der wirtschaftsgeographischen Verhältnisse wird notwendigerweise zu einer inneren Lockerung dieser völkisch nicht einheitlichen Staatsgebilde führen müssen.

In Osteuropa auf dem Boden des zertrümmerten Rußland ist noch kein Staat zu einer inneren Festigung, ja noch nicht einmal zu einer festen Grenzführung gekommen. Die innerpolitischen Erschütterungen des russischen Kerngebietes (Sowjetrußland) haben auch die Randstaaten noch nicht zur Ruhe und zum Aufbau ihres eigenstaatlichen Lebens gelangen lassen. Am ehesten ist es noch in Finnland geschehen, wo der starke Einschlag westeuropäischen, namentlich schwedischen und deutschen Kulturgutes einer Festigung des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens günstig war. In den Baltischen Staaten hat der einst starke deutsche Kultureinschlag nach den Kriegserschütterungen nicht seinen Einschlag auf den Wiederaufbau in gleichem Maße geltend machen können. Namentlich Litauen, bedroht durch polnische Machtgelüste und benachteiligt durch die Nichtzuteilung des als Ostseetor von ihm erstrebten Memel, ist ein noch mit dem selbständigen Leben ringendes Staatsgebilde.

Ebensowenig ist noch Polen auf längere Zeit hinaus ein fester politisch-geographischer Begriff. Darüber kann auch seine politische Regsamkeit nicht hinwegtäuschen. Polen liegt mitten in der Tieflandsgasse zwischen dem Karpathenwall und der Ostsee, die es aber mit seinem Volkstum nicht in ganzer Breite erfüllt. Vielmehr ist es vom Meere durch den vom Deutschtum beherrschten breiten Streifen im Gebiet des pommerisch-preußischen Landrückens abgedrängt, und der Mangel natürlicher Grenzsperren im Nord- und Südosten und besonders nach Westen hat Polen nie zu einem gefestigten staatlichen Eigenleben kommen lassen, weil es bald mehr, bald minder stark unter den östlichen oder westlichen Einfluß kam. Lediglich die Pripetsümpfe bilden eine natürliche Grenzsperre. So haftet der Begriff Polen allein an dem Gebiet der Mittleren Weichsel und des Bug. Eine Beschränkung auf diesen Raum hätte einen Nationalstaat ergeben. Aber das neue, durch Gewaltspruch geschaffene Polen ist ebensowenig wie das alte polnische Brückenreich vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee im Anfang des 18. Jahrhunderts ein völkischer Einheitsstaat. Nach allen Seiten hin ist auf Kosten der Nachbarvölker gegen den Grundsatz des Nationalstaates verstoßen. Nur durch Gewalt, wie sie der neupolnische Imperialismus mit französischer Hilfe erstrebt, sind die Grenzen aufrechtzuerhalten, jede Minderung der Kraft muß früher oder später zum Verlust der Randgebiete führen. Wirtschaftlich besteht kein Zusammenhang durch ein gleichmäßig aus-

gebautes Wasser- oder Eisenbahnnetz. Galizien ist in seinem östlichen Teil als Dnjestrgebiet mit seiner ruthenischen Bevölkerung wirtschaftlich zum Südosten gerichtet. Die Weichsel mit ihren Nebenflüssen ist im ehemals russischen Teil kein den Verkehrserfordernissen der Neuzeit entsprechend regulierter Strom, die Kanalverbindung nach dem Warthegebiet ist minderwertig. Das Eisenbahnnetz entspricht nur in den ehemals deutschen Teilen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten eines Staates von fast 400000 qkm mit fast 35 Mill. Einwohnern. Die wirtschaftliche Kraft liegt fast ausschließlich an den deutschen Grenzen und im ehemals deutschen Land, besonders in Oberschlesien und Westpreußen. Polen wird nie die Fähigkeit besitzen, sein übriges Wirtschaftsleben diesem ehemals vorbildlichen deutschen anzupassen. Frei und zwanglos öffnen sich die polnischen Landschaften allein nach Westen, nach Deutschland. Der Wirtschaftsstrom kann frei von Ost nach West und umgekehrt fluten; die alten gleichgerichteten Urstromtäler von der Weichsel über Netze und Warthe zur Oder unterstreichen noch ausdrücklich diese natürliche Flutrichtung der wirtschaftlichen Gemeinschaftsnotwendigkeit. Besteht der Staat weiter darauf, eine selbständige Wirtschaftspolitik zu treiben ohne Rücksicht auf diese geographischen Gegebenheiten, die durch die Natur und durch den hohen wirtschaftlichen Stand der westlichen Randgebiete unbedingt ein Zusammengehen mit Deutschland erfordern, so spricht sich der neue Staat selbst das Todesurteil.

Die ehemalige Kornkammer Europas, die Ukraine, steht noch zu sehr unter dem umstürzlerischen Einfluß Rußlands, als daß sie in naher Zukunft wieder ihre alte hohe wirtschaftliche Bedeutung für das industrielle Westeuropa erlangen könnte, die sie vor 1914 besessen hatte.

Die innige Verzahnung der auf altem österreich-ungarischem Boden siedelnden Völker an den Rändern ihrer Hauptwohngebiete und die mannigfache Durchsetzung der mittleren Donaulandschaften mit deutschem Volkstum, das besonders in Siebenbürgen, im Banat und in Westungarn starke Minderheiten bildet, verurteilen hier noch mehr als in den neuen russischen „Randstaaten" jeden Versuch zur Bildung von Nationalstaaten zum Scheitern. Von den drei selbständigen Nachkommenstaaten auf dem Gebiet der ehemaligen Doppelmonarchie entspricht nur Deutsch-Österreich einigermaßen mit etwa 95% Deutschen den nationalen Forderungen. Aber die Schaffung einer „Irredenta" an den Rand-

gebieten in Italien (Südtirol), in Ungarn (Burgenland) und in der Tschechoslowakei (Südböhmen und Südmähren) zeigt, daß die Sieger die Grenzen weder nach den völkischen noch nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten gezogen haben — weil es sich eben auch um Deutsche handelte! So mußte der Staat lebensunfähig werden. Der Staatsraum selbst trägt nach Form und Lage weiter dazu bei. Mit einer Längenausdehnung von 550 km und einer größten Breite von 250 km bildet er einen künstlich geschaffenen Pufferstaat zwi-

schen Deutschland und Italien, dem nach keiner Seite der unmittelbare Anschluß an das Meer, auch nicht durch einen Flußlauf, gegönnt ist. Die Donau ist nur Randstraße, eine leistungsfähige westöstliche Verkehrslängsachse fehlt. Die aus ungleichwertigen Stücken zusammengesetzte Alpenbahn von Vorarlberg durch Inn-, Salzach- und Ennstal zur Hauptstadt ist kein Rückgrat des Wirtschaftslebens. Zudem drängt sich ein volles Drittel der Gesamtbevölkerung in der ganz randständig gelegenen Hauptstadt, die damit aufhört, Wirtschafts- und Verkehrsmittelpunkt des Gesamtstaates zu sein, wie sie es im alten Österreich war. Die Lebensnotwendigkeiten des Staates drängen zu einer Vereinigung mit Deutschland, wohin

nicht nur die völkische Zusammengehörigkeit, sondern auch die Donau und die Alpenflüsse sowie die wirtschaftlichen Verhältnisse weisen.

Ungarn scheint zwar mit seiner Umfassung der mittleren Donautiefebene ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet einzunehmen, aber der mit ihm wirtschaftlich zusammengehörige Süden um die Drau ist ihm ebenso genommen wie Siebenbürgen. Es hat keine natürlichen Grenzen im Sinne von strategischen oder wirtschaftliche Einheiten umschließenden Grenzen. Auch die Donau vermag es nicht aus seiner binnenländischen Einschnürung zu erlösen. Trotz der Verengerung des Staatsraumes ist eine völkische Einheit nicht erreicht. Mit 90% überwiegt zwar das Ungarntum; aber Deutsche (mehr als 5%), Südslawen und Slowaken sind gegenstrebige Elemente. Wirtschaftlich steht es insofern günstiger da, als sein Flußnetz ihm eine gewisse Geschlossenheit verleiht, das freilich durch die Internationalisierung der Donau nur bedingten nationalwirtschaftlichen Wert hat. Seine Anbauverhältnisse lassen freilich keine Ernährungskrisen befürchten, wie sie für das Gebirgsland Deutsch-Österreich natürlich sind; aber ihm fehlt die industrielle Ergänzung, die ihm das alte Österreich in der Doppelmonarchie gab. Die willkürliche, weder die völkischen noch wirtschaftlichen Gegebenheiten berücksichtigende Grenzführung wird daher mit der inneren Wiedererstarkung den Drang in die grenznachbarlichen Gebiete, vor allem nach Südosten und Süden, wecken müssen.

Fast ebenso wenig lebensfähig wie Deutsch-Österreich wird sich die Tschechoslowakei in ihrer jetzigen Form erweisen, weil auch ihr Staatsraum allen geographischen Gegebenheiten widerspricht. Zwar sind ihm mit Böhmen, Mähren und dem Tatragebiet geschlossene Landschaftseinheiten eigen; aber es fehlt ihnen eben wegen ihrer völligen Geschlossenheit die innere wirtschaftliche Verknüpfung. Die wirtschaftlichen Interessen der drei Gebiete sind nach verschiedenen Seiten gerichtet. Böhmen ist durch die internationalisierte Elbe auf Deutschland angewiesen, wenn der Staat auch zunächst jede Gemeinschaft ablehnt; Mähren wird immer nach Süden im mittleren Donaugebiet die Hauptabsatzgebiete seiner Erzeugnisse suchen müssen, das Tatragebiet schaut nach verschiedenen Seiten und ist wirtschaftlich allseitig verknüpft. Die Lage der Hauptstadt Prag erweist sich ebenso für die Interessen des Gesamtstaates unmöglich wie die von Wien. Eine ostwestliche Längsverkehrsachse fehlt gänzlich. Zu der zerstückelten physischen und wirtschaftlichen

Natur des Staates tritt der Mangel völkischer Einheit: Die Gegenstrebigkeit der Slowaken ist so groß, daß immer die Gefahr einer Loslösung vom Gesamtstaat besteht; die randständigen Deutschen, die selbständig nur lebensfähig wären, wenn sie Anschluß an Deutschland fänden, sind solange ein Hemmnis der Entwicklung des Staates, bis ihnen die Gleichberechtigung neben der tschechischen Mehrheit mit 45% der Gesamtbevölkerung zugestanden ist, zumal sie mit 28,5% und nicht die Slowaken (mit 12%) das zweitstärkste Volk im Staate sind. Den Rest bilden Madjaren (8%), Rumänen (3%), Polen, Ruthenen u. a.

Die außenrandigen Gebiete des alten Österreich-Ungarn (Galizien, Siebenbürgen, der Banat, Slawonien und Kroatien, Bosnien, Dalmatien, Krain und das Küstenland und endlich Südtirol), die den Nachbarstaaten anheimgefallen sind, haben jedem von ihnen mit dem nationalen Zuwachs fremdstämmige Elemente zugeteilt.

Italien hat damit aufgehört, ein reiner Nationalstaat zu sein (früher 99% Stammvolk, heute nur noch 92%).

In Rumänien hat sich nicht nur der völkische Schwerpunkt verschoben, sondern mit ihm auch der ganze natürliche und wirtschaftliche Aufbau des Staates. Die einst zweiflügelige Gestalt ist zwar durch den Zuwachs von Siebenbürgen, Banat, Bukowina und Bessarabien gleichmäßig abgerundet; aber es hat diesen Vorteil erkauft durch die Einbeziehung starker deutscher, madjarischer, ruthenischer und jüdischer Minderheiten, wodurch die früher im ganzen einheitliche Nationalstruktur (mit 93% Rumänen) zerstört und die kulturelle Einheit namentlich durch die ganz anders geartete siebenbürgische Sachsenkultur aufgehoben ist. Der stärkste Nachteil aber ist in der völligen Trennung des alten und neuerworbenen Wirtschaftsgebietes durch die waldreiche und fast unbewohnte Sperrlandschaft des Karpathenwalls zu sehen, wodurch auch die einstige Einheitlichkeit des Wirtschaftslebens vernichtet wurde. Donau und Alt mit ihren Talengen und die wenigen Pässe vermögen keine genügend starke Bindung herzustellen (s. auch S. 42).

Südslawien suchte eine feste Zusammenfassung der nationalen und wirtschaftlichen Kräfte zu erreichen durch Zusammenschluß Serbiens, Bosniens, der Herzegowina und der vom alten Ungarn abgetrennten Südgebiete, hat dabei aber einerseits in der Zerstückelung vieler völlig in sich abgeschlossener Landschaften und anderseits in der bunten Zusammenwürfelung seiner Bevölkerung mit kaum zu überwindenden Schwierigkeiten zu rechnen. Auch hier ist die

erreichte Abrundung des Staatsraumes nur ein scheinbarer Vorteil. Der neugeschaffene Zugang zum adriatischen Meer kann den wirtschaftlichen und politischen Schwerpunkt im Nordosten mit der ganz randständigen Landeshauptstadt Belgrad nicht an die Küste verlegen, weil die Gebirgsketten und Hochebenen Bosniens und Montenegros immer unüberbrückbare Sperren sein werden, ganz abgesehen von der natürlichen Hafenarmut der dalmatinischen Küsten. Daher wird auch trotz aller Anstrengungen die Kraft des Staates nicht ausreichen, Istrien aus dem italienischen Machtbereich der Adria sich anzugliedern. Südslawien wird sein Gesicht stets nach dem Donaugebiet wenden und dem Meere den Rücken zukehren. Eine wirtschaftliche Einheit wird bei der starren Abgeschlossenheit der unwirtlichen Gebirgslandschaften Bosniens, der Herzegowina und Montenegros unmöglich. Die Einzelzellen des Staates mit ihrem Sonderleben werden sich einem leitenden Staatswillen auf die Dauer kaum unterwerfen. Die Bevölkerung ist weder nach Abstammung noch nach Kultur einheitlich, so daß eine feste Zusammenschweißung unter einem großen nationalen Gesichtspunkt für ausgeschlossen gelten muß; mit der Hauptmasse griechisch-orthodoxer Serben und Serbokroaten leben in inniger Durchdringung römisch-katholische Kroaten, Slowenen, Dalmatiner, Morlaken und mohammedanische Serben und Kroaten. Splitterhaft sitzen im Nordosten evangelische Deutsche verstreut. Kroatisch-slowenische Sonderbestrebungen zur Begründung eigener Selbständigkeit deuten die innerstaatlichen Schwierigkeiten an.

Südslawien leidet bereits unter den in den Balkanländern besonders verwickelten, durch die verschiedenartigen Bekenntnisse und Sekten noch verschärften Volksverhältnissen; wenn auch im ganzen die staatlichen Verhältnisse sich zu festigen scheinen und in der bisher politisch gleichgültigen Masse nationale Regungen nach festem Zusammenschluß keimen, so wird doch niemals die Bildung wirklicher Volksstaaten erreicht werden können. Namentlich die mit Gewalt erzwungene Vergrößerung Griechenlands um Mazedonien und Thrazien auf Kosten Bulgariens und der Türkei bereitet auf neue politische Verwicklungen vor, weil große bulgarische Volksteile vom Stammland getrennt wurden. Die überall verstreut wohnenden Osmanen werden noch am ehesten im Lauf der Zeit sich dem Staatsgedanken ihres Adoptivstaates anpassen und unterwerfen, sofern ihnen religiöse Duldung gewährleistet wird.

So ergeben sich als weltpolitische Tatsachen des großen Ringens für die Neugestaltung Europas: 1. Die wirt-

schaftliche und politische Knebelung Deutschlands und die Zertrümmerung Österreich-Ungarns und der Türkei und damit die Auflösung der mitteleuropäischen wirtschaftlichen Gemeinschaft, wie sie zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn und über die Donau bis zum türkischen Südosteuropa bestand. 2. Die staatlichen Neubildungen auf den Trümmern des russischen Reiches und im ganzen Gebiet der „kritischen" Zone Europas (Kjellén) von der Ostsee über die mittleren Donauländer bis zur Adria und dem Ägäischen Meere, und damit die Schaffung zahlreicher neuer weltpolitischer Gefahrenzonen. 3. Das angebliche Kriegsziel der Sieger, die neuen Staatsgrenzen Europas den völkischen Grenzen zugrundezulegen, ist nirgends befolgt, sondern allein die Macht des Stärkeren entschied über den Schwächeren.

Literatur.

J. Partsch, Mitteleuropa. Die Länder und Völker von den Westalpen und dem Balkan bis an den Kanal und das Kurische Haff. Gotha 1904.

G. Braun, Mitteleuropa und seine Grenzmarken. Leipzig 1917.

M. Friedrichsen, Die Grenzmarken des Europäischen Rußlands, ihre geographische Eigenart und ihre Bedeutung für den Weltkrieg. Hamburg 1915.

A. Penck, Politisch-geographische Lehren des Krieges. (Meereskunde 106.) Berlin 1915.

—, Die natürlichen Grenzen Rußlands. (Meereskunde 12, 1.) Berlin.

Fr. Ratzel, Deutschland. 4. Aufl. Berlin 1920.

H. Fischer und R. Bitterling, Die politisch-geographischen Veränderungen seit dem Weltkrieg. München 1921.

A. Krebs, Die territorialen Veränderungen infolge des Weltkrieges. Verhandlungen des XX. Deutschen Geographentages 1921 in Leipzig. 1922.

B. Im Bereich der Alten Welt außerhalb Europas.

„Orient und Okzident
Sind nicht mehr zu trennen." (Goethe.)

1. Das Mittelmeergebiet.

Die Erschütterungen des Weltkrieges haben auch das Mittelmeergebiet getroffen; vor allem der Osten, das einstige Machtgebiet des Türkischen Reiches, ist nach dessen Zusammenbruch von neuem in den Kreis der die Gegenwart und nahe Zukunft beherrschenden weltpolitischen Machtfragen gerückt: eine neue „Orientkrise" bereitet sich vor.

Es liegt in den natürlichen geographischen Bedingungen des Mittelmeeres, daß es von jeher in die stetig wechselnden Geschicke der Völker der Erde in überaus starkem Maße hineingerissen wurde.

Drei Erdteile, Europa, Asien und Afrika, berühren sich hier aufs innigste, eine Gunst der Lage, wie wir sie auf dem ganzen Erdball vergeblich wieder suchen. Was Wunder, wenn aus dieser engen Berührung schon im Altertum eine Fülle von Anregungen auf allen Lebensgebieten bei den die Mittelmeergestade bewohnenden Völkern erwuchsen! Die subtropischen Kulturzentren am Nil und am Euphrat und Tigris fanden frühzeitig willige und empfängliche Schüler in den Mittelmeerküstenvölkern. Die Natur griff dann weiter bestimmend in die Kulturentwicklung seiner Anlieger ein, ja noch mehr: in die Kulturentwicklung der Menschheit. Denn das Mittelmeer wurde ein Brennpunkt der Geschichte der Menschheit wie keine zweite Stelle des ganzen Erdballs. Unsere ganze geistige Entwicklung, Bildung und Gesittung, Handel und Gewerbe, Wissenschaft und Kunst, Staatsleben und religiöses Leben — mit einem Wort, all das, was wir mit Kultur bezeichnen, hat seinen Ausgang an seinen Gestaden genommen, ist mit seinem Namen verknüpft. —

Als politisches Machtgebiet hat das Mittelmeer eine seltsame Wandlung durchgemacht; seine wirtschaftliche und politische Entwicklung steht ständig unter dem wechselnden Einflusse der Veränderung des Weltbildes durch die Erschließung der seine Wogen umrandenden Festlande während des ganzen Altertums und Mittelalters und durch die großen Entdeckungen um die Wende des 15. zum 16. Jahrhundert.

Die Hellenisierung des Ostens und die auf vorderasiatischem Boden erfolgte Gründung des alexandrinischen Weltreiches, die sich den ersten weltpolitischen Regungen der Phönizier um die Mittelmeergestade anschlossen, waren nicht von Dauer. Eine neue, im Westmittelmeer erstandene Weltmacht ersah auch das Ostmittelmeer mit seinen Randländern zum Schauplatz seiner politisch-militärischen Tätigkeit, nachdem sie bereits dem Westteil den Stempel ihrer Herrschaft und ihres Wesens aufgeprägt hatte: Rom. Die „ewige Stadt" wurde Mittelpunkt der gesamten bekannten Welt, nicht nur geistiger, sondern auch Mittelpunkt in des Wortes reinstem Sinne. Um die Apenninenhalbinsel schloß sich das imperium romanum, das Mittelmeer hielt das Weltreich zusammen. Erst als es begann, über die Grenzen, die ihm der

natürliche Lebensraum des Meeres gesteckt hatte, hinauszuschreiten, verfiel es. Wo der wirtschaftliche und militärische Einfluß Roms aufhörte, hörte auch seine politische Macht auf. Der politische Gedanke eines Riesenreiches ging über die physische Kraft hinaus. —

Wie im Altertum, so blieb auch im Mittelalter das Mittelmeergebiet der vorherrschende Schauplatz des Weltverkehrs und des politischen Geschehens. Aber keiner der Trümmer des Römerreiches und keines der auf seinem Boden erwachsenen Staatsgebilde vermochte es, sich zur bestimmenden Mittelmeermacht emporzuschwingen. Erst Genua und Venedig zogen wieder im 12. und 13. Jahrhundert aus dem Meere die besten Kräfte ihres wirtschaftlichen und politischen Lebens.

Bald aber änderte das folgenschwerste Ereignis der nachchristlichen Jahrhunderte, die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien um Afrikas Südspitze und die Auffindung der neuen Welt, auch die politische Weltstellung des Mittelmeeres. Es verlor seine zentrale Lage im Weltbilde; der Schauplatz der Weltgeschichte und beginnenden Weltwirtschaft rückte an seine Randländer nach Westen und von da allmählich an den europäischen Küsten nordwärts nach West- und Mitteleuropa. Das Mittelmeer wurde ein für die Weltgeschichte wenig belangreiches Meer; es behielt im wesentlichen nur eine lokale Bedeutung für die seine Gestade bewohnenden Völker.

So blieb das Mittelmeer fast vier Jahrhunderte hindurch, das ganze 16., 17., 18. und auch noch den größten Teil des 19. Jahrhunderts als Objekt weltpolitischer Machtbetätigung der Völker nahezu ganz ausgeschaltet. So tatenreich seine Geschichte im Altertum und Mittelalter sich gestaltete, so tatenarm war sie vom 16. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.

Erst Bonaparte lenkte mit stärkerem Nachdruck Europas Blick wieder auf das Mittelmeer durch seinen Zug über Malta nach Ägypten, das er in seinem bekannten Brief an Talleyrand vom 23. September 1797 als „Etappenstraße nach Indien" bezeichnete, „die uns den indischen Handel in die Hände spielen wird". Mit einem Male wurde das Mittelmeer wieder ein Verhandlungsgegenstand europäischer Ministerien, und der Plan eines Durchstiches des Suezlandenge, von Bonaparte nur beiläufig erwogen, wollte von nun an nimmer zur Ruhe kommen. Gleichzeitig wurden damit naturgemäß auch die Mittelmeerländer, namentlich die östlichen, von den europäischen Großmächten vermehrter Beachtung gewür-

digt. England, Frankreich und Rußland fühlten plötzlich ein inneres Bedürfnis, sich als die Schützlinge und Gönner der Gestadeländer aufzuspielen. Die Algier-Tunis-Frage begann eben so sehr in dem Kreis der Politik Europas einen hervorragenden Platz einzunehmen wie die Adria-, die Balkan- oder die Dardanellenfrage. Das bisher fast unbeachtete Mittelmeer wurde der Gegenstand lebhaftester politischer Tätigkeit und der Schauplatz hartnäckiger Waffengänge, in denen es sich nicht um geringfügige Landerweiterungen handelte, sondern in denen allgemeine, weit in die Zukunft wirkende weltpolitische Machtfragen zum Austrag kamen.

Als 1869 die Wasser des Mittelmeeres und des Indischen Ozeans im Bett des neuerbauten Suezkanals zusammenfluteten, bestätigte sich die von allen Großmächten geahnte wirtschaftliche und politische Bedeutung des Mittelmeeres. Gleichzeitig kam noch ein neues wichtiges Verkehrsmittel hinzu, das, wie aller Welt, auch dem Mittelmeer neues Leben zuführte: der Bau von Eisenbahnen aus dem Norden und Nordwesten Europas an seine Gestade. So flossen denn wieder mächtige Verkehrsströme im Mittelmeer zusammen; „ein neues, reiches Leben hat sich über die alten Kulturländer ergossen, sie aus langem Schlafe zu einer neuen Entwicklung erweckt, deren Richtung und Ziel noch nicht abzusehen ist“ (Philippson).

Wenn wir uns die Frage vorlegen, welche Staaten des Mittelmeeres an dem neuen wirtschaftlichen Aufschwung beteiligt sind, wenn wir uns fragen, ob diejenigen Länder und Völker die Träger des neuen Lebens wurden, die im Altertum und im Mittelalter wirtschaftliches Leben und politisches Geschehen bestimmten, so kommen wir zu einem sehr auffälligen Ergebnis:

Von allen denjenigen Anliegern des Mittelmeeres, die in den früheren Abschnitten seiner lebensvollen Geschichte hervortraten — Griechenland, Italien, die iberische Halbinsel — hat keiner den Beginn der neuen Zeit selbstwirkend herbeigeführt. Vielmehr sind es Staaten, die von den weitest zurücktretenden Küsten des Mittelmeeres bespült werden — Frankreich, Österreich, Rußland —, ganz besonders aber Staaten, die mit ihren Grenzen das Mittelmeer überhaupt nicht berühren: England und (vor dem großen Kriege) das Deutsche Reich. Die durch Gunst der Lage ausgezeichneten Gebiete, Griechenland, Italien, Spanien haben den geringsten Anteil an der Neuerschließung, ja, die osteuropäische Halbinsel ist heute geradezu ein Objekt weltpolitischer Machtfragen geworden,

die um das Mittelmeer sich abspielen, während sie früher den belebenden Mittelpunkt trug, von dem wirtschaftliche und politische Kraft über die Meeresfläche zu den Gegengestaden strömte.

Die ganze Fülle der Verwicklungen, die mit der sog. „Mittelmeerfrage" verknüpft werden, finden ihre Grundlagen darin, daß drei Mittelmeerstaaten, wenn man will vier, sich berufen fühlen, die Herrschaft in diesem Binnenmeere — sowohl die politische wie die wirtschaftliche — für sich allein zu beanspruchen, allen übrigen aber entschieden das Recht bestreiten, in Fragen der Mittelmeerpolitik überhaupt ihre Stimme zu erheben. Diese drei Mächte sind England, Frankreich, Italien, denen sich in gewissen Perioden der Entwicklung der politischen Fragen Spanien hinzugesellt, mehr oder weniger bald am englischen, bald am französischen Gängelbande geführt.

Die Schärfe, mit der diese Mächte ihre Ansprüche auf das Mittelmeer anderen Mächten gegenüber, aber auch untereinander verfochten, gab dem politischen Problem immer die ungemein große Bedeutung, die es auch im Rahmen aller großen weltpolitischen Machtfragen der Gegenwart besitzt.

Gemäß der geographischen Dreiteilung des Gesamtmeeres (wenn man vom Schwarzen Meer absieht) hatten auch die politischen Probleme eine durchaus verschiedene Zielrichtung und Entwicklung genommen. Im Westen und in der Mitte sind sie vor allem an das afrikanische Festland geknüpft, im Osten greifen sie über auf die großen Landbrücken, die von Europa über dessen südöstliche Halbinsel, über Vorderasien und die Nilländer zum Indischen Ozean sich erstrecken.

Das Westbecken, das ich als das Gallische Becken bezeichnen möchte, wird durch eine Linie Korsika—Sardinien—Galita-Insel—tunesische Küste vom mittleren Becken getrennt.

Das mittlere, das italische Becken, ist von jenem durch wesentlich andere geographische Faktoren in seinem Aufbau unterschieden: Dort eine im ganzen vorhandene Geschlossenheit des Beckens, hier eine mehrfache Gliederung durch die in den Beckenraum hineinragende Apenninenhalbinsel und durch Sizilien von Norden her, durch die spornartig vorspringende tunesische Halbinsel von Hammamet von Süden her. Den beiden eng umschlossenen Teilbecken des Tyrrhenischen Meeres und der Adria gliedert sich das große umfassende Becken des Jonischen und Syrtenmeeres an, dessen Westteil das flachere sizilische Becken mit Pantellaria, Linosa, Lampedusa und der Maltagruppe bildet.

In der Linie Peloponnes—Cerigo—Cerigotto—Kap Krio (Kreta)—Ras e'-Tin (Barka) verengert sich das italische Becken, um sich ostwärts zum levantischen Becken zu weiten, dem sich, durch die Inselkette Kreta—Kasos—Karpathos—Rhodos getrennt, das Ägäische Becken anschließt. Ich fasse sie beide als das ägäisch-levantische Becken zusammen.

Das Nebenmeer des Ostmittelmeeres, das Schwarze Meer, sieht weltpolitische Verwicklungen besonders an seinem Eingangstor, dem Bosporus und den Dardanellen, entstehen.

Die politischen Machtfragen im Bereich des gallischen Beckens werden bis heute beherrscht von den zwischen Frankreich, Spanien und England sich abspielenden politischen Reibungen, die des italischen Beckens von den Interessen Frankreichs, Italiens und Englands, zu denen noch die griechischen, zum Teil auch die südslawischen stoßen. Im ägäisch-levantischen Becken hat sich insofern durch den Krieg eine Wandlung vollzogen, als hier die politischen Spannungen nicht mehr durch das Einbrechen russischen oder deutschen wirtschaftlichen und politischen Machtdranges in die benachbarte vorderasiatische Landbrücke hervorgerufen werden, auf der England seine indischen Landverbindungen bedroht sah, sondern heute stehen hier die Machtziele Frankreichs, Italiens und Griechenlands im Gegensatz zu den englischen, ohne daß zunächst klare Wegrichtungen auf diese Ziele hin zu erkennen wären.

So rückt bei den politischen Problemen des Mittelmeeres fast stets das Verhältnis der Anliegerstaaten zu England in den Vordergrund. Alle Vorstöße der Staaten an den Küsten des Mittelmeeres erzeugen englische Gegenwirkungen. Diese Ursachen und Wirkungen sind unzertrennbar verbunden, so lange England tatsächlich die Macht im Mittelmeer besitzt, mit der es jetzt dort auftreten kann.

Die Gründe dieser Machtentfaltung und ihrer dauernden Erhaltung sind nicht in den ungemein reichen Wirtschaftswerten zu sehen, deren sich die Gestadeländer erfreuen. Wirtschaftsgeographische Tatsachen haben die Haltung Englands im Mittelmeer nicht bestimmt, mindestens nicht in erster Linie. Sie spielen nur eine nebensächliche Rolle. Für England handelt es sich fast ausschließlich um ein verkehrsgeographisches Problem: die Offenhaltung des Weges vom Mutterland nach Indien. Die gesamte englische Mittelmeerpolitik wird allein mit Rücksicht auf dieses Ziel bestimmt.

Wie erklärt sich dieses gewaltige Machtgebaren, mit dem das britische Inselreich in einem Weltteil auftritt, in welchem es selbst nicht Anliegerstaat ist?

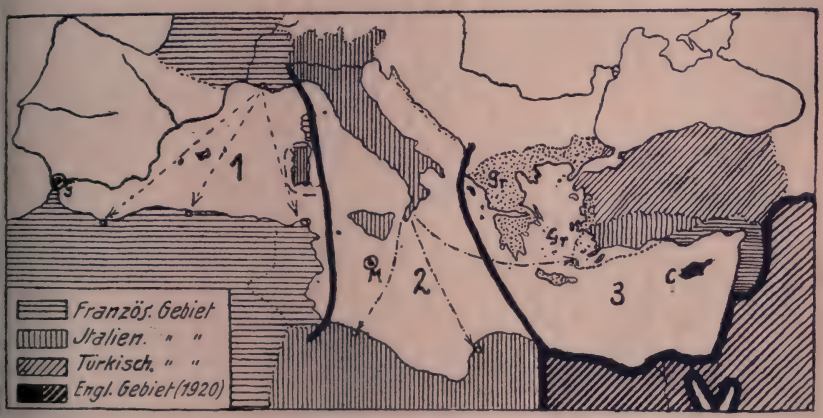
Das ist zunächst begründet in der Tatsache des eingeengten Raumes und der Zerstückelung des Mittelmeeres. So sehr der enge Raum einerseits die ihn umwohnenden Völker zu einer gegenseitigen Fühlungnahme und zur Wahrnehmung gemeinschaftlicher eigener Interessen drängen sollte, so sehr fördert er doch auch das harte Aneinanderprallen bei räumlicher Ausweitung der einzelnen. Jeder Staat ist bestrebt, den durch die Insel- und Halbinselgliederung geschaffenen, ihn umspannenden Lebensraum möglichst bis zu den allseitigen Gegengestaden auszufüllen, in ihn hineinzuwachsen: Frankreich im gallischen Becken, Italien im Mittelbecken, Griechenland in der „Ägäis". Daraus ergeben sich Reibungen, Gegensätze, Eifersucht. Daß diese stärker sind als gemeinsame politische Interessen, hat alle drei zu Englands Füßen gezwungen.

Allerdings besitzt England starke Zwangsmittel. Und das ist die zweite politisch wirksame geographische Tatsache. Das Mittelmeer ist der nördliche Vorhof des Suezkanals, jener engsten Stelle in der großen englischen Lebensschlagader Mutterland-Indien, wie das Rote Meer der südliche ist.

Dieser Vorhof besitzt seinen Haupteingang, den einzigen von See aus dort, wo die beiden Weltteile Europa und Afrika sich am meisten nähern, an der Straße von Gibraltar, und erfährt seine stärkste Einschnürung dort, wo noch einmal die beiden Erdteilküsten aufeinanderzurücken, an der Sizilianischen Straße. Gegen den Rumpf des europäischen Festlandes ist der Vorhof von einer Mauer mächtiger Faltengebirge gesperrt: der Kette der Pyrenäen, der Alpen und der dichtgescharten Gebirgswälle, die vom Rand der Ostalpen die europäische Südosthalbinsel erfüllen und sich auch noch auf die kleinasiatische Halbinsel hinüberschwingen. Nur wenige Durchlässe läßt die Gebirgsmauer frei, die seit alters die Ziele des von Norden zum Mittelmeer strebenden Verkehrs gewesen sind und durch die umgekehrt mittelmeerische Kultur einst ihren Weg nach Mittel- und Nordeuropa fand. Das ist zum Westbecken das Rhonetal, dann die Ostalpenpässe, insonderheit der Brenner, der den Weg zur Adria öffnete; im Ostbecken leitet die Donau und das Tal der Morawa auf das Ägäische Meer (Saloniki), während aus dem Gebiete des russischen Tieflandes über das Schwarze

Meer die weltpolitisch so bedeutsame Rinne des Bosporus und der Dardanellen den Weg ins ägäische Becken öffnet.

Diese landseitigen Eingänge zum Mittelmeerbecken sind aber so an die Umrandung, und zwar fast ausnahmslos an die tiefsten nach Norden in Europas Rumpf einschneidenden Winkel gerückt, daß sie nur als politisch fast bedeutungslose Nebenpforten anzusehen sind. In der auf Weltwirtschaft und Weltverkehr eingestellten Gegenwart ist das Seetor das weltpolitisch fast allein wirksame. Nur bei der ins Nebenmeer führenden Bosporuspforte liegen besondere Verhältnisse vor.



Politische Machtgebiete im Mittelmeer (1914).
1 Französisches, 2 italienisches, 3 griechisch-englisches Machtgebiet. — G Gibraltar, M Malta, C Cypern, Gr Griechenland.

Nicht die Beherrschung eines weiten Erdraumes hat hier zur politischen Herrschaft über nahezu 3 Mill. qkm der Erdoberfläche geführt, nicht raumgeographische oder wirtschaftsgeographische Tatsachen sind ausschlaggebend gewesen, sondern es wirkte lediglich die Macht der Lage der englischen Wachtposten und Schildwachen am Haupteingangstor des Nordvorhofs, am Durchlaß der Sizilianischen Straße und vor allem an oder in der Nähe des Suezkanals, des „Nervs im Genick der britischen Weltmacht" (Bismarck).

1. Das gallische Becken. Der atlantische Eingang des Mittelmeeres wurde bereits von Gibraltar aus durch England beherrscht, ehe überhaupt ernstlich an einen Durchstich der Landenge von Suez zu denken war. Das bis auf den heutigen Tag von rein spanischer

Bevölkerung bewohnte Gebiet von Gibraltar ist seit dem Spanischen Erbfolgekrieg (1701—1713) unumstrittener Besitz Englands. Freilich sah England damals nicht darin den Hauptwert der Felsenfeste, daß sie den einzigen Eingang des Mittelmeeres zu sperren vermochte. Dazu war die politische Bedeutung dieses Binnenmeeres im aufgehenden 18. Jahrhundert noch zu gering. Gibraltar diente ihm vielmehr als Beobachtungsposten gegen die vereinigte französisch-spanische Macht. Allerdings war mit der Besetzung Gibraltars der Grundstein der späteren britischen Mittelmeermacht gelegt; sein Wert wuchs für England, je stärker das Mittelmeer seit den Tagen Napoleons von neuem in den Kreis der europäischen Politik gezogen wurde. Sorgsam wachte England seit Einnahme des Felsenhorstes darüber, daß ihm die Ausübung des Schutzes der Meeresstraße allein vorbehalten blieb. Jedes Auftreten einer europäischen Macht an den Küsten der Torpfeiler forderte Englands Einschreiten heraus. Solange das niedergerungene Spanien nicht nur im Besitz des westlichen Nordufers blieb, sondern auch auf der afrikanischen Seite die alleinige europäische Macht war (Ceuta), hatte England bei der politischen Schwäche des iberischen Königreiches nichts zu fürchten. Als aber 1905/11 die Marokkofrage zur Verhandlung stand und zu befürchten war, daß Frankreich sich in den Besitz des afrikanischen Torpfeilers, besonders Tangers, setzen würde, vermochte England zu seinen Gunsten seinen Willen durchzusetzen. Die Neutralisierung Tangers und die Überlassung der ganzen Nordküste Marokkos im Bereich der Gibraltarstraße an Spanien, d. h. die Abdrängung Frankreichs von der Straße und dem ersehnten Tanger war ein Triumph der englischen Diplomatie. Die geographischen und geschichtlichen, bis in die Maurenzeit zurückgehenden Tatsachen lassen die spanischen Ansprüche auch durchaus berechtigter erscheinen als die französischen. Aber dadurch, daß das in den Atlasländern seit 1830 kolonisierende Frankreich nach Marokko, dem zweiten natürlichen Anlieger des atlantischen Schlüsseltores zum Mittelmeer, hinübergriff, wurde mit der verkehrspolitischen Gibraltarfrage die wirtschaftspolitische Marokkofrage aufs engste verknüpft. Daher muß die endgültige Lösung der Marokkofrage, die immer noch nicht erfolgt ist, für England immer unter Berücksichtigung der Gibraltarfrage und, weiter umfassend, der ganzen Mittelmeerfrage gesucht werden.

Der Hauptbeteiligte ist neben England Frankreich, nachdem Deutschland sich in politisch wenig glücklicher Zeit seit 1911 hat

völlig in Marokko ausschalten lassen und nun nach dem verlorenen Krieg völlig beiseite geschoben ist.

Frankreich hat sich seit den Tagen Napoleons als die Mittelmeermacht betrachtet. Während Spanien als Großmacht längst ausgeschieden war, Italien infolge seiner inneren Zersplitterung noch nicht in Frage kam, hatte Frankreich seine Kräfte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts seinem afrikanischen Gegengestade zugewendet. Die Enge des Mittelmeeres, die Umschlossenheit des gallischen Beckens drängten geographisch bedingt das Land von selbst nach der mittelmeerischen Seite, nachdem ihm durch den Verlust Kanadas (1763) einer politischen Ausweitung nach der atlantischen Seite durch England eine Schranke gezogen war. Von der Gesamtumrahmung des Westbeckens ist, nachdem Korsika bereits 1768 an Frankreich gefallen war, der größere Teil in französischen Händen.

Auf Grund dieser geographischen Tatsachen glaubt Frankreich auch heute noch das Westbecken mit Hilfe seiner nordafrikanischen Kolonien und seinen starken strategischen Stützpunkten Toulon, Biserta, Oran völlig in seiner Hand zu haben, wird aber in Wirklichkeit immer nur eine Mittelmeermacht von Englands Gnaden sein und solange bleiben, als es in engstem Bunde mit England seinen Mittelmeerplänen zu dienen hofft. Jeder allzu kühne Vorstoß der französischen Mittelmeerpolitik muß in London allezeit notwendigerweise einen Gegenstoß auslösen, wie es ja auch tatsächlich gelegentlich der Marokkokonferenz trotz der Entente cordiale und trotz aller Freundschaftsversicherungen geschah. Solange England seine zielbewußte Weltpolitik, die die alleinige Beherrschung des Mittelmeeres in sich schließt, aufrechterhalten kann, solange werden alle französischen Machtgelüste im Bereich des Mittelmeeres nicht in Erfüllung gehen.

2. Das italische Becken. Das mittlere Becken mit all seinen Gliedern betrachtet Italien, das sich von Norden her hineinschiebt, als das Machtgebiet seiner politischen Bestrebungen. Es glaubt sich in seinem Drange nach Befreiung „unerlöster Brüder" durch die italienische Bevölkerung der Randgebiete des Beckens berechtigt dazu, wobei freilich die Tatsachen seinen politischen Wünschen nicht immer recht geben. Korsika hat freilich eine durchaus einheitliche italienische Bevölkerung, in Tunesien überwiegt das italienische Element, aber weder das dalmatinisch-albanische Gestade der Adria noch das tripolitanische und das der Kyrenaïka können von den italienischen Machtbestrebungen auf Grund des Völkerprinzipes

beansprucht werden. Auch die sonstigen geographischen Gegebenheiten stehen im Widerspruch zu den politischen Machtbestrebungen. Italiens Gesicht ist nach Westen gewendet. Nicht nur der weit nach Osten ausholende Apenninenbogen ist eine Sperre ostwärts gerichteter wirtschaftlicher und politischer Betätigung, sondern noch viel mehr sind es die steil vom jenseitigen Adriagestade aufsteigenden, zerklüfteten Parallelketten der bosnischen und albanischen Gebirge, die fast jedem Eintritt in die Balkanhalbinsel wehren. Deshalb sind auch die Beziehungen Oberitaliens nach Osten, obwohl der Po dorthin weist, außerordentlich gering gegenüber denen nach Westen, wo Genua und der Mont-Cenisdurchstich, und auch gegenüber denen nach Norden, wo die Alpenbahnen und -pässe die wirtschaftlichen Beziehungen mit den romanischen und den germanischen Ländern Europas herstellen.

Aus diesem Widerspruch der politischen Bestrebungen mit den geographischen Tatsachen erwachsen die politischen Verwicklungen. Die Hoffnung auf Korsika und Tunesien hat Italien anscheinend endgültig begraben. Im übrigen glaubt es immer noch zuweilen in seinem einseitig gerichteten nationalen Egoismus, der Hilfe Englands bei der Erfüllung seiner politischen Wünsche im italischen Becken und darüber ostwärts hinaus gewiß zu sein. Man scheint allerdings in Rom allmählich soviel Klugheit und politische Einsicht zu gewinnen, um zu überschauen, daß eine englische Unterstützung italienischen Begehrens nicht einen einzigen Schritt weiter geht, als es dessen Mittelmeerinteressen zusagt. Ein Großitalien mit starker Stellung in Afrika und an der Adria wird genau so Englands kräftigsten Widerstand finden wie eine starke Macht Frankreichs im gallischen Becken.

Italien ist freilich geographisch so in Europa gelegen, daß es ihm immer sehr schwer sein wird, den richtigen Anschluß zu finden. Wirtschaftlich ist es außerordentlich stark von Deutschland abhängig, und auch seine geistigen Beziehungen verknüpfen es enger mit Deutschland als mit den anderen romanischen Ländern. Politisch dagegen steht es stark unter dem Zwange des küstennahen Frankreich, das es jederzeit militärisch wenigstens von See aus bedrohen kann. Aber auch England hat dem allzu kräftigen Begehren Italiens von vornherein einen kräftigen Riegel vorgeschoben. Vor seinen Toren hat es sich auf dem meist von Italienern bewohnten Beobachtungsposten Malta eingenistet, der sich halbwegs auf der Hauptstraße Gibraltar—Ägypten als ein fester Riegel einschiebt und auch

unmittelbar vor der sizilisch-tunesischen Brücke eine Sperr- und Verschlußstellung im Mittelmeer innehat, da die sizilianische Straße für die Schiffahrt durch Bänke auf nur 40 km eingeengt wird. An keinem der beiderseitigen Brückenköpfe vermag zur Zeit eine England gleichwertige Macht aufzutreten. Für England würde ohne Zweifel die Lage weit weniger günstig sein, wenn in dem überwiegend italienisch besiedelten Tunis an Stelle Frankreichs auch noch Italien säße. Dann wären die beiden Brückenköpfe in Händen einer Macht, und zwar einer infolge stetig wachsender Bevölkerung aufstrebenden Mittelmeermacht gewesen. Das als Wachtposten etwas nach Osten vorgeschobene Malta hätte wohl nicht ganz so wirksam einem Verschluß dienen können, wie das heute der Fall ist. Auf die britisch-indische Kraftlinie aber hätte ein annähernd gleich stark wirkender Druck von zwei Seiten ausgeübt werden können, der eine nicht unerhebliche Schwächung dieser Linie bedeutet hätte. Italien hat die Gelegenheit, sich gegenüber Sizilien auf afrikanischem Boden festzusetzen und eine neue Brücke zu seinem nach Lage und geschichtlicher Entwicklung natürlichsten Machtgebiet am nichteuropäischen Mittelmeergestade zu bauen, verpaßt, sogar zweimal verpaßt: das erstemal 1878, das zweitemal 1915. Denn es wies, als Frankreich von Algier aus seine Blicke auf das alte Karthagogebiet richtete, Mitte der siebziger Jahre das Bismarcksche Angebot einer deutschen Rückendeckung, falls es den Schritt nach Tunis hinüber wagte, zurück, an der Ehrlichkeit der Politik Bismarcks zweifelnd. Tief gekränkt und enttäuscht mußte es wenig später die Besetzung von Tunis durch Frankreich geschehen lassen. Ein wenig mehr Vertrauen zur Kraft des Dreibundes und ein wenig geringere nationale Eitelkeit, als sie das verräterische Italien von 1915 zeigte, hätte dem apenninischen Königreich vielleicht am Ende des großen Völkerringens doch noch Tunis beschert und ihm damit eine notwendige geographische Grundlage zur Mittelmeermacht gegeben. Die gegenwärtige politische Lage läßt es aussichtslos erscheinen, daß Italien in absehbarer Zeit seine nach Tunis gerichteten politischen Wünsche befriedigen kann. Tripolitanien ist ein schlechter Ersatz. Es ist kein südlicher Brückenkopf zu Sizilien mehr, hat also als Druckmittel etwa gegen Malta keine Bedeutung. Wirtschaftlich ist es als schmales Randland der Wüste wenig wertvoll. Und auch ein neues Aufblühen der alten Karawanenstadt Tripolis ist nicht zu erwarten, seit Frankreich den Sahara- und Sudanverkehr längst nach Tunis und anderen

Besitzungen abgeleitet hat und von seinem geplanten „zweiten Biserta" nahe der Insel Djerba in Südtunis einen weiteren Druck auf seinen unmittelbaren Mittelmeergegner Italien ausüben kann.

Ebensowenig dürften die adriatischen Wünsche Italiens in Erfüllung gehen. Die Festsetzung an der dalmatinischen und albanischen Küste hätte nur noch politischen Sinn, wenn Österreich-Ungarn als Großmacht noch bestünde, so daß ihm die Gestadeländer als Rückendeckung und als Sicherung gegen Österreich hätten dienen können. Heute werden Südslawen und Albanesen sich des Gegners erwehren, der sich an dem Küstenwall der festungsgleichen Höhen anklammert, den sie selbst erstreben müssen, wenn sie am Meer Anteil haben wollen. Es wird solange eine Adriafrage geben, solange Italien den Fuß der südslawisch-albanischen Festung, die es doch nie erobern kann, besetzt hält.

Noch viel weniger aber dürften die aus dem geographischen Bereich Italiens herausfallenden Neuerwerbungen auf Kleinasien und der vorgelagerten Inselwelt die Wünsche voll erfüllen, die es mit der Besitzergreifung verband, zumal sie weder wirtschaftsgeographisch noch ethnographisch begründet sind.

5. Das ägäisch-levantische Becken mit dem Schwarzen Meer und seine Gestadeländer ist seit dem Einbruch der Türken im 15. Jahrhundert zu Europas politischem Unruheherd geworden, und zwar um so mehr, je stärker und zahlreicher europäische Staaten mit ihren Machtzielen eingriffen. Zuerst allgemeinen europäischen Kulturinteressen dienend (Aufhalten der Türken), wurde der Kampf der europäischen Staaten in jenen südöstlichen Gebieten Europas doch im Lauf des 19. Jahrhunderts ein Kampf für die eigenen Vorteile (Russisch-türkischer Krieg 1828/29, Krimkrieg 1853/56, Russisch-türkischer Krieg 1877/78). Politische Machtziele der europäischen Großstaaten und der auf dem Boden der zertrümmerten Türkei sich entwickelnden „Balkanstaaten" stießen so hart aufeinander, daß eine dauernde politische Reibungsfläche für zahlreiche „Orientkrisen" geschaffen wurde, die auch in Zukunft weiter bestehen wird. Dafür sorgt schon die bunt zusammengewürfelte, jeden reinen Volksstaat unmöglich machende Bevölkerung der südosteuropäischen Halbinsel. Je mehr mit der inneren Festigung der vier „Balkanstaaten" Südslawien, Bulgarien, Albanien, Griechenland das Nationalgefühl der staatstragenden Bevölkerung wächst, um so schärfer treten die Gegensätze zu den jeweiligen Nachbarstaaten hervor, weil jeder von ihnen Volksgenossen des eigenen

Staates umschließen muß. Jedes gewaltsame Eingreifen der Großmächte wird nicht versöhnend, sondern immer verschärfend wirken.

Niemand wird auch glauben, daß mit der Zertrümmerung und Vertreibung der Türkei aus Europa die „Balkanfrage" oder gar die „Dardanellenfrage" gelöst sei. Konstantinopel mit seiner unvergleichlich günstigen Verkehrslage an der Brücke vom europäischen Südosten nach Kleinasien und am Durchlaß der Straße von den innersten Gestaden des Schwarzen Meeres zum Mittelmeer wird immer ein Streitobjekt bilden, wenn hier die Interessen europäischer Staaten zusammenstoßen. Wenn zeitweilig der Streit zu ruhen scheint, so liegt es eben am Fehlen solcher großpolitischer Gegensätze. Rußlands Drang zur Öffnung der Dardanellenpforte, die ihm besonders von dem seinen Indienweg bedroht fühlenden England verhindert wurde, besteht seit der inneren Auflösung Osteuropas nicht mehr; Deutschlands Weg über Konstantinopel und Kleinasien nach Mesopotamien ist mit seiner Niederlage und der Zerstückelung der verbündeten Donaumonarchie und der Türkei vernichtet. Kein Großstaat kann der gegenwärtigen Besetzung Konstantinopels durch England wehren, das von hier aus nicht nur einen Druck auf die Türkei und Griechenland ausübt, sondern sich ein neues Ostgibraltar zu schaffen bestrebt zu sein scheint, um auch zukünftigen Plänen der Schwarze-Meer-Staaten von vornherein entgegenzutreten.

Derjenige Staat, der seiner geographischen Lage nach am ehesten dazu berufen wäre, im ägäisch-levantischen Becken eine wirtschaftlich und politisch bevorzugte Stellung einzunehmen, ist Griechenland, das geographisch nicht nur den Südteil der südosteuropäischen Halbinsel, sondern auch die ganze Ägäis mit den benachbarten thrakischen und kleinasiatischen Küsten im Norden und Osten einschließlich der Meerengen umfaßt. Aber das Griechenland der Gegenwart ist ebensowenig wie das vor dem Kriege und während des Krieges politisch selbständig, weil es auch wirtschaftlich und geldlich von England abhängig ist, wenn es sich auch zuweilen in imperialistischem Machtdrange gebärdet, als ob es die politischen Geschicke um die Ägäis und am Bosporus leiten könnte. Griechenland wird im kleineren Gebiet der Dardanellen- und Bosporusdurchlässe, ebenso wie im größeren ägäischen Vorhof des Schwarzen Meeres nur eine ähnliche Verschlußstellung aus Englands Gnaden und zu Englands Vorteil einnehmen, wie einst die Türkei. Selbständiges

politisches Wirken wird ihm versagt sein, wie es der Türkei versagt war, weil es dem Kreuzweg Mittelmeer-Schwarzes Meer und Gibraltar-Suez anliegt.

Schon zeigen sich hier und im benachbarten Kleinasien neue politische Schwierigkeiten. Zu England und Griechenland tritt Italien und Frankreich, die beide bei der Teilung der Türkei nicht leer ausgingen. Italien scheint sich im ganzen mit seinem Anteil an den Inseln und dem Küstengebiet des Südwestens bis zum Golf von Adalia zufrieden zu geben — ein Gebiet, das ihm jedenfalls weit höhere wirtschaftliche Werte verspricht, wenn es die überschüssige italienische Bevölkerung aufnimmt, als Tripolitanien. Politisch freilich verbürgt es ihm keine weitere Festigung seiner Mittelmeerstellung, weil es durch das dazwischenliegende Griechenland und durch Englands Stellung im Ostmittelmeer dem unmittelbaren Einfluß des Mutterlandes entzogen ist. Frankreich dagegen scheint mit dem ihm als Kriegsbeute zugefallenen Nordsyrien und Südostkleinasien nicht ganz befriedigt zu sein. Seine Ziele, die es mit der Unterstützung der nationaltürkischen Partei im Innern Kleinasiens erstrebt, sind nicht ganz erkennbar. Zum mindesten läßt sein Verhalten auf neue politische Verwicklungen schließen. Die Ausschaltung Rußlands und Deutschlands mit ihren wirtschaftlichen und politischen Zielen auf türkischem Gebiet ist also von England erkauft durch das Eindringen zweier neuer Mitbewerber in den nahen Orient.

Hat auch England im levantisch-ägäischen Becken des Mittelmeeres vorläufig für keine ernste Störung seines Indienweges zu fürchten, zumal im östlichsten Teil das seit 1878 besetzte Zypern nicht nur einen wirksamen nördlichen Flankenschutz des Kanals, sondern auch einen ausgezeichneten Beobachtungsposten für alle in der asiatischen Türkei sich abspielende Vorgänge bildet, so muß es doch für die Zukunft auf der Hut sein. Vorerst werden Italien und Frankreich ihren neuen kleinasiatischen und syrischen Besitz nur wirtschaftlich, nicht politisch werten können. So ist die einst gefährdetste und größte Gefahrenzone am Indienwege, die vor dem Kriege durch Rußlands Vordringen zum „warmen Meer" und durch Deutschlands wirtschaftliche und politische Unterstützung des Osmanischen Reiches im Ostmittelmeer und seinen nachbarlichen südosteuropäischen und vorderasiatischen Brückenländern bestand, durch den Krieg zwar stark geschwächt, aber doch nicht völlig beseitigt.

Das Mittelmeer ist auch heute noch ein britisches Meer, obwohl England nur mit wenigen, dem Mutterland fernen Stützpunkten zu seinen Anliegern gehört. Nichts als diese weltpolitisch durchaus neue und überraschende Tatsache beleuchtet krasser und greller die ungeheure Machtwirkung Englands und stellt die Ohnmacht der mittelmeerischen Staaten gegenüber dem gewaltigen britischen Herrschaftsgebote deutlicher vor Augen. Keiner kann trotz des großen Landbesitzes am Mittelmeergestade England auch nur im entferntesten den Ruhm streitig machen, im Mittelmeer mit gleicher Macht aufzutreten.

Literatur.

Th. Fischer, Mittelmeerbilder. Gesammelte Abhandlungen zur Kunde der Mittelmeerländer, 2. Aufl. Leipzig 1913, dass. Neue Folge. Leipzig 1908.
P. Herre, Der Kampf um die Herrschaft im Mittelmeer. Leipzig 1909.
A. Philippson, Das Mittelmeergebiet. Seine geographische und kulturelle Eigenart. 3. Aufl. Leipzig 1914.
P. Mohr, Politische Probleme im westlichen Mittelmeer. (Meereskunde 8, 12.) Berlin 1914.

A. Rühl, Die Grundlagen des italienischen Imperialismus. (Ebenda 12, 7.) Berlin 1915.
P. Dehn, Die Völker Südosteuropas und ihre politischen Probleme. Halle 1909.

---

2. Das „Indiameerreich" und seine Umrandungen. (Vorder- und Südasien, Afrika, Australien).

Seit 1498 Vasco da Gama den Seeweg nach Indien um das Kap fand, lockte das alte Wunderland von neuem die europäischen Handelsstaaten, nachdem ihnen die türkische Eroberung Vorderasiens lange den Weg dorthin versperrt oder doch mindestens sehr erschwert hatte. Aus den jahrhundertelangen Kolonialkämpfen der europäischen Handelsvormächte ging Anfang des 19. Jahrhunderts England als Sieger seinen Nebenbuhlern Portugal, Frankreich und Holland gegenüber hervor. Portugal und Frankreich konnten sich in Vorderindien nur noch spärliche unbedeutende Reste ihrer einstigen Kolonialmacht wahren; Holland allein hat das große Inselindien aus dem Zusammenbruch seiner Kolonialmacht retten können, obgleich ihm die Etappenplätze Kapland, Mauritius und Ceylon an England verloren gingen.

Seit Indiens Eroberung durch England (1757) war das Ziel der britischen Politik die Sicherung des Weges dorthin, zuerst auf

der Kapstraße, dann nach dem Auftauchen des Planes des Suezkanalbaues auf dem mittelmeerischen See- und vorderasiatischen Landwege. Die britische Umrandung des gesamten Indischen Ozeans, d. h. die möglichste Ausschaltung der nichtbritischen Besitzungen um den Ozean, war das englische Endziel.

Darum sind auch fast alle weltpolitischen Machtfragen im Bereich des Indischen Ozeans mit Rücksicht auf England zu beurteilen. Wiederum steht Englands Verhältnis zu den Besitzerstaaten der nichtbritischen Gestade des Ozeans wie im Mittelmeer im Kernpunkt aller politischen Machtfragen, und wird es auch in der nahen Zukunft sein. Der Indische Ozean ist Englands Ozean. Jedes Hineingreifen einer fremden Macht von außen in den Bereich des Ozeans und seiner Umrandungen, sei es land- oder sei es seeseitig, wird auch in naher Zukunft Englands Widerstand wecken, wie es vor dem Kriege geschah. Die hohen wirtschaftlichen Werte, welche die erst im Anfang ihres Wirtschaftslebens stehenden Landmassen um den Ozean bergen, haben mit dem Kriegsende mehr denn je nichtbritische, besonders japanische, aber auch usamerikanische Bestrebungen angelockt, haben die Selbständigkeitsgelüste der britischen Tochterkolonien in Südafrika und Australien wachgerufen und die innerpolitischen Schwierigkeiten in Ägypten und Vorderindien wachsen lassen, so daß der Indische Ozean mit seinen Randländern weit mehr in den Brennpunkt der Weltpolitik gerückt ist als jedes andere Erdgebiet.

Die Entwicklung der weltbritannischen Macht um den Indischen Ozean hat Kjellén auf die kürzeste Formel gebracht, wenn er betont, daß Englands Besitzungen in Asien und Afrika zu Beginn des neuen Jahrhunderts von Osten und auch von Süden aufeinander zurückten, mit dem Knotenpunkt in Ägypten, dem Pförtnerhäuschen bei Suez zwischen Europa und Asien, dem Brückenkopf zwischen Asien und Afrika. Wir sehen vier Riesenblöcke: den ersten Südafrika, den zweiten Ägypten, beide in der Formel des „transafrikanischen Reiches vom Kap bis Kairo" vereinigt; der dritte Block ist das südwestasiatische Reich, in eine neue Formel „von Kalkutta bis Kairo" gekleidet; der vierte Riesenblock liegt bereits da in Australien. „Zusammen ordnen sie sich wie vier Eckpfeiler unter ein Indiameerreich ein."

Der britische Besitzstand um den Indischen Ozean übertraf vor Kriegsausbruch mit rd. 21 000 000 qkm an Flächenraum Europa um das Doppelte und beherbergte mit 360 Mill. Bewohnern fast

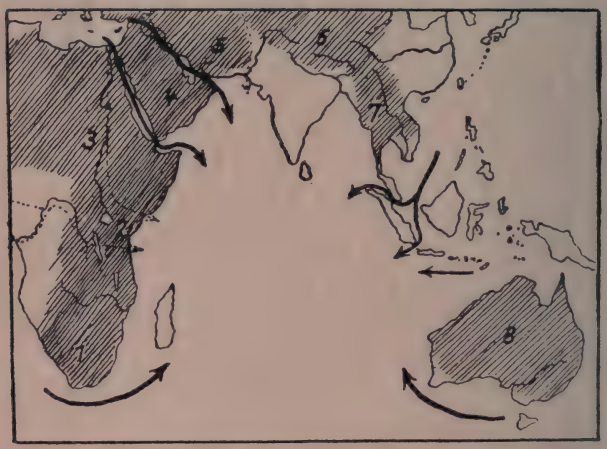
das Achtfache des Mutterlandes, was Dreiviertel der europäischen Bevölkerungsmenge gleichkam. Einschließlich der Inseln machte das britische Land um den Indischen Ozean rd. $^2/_3$ des gesamten britischen Weltbesitzes aus. Nach dem Kriege hat sich Englands Besitz durch das endgültig gewonnene Ägypten und durch Deutsch-Ostafrika um fast je 1 Mill. qkm mit 12¾ bzw. 7½ Mill. Einwohnern vergrößert, Deutsch-Südwestafrika brachte ihm 835000 qkm mit 86000 Einwohnern ein, Mesopotamien und Palästina weitere 500000 qkm. Rechnet man dazu, daß Arabien in volle Abhängigkeit geriet und Persien nur dem Namen nach noch ein selbständiger Staat ist, so ergibt sich an ganz rohen Zahlenwerten ein Gesamtzuwachs von rd. 5 Mill. qkm, d. h. gleich der halben Fläche Europas oder dem 16 fachen des Mutterlandes.

Vorderindien bildet in diesem Ring den geschlossensten Besitz. Das allmähliche Übergreifen des Kaiserreiches nach Hinterindien, nach dem Iran (Belutschistan), nach Arabien (Aden) und in Richtung auf das afrikanische Festland bekundete deutlich Weg und Ziel, denen die englische Politik im Bereich des Indischen Ozeans folgte.

Die Landgrenzen des indisch-asiatischen Besitzes erfreuen sich im allgemeinen des besten natürlichen Schutzes. In Hinterindien richten die vom Osthimalaja südwärts strahlenden Hochgebirgskämme mehrere schützende Parallelmauern auf. (7 der Skizze). Der schützende, dem Verkehr von und zum Osten dienende Durchlaß liegt da, wo die mittlere der Hochgebirgsketten an Malakkas Südspitze abbricht und zwischen sich und der weiter westlich über Andamanen, Nikobaren und Sumatra verlaufenden Kette die Hochstraße des Verkehrs von Singapore freiläßt. Eines ähnlichen, eher noch besseren Schutzes durch Gebirgsmauern kann sich die Nordgrenze des Reiches gegen Innerchina rühmen, weil hier das breite Hochland von Tibet den Riesenkämmen des Himalaja und Transhimalaja nordwärts als breites Hindernisfeld vorgelagert ist. (6) Nur nach Nordwest bleiben Durchlässe. Hier öffnet zunächst das Hochland von Pamir eine Paßstraße in das Reich aus der Aralsenke herüber, die einen allen Schwierigkeiten der gewaltigen Gebirgswelt zum Trotz regen Austausch zwischen dem turanischen und hindustanischen Fruchtgebiet ermöglicht. Durch die Randketten des Ostiran bahnen außerdem zahlreiche Gebirgstäler wichtige Wege über den breiten Gürtel des wüsten-, selten steppenhaften iranischen Trockengebietes, über das Wüstenplateau von Mekran und das „Transindus-Inland-

bassin" aus der Hilmendsenke sowie durch die Hindukuschkämme Turan und Vorderasien[1]). (5) Er ist mit der anschließenden arabisch-syrischen Wüste (4) der natürliche Grenzschutz des indischen Reiches gegen Westen, der nur noch einmal, in Mesopotamien, einen Weg aus Vorderasien und Europa freiläßt.

Ein noch einheitlicheres Ganzes bildet der australische „Machtblock", der Ostpfeiler des britischen Reichsbaues um den Indischen Ozean (8). Politisch ist er der festest gefügte; wirtschaftlich



Sperrlandschaften und Eingangstore zum Indischen Ozean.
Haupteingänge: Ausgezogene Pfeile, Nebeneingänge: Gestrichelte Pfeile. — 1 Südafrikanische Wüsten- und Steppensperre, 2 Ostafrikanische Hochlandssperre, 3 Saharasperre, 4 Arabische Wüstensperre, 5 Iranische Hochlandssperre, 6 Tibetanische Hochlands- u. Hochgebirgssperre, 7 Hinterindische Kettengebirgssperre, 8 Australische Festlandssperre.

steht er hinter den anderen insofern zurück, als er seine unwirtlichste, kulturell am wenigsten entwicklungsfähige Seite dem Indischen Ozean zukehrt. Australien wendet sein Antlitz vom Indiameer ab; es blickt nach rückwärts zum Großen Ozean, dessen ungeheure Wasserfläche bis an die Gestade Südamerikas ihm aber trotz der sonst völkerverbindenden Kraft der Ozeane einen natürlichen Grenzschutz nach Osten verleiht. Wie die Straße von Malakka einen Weg nach der Mitte des Indiameerreiches von Osten öffnet, so läßt die geringe Ausdehnung des australischen Festlandes nach

[1]) Vgl. Fehlinger, Peterm. Mitt. 1915, S. 143/4. Fünf Routen: Lücke von Jacobabad, Bolanpaß bei Quetta; Gomalroute; Toschiroute-Gasnipaß; Kuramfluß und -paß, Tal von Kabul; Khaibarroute Peschawar-Dakka.

Süden noch eine südliche Verkehrsstraße aus dem großen Weltmeere frei, deren Bedeutung freilich kaum einen Vergleich mit der Singapurstraße zuläßt, weil sie lediglich den australischen Südosten an das Weltverkehrsnetz anschließt. Eine Durchfahrt zwischen dem australischen Festland und der ostindischen Inselwelt zum Großen Ozean kommt bei der Nähe der bedeutsamen Singapurstraße und dem gänzlichen Mangel wirtschaftlich wichtiger Anlaufshäfen noch weniger in Frage.

In einem gewissen Gegensatz zum britischen Südasien und zu Australien stand Britisch-Afrika. Hier war weder ein geschlossenes britisches Machtgebiet längs der Küste aufgerichtet noch war der Einschub nichtenglischer Teile zwischen britischen Küstenstrichen belanglos. Die Südspitze Afrikas gehört dem festesten Herrschaftsgebiet englischer Macht auf afrikanischem Boden an. Das Kapland ist das Kernland britisch-afrikanischer Kolonisation, obgleich es sich erst seit 1815 endgültig in britischen Händen befindet und noch heute, abgesehen von den Eingeborenen, etwa 800000 Bewohner mit holländischer Muttersprache gegen 500000 englischsprechende zählt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Anglisierung der Buren seit 1900 bedauerliche Fortschritte gemacht hat. Schrittweise rückte die britische Macht nordwärts, seit der Besetzung Ägyptens mit dem Ziel, den von dort aus südwärts und von Ostafrika aus binnenwärts fortschreitenden Gebietserweiterungen früher oder später die Hand reichen zu können. Ihr erstrebtes natürliches Vereinigungsziel lag im belgischen Kongobecken. Aber an keiner Stelle erreichten die im Innern Südafrikas zustrebenden englischen Gebiete die Küste, weder die atlantische noch die des Indischen Ozeans. Portugiesisch-Ostafrika lagert sich in breiter Front mit einer erheblich längeren Küstenausdehnung davor, als sie Britisch-Südafrika vom Kap bis zum Tongaland besitzt. Zwischen den Ufern des Tanjanijka- und Viktoriasees hinderte Deutsch-Ostafrika, das sich als breiter Keil zwischen den süd- und nordostafrikanischen Britenbesitz schob, die Verbindung beider. In dem völlig englischen Stromgebiet des Nils trotzt noch heute das abessinische Hochland allein britischer Machtbegierde. Nicht zu verhindern aber war der leichtere Angriff auf dieses Hochland von der Küste des Indischen Ozeans und des Roten Meeres aus. Italien besetzte den Süd- und Ostrand der Somalihalbinsel, England den Nordrand. Der kleine Einschub französischen Gebietes spielt keine Rolle, zumal England die mitten in der Bab-el-Mandeb liegende Insel Perim sein Eigen nennt.

Den Nordabfall des abessinischen Hochlandes zur Küste hält wiederum Italien besetzt, erst der Rand der afrikanischen Wüste am Roten Meer ist wieder englisch. Diesem afrikanischen Bruchrand der Wüstentafel liegt der arabische gegenüber, dessen Bedeutung aber erheblich geringer zu veranschlagen ist, weil ihm jegliches wirtschaftlich wertvolles Hinterland fehlt, wie es dort Niltal und nördlicher Sudan bilden.

Natürlich abschließende Landgrenzen, wie sie der indische Machtblock besitzt, mangeln dem afrikanischen nahezu völlig. Im Süden kann höchstens die Kalahari (1) als ein schützender Außenabschluß des britischen Machtbereiches gegen die atlantische Seite angesehen werden, weil sie die Möglichkeit eines Zugangs von Westen her fast ganz ausschließt. Im Innern Afrikas dagegen öffnet sich das Kongobecken in mächtiger Weitung und weist den Weg vom Atlantischen Ozean flußaufwärts ins Innere bis in die Zone der großen afrikanischen Seen (2). Erst der Nordhälfte des britisch-afrikanischen Besitzes ist wieder ein fester Westriegel durch die Wüste Sahara vorgelegt (3) und auch dieser nur dem nördlichsten Teil, während der ägyptische Westsudan sich bereits dem Tsadseebecken zuneigt, das politische und wirtschaftliche Betätigung von der atlantischen Küste in reichem Maße ähnlich dem Kongobecken anlockte.

Eine von Natur gegebene verkehrsgeographische Leitlinie, wie sie der Westteil des asiatischen Machtblocks in der von außen radial nach dem Innern des Indiameerreiches zielenden Querlinie der mesopotamischen Senke besitzt, fehlt dem britisch-afrikanischen, von Nord und Süd gelagerten Besitz. Die verkehrsgeographischen Naturlinien *durchschneiden* ihn *nicht*, sondern *umgehen* ihn: die eine im Süden um das Kap, die zweite im Norden durch das Mittelmeer und Rote Meer.

Dem gewaltigen britischen Machtbesitz gegenüber fielen vor dem Krieg die gesamten *nichtbritischen Küsteneinschübe um den Ozean* lediglich vom Standpunkt der Statistik, als reine Raumgrößen betrachtet, nicht ins Gewicht, um so mehr aber, selbst das wüstenhafte Arabien nicht ausgenommen, vom wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus. Ihr Erwerb war für England als die notwendige Vervollständigung seines Besitzes um den Ozean immer erstrebenswert, sei es, daß ihr wirtschaftlicher Wert eine willkommene Verstärkung oder Ergänzung der englischen Nachbargebiete darstellte, wie Portugiesisch-Deutsch-Italienisch-Ostafrika oder Niederländisch-Indien mit seinen Tropenkulturen, sei es, daß mit

ihrem Erwerb neue Wirtschaftsmöglichkeiten erschlossen werden konnten, wie in Mesopotamien als künftigem Baumwoll- und Getreideland oder in Südpersien mit seinen Ölfeldern, sei es endlich, daß sie zu einer sicheren Deckung und Verbindung des Gesamtbesitzes mit dem Mutterland begehrenswert erschienen, wie Gebiete am Roten Meer, Syrien, Armenien, Turan, Afghanistan.

Nichtbritische Gebiete im britischen Machtbereich um den indischen Ozean vor dem Kriege:[1])

	qkm	Bewohner	Volksdichte
Niederländisch-Indien:	1915421	37957400	19
Königreich Siam:	600000	8149500	13,6
Franz. Kol. in Vorderindien:	513	276600	539
Port. Kol. in Vorderindien:	3807	604900	158
Afghanistan:	624000	4450000	7
Persien[2]):	1645000	9500000	5,8
Mesopotamien:	341000	1842000	5,4
Syrien:	297000	3519000	12
Türkisch-Arabien:	441000	1050000	2
Unabhängiges Arabien ohne Oman[3])	2279000	950000	0,4
I. Im asiatischen Machtbereich:	8146741	68299400	—
II. Im australischen Machtbereich:	—	—	—
Italienisch Nordost-Afrika:	470110	644800	1,4
Französisches Somaligebiet:	120000	213000	1,9
Abessinien:	1120400	8000000	7,1
Deutsch-Ostafrika:	995000	7661000	7,0
Portugiesisch-Ostafrika	761100	3120000	4,1
III. Im afrikanischen Machtbereich:	3466610	19638800	—
Franz. Madagaskar und Nebengebiete:	585533	3153500	5,4
Franz. Mayotte und Komoren:	2169	95000	44
Franz. Reunion:	5914	173800	72,5
IV. Nichtbritische Inseln im Ind. Ozean:	593616	3422300	—
Nichtbritische Gebiete insgesamt:	12205967	91360500	—

Die Erfolge des Weltkrieges haben die erwartete wirtschaftliche Stärkung gebracht. Stand England die wirtschaftliche Ausbeutung Ägyptens schon seit 1882 frei, so hat sein tropisches und subtropisches Produktionsland eine bedeutsame Werterhöhung in Ost- und

[1]) Nach Hübners Statistik, Tabellen 1916. [2]) Davon nach Vertrag von 1907 britisches Einflußgebiet etwa 355000 qkm mit 700000 Bewohnern. [3]) Davon Hadramaut bereits nahezu ganz von England abhängig.

Südwestafrika erhalten, zumal auch die wirtschaftliche Abhängigkeit Portugiesisch-Afrikas von England verstärkt worden ist. Mesopotamien und Syrien versprechen nach Aufnahme der bereits früher geplanten Wasserverbesserungen hohe Werte. In Südpersien hat es sich Ölquellen gesichert, die es wahrscheinlich von den Vereinigten Staaten ganz unabhängig machen können. Wenn auch weite Gebiete des Neulandes wirtschaftlicher Werte entbehren, so ist doch die Stärkung der britischen Wirtschaftskraft gerade durch Einverleibung des tropischen Kulturgebietes Deutsch-Ostafrikas und vor allem der reichen Öllager Südpersiens sehr wohl geeignet, die erstrebte wirtschaftliche Unabhängigkeit weiter auszubauen und sich dem wirtschaftsimperialistischen Ziele des sich selbst genügenden Wirtschaftsreiches zu nähern. Das zeigt sich besonders, wenn man die Neuerwerbungen wirtschaftlich im Rahmen des „Indiameerreiches" wertet.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse lassen das Indiameerreich nicht nur als eines der hervorragendsten Produktionsgebiete der Erde, sondern vor allem auch als ausschlaggebenden Faktor im britischen Wirtschaftsleben erkennen. Sein Anteil an gemäßigten, subtropischen und besonders tropischen Wirtschaftszonen erzeugt eine Mannigfaltigkeit, die es zum größten, in einer Hand vereinigten und nach einheitlichen wirtschaftspolitischen Grundsätzen zusammengefaßten Wirtschaftsgebiet der Erde stempelt. Unbedenklich dürfen Australiens Ostseite, Tasmanien und Neuseeland, dem Indiameerreich wirtschaftlich angeschlossen werden. Ihr von durchaus europäischen, insbesonders englischen Kultureinflüssen abhängiges Wirtschaftsleben ist eng mit dem seinen verknüpft. Die Weite des Großen Ozeans erweist sich als wirtschaftspolitischer Sperraum, mindestens noch solange, bis der Panamakanal sich unbeschränkt der Großschiffahrt öffnet; die wirtschaftlichen Kraftlinien binden diese Gebiete weit mehr an das südasiatisch-europäische Wirtschaftsleben als an das pazifisch-amerikanische.

Indien nimmt im Wirtschaftsleben der britischen Besitzungen um den Indischen Ozean durchaus eine Sonderstellung ein, sowohl als Produktionsgebiet wie als Ausfuhrland und in verkehrsgeographischer Bedeutung. Es rechtfertigt daher vollkommen den Eifer und die Sorgfalt, mit der England auf die Erhaltung der wirtschaftlichen Stellung und der politischen und strategischen Sicherheit gerade dieses Besitzes bedacht ist. Kommt doch fast $^1/_8$ des Gesamtwertes des britischen Handels allein auf Indien! Es überflügelt

mit der Menge, aber auch mit der Vielseitigkeit der Erzeugnisse nicht nur alle anderen britischen Kolonien, sondern steht auch den übrigen Produktionsländern Asiens weit voran. Vom britischen Handel mit Asien entfallen über 60% auf Vorderindien. Es ist das erste Reis- und Zuckerrohrland der Erde, verbraucht allerdings den erheblichsten Teil seiner Ernte bei der außerordentlichen Dichte seiner Bevölkerung gerade in den Hauptanbaugebieten beider Erzeugnisse im eigenen Lande; immerhin kann es doch vom Reis noch einen nicht unbeträchtlichen Teil auf den Weltmarkt bringen (etwa 10% seiner Ernte, d. h. rd. 2½ Mill. t, genau 2439222 t im Jahre 1913/14, etwa 3 Mill. in den vorhergehenden Jahren), während es auf die Ausfuhr größerer Zuckermengen verzichten muß, im Gegenteil vielmehr noch auf eine nicht geringe Einfuhr von Rübenzucker, namentlich aus Deutschland, angewiesen war. Von der 2,3-Mill.-t-Ernte (1913/14) wurden nur rd. 5000 t ausgeführt, dagegen betrug die Zucker- und Zuckerwareneinfuhr das Zehn- bis Zwölffache dieser Menge. Es steht unter den Weizenländern mit 9,6 Mill. t (1913/14) an vierter Stelle nach der Union, Rußland und Frankreich, verbraucht aber selbst soviel, daß im gleichen Jahr nur 0,7 Mill. t zur Ausfuhr gelangen konnten, wovon über die Hälfte nach England ging. Der umfangreiche Teeanbau ermöglicht ihm dagegen bei dem geringen Eigenbedarf die Abgabe fast der gesamten Ernte (1913/14 von 138000 t ungefähr 127000 t ohne Ceylon). Es liefert nächst der Union die meiste Baumwolle, von der es einen großen Teil bereits auf nahezu 7 Mill. Spindeln im eigenen Lande verarbeitet. In der Juteerzeugung deckt es nahezu den Weltbedarf. Auch andere Faserstoffe, wie Aloehanf und Piassava, haben in Britisch-Indien ein Hauptausfuhrland. Groß ist die Ernte an Leinsamen, Raps, Senf, Sesam, Erdnüssen, von denen der allergrößte Teil das Erzeugerland verläßt. (Etwa ¾ unseres Bedarfs an Raps und Leinsamen bezogen wir von ihm.) Die Gewürzausfuhr ist beträchtlich; das einstige Monopol Niederländisch-Indiens ist von ihm gebrochen; Pfeffer, Ingwer und Kardamom stehen an erster Stelle, Zimt liefert Ceylon neben geringen Mengen aus Java und Celebes fast allein. Katechu, Gummilack und Gambir sind wertvolle Harze, die fast ausschließlich von ihm auf den Weltmarkt gebracht werden. Ganz besonders aber ist es Hauptlieferant des namentlich für den Schiffbau wertvollen Teakholzes, von dem nur sehr geringe Mengen aus Siam und von der ostindischen Inselwelt stammen. In der Gewinnung

von Metallen steht Britisch-Hinterindien mit der Zinngewinnung an erster Stelle; von den 51% der Weltproduktion, die auf die ganze Halbinsel entfallen, stammt nur ein sehr geringer Teil aus Siam.

Die verkehrsgeographische Bedeutung des gesamten südasiatischen Besitzes wird bestimmt durch die Mittellage zwischen dem ostasiatisch-australischen und dem europäischen Wirtschaftsgebiet, deren Austausch fast lediglich der Seeschiffahrt vorbehalten bleibt. Ihre Hauptdurchlaßpforten an der hinterindischen Halbinsel und am Suezkanal sind im britischen Besitz, beide werden völlig von England beherrscht. Singapur passiert nahezu der gesamte europäisch-ostasiatische Verkehr einschließlich des nach den niederländischen Kolonien gerichteten, der zum größten Teil in Singapur, nicht in Batavia seinen Mittelpunkt findet.

Britisch-Afrika und Australien als die Flankenglieder des geschlossenen britischen Wirtschaftsgebietes um den Indischen Ozean beteiligen sich mit etwa je 8% am britischen Gesamthandel. Auf die in den subtropischen Wirtschaftszonen gelegenen Hauptglieder Ägypten, Südafrikanische Union und Australien entfällt der größte Anteil (Ägypten 2,4%, Südafrikanische Union 4,6%, Australischer Staatenbund 6,1%, Neuseeland 1,8%). Die tropisch-afrikanischen Besitzungen vervollständigen in glücklichster Weise die tropisch-indischen Erzeugnisse. Die diese entbehren oder nur in geringen Mengen hervorbringen, werden aus den afrikanischen Kolonien ergänzt.

Ägyptens Wirtschaftsleben ist durchaus einseitig entwickelt, seit die von der Besetzung 1882 an vorherrschend gewordene Baumwollkultur zu einer „Monokultur" der Niloase geworden ist. Jeder übrige Anbau tritt stark zurück; vor allem die Zurückdrängung des Getreide- und Hülsenfrüchteanbaues, die sich oft genug in bedenklichen Ernährungsschwierigkeiten und damit zusammenhängenden Unruhen äußerte, ist das wirtschaftliche Kennzeichen des Landes. Die Umstellung der Produktion auf die Baumwolle zuungunsten der Ernährungspflanzen zeigt sich in den Anbauflächen und Ernteerträgen seit dem Jahre 1881/82. Die 1821 beginnende Baumwollausfuhr machte 1834 mit etwa 11,5 Mill. kg fast 3% der Welternte aus. Seit 1882 stieg der Anteil an der Weltproduktion von etwa 5% auf ungefähr 7% in den Jahrzehnten 1891 bis 1910. Seitdem erfuhr er einen kleinen relativen Rückgang infolge starker Zunahme der Produktion in Brasilien, Turan und Anatolien.

Bodenschätze entbehrt das Land infolge der im ganzen horizontal gelagerten Schichtung der Gesteine ziemlich; zu mindestens haben sie keinen sonderlichen Einfluß auf die Wirtschaft; doch haben neuerdings Petroleumvorkommen bei Gemsah und Hurghada, die 1914 bereits ¾ Mill. Barrels lieferten, insofern Bedeutung gewonnen, als sie bei der weltpolitisch hervorragenden Lage des Landes eine wesentliche Erleichterung für die Versorgung der ölverfeuernden Schiffe ermöglichen. Die verkehrspolitische Bedeutung steht für England durchaus im Vordergrund. Die Eröffnung des Suezkanals, die Ägypten aus seiner Stellung als „Winkelstaat und Sackland" (Banse) erlöste, hat ihm den hervorragendsten strategischen und weltpolitischen Platz im ganzen britischen Weltreich eingeräumt. Es ist das Bindeglied zwischen dem Indiameerreich und dem Mutterland, zwischen dem indischen und europäischen Machtbereich Englands. Für England tritt das wirtschaftliche Problem in Ägypten weit hinter dem politischen zurück. Das Land ist ihm in erster Linie die Deckung für den Kanal, der größten zwischenfestländischen Weltstraße, deren hohe Bedeutung für den Weltverkehr durch die Zahl der ihn benützenden Schiffe zu belegen ist, wobei England naturgemäß an der Spitze steht. Nahezu alle nach und von Europa gerichteten Warenströme Süd- und Ostasiens, Ostafrikas und Australiens fluten durch ihn. Die dünnen Ströme, die durch den noch nicht voll leistungsfähigen Panamakanal und um Amerikas Südspitze gehen, fallen ebensowenig ins Gewicht wie diejenigen Warenmengen, die als Massengüter, meist auf Segelschiffen verfrachtet, von jenen Küsten den weiteren Umweg um das Kap ertragen können. Nichts beleuchtet schärfer den außerordentlich hohen Wert des Kanals für Englands Handel als die Tatsache, daß ein gewaltiger Teil der wichtigsten englischen Einfuhrerzeugnisse durch ihn ins Mutterland geführt wird: z. B. Jute und Tee zu je 99%, Jutefabrikate zu 77%, Reis zu 75%, Hanf und Wolle zu 73 und 70%, Manganerz und Kautschuk zu etwas über 50%, Felle, Häute, Ölsaaten zu je nahezu 50% (nach Hennig). Seine Bedeutung rückt ins rechte Licht, wenn man erwägt, daß von den neun 15—10-Mill.-Tonnen-Welthäfen zwei im Bereich des Indiameerreiches liegen, beide britisch: Colombo und Singapur; von denen zu 10—5 Mill. t Jahresverkehr ebenfalls zwei, Aden und Penang; von den übrigen senden und empfangen Melbourne und Adelaide und der größte Teil der ostasiatischen Häfen ihre Warenströme durch das Indiameer mit den britischen Anlaufhäfen Aden, Colombo, Singapur.

Demgegenüber fällt, seit der Kanal die bisherige indische Straße um das Kap ablenkte, der verkehrspolitische Gesichtspunkt für Südafrika nahezu ganz aus, da der „Kapweg" nach Indien fast nur noch Segelschiffen dient. Die Südafrikanische Union wird daher von England im Gegensatz zu Ägypten rein wirtschaftlich gewertet. Zwei Momente begünstigen gegenüber Ägypten ihr Wirtschaftsleben, das ihr deshalb auch einen weit höheren Anteil (4,6%) am britischen Gesamthandel zugewiesen hat: die Einheitlichkeit und Gleichartigkeit seiner Landesnatur und die ziemlich starke weiße Bevölkerung, die im ganzen außertropischen Britisch-Südafrika etwa 17,5%, in der Union 21,3% der Gesamtbevölkerung ausmacht.[1]) Wie das Wirtschaftsleben Ägyptens ist auch das Britisch-Südafrikas, insbesondere der Union, ziemlich einseitig gerichtet. Indes geht diese Einseitigkeit nicht auf Kosten der unmittelbarsten Lebensbedürfnisse der Bevölkerung wie im Nillande. Sie ist bedingt durch die überaus reichen Goldvorkommen. Ist schon die Raubpolitik, die das Engländertum der ansässigen weißen Bevölkerung, den Buren, gegenüber zur Geltung brachte, die unmittelbarste Folge des Goldreichtums gewesen, so tritt dessen Einfluß noch mehr in der Besiedlungsfrage hervor und droht damit dem Lande unmittelbar mit einer Wirtschaftskrisis. Dove weist darauf hin, daß in allen größeren Orten bestenfalls ein Stillstand, zumeist aber eine so starke Abnahme der weißen Einwohnerschaft zugunsten nur zweier einander nahe benachbarten Orte stattgefunden habe, daß aus ihr die Gefahr eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs für Britisch-Südafrika nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist. Die überstarke einseitige Betonung reiner Handelsinteressen seitens der englischen geldlüsternen Regierung — die durch das Vorkommen der Diamanten noch eine Stärkung erfährt — hat zu einer gefährlichen Zurückstellung der landwirtschaftlichen Interessen geführt. Das ergibt sich aus den Ausfuhrwerten. Von der Gesamtausfuhr im Betrage von 1360 Mill. M. (1913) kamen allein auf Gold 767,9 Mill. (56,5%), auf Diamanten 245,9 Mill. (18%); der Rest verteilte sich zumeist auf die Erzeugnisse der Viehzucht, nämlich

[1])

1911 (abgerundet)	Weiße	Eingeborene	Fremde Farbige
Südafrikanische Union . . .	1276200	4019000	680200
Betschuana, Swasi, Basutold .	4200	625000	—
Süd- (außertrop.) Rhodesia .	23600	771000	2900
Außertrop. brit. Südafrika . .	1304000	5415000	683100

(1921 betrug allein in der Union die Zahl der Weißen: 1521600).

Wolle (97,7 Mill. = 7,2%), Straußenfedern (60,4 Mill. = 4,4%), Häute (41,2 Mill. = 3%) und Angorahaare (17,8 Mill. = 1,3%). Es ist erklärlich, daß diese Einseitigkeit auf das gesamte Wirtschaftsleben nicht ohne Rückwirkung bleiben kann. Der überragende Anteil Britisch-Südafrikas an der Weltproduktion des Goldes erhellt damit ohne weiteres. Es nimmt die erste Stelle ein und geht dem nächsten Erzeuger, Australien, um das Doppelte voraus.

Entsprechend der Ähnlichkeit der Lage und Landesnatur gleichen Australiens Erzeugnisse fast denen Südafrikas, ohne daß doch das Wirtschaftsleben einseitig eingestellt wäre. Die Ursache ist zweifellos darin zu suchen, daß Nationalitätengegensätze wie in Südafrika nicht in Wirksamkeit treten konnten, sondern die Engländer von vornherein allein als Besiedler in Frage standen. Politische Verwicklungen blieben daher bisher völlig ausgeschaltet. Wiederum ist die Schürfung auf Metalle bedeutend. Die Goldgewinnung steht zwar auch hier obenan, die anderen Metalle sichern ihm aber daneben einen hervorragenden Platz in der Erzeugung (17,5% der Ausfuhr). Der Rest entfällt zum überragenden Teil auf die Erzeugnisse der Landwirtschaft (71,4%). Wolle steht in der Gesamtausfuhr (36%) obenan. Der große Rückgang in der Schafhaltung infolge der ungewöhnlichen Dürren in dem Jahrzehnt von 1896 bis 1906 scheint langsam wieder ausgeglichen zu werden, so daß auch die Fell- und Fleischausfuhr in neuem Steigen begriffen ist. Englands Abhängigkeit von der australischen Fleischzufuhr ist bereits erheblich. 1913 gingen nicht weniger als 15188 t gefrorenen Hammel- und Rindfleisches nach England. Der Weizenanbau vergrößert sich jährlich durch die Möglichkeit, mit Hilfe künstlicher Bewässerung mehr Land der Schafzucht zu entziehen und in Kultur zu nehmen. Die mittlere Ernte des Jahres 1913/14 lieferte 2,9 Mill. t, wovon nicht ganz die Hälfte zur Ausfuhr kam. Alle übrigen Getreidearten treten stark zurück.

In Neuseeland tritt gegenüber den Landwirtschaftserzeugnissen die Metall-(Gold-)Produktion noch mehr in den Hintergrund, das Verhältnis in den Ausfuhrwerten stellt sich bei einer Gesamtausfuhr von 461,3 Mill. M. (1913) folgendermaßen: Gold 6,4%, dagegen Wolle 35,5%, Gefrierfleisch 19,7%, Butter und Käse 16,9%, Felle 5,2% usw.

Australien zeigt in seinen Wirtschaftsverhältnissen eine Umkehr der südafrikanischen (Mineralienausfuhr, ausschließlich Kohle, zur Ausfuhr der wichtigsten landwirtschaftlichen

Erzeugnisse = 17,5% : 71,4% im Australischen Staatenbund, = 6,4% : 88,8% in Neuseeland, hingegen = 75,8% : 15,9% in Britisch-Südafrika). Als Glieder des britischen Wirtschaftsgebietes um den Indischen Ozean ergänzen sich beide in glücklichster Weise. Schließt man das Indiameerreich zu einer Gesamtheit seiner tropischen und subtropischen Erzeugungsländer zusammen, so ergibt sich ein geschlossenes Wirtschaftsgebiet, dem vor allen anderen Weltwirtschaftsgebieten ein starkes Übergewicht gesichert ist. Das erhellt aus der Tatsache, daß die britischen Besitzungen um den Indischen Ozean mit nicht weniger als 35,1% am Gesamthandel des britischen Reiches beteiligt sind oder, in den Rahmen des gesamten Welthandels (diesen 1913 zu rd. 175 Milliarden gerechnet) gestellt, an ihm mit etwas mehr als 10% Anteil haben.[1])

Nimmt man noch hinzu, daß ein großer Teil der fremden Landeinschübe um das Indiameer wirtschaftlich durchaus in britischer Abhängigkeit steht, so wird damit die wirtschaftliche Macht Weltbritanniens und sein Streben, sich diesen Besitz um den Indischen Ozean unbedroht und ungeschmälert zu erhalten, erst in das rechte Licht gerückt. Auf seiner Auswertung ruht nicht zum geringsten Teil die Wirtschafts- und Handelskraft Englands; durch ihn wird es instand gesetzt, einerseits in weit größerem Maße auf die Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus nichtbritischen Ländern verzichten zu können, andererseits aber seine Industrieerzeugnisse in weit größerer Menge auf den Weltmarkt zu werfen als jede andere Großmacht. Es vermag bereits heute, obgleich es keineswegs die erstrebte wirtschaftliche Unabhängigkeit besitzt, doch mit manchem seiner Kolonialrohstoffe und mit vielen seiner Erzeugnisse einen starken Druck durch Preisregulierungen und Zollsperren auf dem Weltmarkt hervorzurufen.

Die seit etwa 1874 bewußt und planvoll geleiteten Bestrebungen Englands, dieses reiche Wirtschaftsgebiet um den Indischen Ozean politisch und wirtschaftlich fest an das Mutterland zu ketten, mußten naturgemäß den Gegensatz aller derjenigen Mächte wecken, die in dieser festen Bindung eines so gewaltigen Produktions- und Absatzgebietes an eine Macht eine starke Bedrängung und Schädi-

[1]) Südasiatischer Besitz: 10096,4 Mill. M.; afrikanischer Besitz (einschl. Ägypten und Inseln) am Indischen Ozean: 3856,6 Mill. M.; Australien: 4028,3 Mill. M.; Besitz am Indischen Ozean insgesamt 17981,3 Mill. M. — Zum Vergleich: Wirtschaftsgebiet der Vereinigten Staaten von Amerika: 17277 Mill. M.

gung ihres eigenen Wirtschaftslebens und damit ihrer Selbständigkeit als Staats- und Volkskörper sahen.

Die Angriffspunkte auf das „Indiameerreich" werden durch zwei geographische Tatsachen bestimmt.

Zunächst durch eine morphologische (s. vor. Skizze). Von drei Seiten ist der Indische Ozean von Festländern umsäumt, aber sie bilden keine geschlossene Massen. An zwei Stellen sind sie durch Bruchzonen zerschnitten und geben dort natürliche Meeresdurchlässe frei: einmal in der Linie des Roten Meeres—Mittelmeeres[1]), sodann in der ostindischen Inselwelt. Die Landumrandungen selbst bieten in ihrem Aufbau (wie schon erwähnt) den nach außen gehenden oder von außen in das Becken hineinstrahlenden Stoßlinien schwere Hindernisse. Dazu kommt, daß die Verbindung zwischen der asiatischen Faltungszone und dem afrikanischen Schollenland durch die weiten Wüstentafeln Nordostafrikas und Südwestasiens unterbrochen wird. Infolgedessen rücken die wenigen Durchlässe an die Umgehungspunkte dieser Gebirgswälle und Wüstentafeln, d. h. also an den Pamir, wo die Faltungszone am stärksten eingeengt ist, dann in die Bruchzone zwischen der armenischen Gebirgsmasse und der syrisch-arabischen Tafel, also in die mesopotamische Tiefebene, ferner an den Südrand der saharischen Wüstentafel in das Gebiet des Sudan und Mittelafrikas, endlich an die Südspitzen Afrikas und Australiens.

Die zweite Tatsache ist eine politisch-geographische. Alle Großmächte der Erde gehören ausnahmslos der Nordhalbkugel der Erde an; die politischen und wirtschaftlichen Stöße auf das nur nach Süden völlig frei zugängliche und offene Indiameer können also nur von Norden her geführt werden und müssen sich mit der natürlichen Sperre abzufinden suchen. Dazu kommt, daß im Gebiet des Indischen Ozeans alle Großmächte der Erde durch ihre Kolonien oder durch wirtschaftliche Interessengebiete Grenzen mit dem britischen Reich gemeinsam haben, so daß sich hier von jeher infolge der Vielseitigkeit der Widerstände die Abwehr besonders schwierig gestalten mußte. England konnte sich daher, je stärker der von jenen Mächten infolge der weltpolitischen Konstellation ausgehende politische und wirtschaftliche Druck wurde, nicht mehr mit einzelnen Stützpunkten begnügen. Es mußte vielmehr versuchen, die durch die Natur vorgezeichneten Gefahrenlinien selbst so weit wie irgend-

[1]) Im Sinne unserer Betrachtung kann der schleusenlose Suezkanal als natürlicher Durchgang aufgefaßt werden.

möglich in rein britisches Gebiet oder doch mindestens in völlig unter britischem Einfluß stehendes Gebiet einzubetten. Dieses Bestreben, von der punkthaften zur flächenhaften Sicherung der am meisten bedrohten Eingangspforten mit ihrem Vor- und Umgelände überzugehen, ist das Kennzeichen der imperialistischen Politik Englands zum Schutze des indischen Reichskernes. Aus diesen Erwägungen heraus sind die von außen kommenden Stoßrichtungen und gleichzeitig die Hauptgefahrenzonen der britischen Macht um den Indischen Ozean leicht festgelegt:

a) Die vorderasiatisch-ostmittelmeerische Reibungsfläche, die breiteste und angriffreieste,

b) die mittelafrikanische über Tsadsee- und Kongobecken,

c) die hinterindisch-ostasiatische, bisher noch am wenigsten zur Wirkung gekommene.

Sie traten nicht gleichzeitig in den Gesichtskreis der englischen Politik ein. Die erste entwickelte sich mit dem Hineinwachsen der britischen Politik in den Abschnitt des bewußten Imperialismus. Die englische Suezkanalpolitik war als ein Vorspiel aller weltpolitischen Machtfragen im Bereich dieser Zone zu betrachten. Die zweite mittelafrikanische Reibungszone wurde mit der „Kongofrage" geboren (1876) und erweiterte sich um 1880 durch die neue Richtung der französischen Kolonialpolitik im Sudan, durch des Deutschen Reiches und Italiens Eintritt in die Reihe der afrikanischen Kolonialmächte. Die dritte endlich entstand erst um die letzte Jahrhundertswende, als die beiden pazifischen Großmächte der Politik der europäischen folgten.

Die Landesnatur der alten Erdteile und ihre bisherige koloniale Erschließung gaben der antienglischen Politik der Großmächte in Afrika und Asien auch verschiedene Formen. In dem von den Küsten aus wirtschaftlich erschlossenen Afrika trug die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gegen die afrikanisch-britischen Machtpläne gerichtete Politik durchaus den Charakter der Widerstandspolitik, die die britischen Ziele durch Aufrichtung von äquatorial gerichteten Sperrzonen zu durchkreuzen versuchte; sie war also im ganzen abwehrend, nicht angreifend. In Asien dagegen nahm die antienglische Politik den Charakter der Stoßpolitik an mit dem Ziele, das Fortschreiten der peripherisch gerichteten britischen Macht

zu verhindern. Sie war also im Gegensatz zu den afrikanischen Verhältnissen in weit stärkerem Grade angreifend als abwehrend.

a) Die vorderasiatisch-ostmittelmeerische Reibungszone.[1])

Die vorderasiatischen politischen Probleme begannen bereits im Beginn des 19. Jahrhunderts, als das gesamte europäische Wirtschafts- und politische Leben mit der Entwicklung und Hebung der Technik eine völlige Umgestaltung erfuhr, bei allen theoretischen Erörterungen der Außenpolitik der europäischen Großstaaten mehr als bisher eine Rolle zu spielen. Sie beschränkten sich naturgemäß nicht auf den engen Raum, den wir heute als Vorderasien bezeichnen; es ist vielmehr die „orientalische Frage" im weitesten Sinne, die in den Brückenländern vom Abend- zum Morgenland aufgeworfen wurde und bald an diesen, bald an jenen Teil dieses zerrissenen, zwischenfestländischen Erdraumes sich heftete. Ihr Bereich erstreckt sich von den Ufern des Nils über die syrisch-arabische Wüstentafel und das iranische Hochland bis an den Gebirgsknoten des Pamir, vom Kaukasus bis an die südlichen Gestade Arabiens, von der südosteuropäischen Halbinsel, ihren Raum ganz umspannend, über den Bosporus, Kleinasien und Mesopotamien bis in den Persischen Golf und bis vor die Tore Indiens.

Die geographischen Grundlagen des südosteuropäisch-vorderasiatischen Erdraumes prägen ihm in jeder Beziehung den Stempel der Zerrissenheit und den jeder Einheitlichkeit abholden innigen Durchdringung durch wesenfremdeste Elemente auf. Der Kranz von Binnen- und Randmeeren, der ihn umschließt, eint in seinem Ring nach Bau und Entstehung völlig gegensätzliche Teile der Erdrinde; die Grundlagen der wirtschaftlichen Entfaltung und Kulturentwicklung der sie bevölkernden Menschen, wie Klima und Bewässerung, Pflanzen- und Tierwelt und die Schätze des Bodens, scheiden diesen Erdraum in schroff nebeneinander stehende Wirtschaftsgebiete; die Völker selbst, teils aus einem bunten Gemisch der hier zusammenströmenden Elemente erwachsen, teils in strenger ethnischer Isolierung, sind jedem politisch einigenden Bande hinderlich gewesen und haben immer aus sich selbst heraus oder durch äußere Einflüsse gedrängt, diese Fessel zu sprengen gewußt, eine Befreiung von einem Zwange, der letzten Endes im Widerspruch mit der ganzen Landesnatur dieses Erdraumes stand.

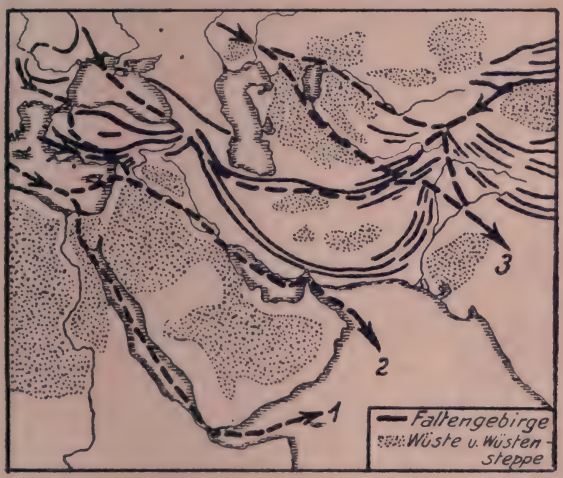
[1]) Vergleiche hierzu auch den vorhergehenden Abschnitt: Das Mittelmeergebiet.

Und doch hat gerade er hinwiederum Reiche auf seinem Boden erstehen sehen, welche Jahrhunderte lang große, nach entgegengesetzten Entwicklungsrichtungen weisende Teile einten und welche auf die Geschicke der Kulturmenschheit bestimmend und bis zu unseren Tagen anhaltend einwirkten: die antiken Reiche der Assyrer und Babylons, Mediens und Persiens, das Reich Alexanders des Großen, das oströmische Reich, das der Abassiden und endlich das Osmanische Reich. Politische Kraft und persönliches Geschick sind zweifellos Haupturſachen dieser politischen Machtentfaltung auf dem zerstückten Raume gewesen. Aber sie wären nicht in Wirksamkeit getreten, wenn nicht in dem Boden und der ihn belebenden Welt Kräfte geschlummert hätten, die dieser Machtentfaltung die feste Grundlage gegeben hätten. Aus dem natürlichen Raume heraus konnten die politischen Räume erwachsen.

In der Tat ist Vorderasien (in weitestem Sinne) als politisches Problem in erster Linie ein Problem des Raumes, insonderheit der geographischen Lage. Eingekeilt zwischen den Festlandsmassen der drei Erdteile, in die wie nirgends auf der Erde fünf Meere, das Kaspische, das Schwarze, das Ostmittelmeer mit dem Ägäischen, das Rote Meer und der Persische Golf, eingeschnitten sind, bildet es ein aus dem umgebenden Rahmen der gesamten Ostfeste herausgeschnittenes geographisches Individuum, das in seiner Gesamtheit keinem ihrer Glieder zugewiesen werden könnte. Alle greifen mit Eigentümlichkeiten ihres Wesens, die einst die Dreiteilung der Ostfeste rechtfertigten, in den Bereich dieses Erdraumes ein, der damit zu einem ausgesprochenen Grenzgebiet mit echtem zwischenfestländischen Gepräge wird. Man möchte ihn als gesonderten Zwischenerdteil bezeichnen. Eine feste Grenzscheide, die allen Wesensformen der drei Erdteile gemeinsam sein könnte, läßt sich nirgends in ihm ziehen. Die Rinne des Roten Meeres scheidet Arabien zwar als Raummasse zweifellos schärfer von Afrika als von Asien, aber weder in seinem geologischen Aufbau noch in seinen klimatischen und biogeographischen Eigentümlichkeiten ist es von ihm zu trennen. Die Becken des Ägäischen und Schwarzen Meeres faßt man in langer Gewöhnung als die strenge Grenzscheide zweier Kulturwelten auf, die sie in Wirklichkeit nicht bilden. Die „Ägäis" umschließt Griechenlands und Kleinasiens Küsten, und im tektonischen Bau hängen beide Halbinseln über die Inseln zusammen, die außerdem durch den mittelmeerischen Charakter ihrer Pflanzenwelt aufs engste verbunden sind, soweit die kleinasiatischen

Küstengebiete in Betracht gezogen werden. Die breite kaukasische Landbrücke zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer endlich ist von jeher als ein umstrittenes Glied zwischen Asien und Europa angesehen worden.

So greifen hier von drei Seiten die innigsten Wechselwirkungen ineinander und durchdringen sich gegenseitig, eine die andere befruchtend. Dennoch waren diese in die Brückenländer allseitig eingreifenden und einströmenden Einflüsse nicht von allen umrandenden Festlandsmassen gleichstark. Die horizontale Gliederung



Die natürlichen Verkehrsrichtungen durch Vorderasien nach Indien.
1 Suezweg (der „nasse" Weg), 2 Bagdad-Persischer Golfweg (der „trockene"), 3 Turanisch-iranische Wege.

und der Aufbau richteten einesteils Schranken auf, lockerten aber andernteils das Gefüge des Landes, so daß auf der einen Seite die von außen Einlaß heischenden Einflüsse bald eine Hemmung, bald aber eine wesentliche Förderung erfuhren. Ähnlich wurde umgekehrt den aus dem Brückengebiet ausstrahlenden Kulturwerten die Hauptrichtung ihrer Wirkungen durch die verschiedenartig gestaltete Auflockerung oder Sperrung der Umrandung gewiesen.

In der „potamischen" Welt des Euphrat und Tigris konzentrierte sich von jeher das gesamte Geistes- und Wirtschaftsleben der vorderasiatischen Völker. Hier liegt denn auch der Kern Vorderasiens, die natürliche schärfste Leitlinie, die den Zwischenerdteil in

diagonaler Richtung durchschneidet, die darum auch seine wichtigste verkehrs-, wirtschafts- und politisch-geographische Leitlinie aller Zeiten gewesen ist und zu allen Zeiten bleiben wird, solange weltpolitische Probleme in diesem Teile Asiens die Kulturvölker in Atem halten. Ihr gesellte sich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts eine zweite zu, morphologisch noch schärfer in die Augen springend, aber infolge ihrer wirtschaftlich geringwertigen Umwelt nur für die verkehrspolitischen, weniger für die wirtschaftspolitischen Verhältnisse Vorderasiens ausschlaggebend: die Rinne des Roten Meeres.

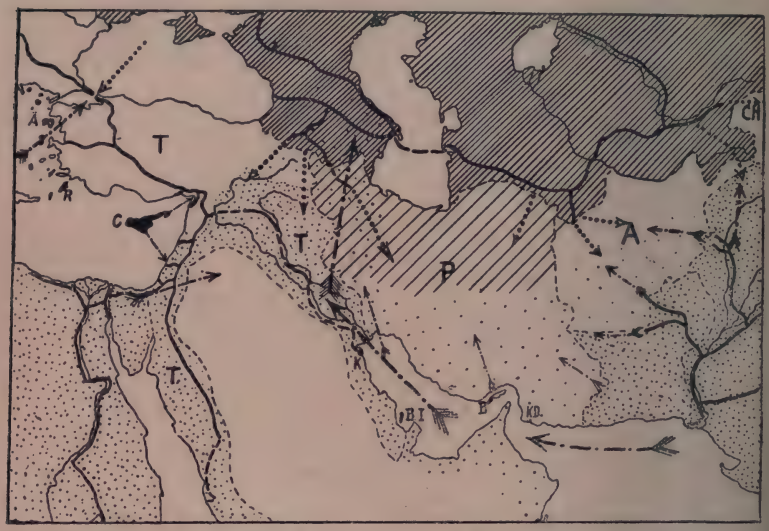
Beide verkehrsgeographische Hauptlinien vom Ostmittelmeer zum Indischen Ozean traten in den Gesichtskreis der englischen Politik, als der bereits in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts einsetzende Vormarsch Rußlands gegen Indiens Nordumrandungen in England den Plan reifen ließ, einen unabhängigen Weg nach seinem indischen Besitz sich zu bahnen. Beiden, „dem trockenen" und „dem nassen", wendete man die gleiche Aufmerksamkeit zu, bis das Urteil zugunsten zunächst des „nassen" mit dem Bau des Suezkanals zwangsweise für England gefällt wurde, ohne daß man doch den Plan des „trockenen", des „Bagdadweges", ganz aus dem Auge verlor.

Deutschlands Vordringen auf diesem Weg um die Jahrhundertwende ließ dann jenes Wort in England erklingen, daß der deutsche Vormarsch zum Persischen Golf die „indische Festung" bedrohe, die daher in Mesopotamien durch ein starkes „Glazis" zu schützen sei. Für Englands Macht „im mittleren Osten" wurde das Schlagwort Curzons von „Kairo bis Kalkutta" das Kennzeichen des politischen Programms. Die Beherrschung des Persischen Golfes, „Indiens maritimer Grenze", durch die Bahrein-Inseln und Kuweit, ferner die wirtschaftliche Vorzugsstellung in Syrien und zum Teil in Mesopotamien, die Beherrschung des Roten Meeres und Südarabiens, endlich 1907 die Lösung der „persischen Frage" zwischen Rußland und ihm zu seinem Gunsten hätten auch ohne Deutschlands und der Türkei Mißerfolg England die Durchführung des Programms mit ziemlicher Sicherheit ermöglicht, wenn auch vielleicht nur mit manchen Zugeständnissen Deutschland gegenüber in anderen Gebieten. Heute hat England die Kraftlinien von den Gestaden des Ostmittelmeeres über Mesopotamien bis tief nach Indien hinein fest in seiner Hand. England erkannte vor und während des Krieges sehr wohl die Gefahr, die ihm hier im Zwischen-

Der „nasse" und der „trockene" Weg Englands nach Indien, Die deutsche Wirtschaftskraftlinie (1898—1914) nach der Türkei und Vorderasien.

erdteil, dem Bindeglied zwischen Mutterland und Indiameerreich, drohte. Es war nicht zuviel behauptet, wenn man darauf hinwies, daß sich in dem letzten Jahrzehnt das englische weltpolitische Denken in erster Linie auf diesen Teil seines Weltreiches konzentrierte. Keine andere Machtfrage an den Grenzen seines Reiches hatte es so eifrig und so kräftig angepackt und ihre Lösung erzwingen wollen, wie die vorderasiatische. Es gibt nunmehr weder eine deutsch-

indische noch eine russisch-indische Gefahr, wie es ebensowenig mehr eine orientalisch-anatolische Frage für uns noch eine persische Frage für Rußland gibt. England und Frankreich werden allein die Lösung der verwickelten Probleme in die Hand nehmen. Ob sie nach Ausschaltung Deutschlands und Rußlands freilich sich einfacher gestalten wird, muß zunächst unentschieden bleiben. Es sei aber darauf hingewiesen, daß die syrische Frage zweifellos mindestens ebenso viel Konfliktsstoffe zwischen



Die vorderasiatisch-ostmittelmeerische Reibungszone (1914).
Engpunktiert: englischer Besitz; weitpunktiert: unter englischem Einfluß; engschraffiert: Rußland; weitschraffiert: unter russischem Einfluß; gestrichelte Pfeile: englische Stoßrichtungen; punktierte Pfeile: russische Stoßrichtungen.

England und Frankreich birgt, wie ihn die Teilung des türkischen Raubes in Kleinasien, Armenien und auf den Inseln hervorrufen wird. Englands weltpolitischer Kernsatz wird stets die Sicherung des Suezkanals sein müssen. Mit der Errichtung eines „unabhängigen" zionistischen Staates in Palästina werden am Mittelmeergestade im allgemeinen seine Wünsche erfüllt sein. Denn „unabhängig" bedeutet hier natürlich wie so oft „von Englands Gnaden". Er ist ein sicheres Bollwerk als nordöstlicher Flankenschutz Ägyptens, der gleichzeitig trotz eines französischen Küstensyriens die Verbindung mit Mesopotamien und dem Persischen Golf aufrechterhält.

Das Kairo-Kalkuttaprogramm ist durchgeführt, Vorderasien hat als die „weltpolitische Schnittfläche“[1]) mit dem Ausscheiden Deutschlands und Rußlands aus dem politischen Machtbereich der Brückenländer aufgehört zu bestehen. Es ist zunächst nicht zu befürchten, daß der englischen Machtstellung an dieser Stelle eine Bedrohung erwächst.

b) Die (mittel)afrikanische Reibungszone.

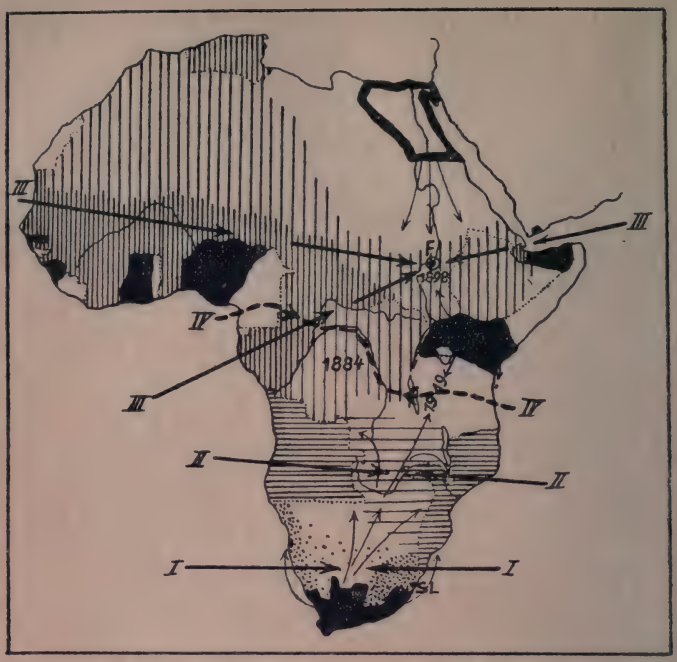
Afrika ist erst mit Beginn der imperialistischen Geschichtsperiode im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts politisch entdeckt worden, als gleichzeitig Stanleys Forschungsreisen die Wirtschaftswerte des Erdteils zeigten. Für die nun einsetzende Aufteilung Afrikas war das Jahr 1876 das entscheidende, wenn auch die Wirkungen der Ereignisse dieses Jahres erst seit 1885 klar in Erscheinung traten.

Nach 1876 rief die unmittelbar aus der neuen Erkenntnis durch Stanleys Reisen sich ergebende Gründung des Kongostaates bei den europäischen Völkern eine so plötzlich einsetzende, mit Hast und Eile betriebene Kolonisationstätigkeit hervor, wie sie sonst nirgends auf dem Erdball beobachtet worden ist. Man konnte geradezu von einem Kolonialfieber sprechen. Erst um 1890 setzte wieder eine ruhigere Entwicklung ein, wozu das allmähliche Aneinanderrücken der europäischen Besitzteile im Innern des Erdteils von selbst führte. Eine kurze Tabellenübersicht wird mit der Karte die Vorgänge am besten klären.

Im Zeitalter des Imperialismus sind in der politischen Entwicklung und Aufteilung Afrikas seit dem „Vorabend der Entdeckung des Kongo“ — 1876 — (Supan) vier Perioden zu unterscheiden:

1. Von den Entdeckungen Stanleys bis zum Eintritt des Deutschen Reiches in die Reihe der Kolonialmächte (1884) und zur Gründung des Kongostaates (1885).
2. Von da bis zu den Vertragsjahren 1890/91.
3. Von da bis zur endgültigen Entscheidung zwischen den beiden wetteifernden Hauptkolonisatoren Afrikas, England und Frankreich, (Faschoda 1898) und der fast gleichzeitigen Vernichtung der Burenstaaten.
4. Von da bis zum Ende des Weltkrieges mit dem Ausscheiden Deutschlands als afrikanischer Kolonialmacht.

[1]) Dix, Die weltpolitische Schnittfläche. Pet. Mitt. 1915.



Politische Sperren (1884—1919) gegen die britische Kap-Kairolinie. *I* Deutsch-burische Sperre 1884—86, territorial erstrebt, *II* Portugiesische Sperre 1886—90, desgl., *III* Französische Sperre (1884—86), 1896—98, dsgl., *IV* Deutsch-mittelafrikanische Sperrlinie 1911—14, nicht territorial, nur verkehrs- und handelspolitisch erstrebt — 1884: Vorkaufsrecht Frankreichs auf d. Kongostaat gem. d. Kongoakte — 1898. F.: Räumung Faschodas seitens der Franzosen, S. L.: Versuchte deutsche Erwerbung d. S. Luciabucht. — Die großen Pfeile bezeichnen die Hauptstoßrichtungen, die kleinen die Richtungen der englischen Gegenstöße.

Diesen vier Entwicklungsperioden entsprechen einerseits die eingezeichneten Sperrzonen, die sich der Durchführung des britischen Nordsüdplanes in den Weg stellten und deren Entstehung sich aufs engste an bedeutsame politische Ereignisse auf afrikanischem Boden stützten, andererseits die angegebenen Gegenstöße Englands wider diese versuchten ostwestlichen Sperren.

I.	II.
Sperrbewegungen.	Englische Gegenmaßnahmen.
Zu 1: Entwicklung der Burenstaaten: Versuchte Besetzung der Delagoabucht 1875. — Befreiungskampf 1880/81. —	Zu 1: Besetzung des Westgriqualandes 1871, Delagoabucht an Portugal 1875. — Erste Einverleibung Transvaals in die Kapkolonie 1877. — Besetzung der Walfischbai 1879.

Peters' Angebot an die deutsche Regierung, i. Matabeleland deutsche Kolonie zu gründen 1883/4. — Begründung Deutsch-Südwestafrikas 1884. — Deutscher Erwerb der St. Luciabucht Nov. 1884.

Zu 2: Portugals Bestrebungen zur Vereinigung seiner Kolonien Angola und Mozambique: Reisen Capellos und Ivens 1884/85. — Vertrag mit Deutschland 1886.

Zu 3: (Räumung des Sudan durch England 1883). — Besetzung von Obok 1884. — Frankreichs Vordringen im Sudan von Westen her. — Anerkenntnis des französischen Vorkaufsrechtes auf das Kongogebiet auf der Berliner Kongokonferenz 1885.

Deutsch-französischer Kamerunvertrag betr. Sangagebiet 1894.

Liotards Vordringen im Bahr-el-Ghazal 1896. — Unabhängigkeitserklärung Abessiniens 1896.

Verständigung 21. 3. 99: Nordwestafrika: französisches Interessengebiet.

Zu 4: Festigung und Erweiterungsbestrebungen des deutsch-afrikanischen Besitzes: Festlegung der Grenzen Deutsch-Ostafrikas 1890 und Kameruns. — Marokkofrage 1905/07.

Besetzung von Betschuanaland 1885, Grenzen: 22° n. Br., 20° ö. L., damit Keil nach Norden.

Zu 2: Übertragung der Bergbaukonzessionen an die britisch-südafrikanische Gesellschaft (Rhodes) 1888. — Besetzung von Matabele- und Maschonaland 1890.

Zu 3: Begründung von Britisch-Somaliland 1884. — Ostsudan englisches Einflußgebiet 1884. — Erteilung von Hoheitsrechten an die britisch-ostafrikanische Gesellschaft 1886. — Besetzung Aquatorias 1888.

Erpachtung des 25 km-Streifens zwischen Tanganijka- und Albert-Eduard-See 1894 (Wiederaufgabe Ende 1894).

Wiedereroberung des Sudan (Kitschener) 1896. — Aufgabe von Faschoda seitens der Franzosen, Besetzung durch die Engländer 1898.

Verständigung 21. 3. 99: Nordostafrika: englisches Interessengebiet.

Zu 4: Erwerb Sansibars 1890. — „Germaniam esse delendam" (Saturday Review 11. 9. 97). — Conventions Anglo-Belges, Übergang des Kongostaates aus den Händen des belgischen Königs an den belgischen Staat. — Begründung der südafrikanischen Union.

Neue Marokkokrise 1911: Erwerb der „Kamerunfühler". — Bau der ostafrikanischen Mittellandbahn. — Plan eines deutsch-belgischen Wirtschaftsabkommens in Innerafrika. —	Besetzung von Katanga, Bau der südafrikanischen Bahn bis in den Kongostaat. —
Ende der Sperrbewegungen 1914.	Wegnahme der deutschen Kolonien 1919.

A. Supan, Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien. Gotha 1906. S. 263—289. — Wütschke, Sperrlinien wider die britische Kap—Kairolinie. Geogr. Anz. 19, 1918, S. 137—141. — Derſ., Deutschland und England in Afrika. Grenzboten 1917, S. 342 ff.

Geographisch bedeutsam ist die Tatsache, daß die im Widerspiel der politischen Streitfragen auftretenden Gegensätze lediglich den Boden Afrikas östlich vom 10^0 östl. L. v. Gr. betrafen. Der politische Schwerpunkt rückte also seit 1876 für England von der atlantischen Seite Afrikas zur indischen, wo, abgesehen von Natal, die englische Flagge bisher nicht wehte. Die südafrikanische Frage, die Innerkongo- und die Ägyptenfrage beherrschten die afrikanische Politik der Kolonisationsmächte nunmehr durchaus entscheidend.

Diese Verlegung des politischen Schwergewichtes in die Osthälfte, nach der indischen Seite des Erdteils, beruhte im wesentlichen darauf, daß England in ihr die drei Hauptstützen seiner afrikanischen Macht aufrichtete, die alle als Ausgangspunkte seiner Vorstöße gegen das Erdteilinnere in Frage kamen. Von ihnen aus galt es, im Sinne der Curzonschen vorderasiatischen Glazistheorie, auch in Innerafrika ein westliches Festungsglazis um den Indischen Ozean zu legen. Von Ägypten aus war seit 1882 die Möglichkeit leicht gegeben, nilaufwärts nach Ost- und Innerafrika vorzudringen. Von Ostafrika und Kapland führten fast gleichzeitig die Kräftelinien binnenwärts, um sich möglichst im Inneren Afrikas zu vereinen und von da wiederum allseitig zur Küste ab- und zurückzustrahlen. In diesen drei Ausgangspunkten der britisch-afrikanischen Einheitsbestrebungen lagen die politischen Kraftquellen, von denen der lebendige Strom das ganze Festland überfluten sollte.

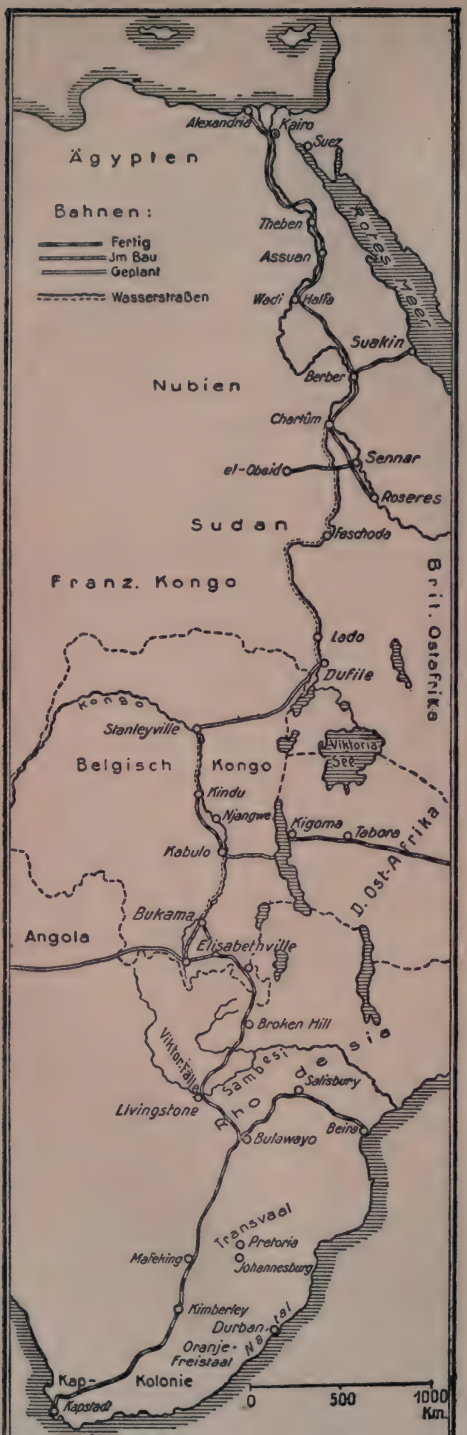
Nach der Vertreibung Deutschlands aus Afrika scheint das afrikanische Festland, abgesehen von der noch nicht ruhenden Marokkofrage, von weltpolitischen Erschütterungen in der Gegenwart und auch für die nahe Zukunft verschont zu sein. Die beiden Großkolonisationsstaaten England und Frankreich besitzen $^3/_4$ des gesamten Erdteils; ihre kleineren Mitkolonisatoren Belgien, Portugal, Spanien

und Italien und die beiden einzigen noch selbständigen Staaten Abessinien und Liberia müssen sich mit ¼ begnügen. Von einer Selbständigkeit politischen Handelns dieser Staaten kann aber keine Rede mehr sein. Portugals und Belgiens Kolonialbesitz ist völlig in französische und englische Abhängigkeit geraten; vielleicht folgt der wirtschaftlichen Auffaugung bald auch die territoriale; Italiens und Spaniens Besitzungen sind im ganzen nicht begehrenswert, würden aber einem politischen Stoß nicht standhalten können; Liberia steht unter dem Schutz der Vereinigten Staaten; nur Abessinien ist noch keinem Zwang unterworfen. Aber seine Einkeilung in englisches Gebiet wird ihm die Selbständigkeit entziehen, wenn es auch durch seine Lage im Hochland eines natürlichen Schutzes sich erfreut. Die hohen Wirtschaftswerte des Landes, die Beherrschung der als Wasserspender für Ägypten so wichtigen Wasserläufe des blauen Nils und seiner Nebenflüsse und die mit seinem Besitz erreichbare Abrundung Britisch-Ostafrikas werden aber zu gegebener Zeit sein Schicksal besiegeln.

Das Verhältnis zwischen England und Frankreich scheint augenblicklich in Afrika ungetrübt. Seit Frankreichs Rückzug von Faschoda (1898) war die reinliche Scheidung der beiderseitigen Interessengebiete vollzogen. Frankreich begnügte sich mit dem Ausbau seines nordwestafrikanischen Kolonialreiches, England führte ohne Widerspruch Frankreichs sein politisches Programm in Süd- und Ostafrika bis Ägypten durch. England wird bei seiner überragenden wirtschaftlichen Stellung in Afrika — Frankreichs Besitz schließt den größten Teil der Wüsten- und Steppengebiete der Sahara und des Sudan ein! — keinen Anlaß sehen, sich politisch in Westafrika Reibungsflächen gegen Frankreich zu schaffen und auch Frankreich wird vermutlich bei seiner festen Bindung in die europäische Politik keine innerafrikanischen politischen Machtfragen aufrollen.

Eine andere Frage ist freilich die, wieweit der durch Englands und Frankreichs Verhalten in Afrika während des Krieges hervorgerufene Haß der schwarzen gegen die weiße Rasse sich auswirkt. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß der afrikanische Rassenhaß unter dem Sammelruf „Afrika den Afrikanern" zu weltpolitischen Schwierigkeiten führen kann.

Die afrikanischen Machtfragen sind durch den Ausgang des Krieges zu Englands Gunsten entschieden. England hat sich nicht nur die wirtschaftlich wertvollsten Teile des ehemaligen deutschen Kolonialbesitzes gesichert; es hat auch damit den letzten Querriegel



auf dem Boden des ostafrikanischen Seenhochlandes zerbrochen und freien Durchgang von Nord nach Süd erhalten. Das politische Programm: Ostafrika vom Kap bis zum Roten Meer englisch, ist völlig erreicht, das Verkehrsprogramm unter dem Schlagwort Kap—Kairo zunächst nur erst unter Zuhilfenahme des belgischen oberen Kongo- (Lualaba)-Gebietes. Aber bei der britischen Durchdringung des östlichen Kongostaates seitens Englands ist die völlige Anglisierung des Südkongostaates bis zum Tanganjikasee nur noch eine Frage der Zeit.

Der ostafrikanische Machtblock Englands vom Kapland bis Ägypten ist zusammengeschweißt und hat, wie der südasiatische Block im Norden, die volle britische Umrandung im Westen des „Indiameerreiches" vollendet.

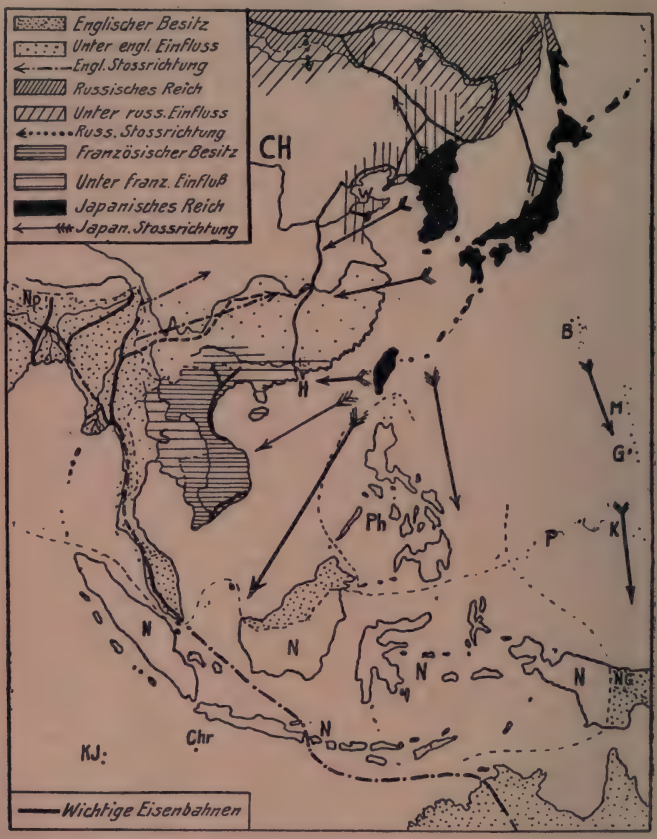
c) Die hinterindisch-ostasiatische Reibungszone.

Zwischen dem Machtblock des indischen Kaiserreiches und Australien

öffnet die ostindische Mittelmeerbruchzone das breiteste Tor in der Festlandsumrahmung des Indischen Ozean. Gänzlich verschieden gestaltet sind die beiden Torpfeiler. Der nördliche, von der hinterindischen Halbinsel gebildete, unterscheidet sich in seiner Lage, seinem Aufbau und seinen Bevölkerungsverhältnissen so wesentlich von dem südlichen, daß seine politische Wirkung die des australischen völlig zurückdrängt. Die zwischen dem Ostende des Himalaja und der südwestchinesischen Gebirgsmasse aus Innerasien herausquellenden Äste der innerasiatischen Gebirge haben ein gewaltiges Parallelsystem natürlicher Schutzmauern aufgerichtet, die den indischen von dem südmongolisch-chinesischen Kulturkreis scheiden. Aber zu keiner Zeit in der Geschichte der hinterindischen Halbinsel sind diese Trennungsmauern ein unübersteigbares Hindernis engster Beziehungen gewesen. Wenn es auch den seit dem 1. Jahrhundert n. Chr. mehrfach sich wiederholenden Chineseneinfällen niemals gelungen ist, die indische Kultur in Burma ernstlich zu beeinflussen oder gar zu verdrängen, so erhellt doch aus dieser Tatsache, daß die natürliche Gestaltung des Wurzelendes der Halbinsel weltpolitische Machtfragen in ihrem Gebiet wohl zu erschweren, niemals aber völlig auszuschalten imstande sein wird. Weiter im Süden, wo die äußeren Ketten der Gebirge verschwinden und die mittleren sich in der Halbinsel Malakka fortsetzt, entwickelten sich die weltpolitischen Probleme in verschärftem Maße, weil hier doch die Berührung der Interessen ungleich mehr durch die Landesnatur begünstigt wurde. Die schließliche Auflösung der hinterindischen Ketten in der ostindischen Inselwelt öffnet dann dem Zusammenstoß weltpolitischer Machtfragen gänzlich die freie Bahn aus dem Bereich des Großen Ozeans in den des Indiameerreiches.

Der britischen Politik ist es bisher gelungen, den Westteil der Halbinsel in ihre Macht zu zwingen. Doch spinnen sich bereits starke Fäden über die Gebirgsmauern hinüber nach Südwestchina, insbesonders in die Grenzlande Yünnan, das die Brücke zu bilden berufen ist zwischen Indien und dem reichen Gebiet des mittleren Jantsekiang. Schon seit dem französisch-chinesischen Krieg (1885) rückte es von Niederburma aus gegen den chinesischen Süden vor und sicherte sich bereits im folgenden Jahre mit Oberburma ein breites, gebirgsgeschütztes Ostglazis Indiens. Seitdem haben Bahnbauten im Brahmaputra-, Irawadi- und Salwental das Gebiet wirtschaftlich und politisch bis zur chinesischen Grenze erschlossen. Der kurz vor dem Kriege abgeschlossene chinesisch-englische Vertrag

über den Bahnbau im südwestlichen China (Hankou, Schischi, Tschangtö, Kweijang, Yünnanfu) ist die verkehrspolitische Ergänzung, die England den Schritt aus Indien nach seinem Interessengebiet in Südchina außerordentlich erleichtert und ihm die Mög-



Die Hinterindisch-ostasiatische Reibungszone.

lichkeit einer baldigen Durchführung seines imperialistischen Bahnprogramms Nil—Indien—Jangtsekiang in Aussicht stellt. Liegen doch die beiden Bahnköpfe Kun-long am Salwen und Yünnan nur etwa 450 km entfernt. Es darf nicht verkannt werden, daß durch dieses starke Vordringen Englands von Indien aus sehr leicht ein Gegenstoß Japans hervorgerufen werden könnte, das schon lange mit scheelen Augen der britischen Ausdehnung in Südchina zusieht.

Den Ausbau des indischen Machtblocks nach Nordosten ergänzt der nach Südosten. Vom indischen Reich reckt sich die nahezu völlig unter britischer Herrschaft stehende Landzunge der Malaiischen Halbinsel dem australischen Machtblock entgegen. Nur Siam setzt noch zaghaft seinen Fuß auf einen Streifen ihres Bodens. Aber auch hier wird die Tragödie des politisch von Frankreich und England geknebelten und zerstückelten Siam bald mit ihrem letzten Akt einsetzen und die ganze Halbinsel in Englands Hände bringen.

Dennoch wird Malakka und Singapur kein Besitz sein, „der fest im Leibe des britischen Weltreiches säße" (Hettner); denn hier liegt das Haupteinfallstor, durch das die europäische Weltkultur zum Großen Ozean und nach Ostasien einbrach. Diese Tatsache und der tropische Reichtum der hinterindischen Halbinsel in Verbindung mit ihrer bedeutsamen Ecklage an der Grenzscheide zweier Erdteile und Weltmeerbecken lassen erwarten, daß auf dem weltpolitischen Schauplatz des fernen Ostens dieser Rand des Indiameerreiches eine der wichtigsten Rollen spielen wird. Dann wird nicht nur Hinterindien, sondern vielleicht noch mehr das benachbarte Niederländisch-Ostindien den politischen Stürmen ausgesetzt sein.

Die Inselwelt bildet bislang den festesten Einschub nichtbritischen Gebietes an den gesamten Umrandungen des Indischen Ozeans. Freilich kommt ihm vom englischen Standpunkt aus nicht die gleiche politische Bedeutung zu wie etwa vor dem Kriege Deutsch-Ostafrika im britisch-afrikanischen Machtblock oder Mesopotamien im vorderasiatischen, weil vom Besitzerstaat der Inseln eine Durchkreuzung der englischen Machtpläne nicht droht. Die von Singapur durch Niederländisch-Indien zur Nordküste Australiens hinüberschwingende britische Kraftlinie kann in diesem nichtbritischen Durchgangslande keine politische Gegenwirkung auslösen, weil die Verbindung des Gebietes mit dem Mutterlande, ganz abgesehen von dessen politisch-strategischer Ohnmacht, nur von Englands Gnaden aufrechterhalten werden kann. Hier liegen also die Dinge wesentlich anders als in Mittelafrika, wo die britische Kraftlinie den Boden Deutsch-Ostafrikas zu streifen versuchte, oder als in Mesopotamien, wo sie mit der deutschen, zum Orient vorstoßenden Kraftlinie zusammenprallte.

Wohl aber können mittelbar die Inseln eine Gefahr für das britische Indiameerreich werden. Wie Klippen sperren sie die breite Meeresstraße zwischen Asien und Australien und hindern den freien Durchlaß von dem Indischen Weltmeer zum Großen

Ozean. An ihnen werden in Zukunft die Wogen politischer Hochfluten anprallen, die von Norden nach Süden streben und von Westen nach Osten. Daß die überreich mit Schätzen gesegnete Inselwelt sich auf Java bereits zu einer von keiner anderen tropischen Kolonie der Erde erreichten wirtschaftlichen Vollblüte entwickelt hat, die zu erlangen auch andere Teile nicht mehr fern sind, macht den Besitz der Sperrinseln an einer der bedeutsamsten Hochstraßen des Weltverkehrs besonders für die Staaten begehrlich, die die Lösung der pazifischen Machtfragen in Zukunft herbeiführen müssen. Das kleine Holland wird dann schwerlich den Stürmen standhalten können, wenn es sich auch augenblicklich noch des ungetrübtesten Besitzes seiner Kolonien erfreuen kann.

Denn die japanische Begehrlichkeit nach Machtstärkung durch Landbesitz ist schon weit über Formosa nach Süden hinausgedrungen. Die Philippinen, vor allem aber die wirtschaftlich weit entwickelteren niederländischen Inseln sind Japan schon längst ein begehrenswertes Ziel. Hier rückt die „japanische Gefahr" sehr viel unmittelbarer an die britisch-indische Vormachtstellung heran, als es etwa in Südchina der Fall sein könnte.

Die näheren Vorgänge in dieser Gefahrenlinie des britischen Weltreiches sind in Dunkel gehüllt, seit durch den Krieg die ostasiatischen Verbindungen unterbrochen oder doch einseitig unter englische Beaufsichtigung gestellt waren. Daß die japanische Sehnsucht nach diesem ostasiatischen Eingangstor aber bis jetzt nicht entschwunden, sondern eher verstärkt worden ist, beweisen — selbst wenn es sich nur um Tatarennachrichten handelt — die neuerlich gegen die niederländisch-indische Regierung selbst gerichteten japanischen Hetzen, die den Eingeborenen im Falle eines Aufstandes japanische Hilfe versprachen. In der Tat würde der japanische Besitz der Inselwelt dem Einbruch in das Indiameerreich, sowie einer Entwertung Singapores, vor allem aber Hongkongs, gleichkommen.

Wie weit die während des Krieges auftauchenden Nachrichten japanischen Begehrens nach Französisch-Indochina als Ausgleich für Waffenhilfe und nach Portugiesisch-Macao auf Wahrheit beruhten, ist nicht festzustellen. Aber die Tatsachen würden voll in den Rahmen der jüngsten japanischen Weltpolitik hineinpassen. Aber die Entwicklung der ostasiatischen Verhältnisse, die infolge des Krieges eine für Japan durchaus günstige und erwartete Wendung zu nehmen scheint, läßt doch den Schluß zu, daß der Gegensatz

England-Japan trotz aller Freundschaftsbeteuerungen weiter besteht und in Zukunft vielleicht noch an Schärfe zunehmen wird. Die von Japan geforderte und ihm zugestandene Besitznahme der ehemaligen deutschen Kolonien der Südsee wird eine außerordentliche Stärkung seiner Stellung vor dem indischen Osttore bedeuten. Solange die Philippinen sicher in amerikanischen Händen sind, bilden sie zweifellos für England ein sehr willkommenes Bollwerk gegen einen japanischen Vorstoß nach der Ostindienstraße. Japan dürfte schwerlich seine Wünsche nach Niederländisch-Indien in die Tat umzusetzen versuchen, solange es den amerikanischen Inselbesitz als drohende Rückensperre hinter sich weiß. Durch den Vorstoß Japans aber auf den ehemals deutschen Besitz wird die usamerikanische Machtstellung auf den Philippinen stark geschmälert, wenn nicht gar ganz zunichte gemacht. Damit hätte Japan politische Handelsfreiheit im südchinesischen Meere gewonnen, die für Englands Indiameerreich die stärkste Bedrohung sein müßte.

Hier würde auch Australien, die Hauptstütze des englischen Ostblocks um den Indischen Ozean, kaum helfend eingreifen können. Bis heute liegt er allerdings gesichert da. Keine Großmacht kann England bis heute hier die Herrschaft streitig machen. Die entfernte Lage am äußersten Zipfel der Landmasse der Alten Welt läßt eine unmittelbare Gefährdung kaum denkbar erscheinen. Doch wird der Wert dieser östlichen Machtstütze dadurch erheblich herabgesetzt, daß es seine wirtschaftlich und politisch entwickeltste Seite dem Großen Ozean zukehrt und es dem Indischen sozusagen den Rücken oder doch nur, um im Bilde zu bleiben, einen Teil seines Antlitzes zuwendet. Immerhin wird England Australien solange als Machtblock mit in Rechnung setzen können, als es ihm gelingt, hier unumschränkt Herr zu bleiben und die wirtschaftliche und politische Verbindung vom Mutterland aus über das Mittelmeer und den Indischen Ozean oder über den Atlantischen Ozean, über Kanada und den Großen Ozean aufrechtzuerhalten. Bricht ein Glied aus dieser Verbindungskette heraus oder wird die Linie sonst gefährdet, so erscheint auch der Bestand des britisch-australischen Reiches in Mitleidenschaft gezogen, nicht nur deshalb, weil dann die jetzt schon vielfach vorhandenen Selbständigkeitsbestrebungen zum Ziele führen könnten, sondern noch mehr deshalb, weil dann voraussichtlich Japan, das heute nach Australien nur mit Blicken liebäugelt, etwas begehrlicher seine Arme nach Süden ausstrecken könnte.

Auch hier im Osten des Reiches sucht England seiner politischen Stellung ein festes Rückgrat zu geben, eine festländische Kraftlinie zu legen in Gestalt einer Verkehrsverbindung mit den beiden Stützpunkten Kalkutta-Sydney. Sie ist im Norden im Anschluß an das südasiatische Mittelstück des umrandenden Verkehrsnetzes gedacht. Doch liegen zunächst nur Bruchstücke fertig vor, denen die Vereinigung mit Indien noch fehlt. Ebenso hat die von Rangun südwärts weisende Linie noch nicht die Verbindung mit der ihr von Singapore aus entgegenkommenden aufnehmen können, die aber doch schon bis Georgetown gegenüber Penang gediehen ist. Die Schließung beider Lücken dürfte aber nur noch eine Frage kurzer Zeit sein. Der größte freie Raum liegt zwischen Singapore und Nordaustralien; aber die Ziele sind auch hier bereits vorgezeichnet; er wird künftig neben dem schon bestehenden Kabel durch eine ständige Schiffsverbindung von Singapore über die ostindische Inselwelt zum nordaustralischen Haupthafen Port Darwin überbrückt werden (s. folgende Skizze).

Es scheint, als ob hier im fernen Osten eine „neue Orientkrise" sich zu entwickeln beginne, die in weit höherem Grade auf die gegenseitigen politischen Verhältnisse der Großmächte zurückwirken muß, als die in engerem Rahmen sich abspielende um den Besitz Konstantinopels, der Türkei und der Balkanländer, weil sie nicht eng umgrenzte Machtfragen umspannt, sondern weil sich weittragende weltpolitische Aussichten an sie knüpfen. England wäre gezwungen, sich an ihrer Lösung nächst Japan und den Vereinigten Staaten in erster Linie zu beteiligen. Die Gefahrenzone und Reibungsfläche an der Ostumrandung des Indischen Weltmeeres muß ihm als eine neue, weit größere „weltpolitische Schnittfläche" für den Bestand seines Indiameerreiches nicht minder bedenklich erscheinen als die einstige vorderasiatische. Sein oder Nichtsein der britischen Vormachtstellung um den Indischen Ozean und damit seines ganzen Weltreiches überhaupt ruht in der nächsten Zukunft nicht zuletzt auf der glücklichen Abwehr der an dieser südostasiatischen Einbruchstelle drohenden Gefahren.

So wird das „Indiameerreich" durch drei Kraftlinien fest umspannt und zusammengehalten: durch die afrikanische vom Kap bis Kairo, durch die südasiatische von Kairo bis Singapur und durch die hinterindisch-australische von Singapur bis Sydney. So gesichert damit die englische Herrschaft um den Indischen Ozean erscheint, so werden doch immer jene innen- und außenpolitischen Kräfte eine

stete Gefahr sein, welche vermöge der geographischen Lage und der Bevölkerungszusammensetzung des „Indiameerreiches" sich geltend machen. Grade je fester die politische Zusammenfassung geschieht, um so kräftiger werden die inneren Spannungen sich

Das britische „Indiameerreich".

Eng schraffiert: engl. Besitzungen bis 1914; weit schraffiert: unter engl. Einfluß bis 1914; punktiert: infolge des Krieges annektierte oder unter englischen Einfluß genommene Gebiete. — Die vollendeten oder geplanten Kraftlinien der Umrandung sind durch ausgezogene Linien bezeichnet.

Freiheit erringen wollen und um so lastender wird der Außendruck spürbar werden, der namentlich vom Großen Ozean her gegen diesen gewaltigen britisch-osthemisphärischen Machtblock sich richtet.

Literatur.

Curzon, „The Place of India in the Empire". London 1909. Deutsch: Zeitschr. f. Kolonialpolitik, -recht und -wirtschaft 1910, Heft 4.

A. Philippson, Das Türkische Reich. Eine geographische Übersicht. (Deutsche Orientbücherei 12.) Weimar 1916.

C. A. Schäfer, Die Entwicklung der Bagdadbahn-Politik. Deutsche Orientbücherei. Nr. 17. Weimar 1916.

Englische Dokumente zur Erdrosselung Persiens. Berlin 1917.

M. Grulow, Das Ringen Rußlands und Englands in Mittelasien. (Rußland in Asien, Bd. X.) Berlin 1909.

K. Dove, Wirtschaftsgeographie von Afrika. Jena 1917.
E. Obst, Die Vernichtung des deutschen Kolonialreiches in Afrika. Eine Untersuchung der politisch-geographischen Struktur des schwarzen Erdteils nach dem Gewaltfrieden von Versailles. Berlin 1921.
P. Leutwein, Das englische Kolonialreich in Afrika. Weltwirtschaftl. Archiv. XVII. Bd. 1922. Heft 3 und 4.

A. Schachner, Australien in Politik, Wirtschaft und Kultur. 2 Bde. Jena 1911.

C. Der Kampf um den Großen Ozean und um Ostasien.

> Es wird eine Zeit geben, da wird die große Flagge der Zukunft in Amerika entfaltet sein. Dann gibt es vielleicht ein England des Stillen Ozeans, der dann lebendig sein wird. Wir nennen's heute Japan und stehen davor wie vor einem dunklen, stummen Rätsel. In jener Zeit werden gewaltige neue Nationen auf riesenhaften Schiffen zwischen den Ufern Asiens und Amerikas verkehren, wie jetzt zwischen Hull und Hamburg, Dover und Calais. Da wird die Zivilisation ihren Lauf um den Erdball vollendet haben, und die alte Europa, einst eine so schöne blühende Jungfrau, einst geliebt von Zeus, dem Götterkönig, wird dann ein vertrocknetes Mütterlein sein, das uralte und alte Schätze und Andenken in altväterischen Kommoden und Schränken und in der Schürze hält.
>
> (Wilhelm Raabe 1862.)

Man hat den Großen Ozean das Weltmeer der Zukunft genannt, nicht allein, weil noch Riesengebiete seiner Landumrandung der wirtschaftlichen Erschließung als Erzeugnis- und Absatzländer harren und weil sein ungeheurer Reichtum an nutzbaren Meerestieren den Gewinn riesiger Werte verspricht, sondern auch aus politischen Gründen. Zu den alten, an seinen Ufern Besitzerrechte ausübenden europäischen Mächten traten noch vor der Jahrhundertwende die beiden neuen seiner nördlichen Gegengestade, Japan und Usamerika, die als unmittelbare Anwohner bei weitem mehr Heimatsrechte auf seinen Wassern beanspruchen können als die europäischen Mächte. Schon hat der Kampf der neuen Mächte gegen die alten, die von ihnen nur als Eindringlinge betrachtet werden, begonnen. Der Russisch-Japanische Krieg war das erste Wetterzeichen nahender Stürme. Auch der Weltkrieg, der mit den

europäischen Völkern die meisten Anlieger des Großen Ozeans in seine Schranken zog und an den Gestaden des Ozeans und auf seinen Fluten Opfer forderte, schickte sein Wetterleuchten hierher, ohne freilich starke politische Erschütterungen im Gefolge zu haben. Wir wissen nicht, wann sie erfolgen werden, aber das eine ist gewiß: je mehr die innere Festigung der beiden anwohnenden Weltmächte fortschreitet, um so größer wird die Gefahr, daß das politische Wetter über dem Großen Ozean losbricht, dessen Ausgang erweisen wird, ob die neuen, ihr Heimatrecht verfechtenden Weltmächte über die eingedrungenen triumphieren werden, ob sie die Kraft besitzen, jene auf die Alte Welt und die sie umspülenden Meere zurückzuwerfen, oder ob beide gleichwertig nebeneinander auf dem weiten Ozeane und seinen Rändern und Inseln freie Bahn ihrer Entwicklung finden können.

Der Kernpunkt aller pazifischen Machtfragen und aller weltpolitischen Verwicklungen der Gegenwart und nahen Zukunft im Großen Ozean ist in Ostasien zu suchen. China ist die pazifische weltpolitische Reibungsfläche und Gefahrenzone, um deretwillen der Zusammenstoß der pazifischen Mächte mit den älteren Kolonialmächten bereits erfolgt ist.

Die außerordentlich günstigen klimatischen Verhältnisse in Verbindung mit den Vorzügen der Bodengestaltung und Bewässerung und mit der schier unerschöpflichen Mehrungs- und Arbeitskraft der Bevölkerung sind die Grundlagen der Entwicklung Chinas und der Begehrlichkeit der Großmächte. Das ausgedehnte Land, vor allem das Zwischenland der beiden Riesenströme, gelegen im Bereich der regenspendenden Monsunwinde und in ungeheuren Flächen von dem unerhörte Fruchtbarkeit spendenden Lößboden überdeckt, ward die Wiege einer Weltkultur, die sehr früh schon ihre Fäden zu ihrer jüngeren europäischen Schwester spannte. Aber die frühen Beziehungen zu der als lebenskräftiger sich erweisenden europäischen Schwesterkultur führten zu keiner nachhaltigen Befruchtung der ostasiatischen, weil die Fäden im Laufe der Jahrhunderte wieder zerrissen wurden, vielmehr setzte eine allmähliche Erstarrung Chinas ein. Daß es aus dieser Kulturstarre im 19. Jahrhundert gewaltsam erlöst werden mußte, um in den Rahmen der modernen Welt eingefügt zu werden, ist ihm nicht zum Vorteil gereicht. Die Erschließung des Landes war kaum erfolgt, als Japans Aufstieg begann. Dessen ausgezeichnete Sperrlage vor der chinesischen Küste mußte den Blick der japanischen Politik auf

das nahe Festland lenken, als die wirtschaftliche Entwicklung Japans Rohstoff- und Absatzgebiet außerhalb seiner Inselwelt suchen mußte. Als der erste Zusammenstoß der beiden in den europäischen Kulturkreis hineingezogenen mongolischen Staaten (1895) den Grund zu Japans Großmachtsstellung legte, zeigte sich zum erstenmal deutlich, wie stark die europäischen Mächte an der Lösung der Erschließung Chinas sich beteiligt fühlten. Sie erachteten die Antastung des riesigen Reiches als einen unmittelbaren Angriff auf ihren eigenen Staatskörper. Zu dieser Annahme war eigentlich nur Rußland berechtigt, das allein als eine auf Landbesitz sich stützende pazifische Macht gelten konnte. England besaß nur einen Handelsstützpunkt im Süden. Portugal schied bei seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit vollends aus, andere Mächte hatten überhaupt keinen festen Stützpunkt ihrer bisherigen regen Beziehungen zu China. Um so mehr mußte sich das zur Großmacht aufwachsende Japan benachteiligt fühlen, das einen berechtigten Anspruch der europäischen Mächte auf Machtgewinnung nicht anerkennen wollte. Die Rassengegensätze zu den Eindringlingen einerseits, die Rassenverwandtschaft mit den festländischen Nachbarstaaten andererseits verschärfte den Gegensatz. Aus dem bisher im ganzen ohne Reibungen sich vollziehenden friedlichen Wettbewerb auf wirtschaftlichem Gebiet entwickelte sich plötzlich ein politischer Wettstreit um die Macht in Ostasien. Die Japaner traten mit einer bisher nicht im entferntesten so schroff bezeugten, ganz unverhohlenen Selbstherrlichkeit und Rücksichtslosigkeit allen europäischen Vorstoßbewegungen entgegen, erfolgten sie nun auf wirtschaftlichem Gebiet oder mit den Waffen in der Hand, wie gelegentlich der chinesischen Angriffe auf die christlichen Missionen. Die territorialen Landerwerbungen an der chinesischen Küste durch Deutschland, Rußland, England und Frankreich kurz nach dem Erstarken Japans waren selbstverständlich weder als bloße Zwangsmaßnahmen für chinesische Bedrohungen der Europäer anzusehen noch als reine Stützpunkte des sich stetig erweiternden europäischen Handels und Verkehrs nach Ostasien. Die politischen Absichten waren unverkennbar; sie zielten letzten Endes nicht nur auf eine Aufteilung Chinas, sondern die bald waffenstarrenden europäischen Stützpunkte mußten von Japan als eine gegen sich gerichtete Waffenrüstung angesehen werden, mit der die europäischen Mächte sich vor Chinas Türen stellten, um sich die alleinige Entscheidung über dessen zukünftiges Schicksal vorzubehalten.

Keine der europäischen Mächte hielt nach dem unerwarteten Ausgang des Russisch-Japanischen Krieges mit ihren Ansichten zurück; unzweideutig ließen sie alle erkennen, daß sie eine Bedrohung Chinas seitens Japans niemals dulden, daß sie einem japanischen Begehren nach dem Reich der Mitte nach dem Vorgang in Korea mit Waffengewalt wehren würden. Eine willkommene Stütze fanden sie in den Vereinigten Staaten von Amerika, die sich seit ihrer Erhebung zur Weltmacht (1898) dem ostasiatischen Festland genähert hatten und gleichfalls einen wirksamen Schutz ihrer ostasiatischen Interessen forderten.

Durch den Weltkrieg sind nun zwei der alten Mächte bis auf weiteres gänzlich als politisch und wirtschaftlich wirkende Kräfte an den Gestaden des Ozeans ausgeschaltet: Rußland im äußersten Nordwesten und das Deutsche Reich an der ostasiatischen Küste und im äquatorialen Inselgebiet. Das Viermächte-Abkommen von Washington (1921) zeigt, daß neben den beiden pazifischen Anliegerstaaten Japan und Usamerika nur England und Frankreich Anspruch haben, an der Lösung der ostasiatisch-pazifischen Machtfragen in naher Zukunft mit teilzunehmen. Aber schon die Nachkriegsereignisse, z. B. der Streit bei der Verteilung der ehemaligen deutschen Besitzungen oder um die Kabelverbindungen, haben bewiesen, daß auch Frankreich bei seiner starken europäischen politischen Bindung nicht imstande ist, gegen England und die beiden Anlieger-Großmächte eigene Wünsche durchzusetzen. Die Niederlande und Portugal treten als politische Mächte ganz zurück. Die ostasiatisch-pazifischen Machtfragen werden also in naher Zukunft durch die Weltkolonialmacht England und die beiden Gestademächte Usamerika und Japan allein bestimmt werden.

Im Laufe der politischen Entwicklung der drei pazifischen Mächte haben sich gewisse Kräftelinien geformt, die sich gegenseitig schneiden und durchdringen und daher zu Reibungen führen können. Auf die ältesten, die britischen, stoßen die jüngeren, die usamerikanischen und japanischen.

Die Hauptstützpunkte der britischen Kraftlinien an der Küstenumrandung des Großen Ozeans sind Kanada und Australien. Aber sie liegen diagonal zueinander, getrennt durch die ungeheure Weite des größten Weltmeeres zwischen drei Erdteilen. Nur kleine Inseln und Inselgruppen, die zumeist nur den Südteil in größerer Schar erfüllen, sind die Bindeglieder zwischen den fernen Gestaden des Weltmeeres. Ihre Lage zu der natürlichen

Hauptrichtung der Kraftlinie und ihre natürliche Geeignetheit als Hafenzuflucht bestimmt ihren Wert. Solange der Panamakanal der großen Schiffahrt nicht geöffnet war, bewegte sich der pazifische Weltverkehr in der Hauptsache auf drei Bahnen: zunächst in der breiten Richtung vom asiatischen Ostgestade zur nordamerikanischen Westküste und umgekehrt, dann diagonal von Südostaustralien ebendahin und im entgegengesetzten Sinne, endlich im Wechsel zwischen Ostasien und Südostaustralien. Dem Weg um Südamerika

Kraftlinien und Hauptstützpunkte im Großen Ozean.
Schwarz und strichpunktierte Grenzlinie: Japanisches Reich; ausgezogene Pfeile: japanische Stoßlinien. — Kreuze und punktierte Linien: usamerikanische Hauptstützpunkte und Kraftlinien. — Kreise und gestrichelte Linien: englische Hauptstützpunkte und Kraftlinien.

nach Ostasien oder Australien kam nur sehr untergeordnete Bedeutung zu. Die Durchstechung der mittelamerikanischen Landenge fügte diesem Netz die Verbindung Panama—Australien und Panama—Ostasien ein. Der günstigsten Lage von allen Inseln erfreut sich zweifellos die Hawaiigruppe, weil sie mitten im Weltmeere die gleichmäßig küstenfernste ist, die mit der Gunst der Lage Vorzüge ihrer Häfen vereint. Sie wäre für England die beste Stütze fast in der Mitte der diagonalen pazifischen Kraftlinie von Australien nach Kanada und der zunächst noch nicht bestehenden von Westindien durch den Panamakanal nach Ostindien-Hongkong gewesen, ging aber bekanntlich 1898 an die Union über, ehe England Zeit und Gelegenheit fand, ihr mit der Besetzung dieser verkehrspolitisch wich-

tigsten Inselgruppe des ganzen Ozeans zuvorzukommen. So blieb England außer kleinen Inseln nur die Fidschigruppe innerhalb der Inselflur, die bei ihrer Besetzung 1874 auch von vornherein als Stützpunkt der kanadisch-australischen Kraftlinie nach Eröffnung der ersten kanadischen Überlandbahn (1869) ausersehen war. Vor dem Panamakanal auf der pazifischen Seite wird England der nahen Beobachtungsposten entbehren, die ihm ein gütiges Geschick vor der atlantischen Mündung beschert hat; denn die dort vorgelagerten Inseln stehen bereits stark unter usamerikanischem Einfluß.

Zu der diagonalen englisch-pazifischen Hauptkraftlinie treten zwei randliche. Die eine ist die hinterindisch-ostasiatische mit den Haltepunkten Singapore—Hongkong als letzte Ausstrahlung der starken europäisch-indischen Kraftlinie, die sich im Indischen Ozean so reich verzweigt. Eine Zwischenstütze fehlt ihr so gut wie ganz, da das nordwestliche Borneo nicht als vollwertiger politischer Stützpunkt angesehen werden kann. Die zweite randliche Linie ist die australisch-ostindische in mehrfacher Verästelung an der stark zergliederten Ostseite Australiens und der Alten Welt mit der neu erworbenen Zwischenstütze der ganzen Osthälfte Neuguineas und des Bismarck-Archipels, ebenfalls auf Hongkong—Ostasien gerichtet. Eine weitere Kraftlinie Hongkong—Kanada würde entstehen, wenn ihr die Möglichkeit einer Mittelstütze gegeben wäre. Sie fehlt ihr aber ebenso wie der Linie von Westindien über Panama nach Ostindien und Ostasien, weil auch auf ihr die einzige, der Lage nach mögliche Zwischenstütze der Hawaiinseln voraussichtlich niemals zugänglich ist, solange die Union ihre pazifische Machtstellung nicht aufgibt.

Die pazifische Hauptstoßlinie der Vereinigten Staaten durchquert den Ozean etwa in der Breite seiner nördlichsten Inselfluren. Ihr Endziel Ostasien, im besonderen China, für dessen offene Tür die Union stets eingetreten ist, wird über die Zwischenstützen der Hawaiinseln, der Marianeninsel Guam und der Philippinen erreicht. Die außerordentlich bedeutungsvolle Lage der Hawaiinseln im Schnittpunkte aller den Großen Ozean querenden politischen Kraft- und Stoßlinien erhält ein amtliches Zeugnis durch die Eingliederung der Eilande in den bundesstaatlichen Verband der Union, eine Gunst, die kein außerhalb des amerikanischen Festlandes gelegenes Glied der Bundesrepublik teilt. Von der Hauptstoßlinie zweigt ein Seitenarm in eben diesem Knotenpunkt ab bis zu den Samoainseln, aber bestimmte politische Ziele sind zu-

nächst nicht mit ihm erkennbar verknüpft. Wie weit das bei einer dritten bisher nur angedeuteten pazifischen Linie der Union der Fall ist, entzieht sich bei der Unbestimmtheit und Unklarheit der bisherigen Meldungen noch jeder Kenntnis. Die Nachricht, die den Vorschlag der Vereinigten Staaten jüngst verzeichnete, die Halbinsel Kamtschatka zu kaufen, würde, wenn sie auf Wahrheit beruhte, nur bedeuten, daß die Union in richtiger Erkenntnis der politischen Verhältnisse im nördlichen Großen Ozean bestrebt ist, ihre bereits über Alaska und die Aleuten an das asiatische Festland herangeführte nordpazifische Kraftlinie auf dem Festlande Asiens selbst zu verankern.

Die japanischen Stoßlinien endlich finden, soweit sie von dem Inselreich sich seewärts richten und nicht auf das mandschurische oder chinesische Festlandsgebiet zielen, ihre geographische Grundlage in dem Inselkranz, der als Rest des äußersten ostasiatischen Bruchrandes von den Fluten des Ozeans umspült wird, in den Kurilen beginnend über die japanischen Hauptinseln und die Liu-kiu-Inseln bis Formosa. Die natürliche südliche Fortsetzung der Inselbögen, die Philippinen, zeigt zugleich die Richtung der japanischen Hauptstoßlinie in die ostindische Inselwelt. Die auf einer von den japanischen Kerninseln südwärts gerichteten Bruchlinie aufgetürmten vulkanischen Boninninseln und die neuerworbenen, einst deutschen Inseln nördlich des Äquators deuten eine weitere Stoßlinie mit der Hauptrichtung Neuguinea und den letzten Zielen Ostaustralien und Neuseeland an. Mit dem Erwerb der einst deutschen Südseeinseln schiebt Japan nicht nur einen starken Wachtposten zwischen die Philippinen und Hawaiinseln, sondern es gibt seinen heißen Wünschen nach Neuguinea und Australien die festen strategischen Stützen. In Erscheinung tritt aber bereits eine dritte Stoßlinie, die, obgleich ihr alle festen Stützpunkte fehlen, als eine der von Japan begehrenswertesten und zielbewußtesten anzusehen ist, nämlich die über die Weite des Ozeans nach dem amerikanischen Festland weisende, an dessen Westküste sie Mittelamerika, besonders Mexiko, erstrebt, ohne doch Nordamerika bis Alaska und Südamerika bis Chile zu vernachlässigen.

Ein Vergleich der Stoß- und Kraftlinien der beiden angelsächsischen Schwesternmächte zeigt, daß sie sich an dem Hauptzentrum der Hawaiinseln schneiden und gemeinsam in Gebiete eingreifen, die beide als politisches und wirtschaftliches Neuland betrachten. Auf die Machtkräfte beider aber stoßen die japanischen:

auf die englischen vor allem an der Küste Ostasiens, wo diese von Hinterindien und Malakka zu Land und zu Wasser nach Norden drängen, und in der asiatisch-australischen Inselwelt; auf die amerikanischen in gleicher Richtung und besonders in der Richtung auf Hawaii und das amerikanische Festland. Wo alle drei Kräftelinien sich kreuzen, im Gebiet der Philippinen und Sundainseln einerseits, in der Hawaiigruppe andererseits, liegen die Brennpunkte der politischen Machtfragen im Bereiche des Großen Ozeans.

Der erste, dem Festland Ostasiens nahegelegene, muß von England, der zweite, insulare, von der Union als der für ihre pazifischen Wünsche wichtigste angesehen werden. Japans Begehren nach beiden Brennpunkten bindet die beiden angelsächsischen Mächte zu gemeinsamem Handeln. In England gab man sich ja schon vor dem Kriege längst keiner Täuschung mehr hin, daß die ostasiatische Inselmacht sich die Vormacht Ostasiens zu sichern bestrebt ist. Die Bindung und Verwicklung Englands durch westliche Machtfragen und innerpolitische Probleme hatte das äußerlich vertraglich freundschaftliche Verhältnis in Wirklichkeit während des Krieges erheblich verschärft. Die japanischen Ausdehnungsgelüste nach Indien, nach den Philippinen und Sundainseln, ja selbst nach Neuguinea und Australien, sind öfter offen zutage getreten. Die Entwicklung der ostasiatischen Frage während des Krieges in einer für Japan durchaus günstigen und von ihm erwarteten Richtung läßt den Schluß zu, daß der Gegensatz zwischen den beiden Inselreichen sich nur noch verschärfen wird. Wie um die Jahrhundertwende nach v. Richthofens Wort sich „die unfreiwillige, dem Land aufgezwungene Erschließung von China zum höchsten Motiv in der Weltwirtschaft gestaltete", so wird in der nahen Zukunft das höchste Motiv des weltpolitischen Geschehens im fernen Osten darin bestehen, daß die Großmächte während des Krieges Japan ungehindert in Ostasien schalten und walten lassen mußten.

Die südwärts gerichteten, mit japanischer Zähigkeit und Rücksichtslosigkeit erstrebten Wünsche finden gleichzeitig infolge der Unterbrechung der Linie Hawaii—Philippinen und der Entwertung Guams durch den umschließenden japanischen Besitz in den Vereinigten Staaten einen zweiten Widerstand; aber die Union macht viel weniger scharf ihren Einspruch gegen die japanische Begehrlichkeit geltend als England. In Amerika sind die Stimmen über den Wert der Philippinen noch immer sehr geteilt. Kommt man dort nochmals auf den Plan von 1907 zurück, auf die Inseln wieder zu verzichten,

so hat das auch für England naturgemäß sehr große politische Bedenken; denn niemand gibt sich dort der geringsten Täuschung hin, daß dann Japan die Inseln ganz gewiß keiner zweiten Macht in die Hände fallen lassen wird. Sie würden aber im gleichen Augenblick für England den hohen Wert als Bollwerk gegen einen japanischen Vorstoß nach der Ostindienstraße verlieren, wenn die Vereinigten Staaten sie aus der Hand geben. Englands Interesse in Ostasien verlangt unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein engstes Zusammengehen mit der Union und die Erhaltung der Philippinen als amerikanische Besitzung, zumal nach der Besetzung der deutschen Kolonien durch Japan (s. auch S. 155).

Anders liegen die Dinge am zweiten pazifischen Brennpunkt der weltpolitischen Kraftlinien, den Hawaiinseln. An eine Aufgabe denkt niemand in den Vereinigten Staaten. Aber gerade sie sind infolge des fortgesetzten japanischen Dranges nach der amerikanischen Westküste, besonders infolge der bereits geschehenen wirtschaftlichen Festsetzung an den mexikanischen Gestaden, die für Japan begehrlichste Inselgruppe des ganzen Ozeans. Ist sie doch, ganz abgesehen davon, daß ihre eingewanderte Bevölkerung überwiegend aus Japanern besteht[1]) und ihre Angliederung daher gemäß dem Nationalitätengrundsatz notwendig oder doch wünschenswert erscheinen könnte, die einzig mögliche Etappe nach dem amerikanischen Festland. Wäre aber England im Besitze der Inselgruppe, so hätte es damit nicht nur die natürliche festeste Stütze seiner diagonalen Kraftlinie Kanada—Australien gewonnen, sondern auch gleichzeitig die der fraglos nach Eröffnung des Panamakanals wichtigsten pazifischen Wirtschaftsstraße Mittelamerika—Ostasien.

Zurzeit hat Japans offenkundige Gegnerschaft gegen jede fremde Einmischung in ostasiatische Machtfragen England notgedrungen in seiner pazifischen Politik mit der Union enger zusammengeführt als früher; es hat eine Schwenkung seiner Politik vollzogen, die schon in den Tagen der werdenden Einkreisung Deutschlands durch die letzte Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses von 1911, namentlich auf Australiens Druck hin, eingeleitet wurde. Der neue Zusatz, der 1911 gemacht wurde, daß „die Verpflichtung zur Waffenhilfe ruhe, wenn Japan gegen eine Macht Krieg führt, die mit England einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag ab-

[1]) 1915 waren unter den 222300 Bewohnern: Japaner 93140 = 42%, Chinesen 21770 = 10%, Weiße 43860, meist Portugiesen, nur rd. 4000 Amerikaner; Rest Eingeborene und Mischlinge.

geschlossen hat", nahm dem Bündnis, das ursprünglich neben einer russischen Einschüchterung nicht mit Unrecht auch als gegen die Union gerichtet angesehen wurde, die gegen die Bundesrepublik gekehrte Spitze. Das weiß man natürlich nirgends besser als in Japan, dessen ganze Politik seitdem selbstherrlicher denn je jedem westeuropäischen, vor allem jedem englischen Auftreten in Ostasien gegenüber sich gebärdet.

Die Fülle der Fragen, die an dieser größten weltpolitischen Reibungsfläche auftauchen, drängen zur Entscheidung; aber ihre gewaltsame Lösung — und nur eine solche erscheint denkbar — würde eine so gewaltige Erschütterung der Machtverhältnisse der Erde herbeiführen und zur völligen Schwächung von mindestens einer der drei beteiligten Mächte führen, daß keine den ersten Schritt wagt, weil jeder die Gefahr des Zusammenbruchs droht, wenn die beiden andern zusammengehen. Die Zustimmung der Mächte zu dem vorläufig 10 Jahre laufenden usamerikanisch-englisch-japanisch-französischen Washingtoner Abkommen (Dez. 1921) — Frankreichs Stellung zu den pazifischen Fragen ist oben erörtert — gibt denn auch der Stimmung der drei hauptsächlich beteiligten Mächte beredten Ausdruck. Es stellt eine vorläufige Lösung der ostasiatisch-pazifischen Machtfragen dar, die keinen der beteiligten Staaten ganz befriedigt, aber nach dem Aderlaß, den England und Usamerika im Weltkriege erfuhren, zunächst den beiden angelsächsischen Mächten die einzig mögliche Lösung schien.

Es wurde von England und Japan erkauft durch Aufgabe ihres Bündnisses, von Amerika aber durch eine Bindung an England und Japan, die es ursprünglich nicht beabsichtigte: die andern sollten sich binden, es selbst wollte in seinen Entschließungen frei sein. Frankreich ist nur aus praktischen Gründen, wahrscheinlich von Amerika, einbezogen, weil man zur Sicherung einen vierten Partner brauchte und unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen keinen andern hatte. Freilich ist die Form des Abkommens so lose, daß es keine unbedingte Sicherheit gegen eine Auseinandersetzung mit den Waffen bietet.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind die Urheber des Abkommens. Sie haben eine Befriedung des Großen Ozeans erreicht und ihren gefährlichsten Konkurrenten, Japan, zunächst lahmgelegt. England aber haben sie sich gebunden durch Frankreichs Einbeziehung in das Abkommen. So ist Usamerika nach seinen beiden ozeanischen Seiten, nach der pazifischen und at-

lantischen, ledig jedes Druckes und kann seine Kräfte seinem inneren Aufbau widmen, und damit um so sicherer zu der Machtstellung emporsteigen, die es auf Grund seiner Menschenfülle und seiner Wirtschaftskraft für die Zukunft erhofft.

Literatur.

G. Irmer, Völkerdämmerung im Stillen Ozean. Leipzig 1915.
E. Engelhardt, Japans Weltpolitik im Stillen Ozean. Dresden-Leipzig 1916.
P. Ostwald, Japans Expansionspolitik 1900—1914. Berlin 1916.
A. Moslé, Japan und seine Stellung in der Weltpolitik. (Meereskunde 11, 9.) Berlin.

D. Machtfragen im Bereich der Neuen Welt.

Das amerikanische Festland war seit seiner Entdeckung bis ans Ende des 18. Jahrhunderts lediglich ein Ausbeutegebiet der europäischen Mächte, die ohne Rücksicht auf die künftige wirtschaftliche und politische Gestaltung des Erdteils ihre Vorteile aus ihm zogen. Die einst britischen Kolonien des Nordostens machten durch die Gründung der Vereinigten Staaten den Anfang mit dem staatlichen Eigenleben auf dem Erdteil. Im Anfang des 19. Jahrhunderts folgten ihm die mittel- und südamerikanischen Kolonialländer, bis mit der Gründung der nordwestlichen Andenstaaten (1830) im wesentlichen die staatliche Selbständigkeit des Erdteils erreicht war. Lediglich Guayana, das kleine Honduras, die westindischen Inseln, Britisch-Nordamerika und das einst russische Alaska blieben als Kolonialgebiete in den Händen europäischer Mächte. Damit waren weltpolitische Reibungsflächen nur dort im Entstehen, wo die allmähliche wachsende Macht amerikanischer Staaten mit den Kolonialinteressen der europäischen Staaten zusammenstießen. Das war, von ganz belanglosen südamerikanischen Reibungen abgesehen, allein im Bereich der westindischen Inselwelt und des nördlichen Teiles von Nordamerika der Fall.

Eine zweite weltpolitische Tatsache ist in der Lage und Gestaltung des Erdteils zu sehen. Seine weite, durch das Kordillerenrückgrat ununterbrochene Ausdehnung vom hohen Norden bis nahe an die südpolare Zone, die es mit keinem Erdteil teilt, legte eine feste Verkehrssperre über den Erdball, der dadurch verkehrspolitisch in zwei scharf gesonderte Hälften zerfällt. Der Weltverkehr flutete von seinen europäischen Ausgangspunkten westwärts bis an die

amerikanische Festlandsbarre, ostwärts um und (nach dem Bau des Suezkanals 1869) durch die Landmassen der Alten Welt bis an deren Ostrand, so daß der Große Ozean im allgemeinen ausgeschaltet blieb. Die Umfahrt der Südspitze Amerikas konnte nur wenige der Weltwirtschaft dienliche Gebiete erschließen, da die Wirtschaftswerte der amerikanischen Westküste infolge des Herantretens der Kordilleren an die pazifische Küste ihr nur geringen Zuwachs boten und die pazifische Inselwelt besser durch den Indischen Ozean erreicht wurde.

Der Aufschwung der Vereinigten Staaten führte eine Wandlung herbei, indem ihre steigende wirtschaftliche und politische Macht die Durchstechung der Landenge von Panama notwendig machte und damit dem Weltverkehr einen neuen Weg wies. Auf diesen Tatsachen und auf der allgemeinen wirtschaftlichen Hebung der europäischen Mächte im Industriezeitalter beruht die Einbeziehung des amerikanischen Festlandes in den Kreis der großen Weltpolitik. Eine weltpolitische Reibungszone mußte sich vor allem in Mittelamerika entwickeln, wo die Interessen Englands, Frankreichs, Hollands, Dänemarks und Spaniens mit denen des aufsteigenden Usamerika sich kreuzten. Das geschah, als die usamerikanische Politik den Grundsatz des ersten Präsidenten Washington verließ, der den Schwerpunkt der auswärtigen Beziehungen auf den Handel und nicht auf die Außenpolitik gelegt wissen wollte; das geschah, als sie auch über die an den Namen Monroes geknüpfte Lehre (1823) hinausging, daß die Union sich gegen jede weitere Einmischung und Neuerwerbung europäischer Mächte auf amerikanischem Boden wenden müsse. In weitherzigster Auslegung der ursprünglich nur der Verteidigung dienenden Monroelehre ist der Übergang der Vereinigten Staaten zu entschlossenem Angriff auf außerhalb des amerikanischen Festlandes gelegene Gebiete vollzogen. Nach der lediglich aus wirtschaftlichen Gründen erfolgten Erwerbung Alaskas (1867) betrat die Union seit 1898 bewußt die Bahn imperialistischer Politik mit der Erwerbung der Hawaiinseln. Ihr folgte noch im gleichen Jahre als Abschluß des spanisch-amerikanischen Krieges die von Kuba, Puertoriko, Guam und der Philippinen. Die Ostinseln der Samoagruppe vermehrten noch vor der Jahrhundertwende den Außenbesitz. An die Stelle der alten spanischen Kolonialmacht, die mit diesen Verlusten zu Grabe getragen war, trat die junge Großmacht der Union. So wurde die usamerikanische Politik, die bis nahe an die Jahrhundertwende rein festländisch-amerikanisch ge-

richtet war, mit dem Hinausstreben aus dem geschlossenen Lebensraum in die Weltpolitik verflochten. Die bald erfolgte gewaltsame Loslösung der Republik Panama von Kolumbia (1903), die Weiterführung des eingestellten Kanalbaues (seit 1904), die Erwerbung einer 15km breiten Kanalzone als amerikanischer Besitz und die politische Knebelung Nikaraguas (1910), endlich das Vorgehen gegen Mexiko (seit 1910) verknüpften die beiden, durch Usamerikas Eingreifen neu auf die politische Weltbühne getretenen Schauplätze des amerikanischen Mittelmeeres und des Stillen Ozeans. Früher oder später mußte die Union als „die geborene Großmacht zweier Ozeane" zu dieser Entwicklung kommen. Daß es in einer Zeit geschah, als auch in der Alten Welt eine politische Umwertung der Staaten sich anbahnte, das mußte die Union unmittelbar in die großen weltpolitischen Machtfragen der Gegenwart und nahen Zukunft mit hineinreißen.

Die imperialistische Politik der jungen Bundesrepublik, die in beispiellos schneller Entwicklung innerhalb eines Jahrhunderts zur Weltmacht aufgestiegen war, griff mit ihrem Vorstoß nach Ostasien und Westindien in Gebiete ein, die die weit ältere Großmacht Großbritannien z. T. bereits seit Jahrhunderten als Wirkungsstätte besaß. Die Union trat England gegenüber als ein Mitbewerber auf, der in beiden Gebieten den außerordentlichen Vorzug der nahen geographischen Lage seiner militärischen und wirtschaftlichen Hilfsquellen genoß und der, wie die gleichzeitige Wiederaufnahme des mittelamerikanischen Kanalbaues und die Verstärkung seiner Flotte bezeugt, durchaus gesonnen war, in jeder Weise seine neuerrungene Stellung in den beiden Ozeanen zu verteidigen, die seine Küsten umspülen. Über die Stellung der Union zu den weltpolitischen Machtfragen im Großen Ozean ist im vorigen Abschnitt gesprochen worden.

Zweifellos liegen zur Beurteilung des politischen Verhältnisses der Union und Englands die Dinge im Großen Ozean insofern schwieriger als im Antillenmeer, weil dort das imperialistische Machtprogramm Japans als dritter pazifischen Macht verwickelte weltpolitische Machtfragen aufrollt, die England und die Vereinigten Staaten in gleicher Weise berühren. Dort besteht also zwischen beiden eine gewisse Interessengemeinschaft gegen eine allzu stark über die engeren Grenzen der ostasiatischen Inselwelt hinausgreifende Macht des Mikadoreiches, im Antillenmeer und an den umgrenzenden Festlandsküsten dagegen stoßen beide Mächte zusammen, weil hier eine dritte Macht fehlt, die, wie Japan

im Großen Ozean, zu einer gemeinschaftlichen oder doch mindestens zu einer sich gegenseitig freundlich beurteilenden Stellungnahme in politischen Fragen zwingen könnte. Vielmehr durchkreuzen im Atlantischen Ozean die hauptsächlich nach Osten nach Europa und nach Süden nach Südamerika ausstrahlenden wirtschaftlichen Kraftlinien der Union als Vorläufer politischer Stoßlinien die englischen Absichten und Ziele wirtschaftlicher und politischer Art und fordern leicht zu englischer Gegnerschaft heraus.

Zu diesen beiden ozeanischen Reibungsflächen, die das politische Machtproblem auf die Ozeane, ihre Inselwelt und wirtschaftlich bedeutsamsten Randländer verlegen, tritt an der langen, die ganze Erdteilbreite durchmessenden Grenze des britischen Tochterlandes Kanada zur Union eine dritte, festländische. Die weltpolitischen Machtfragen, an denen beide Staaten beteiligt sind, beruhen im Großen und Atlantischen Ozean auf dem Verhältnis der Stärke der britischen und usamerikanischen Handelsbeziehungen und ihres dadurch bedingten Seeschutzes, auf dem Festland dagegen mehr auf einem gegenseitig engen, nachbarlichen, jeder natürlichen Schranke entbehrenden Wirtschaftsverhältnis. Ein weiterer bedeutsamer Unterschied liegt darin, daß die ozeanischen Reibungsflächen unmittelbar zwischen den beiden Mächten bestehen, während die festländische erst durch das Medium einer bereits recht selbstherrlich sich gebärdenden Kolonie mit England in Berührung steht. Ein unmittelbares Eingreifen Englands zum Ausgleich politischer und wirtschaftlicher Reibungen erscheint an dieser Stelle ausgeschlossen.

Die Schwierigkeit der kanadischen Frage für England liegt darin, daß das Verhältnis des Tochterlandes zum Mutterland und umgekehrt eine durchaus nicht unwesentliche Rolle spielt. Je enger die wirtschaftliche Abhängigkeit der beiden nachbarlichen Staatswesen wird und je größer der Nutzen sich gestaltet, den das in der Entwicklung begriffene Kanada aus diesem nachbarlichen Verhältnis mit der Union zieht, um so mehr muß sich natürlich Kanada für berechtigt halten, seine Interessen selbständig zu wahren und sich jeder Bevormundung zu erwehren, die versuchte oder auch nur den Anschein erweckte, in die ureigensten Angelegenheiten des Landes einzugreifen. Das Mutterland England hinwiederum aber muß, will es seine Pläne eines weltumspannenden Greater Britain aufrechterhalten, sich in irgendeiner Form das unbedingte Recht des Mitredens in die politischen Angelegenheiten Kanadas wahren. Kanadas Verhältnis zu England ist nicht immer ungetrübt ge-

wesen. Es ist nun einmal durch wirtschaftliche Bande auf Grund seiner geographischen Lage, die ihm eine breite offene Grenze mit der Union verleiht, mit den Vereinigten Staaten weit enger verknüpft als mit dem Mutterland, und es ist kaum zu erwarten, daß England diesen wirtschaftlichen Vorsprung der Union in Kanada wieder einholen kann. Darauf deutet neben einer immer mehr sich steigernden Einwanderung aus den Vereinigten Staaten, die namentlich den noch siedlungsbedürftigen Westen Kanadas bevorzugt, die sehr starke wirtschaftliche Abhängigkeit des Dominion von der Union; denn deren Einfuhr übertrifft die englische um das Dreifache, während die kanadische Ausfuhr nach der Union nicht sehr stark hinter der zum Mutterland zurückbleibt. Dazu kommt der 1911 zwischen beiden Nachbarstaaten geschlossene Handelsvertrag, der den Amerikanern das weiteste Feld wirtschaftlicher Betätigung in Kanada einräumt.

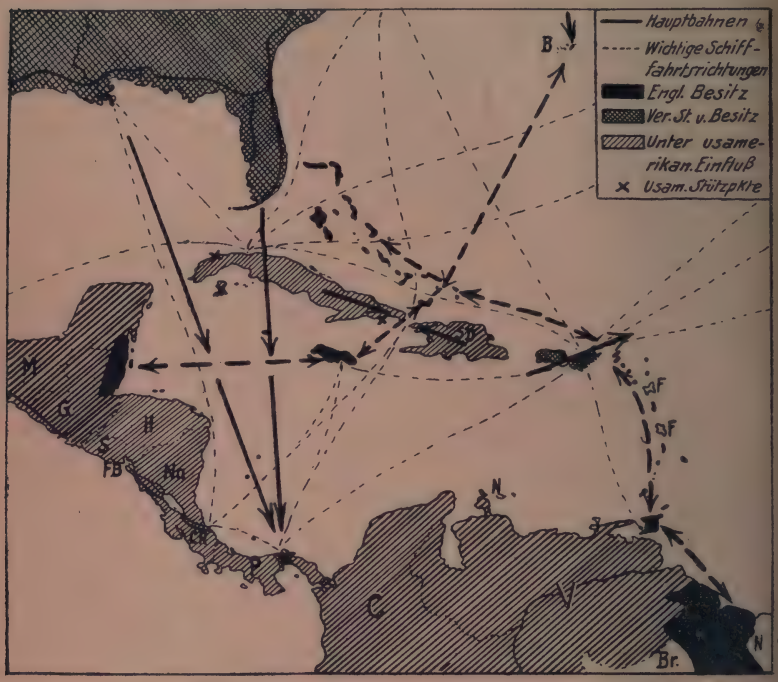
Selbst politisch droht dem Tochterlande Großbritanniens eine Umklammerung seitens der Vereinigten Staaten. Im Westen ist sie schon seit 1867 durch die Besetzung Alaskas fast vollständig vollzogen, indem Alaska weit nach Süden an der Küste vorspringt und Kanada nur eine Seeküste über sechs Breitengrade überläßt. Sie wurde erheblich verstärkt, als die Union seit dem Eintritt in die imperialistische Politik starke Flottenstützpunkte in Sitka an der Fjordküste Südalaskas und auf der östlichsten Aleuteninsel Unalaskas errichtete, die gleichzeitig einen immerhin starken Norddruck auf die diagonale britische Kraftlinie Kanada-Australien auszuüben vermögen. Während des Krieges ließen sich wieder gewichtige amerikanische Stimmen hören, die auch im Osten Kanadas einen Stützpunkt forderten, indem sie eine Besetzung Grönlands verfochten. Peary z. B. schrieb: „Grönland wird in unsern Händen eine wichtige Flieger- und Flottenstation werden können. Weshalb sollte Amerika nicht eine Flottenstation in dem nördlichen Teil des Atlantischen Ozeans anlegen können? Kap Farewell auf Grönland (die Südspitze) liegt nur ein kleines Stück nördlicher als Sitka. Grönland wird für Amerika von größter defensiver Bedeutung sein können. In den Händen unserer Feinde würde Grönland eine ernste Drohung bedeuten". Wenn darin auch, in vielleicht absichtlicher Verkennung der geographisch ungünstigeren Lage der Südspitze Grönlands[1]), der Mund etwas voll genommen war, so würde

[1]) Grönland hat echt polaren Charakter, die Südwestküste Alaskas dagegen gehört zu den Ländern vom westeuropäischen Typus.

doch zweifellos der Übergang Grönlands in Amerikas Hände eine Drohung bedeuten — und zwar für England. Denn wer anders sollten die „Feinde" sein, die ein Interesse hätten, sich auf Grönlands Südspitze nahe vor dem Osten der Union festzusetzen?

Der englisch-usamerikanische Gegensatz wurde noch mehr als in Kanada im amerikanischen Mittelmeergebiet offenbar, als die usamerikanische Politik bald nach ihrem Einschwenken in die imperialistische Richtung den Plan eines mittelamerikanischen Kanals von neuem ins Auge faßte, der schon einmal um die Mitte des 19. Jahrhunderts beide Mächte zum Streit mit der Feder und beinahe auch mit dem Schwert gegeneinander geführt hatte. Der treibende Teil der Weltpolitik in den mittelamerikanischen Gewässern ist heute durchaus die Union. Das bedeutet eine völlige Umkehr des bisherigen Verhältnisses. Seit dem ersten Streitfall um den mittelamerikanischen Kanal bis ins erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts war durchaus England der führende Teil. Aber bereits um 1910 trat eine deutliche Wandlung ein, die das Verhältnis ins Gegenteil zu kehren begann. Sie wurde eingeleitet durch die Niederlage, welche England durch die usamerikanische Weigerung erlitt (1911), die ursprünglich festgesetzte Gleichberechtigung aller Schiffahrt treibenden Nationen im Panamakanal wieder einzuführen. Weder der Sicherungszug wirtschaftlicher Festsetzung Englands in Kolumbien, der als eine südliche Bedrohung des Panamakanals aufgefaßt werden konnte (1912), noch der Ausbau der vor den Haupttoren der Union liegenden Bermudasinseln zu einem Flottenstützpunkt ersten Ranges konnte die Tatsache aus der Welt schaffen, daß England in den Vereinigten Staaten seinen politischen Meister gefunden hatte. Seit Beginn des großen Krieges hat dann diese Richtung ganz überraschende Fortschritte gemacht. Die Vereinigten Staaten nahmen 1916 den alten Plan des Nikaraguakanales wieder auf, indem sie einen neuen Vertrag mit der Republik schlossen. Er sicherte ihnen das alleinige Recht des Kanalsbaues und einen Flottenstützpunkt an der einst von England sehnlichst begehrten Fonsecabucht an der Westküste Mittelamerikas, die auch eine nördliche Flankendeckung des Panamakanals bildet und von der bereits 1850 der amerikanische Vertreter erklärte, „daß ihr Besitz eine große Seemacht in den Stand setzen würde, über den Handel des ganzen westlichen Teiles des Festlandes zu gebieten". Gleichzeitig wurde ein Abkommen mit Haiti getroffen, das die Inselrepublik völlig von der Union abhängig machte. Ende 1916 endlich bildete der Er-

werb Dänisch-Westindiens eine neue Stärkung der westindischen Machtstellung der Vereinigten Staaten. Seine Befestigung macht es zu einem „amerikanischen Gibraltar", weil es der am weitesten nach Nordosten vorgeschobene Posten nahe der von Europa kommenden britisch-mittelamerikanischen Kraftlinie ist. Es findet in der gleichfalls beschlossenen Befestigung der Straße zwischen Kuba und



Die mittelamerikanische Gefahrenzone.
Starkgestrichelte Pfeile: englische Kraftlinien, ausgezogene Pfeile: usamerikanische Gegenstoßrichtungen — feingestrichelt: Hauptlinien des Verkehrs — FB Fonsecabucht am Großen Ozean.

Haiti für die von Norden ins amerikanische Mittelmeer einlaufende Kraftlinie der Vereinigten Staaten eine neue starke Seitenstütze. Und wenn schließlich die Frage eines Ankaufs Niederländisch-Westindiens angeschnitten wurde, so läßt die Tatsache die Zielrichtung der usamerikanischen Politik deutlich erkennen, die jeden fremden Einfluß in weitestem Maße zu stärken bestrebt ist.

Man betrachte die Karte, um zu erkennen, was das heißt: die Vereinigten Staaten sind nunmehr in Besitz eines von Florida aus

nahezu das ganze amerikanische Mittelmeer abschließenden Machtbollwerks, das sich schützend gegen Osten stemmt und eine Sperrkette vor das Mittelmeer legt, die die äußere englische Postenkette von Halifax über die Bermudas, die Bahama und kleinen Antillen bis Guayana entwertet und Jamaika im Innern des Beckens isoliert. Gerade Jamaika ist aber die stärkste Bedrohung des östlichen Kanaleinganges. Die bereits 1780 gesprochenen Worte eines Amerikaners: „Die westindischen Inseln müssen im Laufe der Zeit Teile eines großen amerikanischen Reiches werden" und die anderen des Präsidenten Jefferson von 1823: „Die Beherrschung des Golfes, der angrenzenden Länder und der Landenge würde das Maß unseres politischen Wohlempfindens vollmachen", gehen ihrer Erfüllung entgegen.

Denn außer seinen tatsächlichen Besitzerrechten auf Portoriko, in der Kanalzone und auf den ehemals dänischen Inseln St. Croix, St. John und St. Thomas sowie den 3 Flottenstützpunkten Isla de Pinos und den Buchten von Guantanamo und Honda auf Kuba, die vorzüglich die Durchfahrten um die Insel decken, übt es die volle politische Schutzherrschaft über Kuba aus. Geldlich und politisch abhängig sind von der Union St. Domingo, Haiti, Nikaragua und Panama; von entscheidendem Einfluß infolge seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung ist Usamerika in Guatemala, Honduras und Kostarika. Mexiko, Venezuela und Kolumbien (dies seit 1914) stehen soweit in Abhängigkeit, daß die gesetzmäßige Ausführung ihrer Verfassung der Aufsicht der Union unterliegt.

Mit dieser ausgedehnten Macht ist die politische Bedeutung der westindischen europäischen Besitzungen endgültig aufgehoben. Sie können von ihren Besitzerstaaten nur mehr noch wirtschaftlich gewertet werden. Aber als kleine, entfernt gelegene Wirtschaftsgebiete werden sie für ihr Mutterland an Wert einbüßen, je begehrlicher die Union nach ihnen blickt. Für sie aber bilden sie in ihrer Gesamtheit mit den schon abhängigen Teilen eine landesnahe Wirtschaftsprovinz, die die erwünschte tropische Ergänzung zu den heimischen subtropischen und gemäßigten Wirtschaftsgebieten bildet. Zum andern hat die Union schon heute die unbedingte atlantische Sicherung der zwischenozeanische Durchfahrt erreicht, die noch in Zukunft verstärkt werden wird durch wirtschaftliche und politische Maßnahmen in Venezuela, Brasilien und Ecuador; denn der Panamakanal wird immer nur politisch gewertet werden können, wirtschaftlichen Nutzen werden durch ihn nur die Westküsten Nord- und Südamerikas haben.

Dadurch aber, daß die Vereinigten Staaten die mittelamerikanische Land- und Inselbrücke mit den südamerikanischen Anliegerstaaten nahezu in ihrer Hand haben, kommen sie ihren Wünschen näher, die sie seit den achtziger Jahren aus wirtschaftlichen und politischen Gründen in bezug auf einen festen Zusammenschluß mit den südamerikanischen Staaten hegen. Man hat sich gewöhnt, diese Bewegung als Panamerikanismus zu bezeichnen, ohne dabei die ähnlich gerichtete Bewegung auf Kanada auszuschließen. Die wichtigste Triebkraft zu einem solchen Zusammenschluß wird besonders von der isolierten Lage des Erdteils hergeleitet, indem man sich gleichzeitig auf die erweiterte Auslegung der Monroelehre auf das ganze amerikanische Festland stützt. Solange die Bewegung rein wirtschaftlich gerichtet blieb und sich etwa auf die Regelung des Bankverkehrs, des Zoll-, Maß-, und Münzwesens beschränkte, fand sie in Südamerika Anklang; als sich aber immer stärker nach den Vorgängen in Mittelamerika und den nördlichen Staaten Südamerikas der politische Einschlag zeigte, stemmten sich mit gutem Erfolg besonders die A-B-C-Staaten (Argentinien, Brasilien, Chile) mit ihrer eigenen aufstrebenden starken Wirtschafts- und Volkskraft gegen eine allzu enge Abhängigkeit in wirtschaftlicher und politischer Beziehung von der Union. Rassen- und Religionsgegensätze, sozial und innerpolitisch verschieden geartete Sinnesrichtungen innerhalb der südamerikanischen Staaten einerseits und zwischen ihnen und der Union andererseits haben alle bisherigen, auf mehreren panamerikanischen Kongressen erstrebte Einigungsversuche scheitern lassen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie weiter unternommen werden, nachdem die Hereinzerrung mittel- und südamerikanischer Staaten (auch Brasiliens, aber nicht Argentiniens und Chiles) in den großen Krieg dem Panamerikanismus Boden gewann. Es ist anzunehmen, daß die riesigen Anstrengungen, die die Union durch Abgrabung des Handels- und Finanzwesens in Südamerika macht, durch die Macht des Dollars doch noch zu manchem Erfolg führen werden. Dann würde das ganze amerikanische Festland der Union angegliedert sein oder doch seinem politischen Willen sich beugen müssen; es würde aus dem großen Getriebe der allgemeinen Weltpolitik ausgeschaltet sein; und das würde letzten Endes eine Sprengung des Ringes bedeuten, den heute noch England vermöge seiner politischen Macht um den Erdball gelegt hat.

Literatur.

A. C. Coolidge, Die Vereinigten Staaten als Weltmacht. Eine Betrachtung über internationale Politik. Berlin 1908.
E. Deckert, Die Länder Nordamerikas in ihrer wirtschaftsgeographischen Ausrüstung. Frankfurt a. M. 1916.
W. Drascher, Die Expansion der Vereinigten Staaten im westindischen Mittelmeergebiet. Dissertation Gießen 1918.
E. Daenell, Das Ringen der Weltmächte um Mittel- und Südamerika. Meereskunde, Heft 146. Berlin 1919.

R. Büchi, Die Geschichte der panamerikanischen Bewegung mit besonderer Berücksichtigung ihrer völkerrechtlichen Bedeutung. (Heft 2 der völkerrechtlichen Monographien.) Breslau 1914.

Schluß.

Aufteilung der Welt in weltpolitische Machtkreise.

Rückblickend läßt sich erkennen, daß in fast allen weltpolitischen Kraftfeldern — in denen der alten Welt ohne Ausnahme — bis jetzt die weltpolitischen Machtfragen von Englands Verhalten teils bestimmt, teils von ihm beeinflußt werden. England hat es verstanden, über die Erde ein Netz von Festlandsbesitzungen und Seestützpunkten auszubreiten, das in seiner Gesamtheit das Erdenrund umspannt. Keine Bewegung innerhalb des Netzes kann von England vermöge seiner weitentwickelten Kabelverbindungen[1]) unbeobachtet bleiben. Überall vermag es entscheidend einzugreifen.

Mit den durch die Handels- und Kriegsflotte geschaffenen, auf den Besitz sich stützenden, unabhängigen Verbindungen über die Meere gehen die lebendigen Kräfte des Reiches von einem Glied zum andern; sie sind die ozeanischen Kraftlinien, die ihre nachbarlichen Grenzstreifen in weitem Umfange in ihren Bannkreis ziehen. Sie überspannen alle Ozeane und finden Sammel- und Haltepunkte in den Hauptbesitzungen Nordamerikas, Afrikas, Südasiens und Australiens, die die Kräfte in erster Linie ansaugen, aufspeichern, um sie von neuem ausstrahlen zu lassen.

[1]) Von 502 500 km Weltkabel sind (1920) 288 500 km englisch, d. h. über die Hälfte (57%).

Vom Mutterland zieht die stärkste ozeanische Kraftlinie durch den „Kanal" in einem Doppelzweige gen Westen zur nördlichen und mittleren Neuen Welt hinüber und nach Süden vorbei an den westeuropäischen Gestaden, um vor dem Mittelmeereingang von neuem sich zu verästeln. Der eine Ast umspannt Westafrika bis zur Südspitze, der zweite durchdringt das Mittelmeer und sendet seine letzten, langen Zweige durch das Rote Meer und den Indischen Ozean bis in den Großen Ozean, um hier nach Umspannung der ganzen Erde sich über die amerikanischen Landbrücken mit den atlantischen Zweigen zusammenzuschließen.

Die vom Mutterland ausgehende Westlinie der Stützpunkte ist die wichtigste, weil sie als Ziel einen bereits wirtschaftlich hochentwickelten Erdteil hat mit den Einzelzielen Kanada, dem britischen Weltmachtpfeiler in der Neuen Welt, mit den Vereinigten Staaten und Mittelamerika. Neufundland, Neuschottland und die südlich gelegene, klimatisch bevorzugte Ostküste Amerikas waren ja frühzeitig die gegebenen Angriffspunkte einer englischen Überseeausdehnung nach Westen. Gingen auch die südlichen Kolonien verloren, so bildet Kanada doch heute den zukunftreichsten und festesten Haltepunkt in der Reihe der Stützen des britischen westhemisphärischen Weltreiches. Nirgends deutlicher aber als hier tritt — mit Ausnahme des Mittelmeeres — die hervorragend günstige Verteilung englischen Besitzes hervor, wenn man sich die gleichmäßig abgesteckte Lage der britischen Besitzungen längs der nordamerikanischen Ostküste vergegenwärtigt, die heute alle dem einen Ziel zu dienen vermögen, den östlichen Weg zum Panamakanal politisch und strategisch zu sichern, wenn auch nicht zu beherrschen. Es ist die Linie Kanada—Bermudas—Bahamainseln—Jamaika-Britisch-Honduras—Kleine Antillen (Trinidad, Barbadas usw.)—Britisch-Guyana. Wie eine gleichmäßige Vorpostenkette sind die britischen Stützpunkte der nordamerikanischen Ostküste vorgelagert.

Um diese an sich schon große Macht im Atlantischen Ozean zu stärken, wäre England naturgemäß eine Vervollkommnung in der Verbindung der amerikanischen Stützpunkte mit seinen europäischen und afrikanischen sehr erwünscht. Es fehlen in der Tat an der Herstellung dieser Verbindung zu einem engmaschigen Netz britischer Stützpunkte nur zwei Gebiete, um England eine Seeherrschaft im Atlantischen Ozean zu sichern. Wo diese beiden zu suchen sind, lehrt ein Blick auf die Karte: es müssen Bindeglieder sein, die in

Das gegenwärtige britische Weltreich und seine ozeanischen Kraftlinien.

Haupttore des Weltverkehrs: 1 „Englischer Kanal", 2 Suezkanal, 3 Panamakanal, 4 Straße v. Malakka, 5 bis 7 Wege um die drei Südfestländer. — Kreise um die Hauptstützpunkte — Besitz: Schwarz; Einflußgebiete: Gestrichelt.
Ägypten kann trotz der Selbständigkeitserklärung durch England als englischer Besitz angesehen werden.

ihrer gegenseitigen Entfernung und in der von den bereits vorhandenen Stützpunkten einigermaßen dem überall befolgten Grundsatz der Regelmäßigkeit in der Verteilung entsprechen. Nach diesem Gesichtspunkt fällt die Bedeutung der portugiesischen Azoren und der brasilianischen Ostküste (nördlich und südlich von Kap Branzo) in die Augen. Es bedarf keines Scharfblickes, das mehrfach hervorgetretene, sehnsüchtige Verlangen Englands nach dem Besitz jener portugiesischen Inselgruppe zu erklären. Bei der in näherer oder weiterer Zukunft zu erwartenden Auflösung des portugiesischen Kolonialbesitzes dürfte bei der ohnehin bestehenden engen Verbrüderung des Weltreichs mit der romanischen Republik die Besitzergreifung der Azoren durch England nicht zu den politischen Träumen gehören.

Nicht wesentlich anders liegen die Verhältnisse in Brasilien, wenn auch hier zunächst die enge Verbrüderung noch nicht offensichtlichen Ausdruck gefunden hat. Aber Brasilien ist finanziell stark von England abhängig. Daß daher die englische Politik im gegebenen Augenblick auch hier Mittel und Wege finden kann, ihrem Ziel entgegenzustreben, bedarf bei ihrer Zähigkeit und Ausdauer keines Zweifels. Auch der gelegentlich der Erörterung der Aufteilung portugiesischen Kolonialbesitzes aufgetauchte Plan, Madeira möglichst in englische Hände zu bringen, ist angesichts der günstigen Vorpostenstellung der Insel vor der Straße von Gibraltar keineswegs in das Reich der Phantasie zu verweisen.

In der südlichen Linie bildet Gibraltar den ersten hervorragenden Stützpunkt. Nehmen wir den Ausgang des „Englischen Kanals" als Anfangspunkt, so ergibt sich bis hierher eine Entfernung von nur 910 Seemeilen = 1685 km. Hier gabelt sich die Linie in die westafrikanische und mittelmeerische. Die westafrikanische Richtung findet ihren nächsten Stützpunkt in Bathurst in Senegambien, ein Besitz ohne hervorragende wirtschaftliche Werte, aber doch wichtig als Bindeglied auf dem Wege zu den westafrikanischen Kolonien. Im Ostgebiet des Atlantischen Ozeans auf dem Wege zum Kap als Hauptzielpunkt dieser britischen Weltstraße liegen die Kolonien in einer fast absichtlich gleichmäßig berechnet erscheinenden Entfernung zueinander, eine die andere stützend: Sierra Leone (Freetown) — Goldküste (C. Coast Castle) — Nigeria — Ascension — St. Helena — Südafrika. Die weithin im südatlantischen Ozean vorgeschobene einsame Felseninsel Tristan da Cunha ist wirtschaftlich gewiß wertlos, aber politisch

und strategisch bildet sie ebenfalls ein Bindeglied in der Linie Kapstadt—Falklandsinseln—Magellanstraße. Damit ist auch die immerhin nicht unbedeutende Verkehrslinie Kapstadt—Stiller Ozean nicht ohne britische Beobachtung, wenn es die Verhältnisse erfordern. Diente die Inselgruppe doch erst in dem Kriege mit ihrer großen Kohlenstation Port Stanley der englischen Kriegsflotte als Stützpunkt, als sie unserem ostasiatischen Kreuzergeschwader auf seiner Fahrt vom Stillen zum Atlantischen Ozean auflauerte. Hier erwies sich die Lage der Inselgruppe als Wachtposten vor der Magellanstraße als strategisch bedeutungsvoll. Für den Handelsverkehr der Linie Europa—Stiller Ozean ist ihr Wert immer gering gewesen und wird durch den Panamakanal noch mehr eingeschränkt.

In Gibraltar zweigt dann die indisch-ostasiatisch-australische Linie ab. Auch hier waltet scheinbar das Bestreben ob, Stützpunkte in möglichst gleichmäßig beherrschender Verteilung zu erlangen. Bei der Wichtigkeit dieser Linie für die englischen Interessen scheint hier das Netz noch engmaschiger, noch umschließender gezogen zu sein als auf den atlantischen Straßen. Dort hat England nur mit wenigen Großstaaten auf weitem Raum, hier mit vielen aufstrebenden Mittelmeerstaaten auf engem Raum zu rechnen. Gibraltar, Malta, Ägypten, Zypern, vielleicht auch künftig Kreta und einige ägäische Inseln, stehen in einem durchaus gleichmäßigen Entfernungsverhältnis zueinander und sind dauernd Flottenstationen ersten Ranges. Freilich spielen bei der überragenden strategischen Bedeutung Gibraltars und Maltas die Entfernungen keine allzu wichtige Rolle.

Wie das Mittelmeer ist auch die wichtigste Seezufahrt zum Indischen Ozean britisch. Der Suezkanal mit seinem südlichen Vorhof ist mit Ägypten, Aden, der Insel Perim und Sokrota völlig in Englands Hand und der Indische Ozean ein britischer Ozean wie kein zweiter.

Der Stille Ozean allein scheint noch den englischen Weltbeherrschungsplänen zu trotzen. Zwar liegen auch hier bereits starke Stützpunkte in Kanada, Hongkong, Australien und zahlreichen Inseln, aber die ungeheure Breite des Ozeans ermöglicht nur schwer eine enge Verknüpfung.

Wie weit die englische Politik in der nahen Zukunft in die pazifischen Verhältnisse eingreifen wird, ist schwer zu sagen. Aber Kanadas wachsende Bedeutung und Hongkongs hervorragende Stellung als wichtigster Handelsstützpunkt ganz Ostasiens berech-

tigen, ja verpflichten England, auch hier ein wachsames Auge zu haben. Ob Japan oder die Vereinigten Staaten Herren des nordpazifischen Ozeans sind: England wird in diesem Teil beide als seine Gegner ansehen müssen, sobald seine bedeutende Handelsstellung in Ostasien oder Nordamerika von einem der beiden nur im geringsten gestört wird.

Noch überzeugender und überraschender tritt die englische Weltmachtstellung hervor, wenn wir die Hauptschiffahrtslinien vom rein verkehrspolitischen Gesichtspunkt aus zusammenzustellen versuchen.

Es gibt im Welthandel, ich möchte sagen, vier Verkehrsengpässe, zu denen notwendigerweise der Seeverkehr hindrängen muß: der „Englische Kanal", das Hauptausfalls- und Haupteingangstor des europäischen Handels, der Suezkanal (Mittelmeer), der Panamakanal und die Straße von Malakka. Durch sie flutet der Weltverkehr in seiner Hauptmasse, hier schließen sich die verschiedenen Schiffahrtslinien zusammen, um nach Durchschreiten der Engpässe wieder nach allen Seiten auseinander zu strahlen. Von geringerer Bedeutung sind die drei Seeverkehrspässe an den Spitzen der drei Südfestländer als natürliche Verbindungen zwischen den drei Hauptozeanen.

Eine Beherrschung jener sieben Engpässe des Welthandels und -verkehrs kommt einer Beherrschung dieses Welthandels gleich, falls sie sich in den Händen einer Macht befinden, die mit der notwendigen militärischen und politischen Kraft an diesen Stellen aufzutreten vermag. England ist in der Tat in der glücklichen Lage, von diesen sieben Engpässen fünf ausschließlich zu beherrschen, nur bei den beiden amerikanischen ist es nicht von ausschlaggebender Bedeutung. England hat „die Schlüssel zu allen Meeren erobert und allen Nationen eine Schildwache gestellt" (Friedrich List).

Frankreichs Küstenlage am „Englischen Kanal" ist der Beherrschung durch England bei der viel schwächeren Seegeltung nicht hinderlich, zumal die der Nordküste Frankreichs vorgelagerten englischen normannischen Inseln kleineren Kriegsfahrzeugen als Ausfalls- oder Schutzhäfen dienen können. Welche Bedeutung das Auftreten einer wirklich starken Großmacht an einem Ausgang des Kanals, etwa an der Straße von Dover, haben würde, läßt sich leicht ermessen, wenn man bedenkt, daß hier der gesamte Überseeverkehr Deutschlands, Skandinaviens, Dänemarks, Hollands, Belgiens, des nördlichen Rußland und des östlichen England hindurchflutet, soweit er nicht zwischen diesen Gebieten selbst sich abwickelt.

Der Suezkanal ist völlig in Englands Besitz; die Straße von Malakka mit ihrem starken Stützpunkt Singapore wird bis jetzt keine Macht England streitig machen können. Der Panamakanal ist das einzige jener vier Haupttore, das von England nicht beherrscht wird, aber die Reihe ausgezeichneter Stützpunkte auf der wichtigsten Seite, der atlantischen, von den Bermudas bis Jamaika und Guyana ist doch bedeutungsvoll genug.

Die Durchgangsstraßen um Südafrika und Australien stehen völlig unter englischer Aufsicht. Der Weg um Südamerika ist von allen Engpässen und Toren der einzige, an dem England nicht wirksam eingreifen könnte. Aber gerade dieser südamerikanische Weg ist auch der einzige von allen, der durch den Bau des Panamakanals erheblich von seiner Bedeutung eingebüßt hat. Für den europäisch-australischen Verkehr kam dieser Weg wenig in Betracht, für den europäisch-amerikanischen hat er erheblich an Wert verloren.

Der Mangel von Stützpunkten Englands in seinem europäischen Hinterland läßt hier die Kraftlinien fehlen. Der Krieg hat aber auch hier Ansätze gezeigt. Die Orkney- und Shetlandsinseln bilden den Anfang einer nordostwärts gerichteten Kraft- und Sperrlinie, die Nord- und Mitteleuropa abriegelt[1]).

Neben diesen ozeanischen erstrebt England auch festländische Kraftlinien in Gestalt von Eisenbahnverbindungen, die dem ausgedehnten Landbesitz als Hauptnervenstränge dienen und die einzelnen Reichsglieder in Richtung der größten Ausweitung durchziehen sollen, um an den Grenzen als notwendige Ergänzung der ozeanischen Kraftlinien sich mit diesen zu vereinen. Nur wo die Landmassen durch Randmeere unterbrochen sind, machen sie kurze, ergänzende Seeverbindungen unerläßlich. Sie überqueren das nordamerikanisch-kanadische Festland vom Atlantischen zum Großen Ozean in einem Doppelzuge, umziehen den Indischen Ozean von Afrikas Südspitze bis zum Ostmittelmeer, erstreben von dort die Richtung durch Südasien auf Hinterindien zu, um von da zum australischen Süden zu gehen.

Wollen wir das physikalische Gesetz, daß der stärkste Druck den Stellen geringsten Widerstandes folgt, in weltpolitischem Sinne

[1]) Auch Helgoland wäre ohne Zweifel ein solcher erster Haltepunkt einer auf Elbe- und Wesermündung gerichteten Kraftlinie geworden, wenn man es in einer Zeit politischer Kurzsichtigkeit nicht als wertlos eingeschätzt hätte. Heute hätte es nur bedingten Wert, da die Nordsee ohnedies schon durch England für Deutschland abgeriegelt werden kann.

dahin bestimmen, daß der Druck politischer Kräfte dort am wirksamsten ist und am meisten mit Aussicht auf Erfolg eines Durchbruches einsetzen wird, wo den Grenzen des britischen Reiches der natürliche Schutz versagt ist, so kommen wir zu dem Satz: Das Weltmeer als das verknüpfende Element der Reichsglieder ist dem Reiche eine einzige gewaltige Gefahrenzone, die es allseitig umspannt und umschließt und die nur solange ihrer Wirksamkeit entkleidet ist, als es England gelingt, die in jahrhundertlanger Entwicklung erreichte Seeherrschaft aufrechtzuerhalten.

Die Ozeane, heute weit mehr länderverbindend als ländertrennend, umspülen alle englischen Besitzungen und führen zu deren Eingangspforten. Großbritannien selbst und Australien sind nur zur See zugänglich; Ägypten öffnet sich nur dem Mittelmeer; Südafrika, von dessen Küste kein schiffbarer Strom außer dem Sambesi den Weg ins Innere weist, besitzt von Kapstadt bis zur Delagoabucht die besten Häfen Afrikas als Zugangstore; Indien schließt sich landseitig nahezu völlig ab; Kanada allein öffnet sich mit breiter Front der Hauptmasse des Erdteils, aber seine Haupteingangspforte liegt am nordatlantischen Ozean. Das englische Reich ist überall offen. So liegt in dem rein ozeanischen Raumverhältnis eine starke Gefahr. Das ist die politisch-geographisch stärkste Äußerung der räumlichen Verhältnisse Weltbritanniens. Die englische Politik muß sich dieser raumgeographischen Tatsache beugen, indem sie die Aufrechterhaltung der Seeherrschaft, sowohl strategisch mit Hilfe der stärksten Kriegsflotte als auch wirtschaftlich mit der größten Welthandelsflotte, als ihr höchstes Ziel ansieht. Gelingt es irgendeiner Macht, einen dieser beiden Faktoren aus den politischen Machtmitteln auszuschalten, sei es durch siegreichen Kampf, der zur Vernichtung des einen oder anderen führt, oder sei es durch ein allmähliches Aufrücken in eine ebenbürtige strategische oder wirtschaftliche Weltstellung, so droht bei der Angreifbarkeit und Leichtverletzlichkeit aller rein ozeanischen Reichsverbindungen dem Reichsbestande die höchste Gefahr. Damit ist nicht gesagt, daß das Reich nicht auch landseitige Angriffsflächen darböte; aber die ozeanische ist zweifellos die am leichtesten zu fassende, weil sie auch mit Machtmitteln erreichbar ist, die außerhalb der Kraft Englands liegen, wie eben das angedeutete Aufrücken eines strategischen oder wirtschaftlichen Konkurrenten aus der Reihe der übrigen Weltstaaten. Hierin beruhte ja letzten Endes die tiefste Ursache des großen Krieges und in dieser Tatsache liegen die Keime des nächsten

großen Kampfes. Englands Weltstellung ist in der Tat bereits hier und da durch eine Entwertung seiner überseeischen Stützpunkte und durch die überaus scharf auftretende Nebenbuhlerschaft besonders des wirtschaftlich mehr und mehr erstarkenden Usamerika, aber auch Japans, bedroht, wenn sie auch zunächst noch besteht. Aber es mehren sich bereits in England selbst die Einsichten, daß mit dem Weltkriege eher ein Sinken der englischen Weltherrschaft als eine Festigung erreicht ist[1]).

Wenn man den Gang der englischen Weltpolitik etwa seit dem Jahrhundertbeginn verfolgt, so läßt sich die durch das Eintreten Japans und vor allem Usamerikas in die Reihe der Großmächte verursachte Neurichtung deutlich erkennen. Die europäische Atlantis und der Indische Ozean sind die Angelpunkte dieser neugerichteten britischen Weltpolitik. Sie sind die Stützen des allbritischen Reichsbaues. Das Bestreben Englands nach einer möglichst engen und festen Verknüpfung seines nordatlantischen Machtbereiches mit dem indischen einerseits und der kraftvolle, geschlossene, den geographischen Bedingtheiten Rechnung tragende wirtschaftliche und politische Ausbau beider Machtgebiete andererseits bedeutet eine Umstellung der bisherigen „planetarischen", die ganze Welt umfassenden Reichspolitik auf eine sich verengernde, vorwiegend osthemisphärische. Es kann kein Zweifel sein, daß angesichts des aufstrebenden usamerikanischen und japanischen Imperialismus durch diese Verengerung eine Zusammenfassung der Kräfte gewonnen wurde. Damit hat die imperialistische Politik Weltbritanniens in der nahen Zukunft zunächst eine Verteidigungsstellung eingenommen, anstatt wie bisher im Angriff zur Erreichung ihres Machtzieles vorzugehen.

Die weltpolitische Stellung des British Empire ist zu einer Zwangsstellung geworden, bedingt durch den vom Westen her seitens Usamerikas und von Osten her seitens Japans auf die briti-

[1]) Z. B. Journal of Commerce (Liverpool), 29. 8. 18: „Wenn nicht ganz wesentliche Veränderungen in England eintreten, werden die Vereinigten Staaten und Japan Englands Erbschaft antreten, während England auf die Stufe einer zweit- oder drittklassigen Handels- und Schiffahrtsmacht herabsinkt und das ganze Reichsgebäude geschwächt wird"; oder Stockholms Dagblad, 16. 9. 18, auf Grund englischer Stimmen: „England ging in den Krieg, um einen beschwerlichen Konkurrenten seiner wirtschaftlichen Weltmachtstellung zu vernichten, und scheint nun den Krieg mit der Anschaffung eines weit schlimmeren zu beschließen."

schen Machtgebiete der Alten Welt ausgeübten Druck. Deshalb liegt für England in der osthemisphärischen Verengerung in der Tat die einzige Möglichkeit, seine hart bedrohte Weltstellung von neuem zu stärken und zu festigen. —

Ist so die östliche Welthälfte, besonders Afrika, der wertvolle Süden Asiens und das australische Festland, der Ausbeutung britischer Machtgelüste vorbehalten, so hofft dagegen die Union die gesamte Westhälfte des Erdballs, d. h. das ganze amerikanische Festland mit den umrandenden Meeren auf Grund des Satzes „Amerika den Amerikanern" allmählich in ihren Bann zu ziehen, wobei sie unter „Amerikaner" in selbstherrlicher Auslegung der Monroelehre in erster Linie ihre eigenen Staatsbürger meint. Dieser Machtwille der Vereinigten Staaten äußert sich klar erkennbar nach der einen Seite in dem Bestreben, die von Europa aus beherrschten Kolonien allmählich abzustoßen und nur eine solche europäische Einwanderung zuzulassen, die ein völliges Aufgehen in die amerikanische Denkart verbürgt, nach der andern Seite in der Erschwerung mongolischer Einwanderung durch Sondergesetze, um jede völkische und damit politische Überfremdung in den westlichen Randstaaten zu verhindern. Gelingt es ihm, auch die übrigen Staaten des amerikanischen Festlandes allmählich in die Bahnen dieses Machtwillens zu leiten, so ist die usamerikanische Vorherrschaft auf der Westhalbkugel gesichert.

Die Auslieferung der Welt an die Herrschaft der beiden angelsächsischen Schwestermächte braucht nicht notwendig zum Zusammenstoß in den zwischen beiden bestehenden weltpolitischen Reibungsflächen zu führen. Im Großen Ozean ist, wie wir sahen, die Reibung gering. Für die weltpolitischen Machtfragen auf amerikanischem Boden aber ist es bezeichnend, daß man in England schon allen Ernstes den Plan erwogen hat, die westindischen Besitzungen an Usamerika abzutreten, um damit die während des Krieges aufgenommene Schuldenlast zu tilgen oder doch zu mindern. Die Ausführung würde eine Stärkung der usamerikanischen Weltstellung, aber keine Schwächung der britischen bedeuten. Sie würde sich aber ganz in den Rahmen der von beiden Mächten offensichtlich befolgten Weltpolitik einpassen. —

Die Nachkriegsereignisse, besonders das Washingtoner Abkommen, haben gezeigt, daß beide angelsächsischen Staaten zunächst gewillt sind, der „Macht des fernen Ostens", Japan, wenn auch nicht eine ebenbürtige, so doch eine gleichberechtigte Stellung in

den weltpolitischen Machtfragen der Gegenwart und nahen Zukunft einzuräumen. Erweist sich diese gegenseitige Duldung vorerst wenigstens auf die Dauer des Abkommens als beständig, so würde die alte, noch um die Jahrhundertwende bestehende britische Weltumklammerung auch an Ostasiens Gestaden durchbrochen sein. Man muß sich immer wieder vergegenwärtigen, daß das Land der aufgehenden Sonne die gesamte ostasiatische Inselwelt bis zum Äquator mit Ausnahme der ostindischen in Besitz hat; daß es in Korea und der Mandschurei festen Fuß gefaßt hat; daß China nicht nur durch seine Gebirgsumrandung, sondern angesichts der schwierigen europäischen Wirtschaftslage noch lange wirtschaftlicher Nutzung durch europäische Mächte entzogen bleiben wird, dafür aber mit seiner offenen Seite dem erstarkten japanischen Wirtschaftsleben den Eingang außerordentlich erleichtert; endlich, daß der Zusammenbruch Rußlands Japan den Weg nach Ostsibirien geöffnet hat, dessen Wirtschaftswerte bei der Knappheit der Rohstoffe in Japan selbst der ständig wachsenden Bevölkerung neue Arbeits- und Gewinnmöglichkeit erschließt. Aus alledem ergibt sich, daß ganz Ostasien als wirtschaftliches und politisches Betätigungsfeld für die europäischen Mächte und für Usamerika nicht die gleiche Rolle spielen kann, wie andere ihnen näher gelegene Erdgebiete. Ihre und anderer Kulturstaaten Mitwirkung in der Erschließung jener ungeheuren, fast noch ungenutzt liegenden Räume in Ostsibirien und China wird im Zeitalter der Weltwirtschaft und des Weltverkehrs selbstverständlich sein; aber die Entlegenheit ihrer Kraftzentren wird sie immer zwingen müssen, der nachbarlichen Großmacht Japan die Vormachtsstellung einzuräumen, wenn man sie nicht mit Gewalt beseitigen will.

So erhält der Erdball ein neues weltpolitisches Antlitz, aus der Vielheit der Großmächte ist die Dreiheit der „planetarischen", weltumfassenden geworden, der sich die übrige Welt beugen muß. Frankreich scheidet, weil es ihm an jeglichem Kraftüberschuß mangelt, gänzlich aus. England, auf die Alte Welt angewiesen, ist die „mittlere Weltmacht" geworden, Usamerika im Gebiet der Westfeste und der Atlantischen Welt die „westliche", und Japan in dem der ostasiatisch-pazifischen Welt die „östliche". Für eine andere ist kein Raum sonst auf dem Erdball. Die Kraftquelle der britischen Macht ist die überaus hohe, in jahrhundertelanger Übung erreichte politische Schulung des Gesamtvolkes, gebunden an einen klaren, allen sentimentalen Regungen unzugäng-

lichen Verstand, die der usamerikanischen Macht der Allbezwinger, der Dollar, die der japanischen die unverbrauchte völkische Naturkraft, die wie ein gewaltiger Strom aus der Tiefe hervorbrach und nun erstaunlich schnell, sicher und erfolgreich den Gegenkräften sich in den Weg wirft.

So scheint ein neues Weltgleichgewicht als Ergebnis des großen Ringens geschaffen zu sein, das alle Erdteile und Meere erschütterte. Wie die Weltpolitik der Gegenwart wird auch die der nahen Zukunft in seinem Zeichen stehen, bis im Wandel der Zeit neue Kräfte sich regen werden, die sich den alten entgegenstemmen und eine neue Wandlung des politischen Weltbildes vorbereiten. Niemand wird sagen können, ob die Zusammenfassung der Kräfte durch wenige Weltmächte sich aufrecht erhalten läßt oder ob die Welt wieder wie einst im Kolonialzeitalter Raum bietet für das lebensnotwendige Kräftespiel vieler Großmächte. Möge unser Vaterland bis dahin wieder seine Selbstzucht und sein Selbstvertrauen zurückgewonnen haben, damit auch ihm bei einer Neueinteilung der Welt wieder der Teil zufalle, der seinen hohen geistigen und wirtschaftlichen Fähigkeiten entspricht!

Politische Geographie

Weltpolitisches Handbuch von ARTHUR DIX

609 S. mit 41 Abbilbungen u. 2 Tafeln. 8°. 2 Teile in 1 Band geb. M. 10.—

Inhalt: Wirtschaftsgeographie - Verkehrsgeographie - Völker- u. Kulturgeographie - Das Staatenbild 1914 - Das Staatenbild nach den Friedensschlüssen - Deutsche Nutzanwendung.

Die bunte Welt

Länder und Leute in Dichterworten

Herausgegeben von DR. EDUARD EBNER

Bildschmuck von Albert Reich

Die fremden Erdteile. Preis geh. M. 1.—

Erdkundliches Lesebuch

für höhere Schulen

Bearbeitet von DR. J. WÜTSCHKE

Preis geh. M. 1.—

Fischer-Geistbeck

Erdkunde für höhere Lehranstalten

neubearbeitet von

DR. RICHARD BITTERLING und DR. THEODOR OTTO

Einheitsausgabe in 6 Teilen und 1 Vorstufe

Ausgabe für Württemberg

Neubearbeitet von

KARL BAUSENHARDT und DR. KARL LÖFFLER

Einheitsausgabe in 7 Teilen

Ausgabe für Sachsen

Neubearbeitet von DR. PAUL WAGNER

Einheitsausgabe in 5 Teilen und 2 Teilen. Oberstufe.

Geistbeck-Geistbeck

Ausgabe für Bayern. Einheitsausgabe in 9 Teilen

Die Preise sind Grundpreise, geheftet. Der Verkaufspreis ergibt sich durch Vervielfältigung mit der jeweiligen Teuerungszahl. Die mit † bezeichneten Werke sind auch gebunden lieferbar.

VERLAG VON R. OLDENBOURG, MÜNCHEN U. BERLIN

Weltbürgertum und Nationalstaat

Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates

von FRIEDRICH MEINECKE

VI., neubearbeitete Auflage. 1922

Preis geh. M. 10.—

„Es ist eines der feinsten und gehaltvollsten historischen Bücher, die wir kennen, eines von den nicht allzu häufigen, die in scheinbar bekannten Zusammenhängen wirklich neue, ungeahnte Bindeglieder und Verknüpfungen nachweisen und die Bereicherung unserer Einsichten in einer sprachlichen Form bewirken, welche das Lesen zu einem reinen Genuß macht." *Literarisches Zentralblatt.*

Historische Geographie von Mittel-Europa

von K. KRETSCHMAR

Preis geh. M. 15.— †

„Das Werk, ein Ergebnis riesenhafter Arbeit, birgt einen bewundernswerten Reichtum von Belehrung für den Historiker, den Geographen und Nationalökonomen. Für den Lehrer ist es ebenso unentbehrlich und soll daher in keiner Lehrerbibliothek fehlen, auch stets in der Handbibliothek im Lehrerzimmer stehen, damit man sich sofort jederzeit Rat erholen kann über ein territoriales Verhältnis der Vergangenheit unserer Heimat im weitesten Sinne." *Gymnasium.*

Geschichte Elsaß-Lothringens

von KARL STÄHLIN

Prof. der Geschichte an der Universität Erlangen

Preis geh. M. 5.50 †

Der Verfasser verfügt über gediegene geschichtliche Kenntnisse und weiß die Geschichte der vielumkämpften deutsch-französischen beiden Grenzländer überall in Verbindung mit den großen Begebenheiten der europäischen Geschichte darzustellen. *Monatsh. f. Politik und Wehrmacht.*

Die Ziele der Geographie des Menschen

von OTTO SCHLÜTER

Preis M. 1.—

Die Preise sind Grundpreise, geheftet. Der Verkaufspreis ergibt sich durch Vervielfältigung mit der jeweiligen Teuerungszahl. Die mit † bezeichneten Werke sind auch gebunden lieferbar.

VERLAG VON R. OLDENBOURG, MÜNCHEN U. BERLIN

FRIEDRICH RATZEL

Kleine Schriften

Ausgewählt und herausgegeben von Hans Helmolt
Mit einer Bibliographie von Viktor Hantzsch

Ein besseres Begleitwort zu der großen Zahl der Nachrufe und Lebensbeschreibungen des leider so früh aus dem schaffenslustigen Leben gerissenen Gelehrten, konnten Herausgeber und Verleger der geographischen Welt kaum bescheren, als diese Auswahl aus Ratzels Aufsätzen . . . . . Die „Kleinen Schriften" sind eine wahre Fundgrube schöner, edler und tiefer, gedanken- und gemütvoller Beobachtungen, sie überraschen durch den weiten, gern auf die Zukunft gerichteten Blick und regen eine Fülle neuer, lockender und dankbarer für die Wissenschaft an . . . . .

Geographischer Anzeiger (Professor A. Rohrmann.)

I. Band: geh. M. 12.—. II. Band: geh. M. 13.—

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika

I. Band: **Physikalische Geographie und Naturcharakter**

Preis geh. M. 14.—

II. Band: **Politische Geographie** unter besonderer Berücksichtigung der natürlichen Bedingungen und wirtschaftlichen Verhältnisse

Preis geh. M. 15.—

Das Meer als Quelle der Völkergröße

Eine politisch-geographische Studie

Aus dem Inhalt: Aus der engen in die weite Welt — Die Größe des Meeres — Die Einheit des Meeres — Das Meer und die Meere — Randmeere und Mittelmeere — Das „geschlossene" Meer — Landvorsprünge und Meerengen — Die Küste — Über das Wesen der Seeherrschaft und der Seevölker — Der Seeverkehr und die Seemacht — Die Erfindung der Schiffahrt — Seevölker und Wanderungen — Die reine Seemacht — Vervielfältigung der Seevölker — Seemacht und Landmacht — Der Seekrieg — Rückblick.

Zweite, verbesserte Auflage, besorgt von Hans Helmolt

Preis geh. M. 1.20

Die Preise sind Grundpreise, geheftet. Der Verkaufspreis ergibt sich durch Vervielfältigung mit der jeweiligen Teuerungszahl. Die mit † bezeichneten Werke sind auch gebunden lieferbar.

VERLAG VON R. OLDENBOURG, MÜNCHEN U. BERLIN

Schweden

Eine politische Monographie

Von

Dr. RUDOLF KJELLÉN

Deutsch von Dr. C. Koch, Göteborg

(**Nachbarvölker Deutschlands.** Monographien ihres politischen und kulturellen Lebens. Herausgegeben von Dr. Friedrich Meinecke, ord. Prof. an der Universität Berlin. Band I)

VIII u. 174 Seiten. Preis gebunden M. 3.—

Bismarcks auswärtige Politik

nach der Reichsgründung

Von

Dr. HANS PLEHN

Mit einem Vorwort von Otto Hoetzsch

XIII u. 382 Seiten. Preis geheftet M. 7.— †

Britisches und römisches Weltreich

Eine sozialwissenschaftliche Parallele

Von

JULIUS HATSCHEK

III u. 374 Seiten. Preis geheftet M. 7.— †

Die Preise sind Grundpreise, geheftet. Der Verkaufspreis ergibt sich durch Vervielfältigung mit der jeweiligen Teuerungszahl. Die mit † bezeichneten Werke sind auch gebunden lieferbar.

VERLAG VON R. OLDENBOURG, MÜNCHEN U. BERLIN

BINDING LIST NOV 1 1905

UNIVERSITY OF TORONTO
LIBRARY

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

G
W
563199
Wütschke, Johannes
Der Kampf um den Erdball.